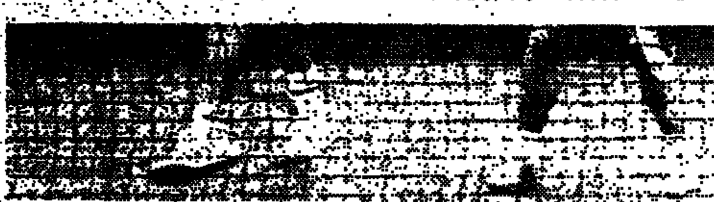
Mittwoch, 11. Juni 1986 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 133 - 24.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A





Unklarheit um Rummenigge

Ablenkung und Entspannung beim Tennis vor dem Spiel gegen Dänemark (Foto: das Doppel Matthäus/Brehme). Doch es ist nicht alles entspannt im deutschen Team. Unklarheit gibt es vor allem um Rummenigge. Er meldete sich fit, Beckenbauer sagt: „Ich gehe davon aus, daß er sich auch als Weltstar nicht zu schade ist für die Bank." Seite 9

WM heute: Die ARD überträgt live: Paraguay – Belgien (20 Uhr) und England – Polen (24 Uhr). Aufzeichnungen: Mexiko – Irak und Marokko – Portugal. (S. 10)

Gestärkt: Neben der UdSSR ist Frankreich in der zweiten Runde. Werden jetzt auch die französischen Klubs durch Star-Einkäufe die stärksten Europas? (S. 9)

POLITIK

Berlin-Flüge: Schlechte Noten haben die drei großen Fluggesellschaften der Alliierten vom Ausschuß für Verkehr und Betriebe im Berliner Abgeordnetenhaus erhalten. Die Sprecher aller Fraktionen beklagten Mängel bei den Flugplänen, im Service und bei den Sicherheitsvorkehrungen.

Tarife: Die 680 000 Beschäftigten in der chemischen Industrie erhalten in diesem Jahr 4,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die Gewerkschaften hatten zunächst 6,5 bis sieben Prozent gefordert.

Umweltschutz: Die „DDR" ist vom Berliner Senator Scholz aufgefordert worden, mit der Bundesrepublik und Berlin stärker im Umweltschutz zusammenzuarbeiten: „Umweltschutz und Umweltschmutz" kennten keine Grenzen, „deutsche Umwelt" sei unteilbar.

Frankreich: Aktivitäten hinter den Kulissen in Paris signalisieren, daß die nächsten französischen Präsidentschaftswahlen vorgezogen werden könnten. Kandidaten werden bereits gehandelt oder versuchen, sich in den Vordergrund zu schieben. (S. 5)

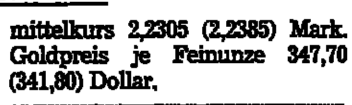
Kontakte: Private Gruppen, darunter auch die amerikanische Zeitungsgruppe Hearst, bereiten für September eine amerikanisch-sowjetische Kulturwoche in der lettischen Hauptstadt Riga vor. Politiker, Künstler und „normale" Bürger wollen damit den Kulturaustausch beleben.

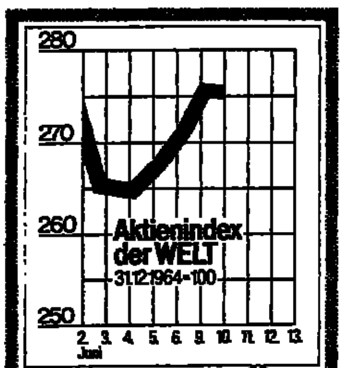
Afghanistan: Ein Offizier der sowjetischen Luftwaffe ist nach Angaben der „Iswestija" mit seinem Hubschrauber über Kabul abgeschossen worden. Sein Name wurde nicht genannt.

WIRTSCHAFT

Bruttosozialprodukt: Die vorläufigen Zahlen über die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal erwecken zwar den Eindruck einer Wachstums-Abschwächung; doch ist die Statistik durch lange Winterkälte und die geringe Zahl von Arbeitstagen im März verzerrt. Im April haben sich die Wachstumskräfte deutlich verstärkt. (S. 13)

Börse: Die Aktienmärkte schlossen etwas schwächer. Knapp behauptet war die Tendenz am Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 276,33 (276,43). BHF-Rentenindex 106,538 (106,568). BHF-Performance-Index 104,450 (104,450). Dollar-mittelkurs 2,2305 (2,2385) Mark. Goldpreis je Feinunze 347,70 (341,80) Dollar.





KULTUR

Broadway: Robert de Niro hatte seinen Auftritt, und „Cuba and his Teddy Bear" war schon vor der Premiere restlos ausverkauft; zehn Einakter von Tennessee Williams – wie Skizzen eines Malers. Die New Yorker Saison. (S. 21)

Barock: Ausgestellt ist Wichtiges neben Beiläufigem. Gelegentlich geht es auch um Privates, was bei den Habsburgern natürlich immer mit dem Politischen verquickt ist: „Welt des Barock" im Stift St. Florian bei Linz. (S. 21)

SPORT

Rudern: Die Olympiasieger Michael Dürsch und Albert Hedderich haben sich vom aktiven Leistungssport verabschiedet. Sie gewannen zusammen 29 deutsche Meisterschaften. (S. 10)

Tennis: Wimbledonsieger Boris Becker gewann beim Turnier des Londoner Queens Club in der ersten Runde gegen den Amerikaner Ken Flach ... 6:2. Becker ist Vorjahressieger.

AUS ALLER WELT



Italiener: Fröhlich überdecken sie auch triste Umgebung; trotz Terror und Staatsverschuldung – die Italiener (Foto) sind in wachsender Zahl mit ihrem Leben zufrieden. (S. 13 und 22)

Geiselnahme: Die Gangster von Hannover kannten sich aus gemeinsamen Gefängnis-Zeiten in Celle. Sie wußten, wie man Sprengsätze baut. Ihre hochexplosiven Bomben bastelten sie aus Material, das im Gefängnis frei zur Verfügung stand. (S. 22)

Brokdorf: Grüne stimmten Vorgehen mit Gewalttätern ab

Zusammenspiel auch im Vorfeld der Großdemonstration in Hamburg

GEORG BAUER, Hamburg

Die politische Diskussion um die Nähe der Grünen zu militanten Kernkraftgegnern hat nach den Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf neue Nahrung erhalten. Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg, das sich auf Berichte in der alternativen „Tageszeitung" stützt, haben Grüne gemeinsam mit als gewalttätig eingestuften „Autonomen" ihr Vorgehen bei der Demonstration am Wochenende gegen das Kernkraftwerk besprochen. Einer der Organisatoren, Lars Hennings, ein Vertreter der Grünen aus Schleswig-Holstein, bestätigte im Gespräch mit der WELT derartige Zusammenkünfte. Im Vorfeld der Demonstration habe es eine Reihe von Treffen der Grünen und „Autonomen" in Bremen, Hamburg und Kiel gegeben.

So war auf einer Versammlung im Hamburger Stadtteil St. Pauli unter anderem als oberstes Ziel formuliert worden, zum Gelände des Kernkraftwerkes durchzukommen. Als Bedingung war dabei genannt worden, Kontrollen durch die Polizei unmöglich zu machen. Grüne, „Gewaltfreie" und „Autonome" seien sich einig gewesen, Hindernisse zu „überwinden", sofern die Konvois schon auf halbem Wege auf Grund von Durchsuchungen durch die Polizei gestoppt oder das Gelände des Kraftwerkes weiträumig abgesperrt werden sollte.

Nach dem Bericht in der „taz" wurde auf den Treffen auch die Parole ausgegeben, bei Kontrollstellen „entschlossene Leute" vorwegzuschicken. Während der Demonstration war es insbesondere in Kleve bei Brokdorf zu brutalen Ausschreitungen gegen die Polizei gekommen. Der Bericht bestätigt damit Informationen der Polizei, Verzögerungen an den Kontrollstellen seien auf das Konto der militanten Demonstranten gegangen. Die Veranstalter der Protestaktion hatten demgegenüber gesagt, die Ordnungshüter hätten bewußt diese Taktik angewendet, um die rechtzeitige Teilnahme von Kernkraftgegnern an der Kundgebung unmittelbar neben dem Kraftwerk zu verhindern. Tatsächlich hat nur ein Teil der Demonstranten bis zum Ende der Veranstaltung den Kundgebungsplatz erreicht.

Einig waren sich die Gruppen auch darin, bei einem Scheitern des Marsches nach Brokdorf Ausweichziele wie die nächstgelegenen Einrichtungen der Atomindustrie oder ihrer Lobby ins Visier zu bringen.

Auch die einen Tag später organisierte Demonstration auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg, bei der es ebenfalls zu Krawallen zwischen Demonstranten und Polizisten kam, war ein Punkt der Übereinkunft. Sollten nicht alle Demonstranten Brokdorf erreichen, so die Maßgabe, müsse als Alternative einen Tag später eine Nachdemonstration in Hamburg organisiert werden.

Im „taz"-Bericht war auch von „Kirchenleuten" die Rede, die gewillt seien, mit kleinen Sägen nach Brokdorf zu marschieren. Ferner seien Grüne, „Gewaltfreie" und „Autonome" übereingekommen, das Ende der Kundgebung nicht als Aktionsende zu betrachten. Lars Henning von den Grünen lehnte es ab, mit einer Erklärung auf Distanz zu den militanten Demonstranten zu gehen.

ÖVP steuert vorgezogene Wahlen an

Opposition in Österreich will „Waldheim-Effekt" nutzen / Auch Außenminister Gratz gibt auf

DW. Wien

Die angekündigte Regierungsumbildung nach der Wahl Kurt Waldheims zum ersten nichtsozialistischen Bundespräsidenten der Nachkriegszeit hat die politische Szene Österreichs stärker in Bewegung gebracht, als noch am Montag erwartet worden war. Außenminister Leopold Gratz folgte gestern dem Beispiel von Bundeskanzler Fred Sinowatz und trat zurück. Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) fordern vorgezogene Parlamentswahlen. Sie sehen in der Demission von Sinowatz und Gratz ein öffentliches Eingeständnis, daß das „Experiment der sozialistischen Koalition gescheitert ist".

Das Konzept des designierten Regierungschefs Franz Vranitzky bestätigt im wesentlichen die bisherige Regierungspolitik, geht aber gezielt auf zwei zentrale Probleme des Landes ein: die finanziell angeschlagene verstaatlichte Industrie und die Energieversorgung. Zur verstaatlichten Industrie sagte der Wirtschaftsfachmann Vranitzky an die Adresse der Arbeiter, es müsse „betriebswirtschaftlich" zugehen, bei aller nötigen Rücksicht auf arbeitsmarktpolitische Erwägungen. Sein Credo in der Energie- und Umweltpolitik ist die Vereinbarkeit von Ökonomie – das heißt in Österreich Wasserkraft – mit der Ökologie, sprich Schutz der Gebirgsgewässer und der Donau-Auen.

Mit der Präsidentenwahl und der Regierungsumbildung hat auf jeden Fall der Wahlkampf begonnen. Ob es

SEITE 5:
Fragen und Widersprüche

die stark von inneren Spannungen bedrohten Freiheitlichen Partei (FPÖ), Koalitionspartner der SPÖ, in einem Jahr in ihrer derzeitigen Form noch geben wird, ist offen. Die FPÖ, die bundesweit keine fünf Prozent erreicht, steht und fällt mit einem Grundmandat, das sie traditionell in Kärnten erreicht.

Nach dem spektakulären Erfolg der grünen Kandidatin Freda Meissner-Blau im ersten Durchgang der Präsidentenwahlen sind Bemühungen der verschiedenen grünen und alternativen Gruppen im Gange, sich den Parlamentswahlen vereint zu stellen. Nur das kann ihren Einzug in den Nationalrat (Bundesparlament) ermöglichen. Ob sie dann, vielleicht an Stelle der FPÖ, koalitionswillig oder fähig wären, ist jetzt noch nicht abzusehen.

Sinowatz, der Parteiführer bleibt, hofft, daß die SPÖ mit einer verjüngten Mannschaft wieder einen Aufwärtstrend verzeichnen kann. Der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock ist fest entschlossen, den „Waldheim-Effekt" zu nutzen. Seine Partei zeigte sich gestern bemüht, den Gedanken an eine große Koalition erst gar nicht aufkommen zu lassen. Die Regierungsumbildung, so die ÖVP, sei „keine Weichenstellung in Richtung großer Koalition". Die „Kronenzeitung" hatte dem künftigen Bundeskanzler „wirtschaftliche Kompetenz und Gesprächsbereitschaft über Parteigrenzen hinweg" attestiert.

USA drängen die Contras zur Eile

Nicaragua verlängert Stillhaltefrist im Entführungsfall / Aus der SPD Kritik an Reagan

DW. Bonn

Der amerikanische Präsident Reagan hat Kontakt zu den Contras aufnehmen lassen, die noch immer acht deutsche „Aufbauhelfer" gefangenhalten. Reagan teilte Bundeskanzler Kohl in einem Brief mit, daß Washington auf eine Regelung zur Sicherheit der Entführten dringe. Er, Reagan, gehe davon aus, daß die gegen das sandinistische Regime in Managua kämpfenden Contras ehrlich handelten. Diese wollten ihre Gefangenen Vertretern der Bundesregierung übergeben, und zwar aus Sicherheitsgründen. Vertreter dieser Rebellengruppe hätten gegenüber den USA ihre Besorgnis geäußert, daß durch eine militärische Aktion der Regierung in Nicaragua das Leben der Deutschen gefährdet werden könnte.

Bundestagspräsident Philipp Jenninger und die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, FDP und SPD appellierten an den amerikanischen Kongreß, alle Möglichkeiten der USA zu nutzen, um die Freilassung der Entführten zu erreichen. Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt warf Präsident Reagan Provokation der deutschen Öffentlichkeit vor. Er kritisierte, daß der Präsident vom amerikanischen Kongreß weitere Gelder zur Unterstützung der Contras verlange, während diese sich gleichzeitig Deutsche als Geiseln in den Händen dieser Gruppen befänden.

Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) meldete sich gestern mit einer heftigen Kritik am Verhalten sozialdemokratischer Politiker zu Wort. „Ich werfe ihnen Mitschuld am Schicksal der acht Deutschen vor", sagte Warnke vor Journalisten in Stuttgart. Es sei „unverantwortlich", wenn die SPD den Einsatz sogenannter Brigadisten in Nicaragua billige. Warnke: „Es muß alles getan werden, um zu verhindern, daß junge Deutsche in die Bürgerkriegsgebiete reisen." Dies sei auch die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Sozialdemokratie". Wie in Bonn zusätzlich verlautete, sind einige der von den Contras gefangengenommenen Deutschen seit längerem den Sicherheitsbehörden bekannt.

Die nicaraguanische Regierung verlängerte ihr Angebot zur Waffenruhe an die antisandinistische Organisation „Demokratische Kraft Nicaraguas" (FDN) zur Freilassung der „Aufbauhelfer" um 24 Stunden. Diese Offerte sollte bis Dienstag abend Ortszeit gelten. Versprochen wurde ferner, nach der Freilassung der Deutschen die Verfolgung der Contras für 24 Stunden einzustellen und ihnen damit freien Abzug zu gewähren. Ein Sprecher des nicaraguanischen Präsidenten Ortega berichtete, die Stillhaltefrist sei aufgrund einer Botschaft des Bundeskanzlers an die Führung in Managua verlängert worden.

Neue Hoffnungen, ein Ende des Entführungsfalls zu erreichen, knüpften sich an die Mission des Weihbischofs von Quito, Emil Stehle. Dem SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski, der sich in Managua aufhält, war ein Erfolg bislang nicht beschieden.

Strahlenschirm aus Blei für Tschernobyl

DIETER THIERBACH, Bonn

Bei den Bemühungen, die Radioaktivität im Tschernobyl-Reaktor für die nächsten hundert Jahre zu „beerdigen" und die Gebäudereste komplett zu „mumifizieren", wollen sowjetische Experten ein neues Verfahren anwenden: Große Mengen des bläulich-weißen Schwermetalls Blei sollen jetzt verhindern, daß radioaktive Stoffe unterhalb des vierten Blockes weiter austreten.

Die Verfahrensweise mutet simpel an: Da die 5000 Tonnen Ballast, ein Konglomerat aus Sand, Blei, Bor und Lehm – von Hubschrauberstaffeln in die Reaktorruine hineintorpediert – aufgeschmolzen ist, setzt man auf das bei 327° C schmelzende Metall. Elfmal schwerer als Wasser soll es zu einem unterirdischen Metall-See, der sowjetische Physiker Nikolai Kotscherew spricht von einer „massiven Pfütze", zusammengeschmolzen werden.

Durch „Herunterkühlen" der Umgebung will man zum einen den Restbestand des Reaktorkerns, zum anderen diese Blei-Schmelze in den festen Aggregatzustand überführen. Zu diesem Zweck werden, so der sowjetische Physiker weiter, mehrere Tunnel mit dem Durchmesser von U-Bahn-Schächten in Richtung Reaktorblock vorgetrieben.

Professor Friedrich Kossel vom Institut für Strahlenhygiene des Bundesgesundheitsamtes hält die Methode „für eine gar nicht so unflotte Idee". Denn: Wenn man von unten heran will, um einen wirksamen Betonschutz zu bauen, muß man die Leute der Strahlung aussetzen. „Ich kann mir überhaupt keine Methode vorstellen, wie man die Bauarbeiter in die Nähe des Kerns bekommt, ohne sie zu exponieren, außer der, die man jetzt vorhat." Für den Strahlenschutzexperten stellt dies keine Lösung auf Dauer, sondern lediglich eine Hilfsmaßnahme auf Zeit dar, „bis man schließlich in der Lage ist, darum herum ein anständiges Betonbecken zu errichten".

Ob sich diese provisorische Lösung wirklich realisieren läßt, das Blei als „geschlossene zusammenhängende Pfütze" tatsächlich dort plazieren zu können, wo man sich das vorstellt, hält Friedrich Kossel für technisch schwer durchführbar. „Wenn man", so der Experte weiter, „jedoch erst mal da unten dicht ist, bekommt man Stück für Stück, mit der Blei-Wanne als Schutz-Schirm, auch den Rest zugebaut."

Weiteren Spekulationen will er sich, wie auch andere von der WELT befragte Wissenschaftler, nicht anschließen. Klaus Körting, Pressesprecher des Karlsruher Kernforschungszentrums: „Man sollte nur etwas sagen, zu dem man auch noch in zwei Jahren stehen kann. So ist es schwierig zu beurteilen, ob diese Blei-Methode überhaupt sinnvoll ist oder nicht. Auch Abschirmrechnungen am Modell dürften sich kompliziert gestalten, zumal man die Konfiguration des zerstörten Systems nicht kennt."

DER KOMMENTAR

Hand in Hand

ENNO v. LOEWENSTERN

Jahrelang wurde den Bürgern eingeredet, „friedliche Demonstranten" könnten nichts dafür, wenn „Chaoten" ihre Aufzüge „umfunktionierten". Man dürfe also die einen nicht mit den anderen in einen Topf werfen oder gar Demonstrationen verbieten, nur weil „mit Ausschreitungen einzelner oder einer Minderheit zu rechnen ist" (so das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Beschluß vom 14. Mai 1985).

Jahrelang fragten die Bürger sich, wieso die angeblich so Friedlichen es nicht schafften, die Unfriedlichen fernzuhalten – schließlich weiß jeder, wie schnell man sonst aus einer Demonstration fliegt, etwa wenn man am 1. Mai Transparente zum Lobe des Paragraphen 116 entrollt oder in einem „Abrüstungs"-Umzug Parolen gegen die sowjetische SS 20 schwenkt.

An diesem Wochenende wurde das Rätsel gelöst. Nicht nur, weil einzelne Berufsfriedliche sich verplapperten, etwa als Robert Jungk von Würzburg aus höhnisch die „bösen Chaoten" grüßte oder als Jens Scheer in Brokdorf den „Druck der Straße" pries. Vielmehr traten die Gewalttäter und die angeblich Friedlichen, wie man jetzt erfährt, vorher schon zu generalstabsmäßigen Besprechungen zusammen, wie man „Hindernisse" auf dem Weg nach Brokdorf „überwindet".

Was da als Chaoten bezeichnet wird, operierte nicht nur mit militärischer Disziplin, es konnte seine Einsätze sogar vorher mit militärischer Präzision planen. Was da als friedlich bezeichnet wird, stimmte zu, an den Kontrollstellen „entschlossene Leute" vorzuschicken. Und so, wie es geplant war, wurde es auch gemacht; Dutzende teils schwer verletzter Polizeibeamter können es bezeugen.

Der Deutsche Bundestag sollte bei seinen Beratungen zum Thema Landfriedensbruch zur Kenntnis nehmen, was dem Bundesverfassungsgericht entgangen ist. Der Frieden des Landes steht zur Disposition.

Mayr warnt vor übereiltem Ausstieg

DW. Frankfurt

Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr hat mit Hinweis auf gefährdete Arbeitsplätze vor überstürzten Ausstiegsplänen aus der Kernenergie gewarnt. Solche Pläne würden zu hastig „innerhalb weniger Stunden aus dem Ärmel geschüttelt", sagte Mayr in Frankfurt. Der Ausstieg bedürfe sorgfältiger Überlegungen, zu denen alle Gewerkschaften ihren Beitrag leisten müßten. Mayr bekräftigte allerdings die Entscheidung der DGB-Gewerkschaften, so schnell wie möglich auf Kernenergie zu verzichten.

Nasa-Programm 1987 fortgeführt?

DW. Washington

Das nach dem „Challenger"-Unglück unterbrochene Weltraumprogramm der USA wird voraussichtlich im Juli 1987 weitergeführt. Dies berichtete der neue Chef der US-Luftfahrt- und Weltraumbehörde, Fletcher. Allerdings sollten bei zukünftigen Starts die Empfehlungen der Untersuchungskommission beachtet werden. Die Kommission hatte das Unglück, das sieben Menschenleben gefordert hatte, auf Fehler der Nasa zurückgeführt.

Seite 12: Fehler korrigieren

Schwere Krawalle in Kreuzberg

dpa, Berlin

Nach einer nicht genehmigten Demonstration ist es in der Nacht zu gestern im Berliner Bezirk Kreuzberg zu schweren Ausschreitungen zwischen rund 300 gewalttätigen Demonstranten und der Polizei gekommen. 61 Personen wurden vorläufig festgenommen. Bei den siebenstündigen Ausschreitungen wurden von den Demonstranten Steine, Flaschen und Brandsätze geworfen sowie 15 Bauwagen umgestürzt und teilweise angezündet.

Kohl: Kernenergie Durchgangsstation

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht in der Kernenergie eine „Durchgangsstation" bis zu dem Zeitpunkt, an dem alternative Energiequellen hinreichend zur Verfügung stehen. Aus einer Erklärung der CDU und des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) über ein Spitzengespräch des CDU-Präsidiums und der BDKJ-Führung ging weiter hervor, daß sich Kohl gegen den Absolutheitsanspruch des sofortigen Kernenergie-Ausstiegs wandte.

Lohnsteuer für Jahreswagen?

DW. Bonn

Der Bundesrechnungshof hat von Bundesfinanzminister Stoltenberg verlangt, Jahreswagen und andere „geldwerte Vorteile" einzelner Gruppen von Arbeitnehmern künftig der Lohnsteuer zu unterwerfen. Nach Auffassung der Rechnungsprüfer verstößt die Steuerfreiheit gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes. Die jährlichen Steuerausfälle in den untersuchten Fällen werden auf 200 Millionen Mark geschätzt.

Seite 12: Rechnungshof-Initiative

Bereitschaft zur Gewalt wächst an

gba. Bonn

Die „wachsende Gewaltbereitschaft" bei Demonstranten „muß uns alle mit Sorge erfüllen", hat Bundesinnenminister Zimmermann bei der Vorstellung des jüngsten Verfassungsschutzberichtes erklärt. Die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten sei von 1269 im Jahr 1984 auf 1604 im vergangenen Jahr angestiegen. Trotz der Spionageaffäre Tiedge habe der Verfassungsschutz „wieder Tritt gefaßt".

Seite 4: Spionageabwehr

Commonwealth-Mitglieder drohen London mit Bruch

Scharfe Angriffe gegen Thatchers Südafrika-Politik

REINER GATERMANN, London

Der Druck der Commonwealth-Staaten auf Großbritannien wächst. Die Völkergemeinschaft fordert, daß die britische Regierung ihre Südafrikapolitik korrigiert und ihren Widerstand gegen Wirtschaftssanktionen aufgibt. Indien und Tansania drohen sogar die Gemeinschaft zu verlassen, falls Premierministerin Margaret Thatcher an ihrem Standpunkt festhält, der nach Auffassung der Mehrheit der Commonwealth-Mitglieder zu große Rücksicht auf das Botha-Regime nimmt.

Die negative Einstellung des Commonwealth zu Pretoria wurde durch die Meldung forciert, daß eine Delegation „sieben bedeutender Persönlichkeiten", die vor Ort über Möglichkeiten einer Beilegung des Südafrika-Problems beraten sollte, von der Regierung Botha „wie Kinder" behandelt worden sei. Nach Auffassung der Delegationsteilnehmer sei Pretoria nur zu „kosmetischen" Veränderungen, nicht aber zu gravierenden Zugeständnissen bereit. Die Commonwealth-Delegation hatte sich vor allem für die Freilassung von Nelson Mandela und die Aufhebung des Verbots des African National Council (ANC) und anderer schwarzer nationalistischer Parteien eingesetzt. Die Delegation widersprach Bothas Auffassung, Mandela habe den ANC nicht unter Kontrolle und seine Freilassung würde eine neue Woge der Gewalt auslösen.

Den Regierungen der Commonwealth-Staaten wird jetzt der Kommissionsbericht zugeleitet. Darin werden offenbar nun konkret Wirtschaftssanktionen vorgeschlagen. Anfang August wird die Völkergemeinschaft in London zusammentreten, um über den Bericht zu beraten. Alles deutet darauf hin, daß die Geduld gegenüber Pretoria nun zu Ende ist.

In dieser Auseinandersetzung wird Königin Elizabeth II., Oberhaupt des Commonwealth, eine bedeutsame Rolle zufallen. In dem Zusammenhalt der Völkergemeinschaft sieht sie eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Einen Bruch wird sie kaum zulassen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dregger griff ein

Von Ralph Lorenz

Rechtzeitig vor der Landtagswahl in Niedersachsen, wo jeder fünfte Einwohner ein Vertriebener ist, gab es eine Taktlosigkeit sondergleichen. Das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg verlautbarte: „Vermögensschäden, die sich für Aussiedler als Folge des Verlassens der Aussiedlergebiete ergeben, können grundsätzlich nicht mehr als Vertreibungsschäden anerkannt werden."

Damit müßten „Aussiedler" aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten künftig den Nachweis erbringen, daß ihr „Vermögensverlust" im „Zusammenhang mit den gegen Deutsche gerichteten Vertreibungsmaßnahmen eingetreten" sei.

Die Opfer müßten sich also ihre durchlittenen Schikanen von den polnischen Behörden quittieren lassen, auf daß diese von der deutschen Bürokratie zur Kenntnis genommen werden könnten. Dieser Ukas, der ab 1. Juli gelten sollte, betraf überdies nur die Deutschen in den Ostgebieten, nicht aber die aus Mitteldeutschland. Gibt es Vertriebene und Systemgeschädigte erster und zweiter Klasse?

Das Bundesausgleichsamt beruft sich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. August 1984. Das hat die kühne These vertreten, daß erst einmal „gegen Deutsche gerichtete Maßnahmen" nachgewiesen werden müßten. Als ob Meinungsunterdrückung, Zeitungsverbot, Verweigerung des deutschen Sprachunterrichts an den Schulen in Polen erst noch nachgewiesen werden müßten. Man wird an die Diskussion erinnert, was alles die Deutschen in früheren Jahren über die Diktatur nicht wahrhaben wollten...

Aufgeschreckt vom Protest der Opfer, versichert nun CDU-Fraktionschef Alfred Dregger, daß noch in diesem Monat ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Lastenausgleichsgesetzes vorgelegt werde. Die Ausgleichsleistungen werden somit wie bisher gezahlt. Anmerkung am Rande: Was da eingespart werden sollte, macht etwa 120 Millionen Mark jährlich aus. Ein Pappenstiel im Verhältnis etwa zu den 1,1 Milliarden Mark, die der Bund allein 1985 wegen übernommener Ausfallbürgschaften an Polen-Lieferanten zahlte.

SPD gegen Rau

Von Georg Bauer

Wie der SPD-Kanzlerkandidat für 1987, Johannes Rau, seinen Bundestagswahlkampf in Norddeutschland führen soll – dem Gebiet, wo die SPD sich die meisten Chancen ausrechnet und wo sie auch viele Stimmen gewinnen muß, um die Voten des aufbaugeneigten Südens ausgleichen zu können – ist nach dem SPD-Landesparteitag von Schleswig-Holstein ein Rätsel. Schließlich beruht die ganze Autorität eines Kandidaten darauf, daß seine Partei hinter ihm steht und daß die Wähler somit wissen, welche Politik sie mit ihm wählen. Wo steht die SPD, jedenfalls in diesem Gebiet? Nicht bei Rau. Der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen SPD, Günther Jansen, forderte Rau auf, endlich eine klare Aussage zum Ausstieg aus der Kernenergie zu treffen.

Mit Rau bekam die ganze SPD-Spitze ihr Fett weg: In den „Führungsetagen der eigenen Partei" gebe es Leute, die noch immer nicht begriffen hätten, daß der Reaktorunfall von Tschernobyl das Bewußtsein der Menschen verändert habe, klagte Jansen.

Der Parteitag zog die Konsequenz: Bis zum Ende der übernächsten Legislaturperiode, so der Beschluß, müßten alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Allerdings machte der Parteitag sich nicht die Mühe, ein eigenes Konzept für eine neue Energiepolitik vorzulegen und womöglich zu erklären, wie eine gewaltige Preissteigerung und ein massenhafter Verlust von Arbeitsplätzen vermieden werden soll. Dafür wurde der Beschluß, der auf dem nächsten Bundesparteitag eingebracht werden soll, einstimmig gefaßt. Auch der Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm, stimmte zu, wenn auch sichtbar widerwillig. Seine Äußerungen in jüngster Vergangenheit zum Zeitpunkt des Ausstiegs, der seiner Meinung nach erst im nächsten Jahrtausend möglich ist, hatten gezeigt, daß er solchen Beschlüssen skeptisch gegenübersteht.

Aber auch er wagte nicht, den Aussteigern entgegenzutreten. Und das – dies eisige Klima im Norden – ist es, was den Wählern zu denken geben wird und Johannes Rau zu denken geben muß.

Staatsanwälte an die Front?

Von Detlev Ahlers

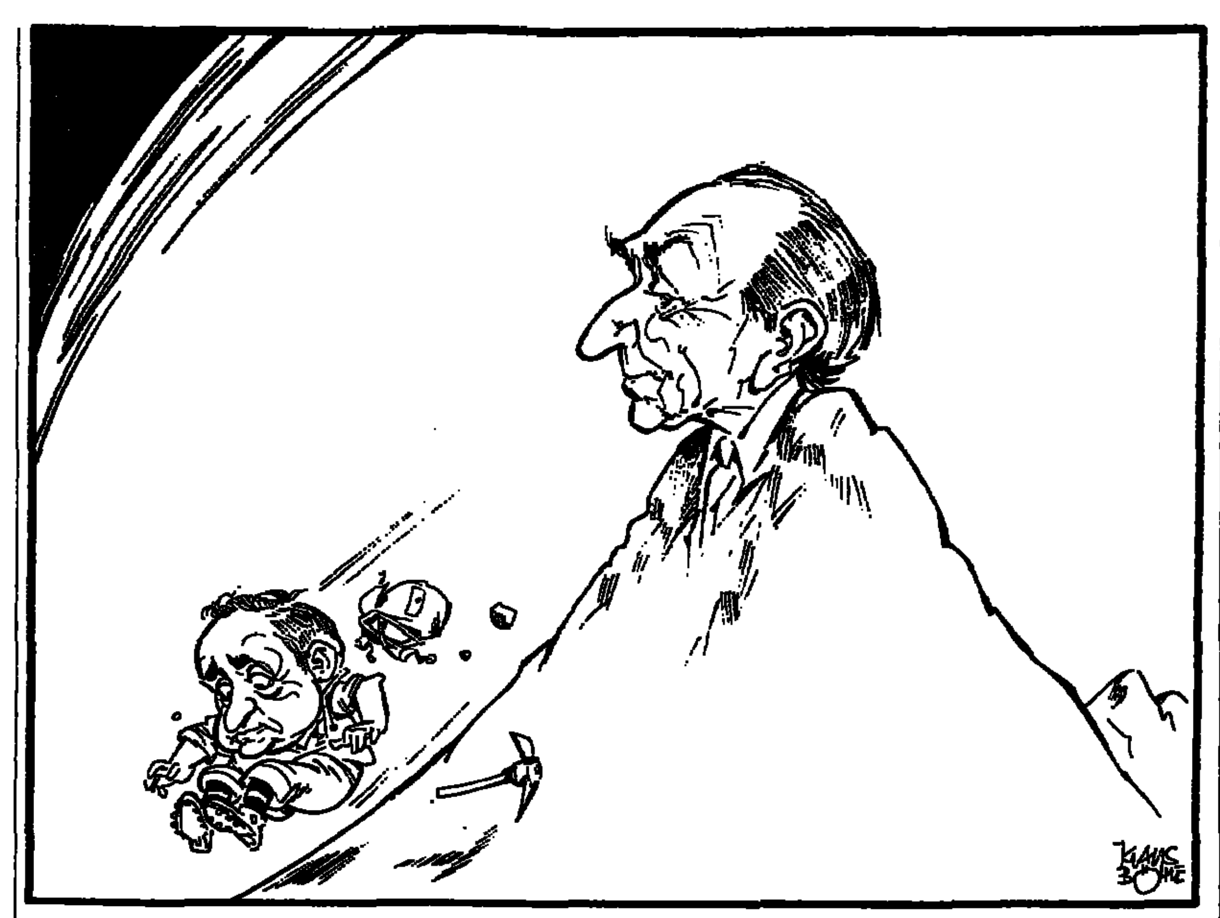
Der Vorschlag des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Gerhart Baum, bei Demonstrationen sollten Staatsanwälte eingesetzt werden, denen von der Polizei Festgenommene sofort vorgeführt werden sollen, mag kurz vor der Niedersachsen-Wahl nach etwas fürs Image tun. In der Sache selbst ist er wenig hilfreich.

Nicht, daß Staatsanwälte nicht an den Ort einer Straftat gehen dürften; sie tun das oft. Es ist freilich kurios, wenn der Liberale Baum bei dem von seiner Partei so leidenschaftlich vertretenen Demonstrationsrecht sozusagen von vornherein den kriminellen Charakter in Betracht zieht; doch das mag dahinstehen. Unklar ist, welchen Nutzen der Staatsanwalt am Tatort stiften soll.

Laut Statistik kommt es etwa in Hamburg nur bei fünf Prozent der Demonstrationen zu Gewaltaten; wenn aber Gewalttaten avisiert sind, mangelt es nicht an Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft vor Ort. Jeder Polizeibeamte ist einer bzw. kann dazu ernannt werden. Woran es mangelt, sind Festnahmen und Beweise. Die persönliche Zuschreibung einer Tat zu einem Täter, der vermummt ist und in einer Masse von Gewalt-Sympathisanten untertauchen kann – das ist das wahre Problem.

Wird ein solcher Täter festgenommen und läßt sich seine Tat beweisen, bedarf es keines Staatsanwaltes vor Ort. Gibt es beweiskräftige Film- oder Video-Aufzeichnungen, kann sich der Staatsanwalt sie auch am Tag danach in seiner Amtsstube anschauen.

Baum gab zu verstehen, daß es ihm um die Schnelligkeit der Sachbehandlung gehe. Dann müßte er allerdings konsequent sein und den Richter mitschicken. Schnellgerichte hätten in manchen Fällen sicher eine gute pädagogische Wirkung. Aber eben auch nur, wenn die Beweise ausreichen. Und damit kommen wir zu der entscheidenden Frage: ob bei der jetzigen Gesetzeslage ausreichend Beweise gesichert werden können. Dieser Frage kann sich Baum nicht entziehen, indem er eine Wunderwaffe namens Staatsanwalt beschwört.



Planmäßiger Abstieg KLAUS BÖHLE

Ein Dichtungsring

Von Fritz Wirth

„Es gibt Dinge, die wir nicht verstehen", sagte ein zutiefst schockierter Ronald Reagan in seiner Rede an die Nation, fünf Stunden nach der „Challenger"-Katastrophe des 28. Januar. Seit dem gestern veröffentlichten Untersuchungsbericht der Rogers-Kommission verstehen wir die Ursache dieser Katastrophe. Die sieben Astronauten der „Challenger"-Fähre starben nicht, weil sie mit ihrem Gefährt die Grenzen der Technologie erreicht hatten – sie verunglückten, weil an der teuersten und kompliziertesten Flugmaschine, die der Mensch je ersann, ein Dichtungsring versagte.

Das ist eine menschliche Tragödie, eine technische Tragödie ist es nicht. Jede noch so komplizierte und anspruchsvolle Maschine ist so zuverlässig ist wie ihr schlichtestes Einzelteil. Die Dimension der menschlichen Tragödie wird durch die Feststellung der Rogers-Kommission umschrieben, daß dieser Defekt und seine möglichen Folgen den Technikern und Managern der Weltraumbehörde Nasa bereits seit sieben Jahren bekannt waren.

Dennoch informierten sie die Start-Direktoren nicht und ließen sie dieses defekte Gefährt sechsundfünfzigmal in den Weltraum schicken. Aus den Starts war eine Art russisches Roulette geworden – ein Ausdruck, der schon wenige Stunden vor dem Start von „Challenger" von Nasa-Beamten gebraucht wurde, die das Risiko abzuschätzen hatten.

Daß diese Katastrophe vermeidbar war, macht den Tod der sieben Astronauten noch schrecklicher, als er es ohnehin schon ist. Zugleich jedoch trägt es zu einer wichtigen Klärung bei. Es widerlegt die pessimistische Einschätzung nach der Katastrophe, daß die Raumfahrt technologisch an einem End- oder Wendepunkt angelangt sei, und belegt: Das schwächste und unberechenbarste Glied in dieser langen Risikokette ist immer noch der Mensch, und zwar nicht so sehr die Menschen, die diese Fähren bedienen, wie Wissenschaftler und Astronauten, sondern jene, die sie verwalten und kommerziell rechtfertigen müssen, die Manager und Kaufleute.

Hier liegt die Haupterklärung für die Tatsache, daß einige dieser Manager dieses defekte Gefährt wider besseres Wissen in den Weltraum schickten: Sie standen unter Druck. Unter finanziellem Druck des Kongresses, der ihre Gelder bewilligte, unter dem Druck einer ungeduldigen Presse und Regierung und unter dem Druck eines Erfolgszwangs, unter den sich die Nasa selbst setzte, indem sie sich ein Ziel von 24 Starts pro Jahr setzte und damit nicht nur die Raumfähren, sondern das gesamte System überforderte.

Wie absurd dieser Erfolgszwang, das Selbstbewußtsein und die Fahrlässigkeit schließlich wurden, belegt die Tatsache, daß die Nasa in einer Studie den zuständigen Regierungsstellen versicherte, daß die Chancen für eine Katastrophe der Raumfähren 1 zu 100 000 stünden. Der Nobelpreisträger Richard Feynman, ein Mitglied der Untersuchungskommission, erwiderte: Wenn die Nasa täglich eine Fähre gestartet hätte, hätte es nach ihrer eigenen Risikoeinschätzung nur alle 300 Jahre eine Katastrophe vom Ausmaß des „Challenger"-Unglücks geben dürfen. In Wahrheit liege die Risikoquote bei 1 zu 100.

Die Rogers-Kommission zeigt dennoch nicht mit dem Finger auf Schuldige und bittet nicht die Richter um das letzte Wort. Viele der Betroffenen haben bereits mehr oder minder freiwillig die Schuld eingestanden und sich aus der Aufgabe zurückgezogen. Schuldig – das ist das nachsichtige Verdikt der Rogers-Kommission – ist der Mensch allgemein mit seiner Unberechenbarkeit, seinem Ehrgeiz, seiner Fahrlässigkeit und seiner Selbstüberschätzung.



Amerika kann seine Irrtümer korrigieren: „Challenger"-Explosion FOTO: AP

Dennoch wird, wenn im nächsten Jahr das Weltraumprogramm wieder aufgenommen wird, die Nasa nicht mehr das gleiche Unternehmen sein. Nicht nur, weil neue Gesichter das führungsschwach gewordene Unternehmen leiten – die „Challenger"-Katastrophe wird für die USA zugleich der Beginn einer neuen Zeitrechnung ihrer Weltraumforschung sein. Nicht nur werden neue Sicherheitsvorschriften dieses einst so forsche Unternehmen zunächst im Tempo reduzieren, es wird auch neue Konzepte und neue Ziele für die nächsten fünfzig Jahre geben. Die Planung für eine Raumstation ist abgeschlossen, man visiert eine Reise zum Mars an. Die Kompetenzen und Prioritäten zwischen Militärs, Wissenschaftlern und Kaufleuten, die beim Raumfährenprojekt im Konflikt miteinander lagen, werden geregelt.

Eindeutig beantwortet jedoch ist schon heute die Frage, ob der „Challenger"-Schock in Resignation münden könnte. Dies ist eine Nation von Machern, von Neugierigen und von Pionieren, und eine Nation, für die das Risiko nicht Anlaß zur Angst ist, sondern zu einer Herausforderung wird. Der Mensch mag das schwächste Glied in der Kette der Risiken bei der Ausführung und Verwirklichung dieser Herausforderung sein, er ist zugleich mit seinen Träumen, Visionen und seiner Neugier das stärkste Glied in der langen Kette jener Faktoren, die aus Visionen Tatsachen machen.

Deshalb sind alle Prognosen falsch, die als Folge der „Challenger"-Katastrophe wieder das Zeitalter des unbemannten Raumflugs ausrufen. Der Mensch hat einen Platz und eine Zukunft im All, weil die Wissenschaft noch zu viele ungelöste Probleme hat, die nur dort zu lösen sind. Wer ihn nach dieser Katastrophe aus dem All verbannen will, vergißt, daß in dem Verdikt der Rogers-Kommission, wonach dieses Unglück vermeidbar war, über alle Bestürzung und allem Tadel auch Hoffnung liegt. Ronald Reagan faßte es gestern in diese Worte: „Diese Nation ist stark genug, ihre Irrtümer zu korrigieren."

IM GESPRÄCH Franz Vranitzky

Die Scherben auflesen

Von Carl Gustaf Ströhm

Vor knapp zwei Jahren erst, im September 1984, wurde Franz Vranitzky von der SPÖ-Regierung Sinowatz zum Finanzminister der Republik Österreich berufen. Alle trauten ihm viel zu, aber daß er der kommende Mann Österreichs sei, darauf hätte niemand gesetzt. Im Gegenteil, man sprach vom Himmelfahrt-Kommando in der Wiener Himmelpfortgasse – gemeint war die Hoffnung, Vranitzky werde den maroden Haushalt samt Defizit und Schuldenberg, anders als sein selbstquälerischer Vorgänger Salcher, wieder in den Griff bekommen. Salcher wiederum war der Nachfolger jenes Hannes Androsch gewesen, mit dem der frühere Bundeskanzler Kreisky sich bis zur bittersten persönlichen Feindschaft überworfen hatte. So hat Vranitzky immerhin schon einige Erfahrungen im Auflesen von Scherben.



Kein Ideologe: Vranitzki (rechts), mit Vorgänger FOTO: DPA

Franz Vranitzky gehört mit nunmehr achtundvierzig Jahren zu jener smarten, coolen und studierten Mannschaft sozialistischer Manager und Experten, die ihren Aufstieg in der Ära Kreisky begannen. Der auf dem Altenteil grollende Altkanzler freilich zieht seit seinem Rücktritt eher die Jung-Linken vor. Aber die Partei hat verstanden, daß man die Wahl nicht wegen Mangels an revolutionärem Elan verloren hat, sondern wegen Mangels an wirtschaftlicher Kompetenz. Franz Vranitzky verkörpert sie schon äußerlich – als Gegentyp der krawattenlosen Jeans- und Pullovergeneration; der schlanke ehemalige Basketballspieler, der heute Tennis bevorzugt, trägt unauffällig-elegante Anzüge und legt auf Gediegenheit ebensoviel Wert wie auf gedämpfte Lautstärke bei öffentlichem Auftreten.

Aber dem Äußeren entspricht auch Gediegenheit innen. Vranitzky ist alles andere als ein Ideologe und Weltverbesserer. Seine Aussage ist bekannt, daß die Vollbeschäftigung zwar ein sehr hohes Gut sei, aber nur einen Sinn habe, wenn die Arbeiter in wirtschaftlich gesunden und produktiven Betrieben tätig seien und nicht etwa von Staats wegen subventioniert werden müssen.

Vranitzkys Karriere begann unter Hannes Androsch, der den Bank- und Finanzfachmann, welcher zugleich ein Duz-, Partei- und Studienfreund war, 1970 als engen Mitarbeiter und Berater ins Finanzressort holte. Aber Vranitzky, von politischem Ehrgeiz weitgehend frei, übernahm 1976 den Posten eines stellvertretenden Generaldirektors der größten österreichischen Bank, der Creditanstalt-Bankverein – eben rechtzeitig, um nicht in den sich zusammenbrauenden Streit zwischen Kanzler Kreisky und dem damaligen Finanzminister hineingezogen zu werden. Als Androsch auf den Generaldirektorensessel eben dieser Bank abgeschoben wurde, räumte Vranitzky seinen Posten; zwei Sozialisten auf der Chefetage – das ging nicht. So übernahm Vranitzky die Generaldirektion des zweitwichtigsten Geldinstituts im Lande, der Österreichischen Länderbank.

Die zupackende Art, mit der er dieses durch Fehlspekulationen und Firmenpleiten angeschlagene Institut wieder zu einer „ersten Adresse" machte, hat offenbar bei Kanzler Sinowatz und der SPÖ Hoffnungen genährt, deren mittlerweile erfolgte Bestätigung den Mann ohne Ehrgeiz in das mächtigste Amt im Staate trugen. Seiner verbindlichen Art müßte es gelingen, auch mit dem von seinem Vorgänger so tief verletzten neuen Bundespräsidenten eine Beziehung guter Zusammenarbeit herzustellen, wie sie österreichischer Tradition entspricht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HAMBURGER MORGENPOST

Sie schreibt zur Grün-Alternativen Liste:

Mitverantwortlich (an Brokdorf) ist die GAL! Ja, die Grünen Hamburgs! Auf ihren Besprechungen für die Brokdorf-Demo, vor allem auf der letzten am 5. Juni, haben sie aus Angst um innere Geschlossenheit nach Vogel-Strauß-Manier in Kauf genommen, daß es zur brutalen Randale kommen konnte.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt kommentiert die Wahl in der „DDR":

Vorschlag im Zeichen guter Nachbarschaft: Erich Honecker verzichtet vollends auf seinen Besuch in der Bundesrepublik, der ohnehin keinen erkennbaren Nutzen stiften kann, und läßt stattdessen jene 43 313 Nichtwähler, Stimmzettelfälscher und Neinsager ausreisen, die der SED und den übrigen Kopfnickern der Nationalen Front am Sonntag das kommafreie 100-Prozent-Ergebnis vermasselten.

WESTFÄLISCHER ANZEIGER

Die Hammer Zeitung registriert Panikmache:

Zumindest ein Fall ist seit dem Wochenende offenkundig: Während die Veranstalter eine Anti-THTR-Demonstration am Samstag bedeutungsvoll von gestiegener Radioaktivität sprachen und Eltern mit Kleinkindern zur Umkehr rieten, ergaben intensive Doppelmessungen der Gewerbeaufsicht nur Strahlungs-Normalwerte und vor allem keinen Hinweis, daß es im THTR zu Freisetzungen gekommen sein könnte.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung geht auf Österreich ein:

Gewiß hat die Kampagne gegen den Kandidaten Waldheim zur Mobilisierung von Trotzreaktionen und damit zur Schlappe des SPÖ-Kandidaten Steyrer beigetragen. Doch der desolate Zustand der sozialistischen Partei unter Sinowatz, der nie aus dem Schatten seines legendären Vorgängers Kreisky heraustreten konnte, hätte vermutlich auch jedem anderen konservativen Amtsbewerber den Sieg beschert.

Salzburger Nachrichten

Sie stellen zur neuen Regierung fest:

Verzweifelt versuchen Österreichs Sozialisten, das Ruder noch einmal herumzuwerfen. Der Schwund der Wählermassen soll gestoppt werden, um sechzehn Jahre nach dem Erreichen der Mehrheit für die kommende Nationalratswahl wiederum die Majorität zu sichern. Wenn schon nicht die absolute Mehrheit, dann doch eine relative mit dem Anspruch, weiterhin Bundeskanzler zu stellen. Es ist das letzte Aufgebot.

Vom Gift und von jenen, die damit umzugehen wissen

Erst anklagen, dann Beweise suchen – die Kirche finanziert es / Von Joachim Weber

Wenn grüne Grüppchen versuchen, Chemie-Hauptversammlungen (zu denen sie sich mit einer Aktie pro Person legalen Zutritt verschafft haben) zu Tribunalen umzufunktionieren, wird immer wieder starker Tobak serviert. Daran ist man schon gewöhnt, und die Versammlungsleiter lassen es mit einer gewissen Resignation über sich ergehen.

Was dem Management der Hoechst AG in diesem Jahr zugemutet wurde, war dann aber doch etwas zuviel: „Wenn's um das Geschäft geht, geht der Vorstand der Hoechst AG über Leichen. Mit dem Geschäftsgeist einer Pharmaklitsche vermarktet die Hoechst AG gefährliche Wirkstoffe unter Phantasiebezeichnungen zu Wucherpreisen", verlas „Aktionärssprecher" Dr. med. Ulrich M. Moebius seine Anklage.

Das ging selbst dem besonnenen Aufsichtsratsvorsitzenden Rolf Sammet, der sechzehn Jahre lang den Vorstand des Chemiekonzerns geleitet hat, über die Hutschnur – er entzog dem Redner das Wort.

Moebius ist Herausgeber einer Pharma-Postille, für die er – wirtschaftliche Interessen sind nur bei den anderen unmoralisch – in seiner Rede unverhohlen warb. Er gilt als einer der führenden Köpfe hinter der „Buko Pharma-Kampagne".

Buko steht hier für „Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen", hat seinen Sitz im Dritte Welt Haus in Bielefeld und ist nach eigenem Bekunden ein Zusammenschluß von etwa zweihundert Gruppen in der Bundesrepublik. Unterstützt wird er unter anderem von der evangelischen Kirche; wie der „idea"-Dienst meldet, erhielt er von ihr 155 000 DM. Zu seinen Mitglieder- bzw. Förder-Gruppen gehört laut „idea" eine „Freundschaftsgesellschaft BRD–Kuba" sowie die SDAJ, die Jugendorganisation der DKP. Vor dem Regierungswechsel erhielt er auch Zuschüsse vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Buko beteiligte sich 1981 an der Gründung einer Gruppe namens Health Action International, einem „internationalen Netzwerk von Verbrauchergruppen, Fachleuten und entwicklungspolitischen Gruppen, die sich für eine rationale, an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte Gesundheitsversorgung einsetzen", so die eigene Darstellung. Ihre hehren Ziele verfolgt die Pharma-Kampagne, die augenscheinlich aktivste Buko-Abteilung, mit Mitteln, wie sie bei vielen Kollektiven üblich geworden sind, die nach eigener Einstufung fest auf der Seite des Guten stehen: nämlich der schrankenlosen Diffamierung des anderen.

Buko zeichnet sich darüber hinaus aber durch eine ganz klare Strategie aus: Die Angriffe werden möglichst auf ein Ziel konzentriert, stellvertretend für die anderen, die hoffentlich tatenlos zuschauen – bis sie selbst dran sind. Im Fall der Pharma-Kampagne ist die Hoechst AG das bevorzugte Opfer, weil sie in Frankfurt günstig liegt – in einer von Politik und Medien her wenig freundlichen Landschaft.

Im Mai 1985, und nicht zufällig auf einem Seminar der evangelischen Kirche in Iserlohn, wurde beschlossen, ein „Hoechst-Tribunal" abzuhalten. Die Recherchen zu dessen Begründung aber gingen typischerweise erst danach los: „Seit September letzten Jahres hat die Buko Pharma-Kampagne den Beitrag der Pillenmultis zur Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern unter die Lupe genommen", heißt es in dem Buko-eigenen „Pharma-Brief" vom Februar/März 1986. „Die Nützlichkeit der Medikamente für die gesundheitlichen Probleme der armen Bevölkerungsmehrheit untersuchen wir am Beispiel des weltgrößten Pharmakonzerns Hoechst."

Begleitet wird die Aktion mit eingängigen Slogans wie „Hoechst auf dem Prüfstand" und einem intensiven Briefwechsel mit dem Chemiekonzern. Darin werden den Pharma-Herstellern immer neue Fehlgriffe vorgeworfen. Die Hoechster haben all diese Vorwürfe keineswegs auf die leichte Schulter genommen und sich auf die Diskussion eingelassen, in mehreren Fällen sogar eigene Positionen korrigiert, zum Beispiel Medikamente aus dem Markt genommen. Die Prüfstand-Aktion mußte gleichwohl nach Programm weiterlaufen: Letzte Woche wurde als vorläufiger Höhe- oder Tiefpunkt eine Aktionswoche mit Postkartenaktion (an Hoechst), Flugblättern und Veranstaltungen inszeniert. Der Betriebsrat beobachtet die Bemühungen, fünfzigtausend Arbeitsplätze zu zerstören um des Zerstörens willen, mit dem gleichen Interesse wie die Betriebsleitung.

Vorstandschef Wolfgang Hilger wunderte sich in der Hauptversammlung darüber, daß alle Veränderungen, mit denen das Unternehmen auf die Vorwürfe reagiert hatte, immer wieder nur zu weiteren Fragen führten, „die eigentlich mehr in Anschuldigungen gekleidete Fragen sind". Er braucht sich nicht zu wundern.

Das gehört zur Strategie: Wenn ein Süppchen erst mal kocht, muß es auch am Kochen gehalten werden. Es geht offensichtlich nicht um bessere Medizin, sondern um Antikapitalismus.

Mit Pluspunkten im Gepäck zieht Albrecht ins Gefecht

Ministerpräsident und Parteichef kämpfen, greifen an. Grüne, und vor allem die – wie sie sagen – drohende rot-grüne Koalition liefern Ernst Albrecht und Wilfried Hasselmann die Wahlkampf-Munition. Der Beifall bleibt nicht aus.

Von MICHAEL JACH

Unsere besten Wahlkampfhelfer!" Zur Mittagsstunde auf dem Göttinger Marktplatz, gotisches Rathaus und Gänseliesel als Kulisse, bedankte sich Niedersachsens CDU-Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann für die „Unterstützung" durch einen Störtrupp, der zweifellos ganz anderes als Unterstützung im Sinn hat. Doch die dreißig, vierzig fäustereckenden Störer im Punkerlook halten ihr ohrenbetäubendes Pfeifkonzert zwanzig Minuten lang durch. Wahlkampfredner Hasselmann gibt sich beeindruckt von der Gesundheit ihrer Lungen. Im übrigen kann der Parteichef auf die Phonstärke der Lautsprecherbatterie vertrauen, um dem ansonsten bieder-bürgerlichen Publikum die Zusammenhänge mit dem erst wenige Tage zurückliegenden Bundesparteitag der Grünen in Hannover und den Gewalttaten von Wackersdorf zu vermitteln: Und er macht in diesem Zusammenhang deutlich, was es für Niedersachsen bedeute, wenn die Union die Wahl nicht gewinnen würde.

Des Parteichefs Dank an die Gegner ist ehrlich, denn immer wieder liefern die Schreier das Gewürz zum Wahlkampf der Union, die Ansätze zur Entfaltung ihres Offensivwillens.

Der im Grundzug gleiche Ablauf kennzeichnet auch, ja mehr noch, die Auftritte von Ministerpräsident Ernst Albrecht, der immer dann zu kämpferischen Höhepunkten aufläuft, wenn Widersacher Reibungsfläche bieten. Wenn die ihm zugeneigte Zuhörermehrheit auf sein rhetorisches Signal zum schulterschließenden Bestätigungsbeifall wartet.

Ein „Spitzenplatz" unter den Ländern des Nordens

Dann holt Ernst Albrecht zu kurzen, harten Schlägen aus. Die stets korrekt gebündene Krawatte, das straff sitzende Jackett des Ministerpräsidenten geraten dabei aber nie in Unordnung. Gegen das Transparent mit der SPD-Parole „116prozentig Quittung am 15. Juni" setzt er den Konter wider gewerkschaftliche „Mißachtung der Neutralitätspflicht": Niemand, so verkündet Albrecht, „fälscht und lügt" in diesem Wahlkampf derart wie die IG Metall in ihren Flugschriften.

Doch stets kehrt der Ministerpräsident schnell zurück zur sachbezogenen Überzeugungsarbeit und spricht, immer noch an die Arbeitnehmeradresse gerichtet, von der „sozialen Tat" der Geldwertstabilität bei erstmals nach Jahren wieder steigenden Realeinkommen, vom „Spitzenplatz" Niedersachsens unter den Nachbarländern im Norden beim Abbau der Arbeitslosigkeit.

Im Gasthaussaal von Loxstedt nahe Bremerhaven trifft Albrecht mit dieser Botschaft auf ungläubige Zuhörer. Mancher, der hier wohnt, verdient sein Brot in Bremen oder der Schwesterstadt weserabwärts, kennt aus der persönlichen Erfahrung eine viel düsterere Arbeitsmarktlage. Die Wortführer des Widerspruchs geben sich als Sozialdemokraten zu erkennen. Das ist für Albrecht die willkommene Gelegenheit, „Qualitätsunterschiede" zwischen SPD- und CDU-Landesregierungen am „Negativbeispiel des bremischen Nachbarn" vorzuführen. Bedarfsgerechte Zahlen aus amtlichen Statistiken stehen dem Regierungschef zu Gebote.

Am Ende des Wortwechsels läßt Albrecht die sozialdemokratischen Zwischenrufer nicht davonkommen ohne die Gewissensfrage: „Wollen Sie wirklich die Grünen als Partner?" Eine Antwort kommt nicht. Im Saal gibt es Beifall.

Die Grünen – für Albrechts kampfbetonte Einlagen sind sie das bevorzugte Leitmotiv. Ob auf den Marktplätzen von Hildesheim oder Gifhorn oder bei Regen, im Stadttheater von Wunstorf – der Kampf gegen die „Aussteigerpartei" vor dem von Albrecht gemalten Horizont eines rot-grünen Bündnisses, erweist sich als zugkräftigstes Wahlkampfthema. Beim Appell an das Bürgerbedürfnis nach Sicherheit und Ordnung im Staat gibt der Ministerpräsident seine persönlichkeitstypische Reserve gegen die Künste der Massenpsychologie auf und ballt die Fäuste.

Zumal er, wo er die Grünen schlägt, mittelbar seinen sozialdemokratischen Herausforderer Gerhard Schröder beim wunden Punkt zu treffen glaubt. Wohl sei ihm angesichts der Grünen-Beschlüsse zu Pfingsten in Hannover „die Spucke weggeblieben". Doch gleich ob NATO-Austritt oder Abschaffung von Bereitschaftspolizei, Grenzschutz und Verfassungsschutz: „So unverantwortlich das ist, bei denen wundert mich gar nichts mehr. Was mich hier interessiert, ist die Position der SPD."

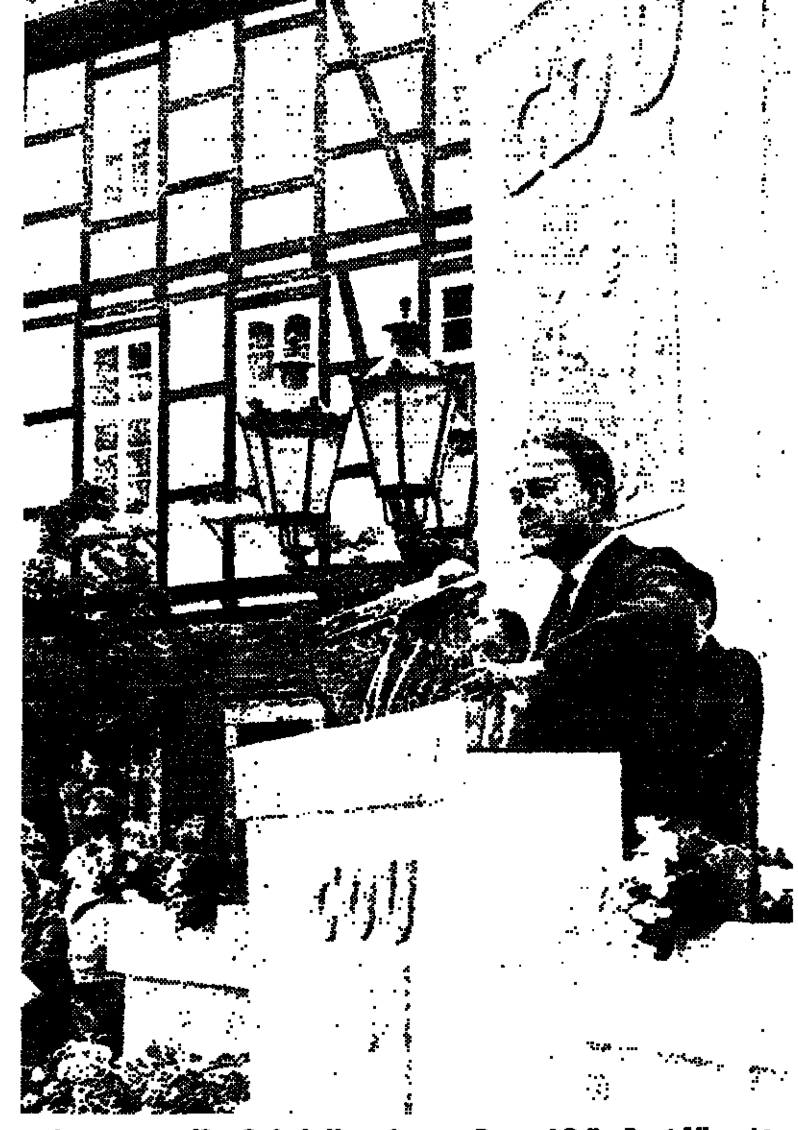
Denn „Herr Schröder", gelegentlich sagt er auch „der gute Gerhard Schröder", könne sich gegen die Grünen erklären, sooft er wolle: „Ich glaube ihm kein Wort."

Holger Börners „Wortbruch" in Hessen sei schließlich noch jedermann gegenwärtig. Wenn Albrecht dann noch vorführt, wie eng die Wahlverwandtschaft zwischen Rot und Grün bereits geschlossen sei, gibt es Jubel.

Da nutze die SPD „jede Gelegenheit, den Amerikanern am Zeuge zu flicken", sagt er. Da reise nicht von ungefähr Spitzenkandidat Schröder bevorzugt nach Ost-Berlin: „Einmal allerdings", verbessert Albrecht sich, „ist er auch nach Westen gereist ..." Die Zielangabe nimmt dem Redner ein kundiger Zwischenrufer von den Lippen: „... nach Kuba!" Der Lacheffekt sitzt.

Albrecht freut sich wie ein Schuljunge und gibt gleich noch eins drauf: „Bei Castro hat er brav bis morgens um vier auf die Audienz gewartet. Das war ja auch sein Jugendidol." Und setzt, nun wieder ganz ernst, noch hinzu: „Was für ein trauriges Idol."

Solche Attacken sind sichtlich nach dem Geschmack einer kampfgestimmten Parteibasis, die schon lange



Unter dem weißen Roß ein Kampf gegen Rot und Grün: Ernst Albrecht
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

vor dem Tschernobyl-Stimmungstief am Zügel gerissen hat und den Gegner mehr aufs Korn nehmen wollte.

Doch Wahlkampf auf diese Art entspricht dem ausgeprägt sachbezogen-rationalen Politikverständnis des Ernst Albrecht so wenig, wie er dem Landesparteichef Hasselmann andererseits „so und nicht anders" regelrecht „Spaß macht".

Es ist eine in langen Jahren und mittlerweile vier Landtagswahlkämpfen bewährte Arbeitsteilung: Hasselmann als der volkstümlich-hemdsärmelige, rastlos von Kreisverband zu Kreisverband nach dem Rechten sehende Parteiarbeiter, der mit loser Zunge und viel Schulterklopfen anfeuert und mitreißt. Der mit spitzbübischem Zwinkern dem Parteivolk im Schulfoyer von Pattensen südlich Hannover erzählt, wie er unterwegs SPD-Wahlplakate gesehen habe, deren Botschaft durch Zusätze von Frevlerhand gegen die Urheber gekehrt worden sei. Derart werde aus dem „Mann, der Mut macht" (Gerhard Schröder), ein Mann, der „sich" Mut macht.

Dem Gegner auch mal eins auswischen

Oder jenes freundliche Großplakat mit dem Bild des Ehepaares Schröder, das ein Frechdachs mit der sinnigen Aufschrift versehen habe: „Wir machen Urlaub auf Kuba." Da kommt Stimmung auf, da löst manche Argumentationsnot sich auf in der tröstlichen Gewißheit, dem Gegner auch mal eins auswischen zu können und, die Lacher erst einmal auf die eigene Seite gebracht, somit schon halb gewonnen zu haben.

Immer wieder präsentiert Albrecht seine politische Leistungsbilanz: Hildesheimer Lokalstolz wird verwiesen auf Nachrichtenelektronik aus der Bischofsstadt, die in europäischen Weltraumsatelliten Verwendung findet. Im schmucken Gemeindezentrum von Großefehn/Ostfriesland lassen die Bürger sich dankbar erinnern an die ihnen zugeflossenen Fördermittel aus Hannover oder an den Vorteil, endlich von verstopften Landstraßen auf die neuen Autobahnanschlüsse ausweichen zu können. Die Kleinstadt Wunstorf bei Hannover gestattet besonderes Augenmerk auf den Ausbau der psychiatrischen Landeskrankenhäuser, in denen die Regierung Albrecht vor zehn Jahren menschenunwürdige Zustände vorgefunden hat.

Die Landeskrankenhäuser, das heute flächendeckende Netz der Sozialstationen, Niedersachsens Babygeld, der stetig wiederkehrende Aufruf, zu den Tugenden Treue und Verläßlichkeit in Ehe und Familie zurückzukehren, scharfe Worte zur Praxis der Massenabtreibungen im Wohlstandsland Bundesrepublik – die Skala der Grundmotive praktischer Politik aus christlich-sozialer Verantwortung läßt Herztöne des Politikers Ernst Albrecht hörbar werden.

In der Nordseestadt Cuxhaven, der er voriges Jahr mit der Rettung der Hochseefischerei eine wirtschaftliche Katastrophe erspart hat, findet der massenscheue, deswegen von Gegnern oft als menschenverachtend beschimpfte Ministerpräsident sich voll und ganz verstanden. Seine von Tausenden besuchte Kundgebung gerät zum Volksfest, mitten darin zwischen Holzschuhtänzern, Schleusenwärterchor und drängelnden Autogrammjägern ein „ganz anderer" Ernst Albrecht: gelöst, mit „seinen Cuxhavenern" feiernd, wie befreit von den verinnerlichten Fesseln der Regierungsautorität.

„So ein Tag, so wunderschön wie heute", wird bei seinem Eintreffen gespielt. Albrecht ist gerührt. So läßt sich trefflich Wahlkampf führen.

Eine Frau zieht Rot – mit dem Strafgesetzbuch

Man spricht über die Rowdies auf den Rängen. Doch auch auf dem Fußballplatz kommt es zu Ausschreitungen, die im Amateurlager immer häufiger ein gerichtliches Nachspiel haben. In Hannover befaßt sich eine Staatsanwältin seit vier Jahren vor allem mit den groben Fouls. Ihre Empfehlung zur WM: Schiedsrichter, greift durch!

Von EWALD REVERMANN

Wären diese Spiele in meinem Kompetenzbereich in Hannover gewesen, ich hätte in mindestens drei bis vier Fällen von Amts wegen als Staatsanwältin eingreifen müssen", meint Inge Schwanecke zu einigen Spielen bei der Weltmeisterschaft in Mexiko. „Wenn der Körper bewußt gegen den gegnerischen Spieler eingesetzt und dann mit geschraubten Stollen als gefährliches Werkzeug getreten wird, dann ist das Körperverletzung mit Vorsatz, vielleicht sogar auch Heimtücke."

Von den bisher sehr unangenehm aufgefallenen Mannschaften nennt Frau Schwanecke die Uruguayer namentlich, hat aber für den Rest der Spiele Hoffnung: Wenn die Schiedsrichter „statt bei Albernheiten wie Ballwerfen" die wirklich brutalen Fouls konsequenter ahnden, „dann reißen sich auch Fußballstars in den Folgespielen am Riemen ..."

Als Staatsanwältin in Hannover hat Inge Schwanecke über vier Jahre eine erschreckende Feststellung gemacht: Vor allem im nichtbezahlten deutschen Fußball, dem Amateurlager ist noch nie so hart gespielt worden wie heute.

Schwere Verletzungen mit mehrwöchigen Klinik-Aufenthalten und monatelangen Arbeitsausfällen haben im Amateurlager in erschreckendem Maße zugenommen. Inge Schwanecke hat allein in ihrem Bereich des Landgerichtbezirks Hannover 100mal wegen vorsätzlicher Körperverletzung gegen Amateurfußballer ermitteln müssen und in etwa 90 Fällen auch Anklage erhoben, sozusagen die rote Karte mit dem Strafgesetzbuch gezogen. Zwei Drittel dieser Fälle erledigten sich schon vor einem Prozeß durch die Zahlung von Bußgeldern.

Das Motiv, um jeden Preis, auch durch Negativ-Schlagzeilen, bekannt und möglichst als „harter Bursche" entdeckt zu werden, ist für die juristische Schiedsrichterin eine wesentliche Ursache für „Fußball brutal" auf dem Lande.

Einen 34jährigen Amateurfußballer aus dem Großraum Hannover erwartet beispielsweise demnächst ein gerichtliches Nachspiel wegen heimtückischen Fouls: Er hatte seinem Gegner auf dem Rasen einen mehrfachen Jochbeinbruch beigebracht, für vier Wochen ins Krankenhaus geschickt und für weitere sechs Wochen arbeitsunfähig gemacht. „Früher gab es verbale Ausfälle, man beschimpfte sich im Spiel. Heute besteht schon bei kleinen Rangeleien die Gefahr einer handfesten Schlägerei, möglichst hinter dem Rücken des Schiedsrichters."

Im Amateurlager verteilt Staatsanwältin Schwanecke den Schülern die besten Noten („Die spielen um des Spielens willen"), gestandenen Männern zwischen 25 und 35 Jahren die schlechtesten: Zu fast 90 Prozent kommen die wüstesten Rowdys aus dem Kreis der Kicker „in den besten Mannesjahren". Was die nüchterne Juristin privat von den Motiven der Rowdys hält, ist gar nicht schmeichelhaft für die Kicker:

- Amateurfußballer von der Kreisklasse bis zur Oberliga, fernsehträchtig mit akrobatischen Kabinettstückchen der hochbezahlten und austrainierten Bundesliga-Idole angespornt, wollen wie die Stars kicken – auf Biegen und Brechen.
- Nach dem Motto „Bin ich ein Harter, bin ich auch ein Guter", wird ohne Rücksicht auf Freund und Feind drauflosgetreten.
- Um bekannt und möglichst von ranghöheren Vereinen entdeckt zu werden, ist jedes Mittel recht, in die Schlagzeilen zu kommen. In Spielberichten der Lokalzeitung wird in der Regel neben den Torschützen allenfalls noch der gegnerische Torwart namentlich genannt. Es sei denn, der Sportreporter berichtet ausführlich über „das fürchterliche Foul des Linksaußen sowieso". Dann wird der Rüpel bekannt, er steht in der Zeitung und gilt als „harter Bursche" – ein vermeintliches Kompliment.

Gerade im letzten Punkt ist Frau Schwanecke bitterböse auf das Fernsehen. „Da wird dann ein Foul zigmal in der Zeitlupe wiederholt. Man merkt sich den Namen des Übeltäters, und ein Amateur, der solche Szenen der Vorbilder aus der Bundesliga sieht, macht sich dann das Motto zueigen, ‚Gut wird man, wenn man hart ist'."

Auch die Schiedsrichter im Amateurlager kommen nicht ungeschoren davon. Einbezogen in Keilereien, humpelt manch ein Pfeifenmann in die Kabinen. „Auf dem Lande lebt auch ein Schiedsrichter gefährlich", weiß Inge Schwanecke aus beruflicher Erfahrung. Wobei ihr allerdings auch Fälle bekannt sind, bei denen ein Schiedsrichter nicht nur seine Pfeife, sondern auch seine Fäuste gebraucht hat.

Im Profilager, im bezahlten Fußball, sind vorsätzliche Körperverletzungen mit bösen Folgen bis auf spektakuläre Ausnahmen kein Fall für den Staatsanwalt. Die eigene Gerichtsbarkeit des DFB mit schlagzeilenträchtigen Spielersperren und Geldstrafen reguliert fast alles ohne Aktenzeichen der Justizbehörden.

Im Profi-Fußball sorgen vor allem Fans für Gewalt und Negativ-Schlagzeilen. Hier stellt Inge Schwanecke, die rund die Hälfte ihrer Fälle immer noch hier ansiedeln muß, seit einem Jahr zwar keine Zunahme, wohl aber eine steigende Tendenz in der Intensität fest. Dabei verlagern sich die Tatorte weg vom Stadion in Bahnhöfe, Lokale oder Autobahn-Raststätten. Bedauerlich findet es Inge Schwanecke, daß von der fürchterlichen Katastrophe von Brüssel offenbar niemand gelernt hat. „Die Hoffnung, nach Brüssel mit mehr als 30 Toten im Stadion würde sich Grundlegendes ändern, hat sich leider nicht erfüllt."

Für die begeisterte Fußballanhängerin dürfte übrigens die letzte „Saison" als „Fußball-Staatsanwältin" angebrochen sein. Die Juristin, seit zehn Jahren Anklägerin und durch ihre speziellen fußballerischen Aufgaben inzwischen bundesweit bekannt, wird Hannover zu Beginn des nächsten Jahres verlassen. In ihrem künftigen Arbeitsbereich in Berlin bei der dortigen Dependance des Generalbundesanwalts gehört die Verfolgung von Rowdytum nicht mehr zu ihrem eigentlichen Aufgabengebiet. Dem runden Leder wird die forsche Dame jedoch an der Spree verbunden bleiben – „schließlich ist Blau-Weiß aufgestiegen, ein Trost nach dem Abstieg von Hannover 96 ..."



Verfolgt die Körperverletzung auf dem Rasen: Staatsanwältin Inge Schwanecke
FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

Diepgen fordert Berliner SPD zum Konsens auf

D.D. Berlin

Die Angriffe des Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden Walter Momper gegen die USA und Präsident Ronald Reagan (WELT vom 10.6.) sind vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen scharf zurückgewiesen worden. Mompers Äußerungen sowie ein sicherheitspolitischer Antrag der Berliner SPD für den Bundesparteitag im August „markieren die Gefahr eines Abschieds der Berliner SPD vom Grundkonsens der freiheitlichen Demokraten in Berlin", sagte Diepgen. Er betonte, daß Berlin existentiell darauf angewiesen sei, auf der Seite der Freiheit und des Westens zu stehen. Diepgen wirft Momper vor, daß die USA von der Berliner SPD mit Mißtrauen überzogen und pauschal kritisiert werden, die Politik der UdSSR aber „sensibel, fast liebevoll in Schutz genommen wird".

Gerade die letzten Wochen – Diepgen verwies auf die erfolgreiche Begegnung der östlichen Versuche einer Statusveränderung in Berlin und auf den Terroranschlag gegen die Discothek „La Belle" – hätten gezeigt, daß die Amerikaner für die rechtliche Grundlage und die freiheitliche Entwicklung der Stadt stehen.

„Eins Plus" jetzt auch im Südwesten

gü. Stuttgart

Der Ausstrahlung des ARD-Programms „Eins Plus" steht in Baden-Württemberg nichts mehr im Wege. Im Anschluß an eine zweitägige Tagung der Rundfunkreferenten der Länder hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) dem Bundespostministerium gestern mitteilen lassen, daß in Stuttgart gegen die „vorläufige Einspeisung" des öffentlich-rechtlichen Zusatzprogramms in das Kabelnetz Südwestdeutschlands „keine Bedenken" mehr bestehen. Die Landesregierung bezog sich dabei auf die positive Entwicklung der Verhandlungen über einen Rahmenstaatsvertrag zur Nutzung der neuen Satellitenkanäle.

Vogel: Positiver Wirtschaftstrend

hrk. Berlin

Der SPD-Bundestagsfraktionschef Hans-Jochen Vogel hat vor der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland die „positiven Tendenzen" der Bonner Wirtschaftspolitik gelobt. Er zitierte dazu „die erfreuliche Preisstabilität, die langsam zunehmende Beschäftigungszahl, die Entwicklung der Exporte, die rapide gestiegenen Unternehmenserträge und auch das reale Wachstum". Hier sei allerdings zu fragen, welche Teile des Bruttosozialprodukts tatsächlich zugenommen hätten. Für die von der Bundesregierung verbreitete „Selbstzufriedenheit" bestehe trotz allem kein Anlaß, selbst angesichts des weltweiten Aufschwungs könnten sich objektive und subjektive Befunde „verschlechtern und sich ein erhebliches Gefährdungspotential ansammeln". Vogel erklärte, daß bei einem Sieg seiner Partei bei der Bundestagswahl 1987 die deutsche Wirtschaft sich auf eine Politik der „Kontinuität und Perspektiven" einstellen könne. Vogel wiederholte die bekannten wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD und meinte, „Markt und Wachstum allein" reichten nicht aus, um die Probleme zu bewältigen. Erneut kündigte Vogel für den Fall eines Wahlsieges an, die vorhandenen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik „nur noch für eine Übergangszeit zu nutzen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Die Spionageabwehr hat wieder Tritt gefaßt"

Innenminister Zimmermann legt Verfassungsschutzbericht vor

GÜNTHER BADING, Bonn

Die „wachsende Gewaltbereitschaft" bei Demonstranten und protestierenden Gruppen, wie sie auch am vergangenen Wochenende in Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg deutlich geworden ist, bereitet Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zunehmende Sorge. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für 1985 sagte Zimmermann, zwar habe sich unsere Demokratie trotz zunehmender Gewalttaten als stabil erwiesen. Dennoch müsse man überlegen, wie weit die bisherigen Gesetze ausreichten und ob sich an der Taktik der Polizei und dem Verhalten der Innenbehörden der Länder etwas ändern müsse. Am Donnerstag werde er darüber mit den Innenministern aller Bundesländer beraten.

Der Bundesinnenminister verwies ausdrücklich auf Äußerungen des Präsidenten des Hamburger Verfassungsschutzamtes, Christian Lochte, der gesagt habe: „Die Gewalt war vorprogrammiert. Und es ist teilweise so abgelaufen, wie die Militanten sich das vorgestellt haben." Das Entscheidende sei gewesen, daß die sogenannten Gewaltfreien in den letzten Vorbereitungsgesprächen – auch die Grünen zählten dazu – sich dem „Aktionskonzept der Militanten angeschlossen haben".

Schaden begrenzen

Ausführlich befaßt sich der Verfassungsschutzbericht unter dem Stichwort Spionageabwehr auch mit dem Überlaufen des früheren Gruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Hans Joachim Tiedge. Dieser Übertritt habe die Arbeit der Spionageabwehr „sicherlich erschwert", sagte Zimmermann. Auf der anderen Seite habe die rasche Reaktion seines Hauses und der Verfassungsschutzbehörden entscheidend dazu beigetragen, den entstandenen Schaden zu begrenzen. Die Festnahmen in den ersten Monaten dieses Jahres nach Vorermittlungen des Verfassungsschutzes ließen auch den Schluß zu, „daß die Spionageabwehr wieder Tritt gefaßt hat". 1985 seien insgesamt 18 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit festgenommen worden; 14 Haftbefehle seien ergangen. Seit Jahresbeginn 1986 habe man schon 13 mutmaßliche Spione festgesetzt. Darunter seien ein Bürger der USA, zwei Polen und neun Deutsche, davon zwei aus der „DDR".

Tiedge gab Wissen preis

Im Verfassungsschutzbericht heißt es zum Überlaufen Tiedges: „Da davon auszugehen ist, daß Tiedge inzwischen sein gesamtes Wissen preisgegeben hat oder noch preisgibt, wird die Arbeit der Spionageabwehr auf absehbare Zeit sicherlich erschwert." Abwehrexperten erklären dazu, mit dieser „absehbaren Zeit" sei eine Spanne von etwa zwei Jahren gemeint. Für die Arbeitsweise der gegnerischen Nachrichtendienste im Führungs- und Verbindungswesen werde sich der Übertritt Tiedges „nur unwesentlich auswirken", heißt es im Bericht. Der persönliche Treff des Agenten mit seinem Führungsoffizier bleibe unverzichtbar für diese Dienste.

Neben den Aussagen über die Tätigkeit linker und rechter Extremisten und Terroristen (WELT v. 10. 6.) behandelt der Verfassungsschutzbericht ausführlich die Bündnispolitik der Moskau-orientierten Kommunisten. Bundesinnenminister Zimmermann nannte als „Zielobjekt Nummer eins" die Grünen und Alternativen. Allerdings bemühe sich die DKP auch um Aktionseinheiten mit Gewerkschaften und „Mitgliedern der SPD, soweit sie sich für solche gemeinsamen Aktionen eignen".

Betrieb gestört – Schadstoffwerte eingehalten

lor, Bonn

Die Preussag AG hat in einem Schreiben an die WELT Wert auf die Feststellung gelegt, daß das Ziel einer mit dem Düsseldorfer Ministerpräsidenten Johannes Rau getroffenen Vereinbarung zur Senkung der Stickoxid-Emissionen im nordrhein-westfälischen Kraftwerk Ibbenbüren eingehalten und sogar zwangsläufig noch unterschritten worden ist. Diese Aussage sei auch in einem Schreiben an die Landesregierung enthalten.

Die Mitbetreiber des Steinkohlekraftwerkes in Ibbenbüren räumen allerdings auch ein, auf welche Weise die „günstigen Werte" erzielt worden sind: „Die bisherige Fahrweise im neuen Kraftwerk hat durch Unterbrechungen und mehrwöchige Stillständen zu einer Stickoxidemission geführt, die auf Jahresbasis höchstens bei der Hälfte liegen dürfte." Gegenüber der Verabredung vom 4. Dezember bedeute das eine „Minderemission von 6500 bis 7500 Tonnen Stickoxide pro Jahr".

Die zum teilweisen Ausgleich für den Ausfall des Blocks B höhere Beschäftigung im alten Kraftwerksblock A habe dagegen nur „zu einer um 1500 Tonnen Stickoxide pro Jahr höheren Emission" geführt.

Damit bestätigen die Kraftwerksbetreiber Berichte der WELT (7. und 9. Juni), denen zufolge der weltweit größte Kohleblock aufgrund erheblicher Probleme in der Kesselanlage noch nicht einmal aus der Vorversuchs-Phase herausgekommen ist und die Altanlage stärker in Anspruch genommen wird. Rau hatte das 770-Megawatt-Kraftwerk (Block B) schon im Dezember 1985 für den Betrieb freigegeben.

Raus Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig wies darauf hin, daß NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen seit drei Monaten mit den Betreibern über ein technologisches Gesamtkonzept zur Entstickung des Kraftwerkes in Ibbenbüren spreche.

Bei Frauen ist die Professorin der Experte

Von E. NITSCHKE

Daß tatsächlich am hellen Nachmittag um drei Uhr die Art-Deco-Aula des „Gymnasiums am Stadtring" von Nordhorn zur CDU-Wahlversammlung mit 300 Menschen voll besetzt ist, sogar ein paar Dutzend von ihnen noch an den Wänden entlang stehen, das präsentieren die Gastgeber der Veranstaltung mit unterkühltem Stolz. Frau Professor Rita Süssmuth, seit wenigen Tagen nicht nur Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, sondern auch für Frauenfragen, bereiste eine Woche vor der Niedersachsen-Wahl das Emsland, eine Region mit höchster Geburtenrate, als gesuchte Sachverständige und kompetente Ratgeberin.



Anlaufpunkt für die wachsenden Probleme von Frauen und Familien: Ministerin Rita Süssmuth FOTO: JUPP DARCHINGER

„Mit zu großer Nachlässigkeit" habe man die Familien bis in die letzten Jahre hinein behandelt, meint die Ministerin unter allgemeinem Kopfnicken des Auditoriums. Jetzt müsse einmal die Frage gestellt werden, warum die von Frauen in den Familien geleistete Arbeit nicht die gebührende Anerkennung finde. Ein mitgebrachter Säugling beginnt zu quäken, während über Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub gesprochen wird, über die Frage, warum die jungen Leute, „die ja Kinder haben wollen", so lange brauchen, bis sie endlich auf eigenen Füßen stehen und sich den Wunsch erfüllen können.

Hier sind Experten unter sich. Frau Süssmuth merkt den Trend, kehrt die für die folgende Diskussion vorgeschlagene Reihenfolge der Themen um, so daß nun Gerechtigkeit für ältere Frauen, neue Partnerschaft zwischen Frau und Mann, Probleme des Paragraphen 218 ganz oben stehen, „Tschernobyl und die Folgen" am Schluß. Den größten Beifall erhält sie, als sie einräumt, daß auch sie sich nach der UdSSR-Katastrophe erst fachkundig machen mußte, gibt auch sofort Hörproben des frisch erworbenen Wissens, zieht widerspruchslos Schlußfolgerungen: „Die Zwischenphase, von der man bei der Nutzung der Kernkraft ausgegangen ist, verkürzen und dabei internationale Gemeinsamkeit für die Sicherheit herstellen."

Die vorgesehene Abfahrtszeit nach Lingen kann nicht eingehalten werden. Fragen, Autogramme, eine Frau mit Schwierigkeiten bei der Gründung einer Kindergruppe namens „Rappelkiste". Mit halbstündiger Verspätung schließlich Auftritt im Sälchen des „Professorenhauses" aus der Zeit, in der Lingen oranisches Universitätsstädtchen mit rund 80 Studenten war. Die CDU-Frauenvereinigung der Stadt ist 20 Jahre alt geworden, die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit von 15 auf 417 gestiegen. Frau Süssmuth, die bald nicht mehr weiß, wo sie mit den ihr übergebenen Blumensträußen („passend zu Ihrem Kleid") hin soll, ergreift die Gelegenheit, um auf das „Ammenmärchen" hinzuweisen, die CDU sei eine Partei nur für Hausfrauen. Dem müsse man mit dem Auftritt solcher Basisgruppen entgegenwirken.

In Lingen, wo bei der letzten Landtagswahl 70,2 Prozent der Wähler die CDU wählten, wo die Grünen trotz des mit 3000 Arbeitskräften noch jetzt vorangehenden Aufbaus des zweiten Kernkraftwerks vor den Toren der Stadt nicht auf fünf Prozent kamen, gibt es keine Mißverständnisse.

Das setzt sich fort, als anschließend eine Talk-Show mit der Ministerin, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Niedersächsischen Landtag und ehemaligen Kultusminister Werner Remmers und dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Peter Hintze, im Theaterfoyer stattfindet. „Tschernobyl und die Folgen" wird hier nur darum zum Thema, weil eine Gruppe junger Leute sich das Mikrofon im Saal greift und – auf das artigste behandelt – schließlich abrückt.

Die INFO GmbH und die SPD

gba. Bonn

In ihrer politischen Werbung setzt die SPD inzwischen auch auf die zahlreichen Anzeigenblätter, die überall in der Bundesrepublik Deutschland kostenlos an die Haushalte verteilt werden. Dabei bedient sie sich allerdings eines Mittels, das die übliche Grenze zwischen Anzeige und redaktionellem Beitrag verwischt. Die „Presseagentur INFO GmbH" in Bad Kreuznach bietet den Redaktionen der Anzeigenblätter druckfertige Vorlagen mit kritischen Beiträgen gegen die Bundesregierung an. Die Überschrift lautet „Bonn Info", darunter ist der Bundesadler eingerückt, und es folgt die Unterzeile „Aktuelles aus der Bundeshauptstadt". Die „Artikel" werden präsentiert, als handele es sich um eigene Beiträge aus den Redaktionen der betroffenen Anzeigenblätter. So gibt es einen „Gastkommentar" des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, mit Foto, unter dem Titel „Sozial unausgewogen" – gemeint ist die Politik Helmut Kohls ...

Auch andere Parteien bieten solchen Blättern reproduktionsfähige Vorlagen an. Das Vorgehen der Bad Kreuznacher Presseagentur allerdings hat etwas Besonderes. In dem Anschreiben an die Redaktionen heißt es wörtlich: „Anbei finden Sie das BONN-INFO als reprofähige Vorlage mit der Bitte, dieses ganz oder teilweise abzudrucken." Im nächsten Satz macht diese Agentur deutlich, daß nicht an eine Anzeige, die dann auch als solche ausgewiesen werden müßte, gedacht ist; daß man aber auch nicht an einen gratis zur Verfügung gestellten redaktionellen Beitrag denke.

In dem der WELT vorliegenden Schreiben heißt es: „Das Besondere daran: Wir bezahlen für die Veröffentlichung." Pro tausend Exemplare Druckauflage, in denen die Vorlage ganz oder teilweise erscheine, werde zwei Mark Honorar bezahlt.

Der Geschäftsführer der Info-Presseagentur, Carlo Otto Gantert, erklärte auf Anfrage, daß mit den bisher drei Vorlagen „einige Millionen Abdrucke" in Anzeigenblättern erzielt worden seien. Gantert macht kein Hehl daraus, daß die SPD die Aktion bezahlt. Er selbst beziehe ein Honorar von der Partei für die Beratung in Sachen Anzeigenblätter. Aus diesem Honorar wiederum bezahle er die Veröffentlichungen.



BONN INFO

Aktuelles aus der Bundeshauptstadt

Negativrekorde

Gastkommentar von Johannes Rau

„Sozial unausgewogen"

Mit Bundesadler und Gastkommentar in Millionen-Auflage: Die „Artikel" der SPD in Anzeigenblättern.

Experten gehen zunehmend auf Abstand zum Angebot der Polizei-Distanzwaffen

Notwendigkeit besserer Ausrüstung wird zwar anerkannt – aber es fehlt die Technik

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Die blutigen Krawalle von Brokdorf und Wackersdorf müssen nach Auffassung der baden-württembergischen Sicherheitsbehörden „sehr rasch bundesweit aufgearbeitet" werden. In einem Gespräch mit der WELT forderte Landespolizeipräsident Alfred Stümper vor allem neue Anstrengungen bei der Entwicklung polizeilicher Distanzwaffen zur weiträumigen Abwehr gewalttätiger Chaoten. „Es ist nicht mehr zu verantworten", sagte Stümper, „daß bei gewissen Einsätzen immer eine zwei- bis dreistellige Zahl von Beamten zum Teil schwer verletzt wird."

Schwelle erhöhen

Die zwischen Schlagstock und Pistole klaffende Lücke sei bei den Zusammenstößen der letzten Wochen gravierend zutage getreten. Stümper: „So können wir die Dinge nicht treiben lassen." Die lebensbedrohliche Situation, in die Polizisten vor Ort zunehmend geraten würden, erhöhe andernfalls die „Gefahr des scharfen Schusses". Deshalb müsse die Schwelle zum Schußwaffengebrauch durch neue Einsatzmittel heraufgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang sprach sich Stümper gegen Alleingänge auf Länderebene aus. Die vom Münchner Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entwickelten „Wirkungswurfkörper", deren Einführung gerade in Bayern erwogen wird, nannte der Landespolizeipräsident „nicht das Gelbe vom Ei".

Kritik übte Stümper auch am Verhalten des Gesetzgebers: „Man vernachlässigt die allerprimitivsten Grundsätze der Massenpsychologie." Mit Nachdruck setzte er sich für ein umfassendes Vermummungsverbot und die Verschärfung des Landfriedensbruchs-Tatbestands ein.

Auch Bayerns Innenminister Karl Hillermeier (CSU) forderte Distanzwaffen und sprach sogar davon, Bayern würde sie notfalls auch im Alleingang einführen. Man müsse angreifende Gewalttäter kampfunfähig machen und auch mögliche Verletzungen der Chaoten in Kauf nehmen, „um tote Polizisten zu verhindern". Inzwischen bezeichnete Ministerpräsident Franz Josef Strauß den von Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelten „Wirkkörperwerfer" als „völlig unbefriedigend".

Die Pläne für ein polizeigerechtes Einsatzmittel zwischen Schlagstock und Schußwaffe reichen Jahre zurück. Auf Drängen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) beauftragte die Innenministerkonferenz zunächst das Frankfurter Batelle-Institut mit einer Studie, in der als erfolgversprechendstes Mittel ein relativ langsam fliegendes und möglichst großkalibriges Geschoß genannt wurde.

Ein derartiger „Wirkkörper" wurde ebenfalls auf Bitten der Innenminister mittlerweile vom Münchner Luft- und Raumfahrtkonzern MBB für über zwei Millionen Mark entwickelt. Die Einsatzfähigkeit scheitert an unabänderlichen physikalischen Gesetzen, denn einerseits muß der Wuchtkörper groß genug sein für einen schmerzhaften oder gar umwerfenden Schlag, andererseits sollte seine optimale Wirkung nicht nur innerhalb einer eng begrenzten Distanz spürbar sein. Doch das relativ hohe Gewicht und die unförmige Gestalt der Wuchtkörper führt zu einem Ergebnis, das ein GdP-Sprecher so beschreibt: „Fliegt der Wuchtkörper nur zwei Meter weiter, kann er mit dem Hut aufgefangen werden, trifft er aber schon auf halber Strecke, kann er tödlich sein."

Auch Ministerialdirektor Professor Manfred Schreiber vom Bundesinnenministerium sieht keine Hilfe in der aktuellen Situation.

Falscher Begriff

Allein schon der Begriff „Distanzwaffe" widerspricht Schreibers Auffassung von der Arbeit der Polizei. „Wir haben doch nicht die Aufgabe, uns angreifende Gewalttäter auf Distanz zu halten, unsere Aufgabe ist doch, Gesetzesbrecher dingfest zu machen." Er ist sicher: „Auf Dauer hilft uns nur ein anderes Rechtsinstrumentarium." Notwendig wäre eine Änderung des Paragraphen 125 StGB (Landfriedensbruch) dahingehend, daß eine Menschenmenge, aus der heraus Gewalttätigkeiten begangen werden, nach dreimaliger Aufforderung durch die Polizei geschlossen festgenommen werden kann, um anschließend die Friedlichen und Schaulustigen herauszufiltern.

Hirches Kampf in der Arena Niedersachsen

MICHAEL JACH, Hannover

Erhöht, auf einer umgestülpten Holzkiste, steht ein schmächtiger Mann mit dem Habitus des seriösen Intelligenzlers in der Fußgängerzone der alten Kaiserstadt Goslar und hält eine kurze, ernsthafte Rede über die Notwendigkeit einer FDP-Fraktion im nächsten niedersächsischen Landtag. Eine Szene, beinahe wie an Londons Hyde Park Corner: Walter Hirche, der FDP-Spitzenkandidat, spricht zu erhofften Zuhörern, die indes meist unbeirrt weiterstreben. Selten nur – in fünf Prozent der Fälle? – scheinen sie den Politiker, der auch in ihrer Stadt vielfach plakatiert ist, nun in Lebensgröße (wieder-)zuerkennen.

Straßenwahlkampf ist sichtlich nicht Hirches große Neigung: Wahlkampf überhaupt sei „wie Prüfung: Man muß bis zum Schluß kämpfen", sagt er von sich selbst und zugleich zu den Goslarer FDP-Helfern, die etwas schüchtern seitwärts am Infostand die gestapelten Broschüren hüten. Lutschbonbons und Luftballons hingegen finden reißenden Absatz – an einen Kinderschwarm.

Die Freidemokraten tun sich schwer in der öffentlichen Arena dieses Landtagswahlkampfes. Gar nicht schüchtern ist nur einer: Manfred Klein aus Saarbrücken, FDP-Wahlhelfer „schon zur dritten Landtagswahl seit 1985", Versicherungsbeamter mit unbezahltem Urlaub und einem kanariengelben VW-Bus aus früherem Posteigentum, dem er nur noch die blauen Parteischriftzüge aufspritzen mußte. „Tatkraft und Optimismus – FDP" prangt da jetzt in Goslar, morgen, übermorgen, überall dort, wo die Landespartei ihn gerade braucht. Das blau-gelbe Unikum im farblich abgestimmten Jogginganzug mit FDP-Rückenschild bringt die Broschüren unters Volk, schleppt die Leute an den Stand – jeder Zoll die Verkörperung des niedersächsischen FDP-Slogans „Mit eigener Kraft in die Zukunft".

Diesem getreu hat die Kleinpartei mit der Schlüsselrolle ihre Nöte mit der Massenwirkung zur Tugend der Zielgruppenstrategie gemacht. Walter Hirche nutzt den Tag in Goslar, von der Pflichtstunde auf der Straße abgesehen, zum kontaktpflegenden Besuch in den Lehrwerkstätten des Ausbildungsfördervereins der Nordharzer Wirtschaft.

Das ist so recht nach dem eigeninitiativ-liberalen Herzen des Spitzenkandidaten: Schneiderlehrlinge, die als Berufsziel die Selbständigkeit in der Marktlücke der Maßschneiderei angeben. Oder junge Maler und Lakkierer, die als Teil der Ausbildung gleich die eigenen Werkstatträume in einem zuvor leergestandenen Pleitebetrieb hergerichtet haben. „Mit eigener Kraft in die Zukunft ..."

Im Rechtschreib-Förderkurs für angehende Bürogehilfen kann Hirche sich werbewirksam ereifern über die Versäumnisse des Schulunterrichts. Das geht der begleitenden Fördervereinsspitze – Banker und Unternehmer – glatt herunter. Hoffentlich sagen sie's weiter, mag Hirche sich wünschen.

Verband der Journalisten spaltet sich

DW. Bonn

Der Südwestdeutsche Journalistenverband (SWJV) ist mit sofortiger Wirkung aus dem Deutschen Journalistenverband (DJV) ausgeschlossen worden. Seine Mitglieder haben die Möglichkeit, sich in einem neu gegründeten DJV-Landesverband Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart zu engagieren. Mit dieser Entscheidung reagierte der DJV-Bundesvorstand gestern auf den SWJV-Beschluß, den bisherigen Verband zum Jahresende zu verlassen und der neuen IG Medien beizutreten.

Richter lehnen Verschärfung des Strafrechts ab

AP, Saarbrücken

Trotz der gewalttätigen Ausschreitungen bei den Kundgebungen in Brokdorf und Wackersdorf hat sich der Deutsche Richterbund gegen eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts gewandt. In einem Interview des Saarländischen Rundfunks sagte der Vizepräsident der Organisation, Horst Lücke, das geltende Recht reiche aus. „Keine noch so fühlbare Verschärfung des Strafrechts" könne die Schwierigkeiten ausräumen, die wirklichen Gewalttäter dingfest zu machen.

CDA warnt vor Gefahren für Einheitsgewerkschaft

WELT-Gespräch mit Hauptgeschäftsführer Hörsken

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Sozialausschüsse der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) wollen in einem Gespräch mit der DGB-Spitze, voraussichtlich am 17. Juli in Frankfurt, die durch das Verhalten einiger Einzelgewerkschaften, voran die IG Metall, entstandenen Gefahren für die Einheitsgewerkschaft erörtern. Im Gespräch mit der WELT sagte CDA-Hauptgeschäftsführer Adolf Hörsken allerdings: „Ich weiß nicht, ob man zur Normalität so einfach zurückkehren kann. Es sind schreckliche Dinge passiert, die mit dem Unabhängigkeitsgrundsatz der Einheitsgewerkschaft nicht mehr viel zu tun haben."

„Schlimme Dinge passiert"

„Dies ist auch auf dem letzten DGB-Kongreß sichtbar geworden", sagte Hörsken weiter. „Auf dem Kongreß sind schlimme Dinge passiert. Es ist der Versuch unternommen worden, einen Initiativantrag seitens der IG Metall einzubringen, der mit Sicherheit den Boden der Einheitsgewerkschaft verlassen hätte, wenn er durchgekommen wäre. Aber es sind auch Hoffnungssignale gesendet worden. Insbesondere erinnere ich an die Rede der Vorsitzenden der ÖTV, Frau Kollegin Wulff-Mathies, die eindeutig und klar den Begriff der Toleranz als die Voraussetzung von Einheitsgewerkschaft zwischen Mehrheit und Minderheit definiert hat." Auch seien andere führende Gewerkschafter aufgetreten, die hoffen lassen, daß es „möglich sein wird, die Einheitsgewerkschaft noch zu retten."

Auch stünden die öffentliche Kritik des DGB und seiner Gewerkschaften an der Bundesregierung im Gegensatz zur Zusammenarbeit zwischen Gewrerkschaftsbund und Regierung – „einmal abgesehen vom Paragraphen 116". Hörsken erinnerte an die Übereinkunft in der Strukturkommission zur Sicherung der Renten, mit dem Familienpaket und an die Gesundheitspolitik, wo es „eine ganze Reihe von Problemen gibt, bei denen wir einer Meinung sind." Deswegen müsse das Gespräch wieder möglich sein. „Der DGB ist gut beraten, mit jeder demokratisch legitimierten Regierung zu reden und zu verhandeln, um im Interesse der Arbeitnehmer mehr Dinge durchzusetzen, als das bei einer Konfrontation möglich ist."

Die Arbeitsgemeinschaft Christlichsozialer Gewerkschafter im DGB, eine 84 Mitglieder umfassende Gruppierung der Sozialausschüsse, hat sich in Vorbereitung des Treffens mit der DGB-Spitze ebenfalls mit dem Thema befasst. An der Sitzung hat auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach teilgenommen, der selber wegen seiner einseitigen Äußerungen aus der CDA kritisiert worden ist. Hörsken faßte das Ergebnis der Beratungen zusammen: „Die Frage der Einheitsgewerkschaft hat eine große Rolle gespielt in der Auseinandersetzung. Es ist deutlich geworden, daß die Einheitsgewerkschaft als bedroht angesehen wird. Die Frage stand im Raum: Ist sie zu retten, ja oder nein? Wir sind zu der Auffassung gekommen, sie ist zu retten. Dazu aber müsse eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden. Unter anderem ist der miese Stil der IG Metall von fast allen Teilnehmern angegriffen worden. Daß auf dieser Grundlage eine Einheitsgewerkschaft nicht möglich ist, war auch selbstverständlich für alle."

Bedrohung erkannt

Zur Auseinandersetzung um die Person des CDU-Mitglieds Fehrenbach, erklärte der CDA-Hauptgeschäftsführer: „Die CDA ist kein Einheitsverein, hier gibt es unterschiedliche Meinungen. Entscheidend ist, wie weit man sich voneinander entfernt." Fehrenbach habe deutlich gemacht, „daß er auf dem Boden unserer Grundsätze steht. Und er hat erklärt, daß, solange er Mitglied des Bundesvorstands des DGB sei, es keine Wahlempfehlung für eine politische Partei geben würde." Er habe also offenbar „selber die Bedrohung der Einheitsgewerkschaft erkannt." Hörsken: „Ich hoffe hier auf eine neue gemeinsame Grundlage mit ihm. Für einen neuen Anfang stehen die Zeichen nicht schlecht."

Gorbatschows Idee: Ein Reaktor mit dem Westen

R. ESTARRIOL, Budapest

„Unsere Leute haben wirklich keine Ahnung, was Gorbatschow zum Thema Reduzierung der konventionellen Truppen hier vorschlagen wird." Dieser Kommentar eines sonst gut informierten und umgänglichen osteuropäischen Diplomaten darf als zuverlässiger Maßstab des Wissensstandes der Verbündeten Moskaus unmittelbar vor Beginn des vierten Gipfels des Warschauer Paktes seit dem Machtantritt Gorbatschows betrachtet werden.

Gestern nun trafen sich in der ungarischen Hauptstadt die Parteichefs sowie die Verteidigungs- und Außenminister der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes zu einer eintägigen Beratung. Man erwartet heute eine politische Erklärung mit neuen Abrüstungsvorschlägen und eventuell eine Pressekonferenz des Publicity-freundlichen sowjetischen Führers.

Wieder reformeifrig

Seit drei Tagen ist Gorbatschow in Budapest. Es ist sein vorletzter „Antrittsbesuch" bei den Verbündeten. Jetzt fehlt nur noch Rumänien. Gorbatschow ließ sich auch hier von seiner Frau Raissa begleiten – deshalb mußte Janos Kadar zum ersten Mal in der Öffentlichkeit mit Gattin auftreten –, und er hat sich wieder von seiner reformerischen Seite gezeigt. Vor den Arbeitern der proletarischen Hochburg der Donauinsel Csepel sprach er fast so reformfreudig wie bei seiner „Wahlrede" im Dezember 1984 in Moskau, als Tschernenko praktisch schon amtsunfähig war, und sogar noch etwas akzentuierter als vor dem 27. Parteitag im Februar dieses Jahres.

Janos Kadar ließ es sich nicht nehmen, in der Begrüßungsrede in Csepel sich seines freimütigen Stils zu bedienen: „Ich habe den Genossen Gorbatschow in einer realistischen Weise über den Stand unseres sozialistischen Aufbaus informiert. Ich habe ihm in aller Aufrichtigkeit gesagt, daß wir einige Probleme haben, mehr als uns lieb wäre ... und daß unsere Arbeit durch ungünstige Außenbedingungen behindert wird, die außerhalb unseres Einflusses liegen."

Als ob er Dissonanzen ausräumen wollte, sagte Gorbatschow: „Wir freuen uns über die Erfolge unserer Freunde und versuchen alles zu übernehmen, was für unser Land nützlich sein kann." Die UdSSR sei auf jeden Fall „für eine mutige Reform des Wirtschaftsmechanismus". Dies sei „eine Forderung unserer Zeit". „Wir haben keine andere Alternative."

Es ist gewiß kein Zufall, daß Gorbatschow das Budapester Szenarium wählte, um das Unbehagen der Verbündeten wegen der radioaktiven Verseuchung durch Tschernobyl zu zerstreuen. Auch sind die Wirtschaftsbeziehungen Osteuropas zum Westen dadurch gestört. Der sowjetische Führer unterbreitete also den Vorschlag, zusammen mit den westlichen Industriestaaten einen „wirtschaftlichen und – was noch wichtiger ist – sicheren Prototyp eines Reaktors neuerer Generation" zu schaffen. Auf die sanfte Aufforderung Kadars, die UdSSR möge die „ungünstigen Außenbedingungen, die außerhalb unseres Einflusses stehen", dadurch verbessern, daß die UdSSR den Dialog mit dem Westen nicht abreißen lasse, antwortete Gorbatschow denkbar einfach mit einer Aufzählung der bereits bekannten Friedensinitiativen der Sowjetunion. Eine Gruppe sowjetischer Experten (darunter Vize-Außenminister Wladimir Petrowski) offerierte noch zusätzlich im Pressezentrum einige Details über die Zusammenarbeit bei der Erhöhung der Sicherheit von Kernreaktoren und über die nützliche Anwendung von Kernenergie im Kosmos.

Rätselraten

Man weiß wenig in Budapest. Die Sowjets sind selbstbezogener denn je. Man erwartet eben, weil Gorbatschow es im April in Ost-Berlin gesagt und dann einer Gruppe britischer Abgeordneter in Moskau wiederholt hat, daß der Kreml-Chef hier einen Plan für die stufenweise Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa vorlegen will. Ob es sich dabei um einen neuen Vorschlag für die festgefahrenen Wiener MBFR-Verhandlungen oder um einen weiterreichenden Vorschlag handelt, ist eine der Fragen, die auch die Verbündeten Moskaus sich stellen. Eins aber ist sicher: Das immer selbständiger werdende Sicherheitsdenken und Handeln der USA hat bei Gorbatschow eine deutlich stärkere Fixierung auf das direkte Verhältnis zu Washington hervorgerufen. Und das läßt die kleinen Partner im Warschauer Pakt recht ratlos.



François Leotard
FOTO: FRANCIS APESTEGUY/GAMMA

Frankreichs politische Clubs, traditionell Sammelbecken der Anhänger und Werkzeuge ehrgeiziger Politiker, werden wieder aktiv. Alles deutet darauf hin, daß Frankreich sich auf die nächste Wahl rüstet. Das könnte bald sein. Viele fühlen sich berufen. Es geht um nichts weniger als das höchste Amt im Staat.

Michel Rocard
FOTO: JUPP DARCHINGER

In Frankreich blasen die Kandidaten für die Präsidentschaft zum Sammeln

Von PETER RUGE

Aus einer Ecke, aus der man es wohl am wenigsten erwartet hätte, meldet sich jetzt ein möglicher Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich zu Wort: Giscard d'Estaing ruft die Präsidenten von 120 Clubs „Perspectives et Realités" zu einer Konferenz am Samstag nach Paris. Die Einladung enthält politische Brisanz. Denn vor wenigen Tagen erst hat der vom Nationalkonvent der Giscardisten bestätigte Generalsekretär der Partei, François Leotard, erklärt, er stünde als Kandidat für die Präsidentschaftswahl 1988 zur Verfügung.

Aufbruch an der Basis

Der ehemalige Staatschef Giscard will nun ausloten, wem seine Clubs ihre Unterstützung angedeihen lassen wollen – ihm oder dem rasanten Aufsteiger Leotard, Kommunikationsminister im Kabinett Chirac.

Es gehört zur Eigenart der politischen Landschaft Frankreichs, daß seit der Revolution 1789 immer wieder Clubs auftauchen – wie die Jakobiner, die Cordeliers, die Girondisten – die sich einem Ziel verschreiben, oft nach wenigen Monaten wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, oder sich als Keimzelle für eine neue Partei erweisen. Auch die heutige Sozialistische Partei Frankreichs verdankt letztlich dem Zusammenschluß einiger politischer Clubs ihre neue Bedeutung und auch ihren Aufstieg zur Macht 1981 mit François Mitterrand als Staatschef.

Das Wiederaufleben der Clubs signalisiert daher meistens einen Aufbruch der Basis, gleich einer Welle, die vor einer Parteikampagne einherläuft: Ziel ist nun die nächste Präsidentenwahl. Überraschend ist jedoch, daß diese Aktivitäten schon jetzt, zwei Jahre vor dem vermeintlichen Ereignis, einsetzen. Das läßt die Folgerung zu, daß die Clubs einen vorgezogenen Wahltermin kommen sehen, was in der Tat nahezu jederzeit in den nächsten zwei Jahren der Fall sein kann.

Auf ein vom Staatspräsident überraschend beendetes Septenat seiner Amtszeit und damit der Cohabitation, scheinen sich auch insgeheim die Parteien vorzubereiten, die Mietverträge für die Plakatflächen in Paris wurden stillschweigend verlängert.

Dennoch warnte der Generalsekretär der Sozialisten Jospin davor, François Mitterrand zu einer definitiven Äußerung über eine eventuelle Kandidatur zu drängen: „Wenn ihr wollt, daß er ins Rennen geht, dann fragt ihn nicht jetzt, es würde ihn nerven", sagte Lionel Jospin zu seinen Freunden, dem Flügel „courant A", hinter dem sich seit dem Parteitag in Metz 1979 die Anhängerschaft Mitterrands verbirgt.

Ein anderer Flügel der Sozialisten, der „courant C", hat sich mittlerweile hinter einen Politiker gestellt, der schon einmal als Gegenspieler um die Präsidentschaft auftrat: Michel Rocard. Der ehemalige Agrarminister Mitterrands darf auf die Unterstützung der Clubs „convaincre" – (überzeugen) – bauen, die sich zur Zeit überall im Lande formieren. Er ist der erste Sozialist, der seine Kandidatur offen anmeldet, während etwa 10 frühere Minister der Mitterrand-Riege sich zwar für „präsidiabel" halten, aber immer noch damit beschäftigt sind, erst einmal Fußvolk zu sammeln und Verbündete in allen möglichen Lagern zu finden. Beobachtet wird, daß sich der frühere Regierungschef Fabius anscheinend dem zweiten Mann der Partei, Jean Poperen, nähert, wobei sich dem Bündnis auch der für seinen liberalen Wirtschaftskurs geschätzte Minister Beregovoy zugesellen könnte.

Dagegen wird das Linksaußenfeld nach wie vor von dem Linksideologen Chevenement beherrscht, der unter anderem Frankreichs Erziehungsminister war. Er hatte früher den Club „Ceres" angeführt – einen elitären Verein, der sich vor allem aus Absolventen der „Elite-Schulen" wie der ENA zusammensetzte. Um dieser „Denkfabrik" für ein fortschrittliches Leben eine breitere Plattform zu geben, erweiterte Chevenement inzwischen nach dem Machtverlust der Linken im März den Club zur Bewegung „Sozialismus und Republik".

Zeitrechnungen

Leotard, Rocard, Mitterrand und die anderen – einer spielt bei diesem Kandidatenkarussell ganz vorne eine Rolle: Jacques Chirac. Der gaullistische Premier rechnet bereits in entsprechenden Zeiträumen. Vor ausländischen Unternehmern sagte er: „Die Regierung ist entschlossen, ihr Reformprogramm weiter zu verfolgen – nach 1988 haben wir weitere sieben Jahre, um in der 5. Republik zum wahren Liberalismus zurückzukehren."

Fragen und Widersprüche in Israel wegen Waldheim

Verwirrung, halbherzige Ermittlungen, keine Kommission

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die Kommission im israelischen Justizministerium, die angeblich gegen Waldheim ermittelt, existiert nicht. Der stellvertretende Sprecher des Ministeriums, Elischa Zidon, sagte gestern auf Anfrage, die Ermittlung sei dem Leiter der Internationalen Abteilung, Dennis Goldmann, übertragen worden; er versehe diese Aufgabe zusätzlich zu seinen anderen Pflichten. „Die Ermittlung befindet sich übrigens erst im Stadium des Dokumentesammelns." Herrn Goldmann persönlich zu befragen, sei jetzt nicht möglich, weil er sich im Ausland befinde. Der Sprecher wußte nicht, wieviel Material schon vorhanden sei und aus welchen Quellen es komme.

Diese Aussage vermehrt die Verwirrung, die Goldmanns Chef, Justizminister Yitzhak Moda'i durch seine widersprüchlichen Stellungnahmen zu Waldheim angerichtet hat. Er erklärte vorige Woche in Jerusalem, seine Ermittlungen hätten keine ausreichenden Beweise gegen Waldheim geliefert, doch tags darauf sagte er in New York, es bestünden genug Beweise, um Waldheim wegen der Hilfe an Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen.

Die weniger als halbherzige Ermittlung spiegelt das Dilemma wider, in dem Israel jetzt nach Waldheims Wahlsieg steckt. Es muß zwischen seinen auch heute noch freundlichen, wenngleich etwas angespannten Beziehungen mit Österreich einerseits und mit seinen grundsätzlichen Bedenken gegen Waldheims Vergangenheit eine Entscheidung fällen.

Die im allgemeinen gemäßigte Tageszeitung „Ha'aretz" faßte diesen Zwiespalt in einem Leitartikel am Dienstag zusammen: „Der einzige ehrbare Entschluß der israelischen Regierung wäre der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Österreich. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Regierung so extrem verfahren will. Und in diesem Fall stellt sich die Frage, wem es nützt, wenn Israel auf beiden Seiten des Zaunes sitzt. Gewiß, Waldheims Wahl zum Präsidenten Österreichs ist ein trauriges Schauspiel. Aber Israel muß sich davor hüten, sich in eine Kampagne von Boykottierungen zu stürzen. Laßt uns nicht einen Präzedenzfall schaffen, der sich eines Tages an uns selbst rächen könnte."

Premierminister Peres wies in einer Rede vor Jugendlichen am Montag abend auf den eigentlichen Grundder israelischen Befürchtungen hin: „Daß Waldheim gewählt wurde, ist nicht der Hauptgrund unserer Besorgnis, sondern die antisemitischen Anzeichen, die seinen Wahlkampf begleiteten. Auch ist es keine Frage von Beziehungen zwischen Österreich und Israel sondern des Verhältnisses zwischen Österreich und seiner Vergangenheit. Ist es zulässig, daß Österreich etwas rechtfertigt, wofür es keine Rechtfertigung gibt?"

Der israelische Botschafter in Wien, Michael Elizur, wird Mittwoch oder Donnerstag in Jerusalem erwartet. Wäre es nach seinem oft wiederholten Rat gegangen, so stünde es heute um die Beziehung mit Österreich weit besser. Er bat seine Regierung wiederholt um totale Nichteinmischung. Prominente israelische Besucher in Wien lud Elizur in die Botschaft ein und drängte sie, sich jeder Äußerung über Waldheim zu enthalten. Nach dem Erhalt der Anweisung, nach Jerusalem „zu Beratungen" zurückzufahren, bemerkte er vor dem israelischen Fernsehen: „Es ist bedauerlich, daß solche Beratungen nicht schon vorher stattfanden ... Ein Botschafter ist da, um seiner Regierung Ratschläge zu geben. Wenn man nur das hören will, was einem gefällt, dann braucht man keinen Botschafter." (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verschleppte Geiseln

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Sohn befindet sich z. Zt. ebenfalls als „Brigadist" in Nicaragua. Verständlicherweise ist mir die Nachricht über die Entführung der acht jungen Leute doch etwas unter die Haut gegangen und ich wünschte mir in der WELT, die ich regelmäßig lese, mehr darüber zu erfahren.

Von welchem Standpunkt aus man die Sache auch betrachtet, immerhin haben die jungen Leute friedliche Arbeit geleistet und sind mit kriegerischen Mitteln angegriffen und entführt worden.

Es würde mich freuen, in Zukunft mehr über das Schicksal der Jugendlichen lesen zu können und vor allem über die Unternehmungen des Außenministeriums zur Freilassung.

Hochachtungsvoll
Dr. Heinz Lindner
Studienrat
Berlin 41

*

Die tendenziöse Art, mit der sie über die Entführung der acht Aufbauhelfer durch die Contras in Nicaragua berichten, tut weh. Mein Sohn Dominik ist einer dieser verschleppten Geiseln. So kommt zu dem Gefühl der Ratlosigkeit und Verzweiflung eine wachsene Wut, wenn man hinnehmen muß, daß ein großer Teil der Öffentlichkeit, vor allem ihre Zeitung, die Geiseln und all die anderen Aufbauhelfer als irregeleitete Chaoten oder Handlanger des Kommunismus diskreditiert.

Ich kenne meinen Sohn und einige seiner Freunde. Ich kenne ihre Ideale und Irritationen, ihre moralischen Ansprüche und Enttäuschungen. Sie stehen für die besten humanitären und republikanischen Traditionen unseres Volkes. Mein Sohn ist Medizinstudent in seinem Studium „suo anno". Den Flug und Aufenthalt in Nicaragua hat er wie seine Freunde selbst bezahlt. Er hat freiwillig Schwierigkeiten und Entbehrungen auf sich genommen und sich für eine friedliche, humanitäre Aufgabe zur Verfügung gestellt. Zweifellos hat dieser Arbeitseinsatz auch politische Motive. Sie wollen mit ihrer privaten Entwicklungshilfe das Versprechen einhalten, das unsere Regierung gebrochen hat. Man muß die Absichten und Motive dieser jungen Leute nicht für richtig halten. Aber man sollte ihrem idealistischen Engagement allen Respekt erweisen. Was man von Ihnen wie von den Medien überhaupt verlangen kann, ist ein Aufschrei der Empörung über diese Geiselnahme. Es ist für mich einfach ein Gebot des nationalen Anstandes, sich einhellig über diese Geiselnahme zu empören und sich in breiter Front für die Freilassung der Geiseln einzusetzen. Und zwar ungeachtet der unterschiedlichen Einschätzung der politischen Lage in Zentralamerika. Das sind wir nicht nur diesen jungen Leuten schuldig, sondern auch unserer nationalen Selbstachtung und unserer jungen Republik. Es mag pathetisch klingen, aber eine demokratische Gesellschaft braucht für ihre Fortentwicklung humanistische Eliten. Sie braucht nicht nur Macher und Technokraten. Sie braucht junge Leute, die Ideale haben, die den Sinn suchen, die sich engagieren und quer legen. Solche Leute gibt es in den Arbeitsbrigaden in Nicaragua in großer Zahl. Im Interesse der demokratischen Zukunft unseres Landes sollten wir sie ermutigen, aber nicht verdächtigen und im Stich lassen. Übrigens, mein Sohn hat seine Geige nach Jacinto Vaca mitgenommen, keine Kalaschnikow.

Hermann Diehl,
Studiendirektor a. D.
Bad Sooden-Allendorf

Zimmermann

„Zimmermanns Verdienst"; WELT vom 5. Juni

Sehr geehrter Herr Schell,

es erstaunt mich, wenn Sie schreiben: „Andererseits kann niemand von Herrn Zimmermann verlangen, daß er die Kürzung seiner Zuständigkeiten auch noch begrüßt." Ich dachte, die Zuständigkeiten sind eine Bürde und kein Vorrecht. Warum sollte er eine Entlastung nicht begrüßen, denn nun kann er sich doch seinen anderen sehr wichtigen Aufgaben zum Wohle des deutschen Volkes noch viel besser widmen. Der einzig berechtigte Grund für ihn, die Änderung der Zuständigkeiten zu bedauern, könnte nur seine Überzeugung sein, daß er mit Abstand der beste Anwalt des Umweltschutzes ist. Dagegen wäre das Streben nach möglichst vielen Zuständigkeiten für den Selbstzweck der Machtausübung undemokratisch. Ein Minister mit solchem Streben wäre fehl am Platze, denn das Volk bestellt und bezahlt Minister nicht zur Befriedigung ihrer Zuständigkeitswünsche, sondern allein zum Wohle des deutschen Volkes.

Gerhard Hennig,
Buchholz/Nordheide

„Sie kuschten"

„Ein neuer Nürnberger Prozeß"; WELT vom 2. Juni

Mit Abschluß des IPPNW-Kongresses kam es zu einer einstimmig verabschiedeten Resolution, „nachdem die Leitung der deutschen Sektion darauf verzichtet hatte, Tschernobyl und die dortige Produktion von Plutonium für sowjetische Atomwaffen namentlich zu erwähnen". Im Klartext heißt das: Die deutschen Ärzte haben sich verkrochen. Sie kuschten vor der Drohgebärde des Kreml und vor dem in Köln anwesenden sowjetischen Vertreter Tschasow. Jämmerlicher geht's nicht mehr.

Hans K. Nolzen,
Generalmajor a. D.
Münster-Westfalen

Umdenken?

Der Herr Rau, Kanzlerkandidat, und etliche mehr wollen in der Frage der Kernenergie „umdenken" oder „umsteuern". Was wir brauchen, sind aber Persönlichkeiten, die denken und steuern können – und das auch wollen; Um-, An-, Zwischendenker und -steuerer sind weniger gefragt. Es besteht sonst die Gefahr, daß bei solch primitiver Polit-Taktiererei plus Unentschlossenheit das Denken unter die Räder gerät. Wenn ich nämlich merke, daß ein Politiker heute umdenkt und morgen umsteuert, ist er für mich bestenfalls bedingt vertrauenswürdig. Denn glauben kann ich ihm, der mir vorgestern gesagt hat, wohin er steuere und was er denke, heute nicht mehr. Was weiß ich denn, wen oder was er morgen umsteuert, umdenkt, umfährt, umgeht? Wenn er nicht von Anfang an klar denken, sondern nur gelegentlich umdenken kann, dann sage ich: Ehre seinem Andenken, und das hoffentlich bald.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Rat, den der höchste Repräsentant unserer Republik im Rahmen der Kernenergie-Diskussion gegeben hat: Er rief zu einer „Denkpause" auf. Nun habe ich allerdings den Eindruck, daß bei manchen Politikern eine solche ohnehin schon stattfindet, ohne daß deren Mundwerk zur Ruhe gekommen wäre. Eine konsequente Anwendung des präsidialen Rezeptes verschlösse aber – vielleicht – den Umdenkern und Umsteuerern die Möglichkeit, überhaupt etwas zu sagen. Und das wäre zur Zeit für uns wohl das beste.

Herbert Fuchs,
Erlangen

Wort des Tages

„Alle sozialistischen Märchen beginnen mit: „Es wird einmal . . ." "

Zarko Petan, slowenischer Aphoristiker (geboren 1944)

Keine Tumulte

„Schwere Tumulte um Senator Turner"; WELT vom 30. Mai

Nach Abschluß der über zweieinhalbstündigen Diskussion kam es in der Tat zu Attacken auf Herrn Senator Turner und Herrn Präsidenten Heckelmann. Doch diese Angriffe waren vorher geplant und wurden – zumindest in erheblichen Teilen – von Nichtmitgliedern der Universität durchgeführt. Während der Veranstaltung kam es weder zu „Tumulten" noch zu „massiven Störungen". Die Lautstärke der Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen gingen grundsätzlich nicht über das aus Bundestag oder dem Berliner Abgeordnetenhaus Gewohnte hinaus. Die Überbetonung der Tätlichkeiten wird weder den Teilnehmern der Diskussion noch der Studentenschaft der FU gerecht, die solche Vorfälle in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ablehnt. Vielmehr wird damit nur jenen geholfen, die einen Dialog zwischen Universität und Staat verhindern wollen. Eine unangemessene Publizität der störenden Vorkommnisse dient nur der Wiederbelebung von überholten Vorstellungen, von Vorurteilen, und schadet mithin der Universität und ihren Absolventen. Abschließend sei ausdrücklich – bei aller Differenz in Sachfragen – Herrn Senator Turner für seine Bereitschaft zum Gespräch gedankt.

Klaus-Peter Taenzer (RCDS),
Mitglied des Akademischen Senats
der Freien Universität Berlin

Personen

EHRUNG

Mit einem großen Zeremoniell in Anwesenheit von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** sind gestern in der Aula der Bonner Universität **Hans Bethe, Bernhard Bischoff** und **Boris B. Piotrowskij** in den Orden Puor le mérite für Wissenschaft und Künste aufgenommen worden. Mit dieser hohen Ehrung wurden die außerordentlichen Verdienste des in Straßburg geborenen amerikanischen Physikers Hans Bethe gewürdigt, dem wir die Einsicht in die Prozesse der Atomkernverschmelzung, aus der die Sonne ihre Energie schöpft, verdanken. Gleiches gilt für den Paläographen Bernhard Bischoff, der uns mit seinen Werken die lateinische Kultur des Mittelalters erschlossen hat. Mit Boris B. Piotrowskij wurde ein Archäologe und Kunsthistoriker geehrt, der als Direktor des Eremitage-Museums in Leningrad Weltbedeutung besitzt.

ERNENNUNG

In der Villa Hammerschmidt wurde gestern dem neuen Bundesverfassungsrichter Dr. **Otto Seidl** vom Bundespräsidenten die Ernennungsurkunde ausgehändigt. Der 56jährige Jurist, der seit 1978 am Bundesgerichtshof in Karlsruhe zunächst als Mitglied des Familienrechts- und dann des Handelsrechtssenates tätig war, tritt im 1. Senat des Karlsruher Zwillingsgerichts die Nachfolge des Anfang April verstorbenen Verfassungsrichters **Franz Niedermaier** an. Wie dieser stammt auch Otto Seidl aus München. In seiner Heimatstadt war der „Einserjurist" Seidl acht Jahre am Bayerischen Verfassungsgerichtshof beschäftigt, anfangs als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Generalsekretärs und später als berufsrichterliches Mitglied dieses Gerichts.

GEBURTSTAG

Der Schriftsteller **Viktor Platanowitsch Nekrassow**, vor allem durch seinen Kriegsroman „In den Schützengräben von Stalingrad" bekannt geworden, feiert am 17. Juni seinen 75. Geburtstag. Der aus Kiew stammende Nekrassow emigrierte 1974 in den Westen und lebt jetzt in einem Vorort von Paris. 1979 wurde ihm die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt. Sein 1946 veröffentlichtes Erstlingswerk, der auf eigenen Kriegserlebnissen basierende Stalingrad-Roman, überzeugte insbesondere wegen des aufrichtigen, propagandafreien Stils und wurde in 38 Sprachen übertragen. Kritische Darstellungen des sowjetischen Alltages und sein Eintreten für Dissidenten und jüdische Mitbürger trugen ihm wachsende Repressalien und den Ausschluß aus der Partei ein. 1974 erhielt Nekrassow die Erlaubnis zur Ausreise. In Frankreich, wo er inzwischen Erzählungen und Reiseberichte veröffentlichte, arbeitet Nekrassow seit 1975 unter anderem für die russische Exil-Literaturzeitschrift „Kontinent".



Viktor Platanowitsch Nekrassow

WAHL

Professor Dr. **Volker Schupp** wurde von den Rektoren der baden-württembergischen Universitäten einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Schupp, Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, wird die Landesrektorenkonferenz zwei Jahre lang leiten.

KIRCHE

Die Kongregation für die Bischöfe, die von Kardinal **Bernard Gantin** geleitet wird, hat den Tessiner Kirchenrechtslehrer **Eugenio Corecco** zum neuen Bischof für das Bistum Lugano ernannt. Die feierliche Weihe und Amtseinsetzung wird am 29. Juni, dem Fest Peter und Paul, vollzogen. Corecco, 1931 in Airolo geboren, wurde 1955 zum Priester geweiht. 1962 promovierte er in München über Kirchenrecht. Nach Tätigkeiten in der Jugendseelsorge und Vorarbeiten zur Gründung der Schweizer Sektion der kirchlichen Erneuerungsbewegung „Communione e libar liberazione" wurde er nach zwei Jahren Unterricht am Theologischen Seminar in Lugano und zwei Forschungsjahren in München im Jahre 1969 Kirchenrechtslehrer an der Universität Freiburg/Schweiz.

MILITÄR

Der amerikanische Luftwaffengeneral **Robert H. Reed** (47) wird neuer Stabschef des militärischen NATO-Hauptquartiers für Europa (SHAPE) in Belgien. Er löst General **John T. Chain** ab, der ebenfalls der US-Luftwaffe angehört und diesen Posten erst im Juni 1985 übernommen hatte. Reed ist derzeit stellvertretender Vize-Stabschef der amerikanischen Luftwaffe.

*

General **Wolfgang Altenburg**, Generalinspekteur der Bundeswehr, wird, wie das Bundesverteidigungsministerium jetzt offiziell mitteilte, am 1. Oktober 1986 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Brüssel. Ebenso ist jetzt offiziell, daß der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral **Dieter Wellershoff**, am 1. Oktober auf Altenburgs Platz als Generalinspekteur nachrückt. Neuer Inspekteur der Marine wird der Befehlshaber der Flotte in Glücksburg, Vizeadmiral **Hans-Joachim Mann**.

GESTORBEN

Der international bekannte Indienmissionar und Steyler-Pater **Georg Proksch** ist tot. Wie erst jetzt bekannt wurde, verstarb der 82jährige Proksch am 30. Mai in einem Wiener Krankenhaus. Bekannt wurde Proksch vor allem durch seine indischen Tanz-Dramen. Eines dieser Stücke wurde beim Eucharistischen Weltkongreß 1964 in Bombay mit 1000 Sängern und 300 Tänzern aufgeführt. Die Tanztruppe führte 1976 eine Tournee durch zwölf westdeutsche Städte durch. Zuletzt gastierte das Ensemble von Pater Proksch 1982 in der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 1955 gründete der Missionar den „Gyab Ashram" in Bombay, der zu einer wichtigen Begegnungsstätte der abendländischen und der indischen Kultur wurde.

Nach kurzer schwerer Krankheit ist am 6. Juni 1986 vollkommen unerwartet Herr

Klaus Schneider

im Alter von 56 Jahren verstorben.

Als Geschäftsführer hat Herr Schneider Geschicke und Entwicklung unserer Gesellschaft seit 1974 maßgeblich mitgestaltet und zu ihrem Erfolg beigetragen.

Herrn Schneiders Arbeit war jederzeit durch Verantwortungsgefühl und eine hohe ethische Einstellung gegenüber Mitarbeitern und Gesellschaft geprägt.

Vor allem anderen hat Herrn Schneider seine liebenswerte Menschlichkeit ausgezeichnet, die uns allen Erinnerung und Vorbild bleiben wird.

Hamburg 62, den 11. Juni 1986

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft
der
interRent Autovermietung

Beerdigung am Montag, dem 16. Juni 1986, um 14 Uhr Kapelle des Neuen Friedhofes in Hamburg-Niendorf.

Am 6. Juni 1986 verstarb unerwartet im Alter von 56 Jahren

Klaus Schneider

Geschäftsführer unserer Tochtergesellschaft
interRent Autovermietung GmbH

Der Verstorbene gehörte dem Volkswagenkonzern seit 1952 an. Bis 1968 war er in verantwortlichen Positionen bei der Volkswagen AG tätig, 1969 wurde er zum Geschäftsführer der VW-Porsche Vertriebsgesellschaft mbH bestellt. Seit 1974 war Herr Schneider Geschäftsführer der interRent Autovermietung GmbH.

Durch seine vorbildliche Arbeit schuf Herr Schneider wesentliche Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Tochtergesellschaft. Wir verlieren mit ihm einen Mitarbeiter, den hohe Pflichtauffassung, Tatkraft und Können auszeichneten. Durch seinen lauteren Charakter, seinen Willen zum Konsens und seine untadelige Persönlichkeit hat er sich unser aller Achtung erworben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft
der
VOLKSWAGEN AKTIENGESELLSCHAFT

Wolfsburg, den 11. Juni 1986

Beerdigung am Montag, dem 16. Juni 1986, um 14 Uhr Kapelle des Neuen Friedhofes in Hamburg-Niendorf.

Wir trauern um unseren lieben Vater, Großvater und Bruder

Hans von Appen
Konsul a. D.

2. Februar 1905 5. Juni 1986

der uns nach einem erfüllten Leben verlassen hat.

Im Namen der Familie
Charlotte Manske geb. von Appen
Wolfgang Manske
Susanne, Barbara und Monika

2000 Hamburg 65
Schulteßstieg 43

5526 Bollendorf

Trauerfeier am Freitag, dem 13. Juni 1986, um 10.45 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

---

9. Juni 1986 im Glauben an die Auferstehung hat diese Welt verlassen

Prof. Pietro Porcinai

In seinem irdischen Leben gelang es ihm, Gärten zu entwerfen und zu verwirklichen, sowohl in Italien wie im übrigen Europa als auch in Asien, Afrika und Zentralamerika. Er war Gründungsmitglied der International Federation of Landscape Architects (Cambridge 1958) und wurde 1960 Mitglied der Vereinigung der italienischen Garten- und Landschaftsarchitekten.

Pietro Porcinai hinterläßt seine Frau Sonia mit den Kindern Anna, Giovanni, Paola und Pio.

Bittet den Herrn um Barmherzigkeit für ihn!

Florenz, 9. Juni 1986

Gewalt als Antwort auf Gewalt: Ein Mitglied einer „Vigilante"-Gruppe bei Unruhen in der Siedlung Crossroads FOTO: AFP

Schwarze nehmen Rache für den Terror am Kap

Gefechte mit ANC-Anhängern nach „Halsband-Morden"

M. GERMANI, Johannesburg

Die Unruhen in der Siedlung Crossroads bei Kapstadt weiten sich immer mehr zu einem Bandenkrieg zwischen Anhängern der United Democratic Front, dem internen Arm der in Südafrika verbotenen Untergrundbewegung ANC, und sogenannten Vigilantes aus.

In den vergangenen Monaten hatten sich in fast allen Unruhegebieten Südafrikas Selbstschutzgruppen oder schwarze Freicorps gebildet, die angeblich mit stillschweigender Duldung, oft auch heimlicher Unterstützung der örtlichen Polizei, schwere Vergeltungsschläge auf Häuser und Unterkünfte der „Genossen" der Democratic Front verübten. Bei schweren Kämpfen vor drei Wochen gab es in Crossroads 33 Tote. 30 000 Menschen wurden obdachlos, nachdem ihre Elendshütten in Flammen aufgegangen waren.

Nach Auskunft eines Sprechers der Polizei am Westkap waren die jüngsten Unruhen am Montag morgen ausgebrochen, nachdem eine Gruppe von sogenannten „Witdoeke"(Weißtücher)-Vigilanten, die sich durch weiße Armbinden zu erkennen geben, auf der Suche nach toten Kameraden ein Leichenschauhaus aufgesucht hatten. Sie fanden die teilweise zerstückelten Leichen von 15 Männern, die durch das berüchtigte „Halsband" – mit Benzin gefüllten Reifen – umgebracht worden waren.

Anschließend kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen rund 3000 „Witdoeke" und 8000 „Genossen". Es gab mindestens sieben Tote.

Die Polizei beschlagnahmte Waffen südafrikanischer und sowjetischer Bauart. Fahrzeuge der Sicherheitskräfte wurden von einer aufgebrachten Menge angegriffen. Eine Klinik sowie ein Erholungszentrum für rund 2200 Menschen, die dort Unterkunft gefunden hatten, wurden niedergebrannt.

Nach Berichten der Schwarzen-Zeitung „Sowetan" habe die Polizei nichts unternommen, um die Kämpfe zu beenden. In den Nachbarsiedlungen KTC und Guguletu sei Panik ausgebrochen, nachdem Gerüchte umgelaufen waren, die Siedlungen würden ebenfalls angegriffen werden. Am Montag waren Autos Kapstadter Journalisten beschossen worden, gestern wurden drei Auslandskorrespondenten verletzt.

Nach Auffassung von Beobachtern handelte es sich um einen rein schwarz-schwarzen Konflikt. Die Regierung versuche sich von den Vigilantes zu distanzieren, da sie deren Aktionen als kompromittierend empfinde.

Kreml-Gipfel gegen Alkoholismus

AFP, Moskau

Um Alkoholmißbrauch und mangelnde Arbeitsdisziplin in der Sowjetunion ging es in einer Sitzung von Partei- und Regierungsverantwortlichen, die vom Chefideologen Jegor Ligatschew geleitet wurde. In Moskau wurde die Veranstaltung als ein Beweis für die Entschlossenheit in der sowjetischen Führung gesehen, die Produktivität zu steigern und die von Parteichef Michail Gorbatschow eingeleitete Kampagne gegen den Alkoholismus fortzusetzen. Nach Angaben der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass hatte Politbüromitglied und ZK-Sekretär Ligatschew zu dem Treffen auch Vertreter der Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Medien geladen.

Kabul spricht von „Kriegspropaganda'

AFP, Islamabad

Die offiziellen Kabuler Medien haben die Meldung der Pekinger Nachrichtenagentur „Neues China" dementiert, der afghanische Parteichef Nadschibullah sei bei einer „Auseinandersetzung" mit Anhängern von Staatspräsident Babrak Karmal verletzt worden. „Neues China" hatte sich auf die „Afghanische Presseagentur" (AAP) berufen.

Die offizielle Kabuler Presseagentur „Bachtar" nannte die Pekinger Meldung eine „Intensivierung der Kriegspropaganda der Gegner". Westliche Journalisten in Islamabad halten die „Afghanische Presseagentur" für wenig glaubwürdig, da sie bereits eine Reihe von Falschmeldungen im Umlauf gebracht habe.

Sandinisten konsolidieren per Verfassung ihre Macht

Die Regimegegner sprechen von „Farce der Demokratie"

WERNER THOMAS, Mexico City

Der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez hat in Straßburg die „Institutionalisierung der Demokratie" verkündet, wenn sein Land Ende des Jahres eine neue Verfassung erhält. Die Oppositionspolitiker in Nicaragua teilen nicht diese Meinung – auch nicht die Kommunisten. Alle befürchten eine Zementierung der sandinistischen Macht.

An den bisherigen Machtverhältnissen wird sich in der Tat nichts ändern. Das sandinistische Politbüro „Direccion Nacional", dem neun Comandantes angehören, behält seine „Avantgarde"-Rolle. Ein sandinistischer Sprecher erläuterte: „Sie sind die einzige Kraft, die unsere sozialen Errungenschaften festigen und fortsetzen kann."

Die „Sandinistische Volksarmee" (EPS) und die „Sandinistische Volkspolizei" (PPS) sollen weiterhin den Interessen der Staatspartei dienen, auch die Sicherheitsbehörde DGSE, die nicht das Adjektiv „sandinistisch" trägt. „Der alte Machterhaltungsapparat bleibt erhalten", sagt Virgilio Godoy, der Chef der „Unabhängigen Liberalen Partei" (PLI), der einmal Arbeitsminister unter den Comandantes war.

Das Verfassungsprojekt droht einen endgültigen Bruch zwischen den Sandinisten und vielen früheren Sympathisanten zu provozieren. Rafael Cordova Rivas, einst Junta-Mitglied und heute Vertreter einer Gruppe der gespaltenen konservativen Partei, gehört ebenfalls zu diesem Kreis. Cordova Rivas stört ein anderer Aspekt: Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist nicht erlaubt. Der „patriotische Militärdienst" gilt als eine der kontroversesten Einrichtungen des sandinistischen Nicaragua. Zehntausende Jugendliche sind untergetaucht oder über die Grenzen nach Honduras und Costa Rica geflohen. Die katholische Bischofskonferenz verurteilte den Zwang zum Wehrdienst und erklärte, man verlange von jungen Menschen, ihr Leben für die Erhaltung einer Einparteien-Herrschaft zu opfern.

In dem Verfassungsentwurf fehlen zwar Hinweise auf die Errichtung einer sozialistischen Volksdemokratie. Die Opposition in Nicaragua geht jedoch davon aus, daß das Dokument in diese Richtung weist. „Die Verfassungskommission hat alle Vorschläge blockiert, die demokratische und pluralistische Strukturen garantieren würden", berichtete Virgilio Godoy. Die vom Parlament (sandinistische Mehrheit) ernannte Kommission wird von den Sandinisten kontrolliert.

Die Opposition will ihre Einwände nun dadurch bekunden, daß sie den Aufruf boykottiert, „dem Prozeß der Verfassungsdiskussion patriotisch zu folgen". Godoy spricht von einer „Farce". „Es kann keine freie Diskussion geben, solange der Ausnahmezustand existiert." Die Ausnahmeverordnungen erlauben der Regierung willkürliche Verhaftungen und eine strikte Pressezensur, unter der besonders „La Prensa" leidet, das einzige Sprachrohr der Opposition.

Antisandinistische Politiker fordern ein Referendum, was wiederum die Sandinisten ablehnen. Virgilio Godoy macht sich keine Illusionen: „Nicaragua wird eine Verfassung nach den Wünschen der Sandinisten erhalten."

STELLENGESUCHE

STELLENANGEBOTE

WELTMEISTERSCHAFT / Interview mit Sepp Piontek – Frankreich steigert sich von Spiel zu Spiel



● Am Freitag ist es so weit. Deutschland spielt gegen Dänemark. Und auch gegen den deutschen Trainer Sepp Piontek, der 204 Bundesligaspiele für Werder Bremen bestritt, sechsmal in der Nationalmannschaft spielte und zuvor Trainer bei Bremen, Düsseldorf und in Haiti war.

„Tempo drosseln? Geht bei uns nicht"

ULRICH DOST, Queretaro

Für Argentiniens Star-Trainer Luis Cesar Menotti zählt er längst zu den ganz großen Trainer-Persönlichkeiten dieser Welt. Sepp Piontek nimmt dies gelassen hin: „Vor fünf Jahren wäre es noch undenkbar gewesen, daß mich Herr Menotti namentlich gekannt hätte." Aber wer Piontek vor fünf Jahren nicht kannte, der interessierte sich auch kaum für den Fußball in Dänemark. Seit Piontek dort arbeitet, wurde der dänische Fußball zu einem Markenartikel: Offensiv-Fußball, Einsatz bis zur letzten Spielminute, Spielfreude, Elan und viel Schwung.

Im dänischen Trainingslager auf der Hazienda „Hurica" sprach die WELT mit Sepp Piontek.

WELT: Sie haben die beiden Spiele der Deutschen in Queretaro gesehen. Wie hat Ihnen die Mannschaft gefallen?

Piontek: Die deutsche Mannschaft war vor allem physisch enorm stark. Sie spielte auch besser als erwartet. Das heißt, besser als es die deutsche Öffentlichkeit erwartet hatte. Das Ausland hat die deutsche Mannschaft lange nicht mit so viel Pessimismus beurteilt. Die Deutschen sind, und werden es wohl auch immer bleiben, eine starke Turnier-Mannschaft. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, mit welchen Problemen sie sich vorher herumgeschlagen haben.

WELT: Von welchen deutschen Spielern waren Sie denn besonders angetan?

Piontek: Gefallen hat mir vor allem das gefährliche Angriffsduo Rudi Völler und Klaus Allofs, dazu noch der quicklebendige Pierre Littbarski.

WELT: Wenn Sie schon die physische Stärke der Deutschen so loben, hätten es Ihre Spieler gegen Uruguay am Ende nicht etwas langsamer angehen lassen können, um Kräfte zu sparen?

Piontek: Das geht bei uns nicht. Das ist einfach nicht unsere Art. Wenn der Gegner müde ist, wenn er schon am Boden liegt, dann wollen wir auch Tore schießen, bis zum Schlußpfiff. Da habe ich als Trainer gar keinen Einfluß mehr. Es sei denn, ich würde einige bestimmte Spieler auswechseln. Etwa das Tempo drosseln? Das können wir nicht, das geht bei uns nicht. Wenn es läuft, dann denken wir nicht an den nächsten Gegner.

WELT: Dann werden Sie sich bestimmt auch gegen Deutschland nicht auf irgendwelche Planspiele einlassen, sondern den Gruppensieg ansteuern?

Piontek: Genau so ist es. Wir wollen Gruppensieger werden, egal wie es dann weitergeht. Danach spielt der Zufall eine allzu große Rolle. Der Gegner, der Schiedsrichter, die Tagesform oder was es sonst noch alles gibt. Mit dem Gruppensieg wollen wir all denen Recht geben, die uns bei der WM eine Überraschung zugetraut haben.

WELT: *Spekulieren Sie denn heimlich mit dem WM-Titel?* Neben den Dänen konnten bisher nur die Russen noch voll überzeugen …

Piontek: An den Titel denken wir wirklich nicht. So vermessen sind wir nicht.

WELT: Und was ist, wenn es doch passiert?

Piontek: Dann kämen wir wohl nicht mehr ins Land rein, weil alle Zöllner besoffen wären.

WELT: Für die Deutschen ist das Spiel am Freitag eine Prestige-Angelegenheit. Das kleine Dänemark mit dem deutschen Trainer muß und soll *eins auf den Hut bekommen*. Hat das Spiel bei Ihnen auch diesen hohen Stellenwert?

Piontek: Für mich persönlich ist das kein Spiel wie jedes andere. Wir kennen zwar den deutschen Fußball ganz gut, weil einige Dänen dort spielen und gespielt haben. Wir verfolgen den deutschen Fußball als Nachbar, der über den Zaun schaut. Zu Franz Beckenbauer habe ich ein gutes Verhältnis, deshalb freue ich mich darauf. Ich freue mich auch, daß die dänische Mannschaft in der Lage ist, mit den Deutschen mitzuhalten.

WELT: Franz Beckenbauer hatte die dänische Mannschaft vor der WM nicht auf seiner Rechnung. Hat Sie das berührt?

Piontek: Ganz und gar nicht. Jeder Trainer hat seine eigene Meinung. Ich sehe die Deutschen auch nicht im Endspiel, dafür aber die Russen.

WELT: Aber Sie haben doch gesagt, Sie könnten für die dänische Nationalmannschaft höchstens zwei deutsche Spieler gebrauchen. Stehen Sie immer noch zu diesem Urteil? Harald Schumacher hat daraufhin gesagt, das sei die beste Motivation, die Mannschaftssitzung vor dem Spiel werde die kürzeste, die es je gab.

Piontek: Ich wäre doch ein schlechter Psychologe und würde mich zudem in Dänemark lächerlich machen, wenn ich etwas anderes über die dänische Mannschaft behaupten würde. Fragen Sie mal Franz Beckenbauer, wieviel Spieler er von uns gebrauchen könnte. Er wird nichts anderes sagen. Daraus eine persönliche Wertung der Spieler vorzunehmen, ist eine absurde Interpretation. Wenn ich sagen würde, ich könnte sechs oder sieben gebrauchen, so hieße das doch nichts anderes, als daß ich von meiner Mannschaft nicht viel halte. Das ist bestimmt nicht der Fall.

WELT: Wen würden Sie denn gerne haben wollen?

Piontek: So paradox das jetzt auch klingen mag, aber den Schumacher würde ich schon nehmen. Aber er kann sicher sein, ich brauche auf unserer Mannschaftssitzung vor dem Spiel auch nicht viel zu sagen. Unsere Spieler wissen, worum es geht.

WELT: Können Sie das näher erläutern?

Piontek: Die Deutschen hatten doch noch nie eine große Meinung von den Dänen, für sie waren es doch immer nur die dummen Dänen gewesen. Aber wir wollen die Sache halt nicht so hoch spielen.

WELT: Vielleicht wechseln Sie ja demnächst die Fronten: DFB-Präsident Hermann Neuberger hat laut darüber nachgedacht, daß er sich Sie als Bundestrainer vorstellen könnte. Wie sieht es damit aus? Besteht bei Ihnen Interesse? Haben Sie schon mit dem DFB-Präsidenten verhandelt?

Piontek: Immer langsam. Mein Vertrag läuft bis 1988. Was danach kommt, steht in den Sternen. Bis dahin würde ich aber auch nichts anderes akzeptieren. Deshalb hat es auch noch keine Gespräche mit dem DFB gegeben. Das alles mag vielleicht ein deutsches Problem sein, aber es ist nicht meins. Wenn ich frei bin, werde ich sehen, wo ich arbeite.

WELT: Wäre es denn nicht für Sie eine reizbare Aufgabe, die deutsche Nationalmannschaft zu betreuen?

Piontek: Nicht nur Deutschland ist interessant …



Michel Platini in Aktion. Sein Trainer Henri Michel: „Er steigert sich von Spiel zu Spiel und wird hoffentlich bald all das zeigen, zu was er fähig ist." FOTO: AFP

Und wieder: „Alles nicht so gemeint"

Es war wieder einmal alles nicht so gemeint. Am Tag nach dem Spiel revidierte Teamchef Franz Beckenbauer einen Teil der Äußerungen, die er unmittelbar nach dem 2:1-Sieg über Schottland gemacht hatte.

„Das Positivste ist das Ergebnis", hatte er gesagt. Am Tag danach änderte er den Satz in: „Es gab sehr viele positive Momente." Hatte er nach dem Spiel von Einstellungsproblemen bei einigen Spielern gesprochen, so hieß es tags darauf: „Einstellungsprobleme gab es mit Sicherheit nicht." „Wir haben nicht zu unserem Spiel gefunden", hatte er kritisiert. „Wenn wir in Ballbesitz waren, lief es hervorragend", so Beckenbauer gestern.

Sein eigenes Urteil zu den offensichtlichen Widersprüchen: „Da kann man einmal sehen, was ich manchmal für einen Blödsinn daherrede." Als Hauptpunkte der Kritik blieben schließlich die „unübersehbar schlechte Abstimmung in der Abwehr sowie das insgesamt mangelhafte Spiel ohne Ball."

Widersprüchlich auch Beckenbauers Äußerungen über einen möglichen Einsatz von Kapitän Karlheinz Rummenigge: „Wenn er mir sagt, er ist fit, dann spielt er auch," hatte er mehrmals gesagt. Davon rückt er nun ab: „Versprochen habe ich ihm nichts. Ich gehe davon aus, daß er sich auch als Weltstar nicht zu schade ist für die Bank." Gestern meldete sich Rummenigge „hundertprozentig gesund" zurück. „Darüber sind wir sehr froh", sagte Beckenbauer, „ob er am Freitag spielt, ist eine andere Sache. Gegen Schottland hat er in 20 Minuten zu wenig gebracht, das habe ich ihm auch gesagt."

Vielleicht wird Beckenbauer aber durch die Verletzung von Hans-Peter Briegel zur Änderung der Aufstellung gezwungen. „Ich habe selbst beim Gehen noch Schmerzen", sagte Briegel angesichts seiner Oberschenkelverletzung, die er im Spiel gegen Schottland erlitten hatte. „Prognosen kann ich nicht stellen. Ob es Sinn hat zu spielen, werde ich am Donnerstag testen." Kann Briegel nicht spielen, wird bei entsprechender Umbesetzung der Positionen ein Platz (für Rummenigge?) frei.

Die hohe Politik spielt mit, wenn es um Fußball geht: Chaban-Delmas in Bordeaux, Jacques Chirac in Paris

DW. Leon

„Da läuft einem das Wasser im Mund zusammen", sagte Rolf Schafstall, der zukünftige Trainer des FC Schalke 04, nach dem 3:0 der Franzosen über Ungarn. Schafstall ist von seinen ehemaligen Mannschaften Rot-Weiß Essen und VfL Bochum eher durchschnittlichere Leistungen gewohnt. Kein Wunder, daß ihn die französische Fußballkunst in Begeisterung versetzte, obwohl die Franzosen ihre Möglichkeiten noch nicht vollständig ausschöpften. Trainer Henri Michel erwartet von seinem Team und speziell von seinem Spielmacher Michel Platini noch mehr: „Er steigert sich von Spiel zu Spiel und wird hoffentlich bald all das zeigen, zu dem er fähig ist."

Soll tatsächlich noch eine Steigerung möglich sein? Abgesehen von der inkonsequenten Chancenauswertung servierten die Franzosen doch schon in der zweiten Halbzeit des Spiels gegen Ungarn wahre Fußball-Delikatessen. Im Mittelfeld ließen sie Ball und Gegner nach Belieben laufen, hatten das Spiel jederzeit unter Kontrolle und leisteten sich nur wenige Male den Luxus von Ballverlusten, deren Ursache stets die gleiche war: Nachlässigkeit aus Überheblichkeit. Weil die Ungarn als Gegner nicht mehr ernst zu nehmen waren.

Mit je 5:1 Punkten und Toren qualifizierte sich Frankreich gleichzeitig mit der UdSSR für das Achtelfinale und ist aufgrund seiner Spielweise in den engsten Favoritenkreis gerückt. Die technischen, konditionellen und taktischen Fertigkeiten aller Spieler sind eine Augenweide. Leichtfüßig und mit großartigem Spielwitz ausgestattet, deuteten sie bisher allerdings oft nur an, daß sie zu noch besseren Leistungen fähig und zudem willens sind, nach dem Titel des Europameisters 1984 jetzt auch den des Weltmeisters zu holen.

Der Gewinn der Weltmeisterschaft entspräche genau der erfolgsorientierten Fußball-Politik, mit der Frankreichs Erstliga-Klubs derzeit die Ausnahmestellung der Nationalmannschaft auf die Vereinsebene übertragen wollen. Seit vier Jahren, als Frankreich bei der WM in Spanien bis ins Halbfinale vorstieß, gehört das Land zu den Fußball-Großmächten. Doch den Erfolgen der Nationalelf standen klägliche Versuche der Klubs gegenüber, im internationalen Geschäft Fuß zu fassen.

Der populärste Spieler, Michel Platini, spielt in Italien für Juventus Turin und auch der neue Mittelstürmer Jean-Pierre Papin schoß bisher seine Tore für einen ausländischen Klub, für den FC Brügge. Juventus Turin wurde Europapokalsieger, auch der FC Brügge ist international ein Begriff. Und die französischen Klubs? Von hundert Europapokalen, die bis jetzt vergeben wurden, haben sie nicht einen einzigen gewonnen.

Das baldmöglichst zu ändern, haben sich jetzt vier reiche Franzosen zum Ziel gesetzt. Da ist Jean-Luc Lagadère, Generaldirektor der gigantischen Elektronikwerke „Matra" (Telefone, Waffen, U-Bahnzüge) und Chef des größten französischen Verlages „Hachettes". Jedes dritte Buch in Frankreich stammt aus diesem Verlag. Daneben ist Lagadère noch Besitzer mehrerer Zeitungen und Chef des Radiosenders „Europe 1". Er ist Präsident des soeben aufgestiegenen Racing Klub Paris, für den er National-Vorstopper Bossis (6,2 Millionen Mark) und den Kölner Stürmer Pierre Littbarski (5 Millionen Mark) kaufte. Er überweist auch dem Mittelfeldspieler Luis Fernandez 750 000 Franc (rund 230 000 Mark). Monatlich. Nicht einmal Michel Platini verdient annähernd soviel. Außerdem zahlte Lagadère 2,2 Millionen Mark für einen Torwart, Pascal Olmeta, der nicht einmal zum erweiterten Kreis der Nationalmannschaft gehört. In Mexiko sieht sich Lagadère derzeit nach weiteren Millionen-teuren Ausländern um.

Lagadères lokaler Konkurrent ist Jaques Chirac, der in Paris nicht nur als Premierminister Politik macht, sondern auch Fußball-politisch agiert und dem Klub Saint Germain Paris die Meisterschaft ermöglichte. Ehemals vom Modezaren Daniel Hechter gesponsort, stellte sich der große Erfolg für Saint Germain Paris erst ein, nachdem Jacques Chirac dem Klub den Einkauf der Nationalspieler William Ayache, Jules Bocandé und Daniel Xuereb ermöglicht hatte.

Ein Politiker ist auch für die Einkaufspolitik von Girondins Bordeaux verantwortlich. Jacques Chaban-Delmas ist Präsident der Nationalversammlung und Bürgermeister von Bordeaux. Er bewilligte dem Klub Girondins für die neue Saison eine Subvention von 28 Millionen Mark, obwohl der Klub soeben erst 4,65 Millionen Mark für die jugoslawischen Brüder Vujuvic, 3,1 Millionen für Philippe Vercruysse sowie 6,2 Millionen Mark für den Nationalspieler Jean-Marc Ferreri bezahlt hat. Außerdem erhalten auch die Nationalspieler Jean Tigana und Alain Giresse ihr Gehalt von Girondins Bordeaux.

Während Lagadère, Chirac und Chaban-Delmas kaufen, was gerade teuer ist, hat der Industrielle Bernard Tapie zunächst für ein Monatsgehalt von 100 000 Mark einen Fachmann eingekauft, der seinerseits die richtigen Spieler auswählt. Tapie verpflichtete für seinen Klub Olympique Marseille den ehemaligen Nationaltrainer Michel Hidalgo, der Frankreich 1984 zum Europameister machte und nach Meinung des Stuttgarter Sportjournalisten Hans Blickensdörfer Fußballverstand, Menschenkenntnis und Fingerspitzengefühl in außergewöhnlichem Maße besitzt: „Hidalgo ist ein Mann, der in fünf Minuten ein absolut stimmendes Psychogramm jedes bedeutenden Nationalspielers der Welt herstellt, was Franz Beckenbauer nie gelingen würde."

Hidalgo hat eine schwierige Aufgabe, weil Tapie nicht bereit ist, jede geforderte Summe zu zahlen. Gespräche mit Didier Senac, Jules Bocandé und Jean Tigana sind schon geplatzt, weil andere Klubs (siehe oben) mehr zahlen. Doch dafür hat Tapie Hidalgo engagiert. Er will nicht die teuersten, sondern die besten Spieler. Und das eine steht mit dem anderen nicht immer in ursächlichem Zusammenhang. Deshalb holt Hidalgo einen wie den Stuttgarter Karlheinz Förster, weil der für Hidalgo die Verkörperung der solidesten Zuverlässigkeit ist. Dafür zahlt er denn auch 3,5 Millionen Mark. In einer Konkurrenzsituation, die vielen Spielern finanziell ein Leben wie Gott in Frankreich ermöglicht, stehen die Geldgeber schon kurzfristig unter Erfolgszwang. „Wenn wir in Marseille nicht auf Anhieb Meister werden, können wir einpacken. Von mittelfristiger Aufbauarbeit, wie man das in Paris machen kann, keine Rede", sagt Hidalgo. Sein Chef Tapie aber ist absolut überzeugt von seinen Fähigkeiten. Er verspricht: „Folglich werden Hidalgo und ich mit einem französischen Klub einen Europapokal holen."

Der hartnäckige, zähe Kampf der Profi-Spieler um ihre persönliche Freiheit

Die Deutschen nehmen sich ihren Chef, nehmen sich Franz Beckenbauer zur Brust. Die Dänen lächeln über ihren Trainer, lächeln über Sepp Piontek. Den Brasilianern wurde ein Maulkorb umgebunden. Und der französische Mittelfeldspieler Luis Fernandez fühlt sich „zwar nicht mißbraucht, aber ignoriert". Die Freiheit, die persönliche und die sonstige, ist das wichtigste Thema der Profis bei dieser Weltmeisterschaft.

Der Knatsch im deutschen Camp hat mit Freiheit, mehr aber noch mit Würde zu tun. Beckenbauer hat seine Leute gemaßregelt nach dem 2:1 über die Schotten. Scharf, bitter und bissig. Das halten sie nicht für gerechtfertigt. Und Rummenigge wollte länger spielen als nur 15 Minuten.

Jetzt muß der Chef Rechenschaft ablegen. Schon zum zweiten Male bei dieser WM. Da ist ein Prozeß im Gange, der bei Helmut Schön noch nicht möglich und bei Jupp Derwall erst in den Ansätzen erkennbar war. Die Stars befreien sich.

Die Dänen lächeln nachsichtig, verständnisvoll und ein wenig spöttisch über Piontek, weil er das Spiel gegen die Deutschen so wichtig nimmt. Er hätte gerne, daß sie genau so denken und fühlen wie er. Aber den Gefallen tun ihm nicht alle. Und sie lassen sich auch nicht dazu zwingen. Selbst wenn Piontek das versuchen wollte. Denn bei den Dänen bestimmt nicht nur der Trainer, wo's langgeht und wer die Trikots von eins bis elf anzieht. Der Kapitän Morten Olsen redet ein gewichtiges, oft das entscheidende Wort mit. Und der heimliche Chef ist Sören Lerby.

Freiheit ist bei den Dänen kein Prinzip. Die weitgereisten und welterfahrenen Profis lassen sich nicht anbinden. Weder im geistigen noch im körperlichen Sinne. Sie sind die am meisten emanzipierte Mannschaft.

Anderswo denken die Profis ähnlich, wenngleich die Realität mit den Wünschen nicht immer Schritt hält. „Ich muß meine Meinung sagen dürfen", sagt der Franzose Tigana, „ganz allgemein aber vor allem über meinen Beruf. Über die Dinge, die mich direkt berühren."

Und Repressalien, Verbote, Anweisungen hat er nicht zu befürchten?

„Ich denke nicht", sagt Tigana, „es hat bei uns noch keinen Schlüsselfall gegeben. Aber ich bin sicher, keinem würde eine Zensur auferlegt. Ich habe jedenfalls keine Angst, meine Meinung zu sagen."

Auch Enzo Bearzot, Italiens Trainer, achtet den Profi, sieht in ihm einen „Angestellten, der wie jeder andere Angestellte das Recht hat, zu leben, wie er will, und zu denken, zu sagen, was seine Meinung ist."

Bearzot weiter: „Viele Leute glauben, der Profi müsse in seinen Ansichten und Empfindungen dem Chef folgen. Das ist falsch. Der Spieler hat die Freiheit, sich zu äußern und seine eigenen Interessen zu verfolgen." Erst eine halbe Stunde vorher, sagt Bearzot, werde in seinem Team vom Spiel gesprochen. Der Spieler habe das Recht, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen, von etwas anderem zu reden als vom Fußball. Auch mit den Vertretern der Medien.

Bei den Deutschen ist das so selbstverständlich nicht. Zumindest noch nicht lange. Und in manchen Bereichen haben sie einen Rückfall in überholte, altmodische Verhaltensweisen mitmachen müssen. Brasilianische Verhältnisse gibt es bei Beckenbauer allerdings nicht mehr. Denn bei den Brasilianern ist jetzt der Maulkorb und die Zensur eingeführt worden.

Ihre sexuelle Freiheit haben die Spieler schnell durchgesetzt. Fast überall. Über das von verknöcherten Trainern bisher eifersüchtig gehütete Zölibat darf mittlerweile laut gelacht werden. Doch die sexuelle Freiheit ist nur ein winziger Bereich des gesamten Bereichs. Der riesige Rest liegt noch da als Feld der Auseinandersetzungen. Und die Gefechte auf ihm werden immer härter.

Die Argentinier Maradona und Valdano haben zusammen mit Socrates die Gründung einer internationalen Spieler-Gewerkschaft angeregt. Sie brauchen solch eine Union gewiß nötiger als die Europäer. Denn in beiden Ländern, in Argentinien und Brasilien, ist gerade erst die Militär-Diktatur abgeschafft.

Socrates hat die Belastbarkeit der neuen Freiheit geprüft. Er hat die wirtschaftliche Verfilzung der WM-Organisation gerügt, er hat die Schiedsrichter kritisiert und deren Abhängigkeit vom großen Geldgeschäft gebrandmarkt. Nun hat der brasilianische Verband seine Ankündigung wahrgemacht: Die Spieler dürfen über Politik und Wirtschaft nicht mehr reden. Wer diese Anweisung mißachtet, wird sofort nach Hause geschickt.

„Es gibt gewisse Spielregeln", sagt Bearzot, „die man auch in einer Fußball-Mannschaft beachten muß. Wie in jeder Firma. Aber die freie Meinungsäußerung ist Grundlage aller Regelungen."

„Zweifellos wird der Spieler bei einer Weltmeisterschaft dazu benutzt", sagt Tigana, „ganz gewichtige wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Und dies muß ihm das Recht geben, seine Gesichtspunkte darzulegen." In dieser Beziehung, meint Fernandez, werde der Profi ignoriert.

Die Deutschen liefern derzeit wichtige Beiträge zu diesem Thema. Nach Beckenbauers Explosion („alles Schrott") verlangte die Mannschaft vom Chef eine Erklärung. Jetzt hat sie sich in der Sitzung mit Beckenbauer gegen dessen umfassende Verdammung des Teams zur Wehr gesetzt. Und Rummenigge verlangte seinen Einsatz von der ersten Minute an.

Solche Probleme sind den Dänen fremd. Weil in dieser Mannschaft ein Trainer nie stark genug werden kann, um despotisch auf den Putz zu hauen. Geschehe dies, kämen sie einfach nicht mehr zur Nationalelf. Und dies kennzeichnet den dänischen Sonderfall:

Die Stars reisen aus allen Himmelsrichtungen aus eigenem Antrieb herbei. Sie sind frei und unabhängig und niemand kann sie zu irgend etwas zwingen. Das einzige Regulativ ist der eigene Ehrgeiz. Dadurch entsteht ein völlig spannungsloses, freies Klima.

Das ist der Idealfall eines Teams. Alle anderen sind mehr oder weniger weit davon entfernt. Die Brasilianer und die Deutschen freilich noch sehr weit.

ULFERT SCHRÖDER

Das Stichwort

● **„La Ola", die Woge**

Wie ein Mann springen plötzlich Tausende in einem Zuschauerblock von ihren Sitzen, reißen die Arme empor, stimmen ein infernalisches Gebrüll an und sinken danach in sich zusammen. Ihre Aktion steckt den Nachbarblock an. Dort wiederholt sich das Schauspiel und so wogt die Begeisterung im Publikumsrund. Die Woge, „la Ola", heißt er denn auch, dieser Jubeltaumel, mit dem das mexikanische Publikum gelungene Aktionen feiert. Doch was heute sicher auch wieder im Spiel gegen Irak zu erleben ist, stammt nicht aus dem Gastgeberland dieser WM. Vom Nachbar USA schwappte die Woge herüber. Hier hatte sie sich erstmals 1983/84 im King's Dome in Seattle bei einem Football-Spiel in Bewegung gesetzt und schlug später auch bei vielen Baseball-Begegnungen Wellen.

In Mexiko feierte „La Ola" ihr Debüt erst im März beim Tennis-Daviscup-Spiel Mexikos gegen Deutschland. Seitdem ist sie auch bei Fußballspielen nicht mehr wegzudenken. Im Azteken-Stadion gibt ihr die Anzeigentafel oft sogar (regelwidrig) den Anstoß. „Made in Mexico" ist dann allerdings der Schlachtruf: „Shiguiti bum, a la bim bom ba, a la bio, a la bao, a la bim, bom, bam – Mexico, Mexico rarara".

Gesagt

„Man könnte schon Alpträume bekommen."

Bernd Stange, Auswahltrainer der „DDR", auf die Frage, ob er noch schlafen könne. Die „DDR" spielt in der Qualifikation zur Europameisterschaft 1988 zusammen mit Frankreich und der UdSSR in einer Gruppe.

Das Porträt

● **JEAN TIGANA, Wasserträger?**

Er gilt als Lunge der französischen Nationalmannschaft, als athletischer Vollblut-Fußballer, als Herzstück der „Equipe Tricolore". Und jetzt, in seinem 44. Länderspiel, krönte er seine Karriere endlich durch ein Tor. Jean Tigana (30) schoß den zweiten Treffer beim 3:0 der Franzosen gegen Ungarn. „Darauf habe ich lange warten müssen", sagt der in Bamako auf Mali geborene Filigrantechniker, der beim französischen Meister Girondins Bordeaux spielt.

Aus dem Nationalteam will er sich jedoch schon nach Mexiko verabschieden. Ein Verlust. Der 1,72 Meter große und 72 Kilo schwere Tigana schlüpft selbstlos für die Spielgestalter Platini und Giresse in die Rolle des Wasserträgers, ohne daß ihm in Sachen Technik irgendwer das Wasser reichen könnte. Schließlich behandelt er den Ball geradezu zärtlich und verblüfft den Gegner durch schnelle Pässe. „Ich fühle mich wohl in der Rolle als defensiver Mittelfeldspieler", versichert der Mann, der sich täglich mit 15-Kilometer-Läufen fit hält und seine hochtourigen Sprints damit erklärt, er habe eben einen Ruhepuls von 40 Schlägen. Tiganas Ak*tionen lassen Experten schwärmen*. Dettmar Cramer, als FIFA-Beobachter in Leon: „Bei so einem Fußballer läuft einem das Wasser im Mund zusammen."

Rücktritt

Ungarns Nationaltrainer György Mezey (45) hat unmittelbar nach der 0:3-Niederlage seiner Mannschaft gegen Frankreich seinen Rücktritt erklärt: „Ich bin nur noch Privatmann." Ungarn schied zum dritten Mal hintereinander in einer WM-Vorrunde aus.

Pechvogel

An den Rand des Ruins brachte das 6:1 der Dänen gegen Uruguay einen Fotohändler in Kopenhagen. Vor dem Spiel hatte er für jedes dänische Tor einen Rabatt von umgerechnet 30 Mark auf jeden Artikel in seinem Schaufenster avisiert. Er verkaufte 500 Fotoapparate – statt für 290 nur für 100 Mark. Nun hofft er, daß die Kamera-Hersteller sich nachträglich an der Aktion beteiligen.

Fernsehen heute

● **ZDF: 6.00 – 9.00 Uhr:** Frühstücksfernsehen. – **13.15 – 13.45 Uhr:** Mexiko extra.

● **ARD: 19.50 – 22.30 Uhr:** Paraguay – Belgien (live), anschließend Irak – Mexiko (Aufzeichnung). – **23.45 – 2.30 Uhr:** England – Polen (live), anschließend Portugal – Marokko (Aufzeichnung).



Statistik

Gruppe C

Ungarn – Frankreich 0:3 (0:1)

Ungarn: Disztl – Roth – Garaba, Kardos – Sallai, Hannich (46. Nagy), Detari, Varga – Kovacs (65. Bognar), Dajka, Esterhazy. – **Frankreich:** Bats – Battiston – Ayache, Bossis, Amoros – Tigana, Giresse, Platini, Fernandez – Stopyra (71. Ferreri), Papin (61. Rocheteau). – **Schiedsrichter:** da Silva (Portugal). – **Tore:** 0:1 Stopyra (30.), 0:2 Tigana (63.), 0:3 Rocheteau (85.). – **Zuschauer:** 21 000. – **Gelbe Karten:** Ayache, Rocheteau.

UdSSR – Kanada 2:0 (0:0)

UdSSR: Tschanow – Kuznetsow – Morosow, Bubnow – Litowschenko, Bal, Rodionow, Aleinikow, Jewtuschenko – Protassow (57. Belanow), Blochin (62. Zawarow). – **Kanada:** Lettiere – Lenarduzzi, Samuel, Bridge, Wilson – Norman, Gray (70. Pakos), Ragan, James (64. Segota) – Valentine, Mitchell. – **Schiedsrichter:** Traore (Mali). – **Tore:** 1:0 Blochin (59.), 2:0 Zawarow (75.). – **Zuschauer:** 8000.

Gruppe C. Endstand

Ungarn – Frankreich	0:3
Sowjetunion – Kanada	2:0
Kanada – Frankreich	0:1
Sowjetunion – Ungarn	6:0
Frankreich – Sowjetunion	1:1
Ungarn – Kanada	2:0

1. Sowjetunion	3	2	1	0	9:1	5:1
2. Frankreich	3	2	1	0	5:1	5:1
3. Ungarn	3	1	0	2	2:9	2:4
4. Kanada	3	0	0	3	0:5	0:6

● Heute spielen, Gruppe B: Irak – Mexiko, Paraguay – Belgien (beide 20.00 Uhr). – Gruppe F: Portugal – Marokko, England – Polen (beide 24.00 Uhr).

● **Sperren:** Nach dem rüpelhaften Spiel gegen Belgien sperrte die FIFA drei Spieler aus dem irakischen Nationalteam für mindestens zwei Begegnungen und warnte vor weiterem Fehlverhalten. Wegen zwei gelber Karten wurde Samir Shaker Mahmoud für ein Spiel gesperrt und von allen von der FIFA kontrollierten Spielen ausgeschlossen. Er hatte nach dem Schlußpfiff Schiedsrichter Diaz angespuckt. Für zwei Spiele gesperrt wurden Basil Georgis Hanna und Haris Mohammed Hassan, wegen eines Platzverweises und Belästigung des Schiedsrichters. Die Sperren wirken über die WM hinaus.

WELTMEISTERSCHAFT / Die Spiele heute

Marokkaner überzeugt: „Portugiesen liegen uns"

dpa/sid, **Mexico City**

Der Taschenrechner wird heute zu einem wichtigen Utensil. Wenn die abschließenden Vorrundenspiele der Gruppen B und F ausgetragen werden, ist die Frage nach den Teams, die sich für das Achtelfinale qualifizieren ebenso offen, wie die Plazierung in den Gruppen. Angestrebtes Ziel ist zunächst ein Punkte-Stand von 3:3. Damit wäre die Mindestanforderung erreicht, in die nächste Runde zu kommen. Besonders hart wird es in der Gruppe F den englischen Fußball-Verband treffen, sollte das Spiel gegen Polen verloren werden. Nach der 0:1-Niederlage gegen Portugal und dem deprimierenden 0:0 gegen den krassen Außenseiter Marokko hängt das englische Fußball-Schicksal freilich am seidenen Faden. „Ein WM-K. o. in der Vorrunde wäre unfaßbar", beschwört Teamchef Bobby Robson seine Spieler. Es wäre die größte Pleite seit der WM 1950 in Brasilien. Die Ausgangssituation stellt sich für England so: Bei 1:3 Punkten muß England gegen Polen gewinnen, um den WM-Dritten (3:1) noch abfangen zu können.

Wer letztlich nach Hause fahren muß, hängt auch von der gleichzeitig in Guadalajara stattfindenden Begegnung zwischen Portugal und Marokko ab. Der portugiesische Trainer Torres steht dort ebenfalls unter Erfolgszwang. Bei einem Remis (3:3 Punkte) ist wieder der Taschenrechner gefragt. Die günstigere Tordifferenz entscheidet dann über ein Weiterkommen. Doch der eigenwillige Trainer, der in diesem wichtigen Spiel Stürmerstar Gomes vom FC Porto auf die Ersatzbank verbannte, gibt sich zuversichtlich: „Portugal wird siegen", lautet seine Parole an die Spieler. Doch ganz so einfach wird es gegen die Überraschungsmannschaft Marokko nicht werden. Nach zwei torlosen Unentschieden gegen Polen und den Ex-Weltmeister England könnten sie sich durch einen Sieg ebenfalls in das Achtelfinale spielen. Das Team des brasilianischen Coachs Jose Faria wäre dann das erste afrikanische Land, das bei einer Weltmeisterschaft die Vorrunde übersteht: „Die Portugiesen liegen uns. Gegen Polen und England waren wir krasse Außenseiter, gegen Portugal rechnen wir uns gute Chancen aus." „Was wir spielerisch können, haben wir bewiesen", zeigt sich Marokkos Mittelfeldspieler Trainer Havre zuversichtlich. „Was uns fehlt ist nur ein wenig mehr Glück vor dem Tor."

Auch die Lageberichte aus den Mannschaftsquartieren der vier Rivalen der Gruppe B spiegelt die Bedeutung dieses Spieltages wider: Hugo Sanchez auf der Tribüne, dicke Luft bei Belgien, Irak beleidigt, nur Paraguay guter Dinge. Sportlich sorgte dieses Quartett ohnehin schon für eine schreiende Ungerechtigkeit: Ausgerechnet aus diesem Feld, das bisher einen unangemessenen WM-Fußball präsentierte, werden mit Gastgeber Mexiko, Paraguay und Belgien aller Voraussicht nach drei Mannschaften in das Achtelfinale einziehen. Es geht nur um die Platzverteilung. Und die ist bei dem verzwickten und nicht leicht zu durchschauenden Spielmodus recht wichtig. Ein Erfolg der Mexikaner über Irak, ganz egal wie, würde als nächsten Gegner einen Drittplazierten zur Folge haben. Eine Niederlage hingegen wäre weniger angenehm. Der B-Gruppen-Dritte würde dann wohl auf Brasilien oder die UdSSR treffen. „Wir wollen Mexiko nicht ärgern", sagt Iraks Trainer Macedo, „aber wir streben ein Unentschieden an." Die mexikanische Nation plagt dazu die drängende Frage, wer den für das Irak-Spiel gesperrten Hugo Sanchez ersetzen soll. Wahrscheinlich wird der wegen seines Offensivdrangs gefährliche Francisco Cruz spielen.

Als Endspiel um Platz zwei betrachten Belgien und Paraguay ihr Duell im Stadion von Toluca. Jedoch können die Südamerikaner bei günstigem Verlauf auch Gruppensieger werden. Als Gruppen-Zweiter winkt dann in Mexiko das Achtelfinale gegen den Zweiten der Polen/Portugal-Gruppe. Paraguay hat nach dem 1:1 gegen Mexiko viel Selbstbewußtsein getankt. Trainer Cayetano Re: „Vor Belgien haben wir keine Angst." Im belgischen Lager wurde vor dem Abschlußspiel der Vorrunde ganz kräftig auf den Putz gehauen. Da meldete sich Torwart Jean-Marie Pfaff erneut mit Kritik zu Wort: „Bei uns fehlt es bei einigen Spielern an der Professionalität." Trainer Guy Thys kündigte personelle Konsequenzen an. Belgien reicht nach Rechnung des Trainers auf jeden Fall ein Unentschieden, um mit 3:3 Punkten weiterzukommen.

RADSPORT / Nach langer Pause – der letzte Test eines großen Rennfahrers bei der Tour de Suisse

Stoppt eine unheilbare Krankheit schon jetzt die Karriere des australischen Stars Phil Anderson?

Gestern begann in Winterthur die Tour de Suisse, der letzte große Test der Rad-Profis vor dem wichtigsten Rennen der Saison, der Tour de France im Juli. Unter den Teilnehmern befinden sich diesmal auch zwei Deutsche: Rigobert Matt und Rolf Gölz, der sich Ende des Jahres vom italienischen Saronni-Team trennen wird, um wahrscheinlich künftig bei der holländischen Mannschaft des früheren Weltmeisters Jan Raas sein Geld zu verdienen. Am Start in Winterthur war nach monatelanger Pause auch wieder der Australier Phil Anderson – ein Mann, der an einer unheilbaren Krankheit leidet.

KLAUS BLUME, **Bonn**

Das Schlimme daran, so sagte er, sei die Ungewißheit. Wie lange noch? 27 Jahre alt ist er jetzt und hat es in fünfeinhalb Jahren zu einem der fünf besten Rennfahrer der Welt gebracht. Aber wie lange wird diese Karriere anhalten? Denn Phil Anderson aus Melbourne leidet an der unheilbaren Bechterew'schen Erkrankung, einem chronisch-entzündlichen Leiden des Knochengelenksystems mit Befall der Wirbelsäule, der Extremitätengelenke und Sehnenansätze. Es ist eine Krankheit, die im Endstadium zu einer völligen Gelenkversteifung führt.

Gestern nun startete der Australier dennoch zur Tour de Suisse. Im vorigen Jahr war er der strahlende Triumphator dieser schweren Etappenfahrt durch die Schweiz. Als er vor einer Woche nach dreimonatigem Amerika-Aufenthalt in sein Haus nach Waregem in Belgien zurückkehrte, erzählte er seinem holländischen Teamchef Peter Post: „Ich fahre in der Schweiz. Es wird ein letzter Test sein, ob ich danach auch bei der Tour de France starten kann – oder ob ich dann überhaupt noch Radrennen fahren kann."

Dabei hatte er soviel vor. Als er, der angehende Grafiker, 1979 nach Frankreich kam, um sich dem großen Pariser Amateurklub ACBB anzuschließen, tat er dies mit dem Hintergedanken, so schnell wie möglich Berufs-Rennfahrer zu werden. Ein halbes Jahr später unterschrieb er bei Peugeot seinen ersten Vertrag. Maurice de Muir war seinerzeit Directeur sportif bei Peugeot, ein Mann, dem man nachsagte, er habe einen siebten Sinn für das Aufspüren von Talenten.

Was Monsieur de Muir aber nicht wissen konnte: Als Phil den Verwandten in Melbourne kurz vor Vertragsabschluß mitteilte, auf welche Weise er künftig seinen Lebensunterhalt verdienen wolle, riet der langjährige Hausarzt der Familie dringend von einer solchen Tätigkeit ab. Er wußte schließlich um Andersons unheilbares Leiden...

Die Schmerzen setzten Anderson dann im letzten Halbjahr 1985 bereits erheblicher zu, als er befürchtet hatte. Mithin zu einer Zeit, in der er eigentlich absolut fit sein wollte. Denn Phil Anderson – inzwischen als Super-Star beim Renommier-Team Panasonic unter Vertrag – sollte bei der letzten Tour de France zum großen Gegenspieler des Franzosen Bernard Hinault werden. Doch in Paris war er dann froh, gerade noch als Fünfter des Gesamtklassements das Ziel erreicht zu haben. Als die französischen Gazetten schrieben, diese Niederlage habe er seiner defensiven Grundeinstellung zu verdanken, schwieg Anderson dazu. Was sollte er schon erklären? Er wußte schließlich, daß es nur noch schlimmer kommen konnte – und bei der Weltmeisterschaft in Giaveva del Montello in Italien beendete er, einer der Favoriten, das Rennen abgeschlagen als 48.

Anderson beriet sich daraufhin in Waregem mit seiner amerikanischen Ehefrau und seinem amerikanischen Freund Greg Lemond, dem Ex-Weltmeister. Lemond empfahl im Frühjahr dieses Jahres anstelle der schweren Eintags-Klassiker den Besuch eines amerikanischen Spezial-Arztes in der Nähe von Seattle. Die klassischen Rennen hätte Anderson ohnehin nicht durchstehen können, denn erstens hatte er den Winter über nur selten trainieren können, und überdies setzten ihm die Schmerzen immer häufiger und nun auch heftiger zu.

Nach Abschluß der Behandlungen in Amerika trainierte Anderson täglich und fuhr in Kanada einige kleinere Rennen. Der Mensch brauche schließlich Bewegung, ließ er Greg Lemond wissen. Gegenfragen beantwortete er damit, es sei nun ohnehin wichtiger, über dessen Karriere anstatt über die Bechterew'sche Erkrankung zu reden...

SPORT-NACHRICHTEN

Noah operiert

Paris (sid) – Der französische Tennis-Spieler Yannick Noah wurde in Paris am linken Knöchel operiert. Damit ist die Teilnahme Noahs bei den in zwei Wochen beginnenden Meisterschaften von Wimbledon fraglich.

Koof ohne Fire

Düsseldorf (sid) – Weltmeister Norbert Koof (Willich) kann bei den deutschen Meisterschaften der Springreiter in Berlin nicht mit seinem Paradepferd Fire antreten. Fire leidet an einer Art Hexenschuß. Für die Weltmeisterschaft in Aachen ist der Einsatz unsicher.

Intertoto-Runde: Start

Düsseldorf (sid) – 48 Fußball-Mannschaften aus 14 Ländern gehen in zwölf Gruppen an den Start der Intertoto-Runde. Die DFB-Teilnehmer: Uerdingen gegen Union Ost-Berlin, Düsseldorf gegen Lüttich, Hannover gegen Young Boys Bern und Saarbrücken gegen Jena.

Danners Freigabe fehlt

Turin (sid) – Christian Danner, in der Formel 1 anstelle des verunglückten Marc Surer bei Arrows-BMW, wurde von seinem bisherigen Arbeitgeber Osella dafür noch nicht freigegeben.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 731 471,50, 2: 80 283,40, 3: 5774,70, 4: 109,10, 5: 8,80. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 467,20, 2: 32,90, 3: 4,30. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 317 066,15, 2: 26 422,10, 3: 10 564,10, 4: 138,90, 5: 11,10. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 37,20, 2: 6,80. – Rennen B: Klasse 1: 939,10, 2: 277,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 12 208,80. (Ohne Gewähr).

RUDERN / Dürsch und Hedderich hören auf

Olympiasieger ohne Antrieb

dpa, **Ingelheim**

Nun ist es unwiderruflich: Michael Dürsch und Albert Hedderich (Ingelheim), mit den Ulmern Raimund Hörmann und Dieter Wiedenmann 1983 in Duisburg Ruder-Weltmeister im Doppelvierer und 1984 auf dem Lake Casitas Olympiasieger, beenden ihre Laufbahn. Ein enttäuschender fünfter Platz bei den nationalen Titelkämpfen letzten Sonntag in Duisburg gab den Ausschlag zu einer Entscheidung, die bereits in den vergangenen Wochen in dem 29jährigen Dürsch und dem 28jährigen Hedderich herangereift war.

„Uns fehlt es einfach an der für ein erfolgreiches Abschneiden nötigen Motivation", erklärte Michael Dürsch. „Bis zur halben Distanz rudern wir locker mit, doch wenn es dann hart wird, können wir einfach nicht mehr genug quälen. Dazu wird die Koordinierung von Sport und Beruf immer schwieriger und nach mehr als zwölf Jahren Leistungssport haben sich auch gesundheitliche Probleme eingestellt." So quälte sich Hedderich in Duisburg mit einer schweren Bronchitis herum, während Dürsch von einem Magengeschwür geplagt wurde.

Nach dem letztjährigen Rücktritt der beiden Ulmer Hörmann und Wiedenmann verliert der Deutsche Ruder-Verband (DRV) mit Dürsch und Hedderich zwei seiner erfolgreichsten Aktiven aller Zeiten. Michael Dürsch gewann seit 1977 fünfzehn, Albert Hedderich seit 1978 vierzehn nationale Titel im Doppelzweier und Doppelvierer. Dazu kommen Vize-Weltmeisterschaften 1979 und 1982 sowie eine WM-Bronzemedaille 1978. 1985 verbaute ihnen der Verband durch die Nichtnominierung trotz der vorherigen deutschen Meisterschaft im Doppelzweier die Teilnahme an der Weltmeisterschaft im belgischen Hazewinkel.

Hollywood-Produzenten verfilmen in Israel unter anderem „Dornröschen"

Wo Märchen wahr werden können

Hei ho, Hei ho", tönt es von der Leinwand herab. Mit Schaufel und Hacke ziehen die sieben Zwerge zur Arbeit, während Schneewittchen das Essen bereitet. So geht es in Disneys ersten abendfüllenden Zeichentrickfilm aus dem Jahre 1937 nach dem Märchen der Brüder Grimm zu. Disney, dieser Meister der Animation, hatte ein Faible für Märchen.

Von den Grimms nahm er „Dornröschen" und Aschenbrödel („Cinderella"), von den Italienern „Pinocchio", von den Engländern „Peter Pan". Unter dem Begriff „Fantasy" liefen sein märchenhaftes Musical „Mary Poppins", seine Verfilmung des Klassikers „Alice im Wunderland" und Kiplings „Dschungelbuch", das Disney als eines der schönsten Kunstmärchen der Weltliteratur bezeichnete.

Das Märchen hat im Film seit Jahren eine Heimstatt; gleichgültig ob Volksmärchen – wie sie in Deutschland in den dreißiger und vierziger Jahren immer wieder für die Leinwand adaptiert wurden – oder als modernes Märchen, wie die zahllosen Romanzen aus Hollywood mit märchenhaftem Ende oder die vielen phantastischen Geschichten. Denn was sind Filme wie „Krieg der Sterne" oder „Die unendliche Geschichte" anderes als Märchen?

Dem Kino als Ort, an dem Märchen noch wahr werden können, widmete Woody Allen seine Komödie „The purple rose of Cairo", in der eine junge Frau in die Traum-Realität eines Films einsteigt. Künstler wie Chaplin sahen im Märchen die Wurzel, aus der der Film seine Ideen bezieht. „Jeder Film sollte einen Hauch von Märchen

Apropos Film – ZDF, 22.05 Uhr

haben", meint auch Steven Spielberg, Hollywoods neuer Märchenerzähler. Denn das Märchen besitze in der Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse alle Elemente.

Schwierig wird es oft nur, wenn Regisseure sich an klassische Märchen heranwagen, um daraus einen programmfüllenden Film zu machen. Meister darin sind die Russen und Polen, die ihre Volkserzählungen mit Liebe zum Detail in Szene setzen. Aber ihre Filme kommen selten in unsere Kinos – sie sind hier allenfalls im Fernsehen zu sehen.

Nun plant eine große Produktionsfirma eine Reihe berühmter Märchen zu verfilmen. In „Apropos Film" werden Eindrücke von den Dreharbeiten zu „Dornröschen" vermittelt. Je knapp eine Million Dollar sollen diese zwölf Filme kosten, die vor allem für Nachmittagsvorstellungen gedacht sind. Gedreht werden diese Filme in Israel, der Heimat der beiden Firmenbesitzer Menahem Golan und Yoram Globus. Weil alles mögichst preiswert sein soll – aber nicht billig, wie die Produzenten betonen – benutzen die Filmleute für alle Filme, davon soll einer auch der „Rattenfänger von Hameln" sein, dieselben Kulissen. Ein Schloß sei eben ein Schloß.

Da aber der Stoff eines Märchens kaum für einen programmfüllenden Film reicht, wird er ein wenig aufgeblasen. Bei „Rumpelstilzchen" etwa kommen noch ein paar neue Figuren hinzu. Doch trotz dieser Verzierungen seien ihre Filme werkgetreu den Märchen nachempfunden, beteuern Golan und Globus.

MARGARETHE v. SCHWARZKOPF



Am Schicksal der jungen Sri (Christine Hakim, Foto), mittellos und allein in Djakarta, versucht der indonesische Regisseur Wim Umboh in **Die Bettlerin und der Rikschafahrer** (ZDF, 22.50 Uhr) die sozialen Schwierigkeiten seines Landes zu verdeutlichen. FOTO: TELEBUNK

Eine Absage nach der anderen an den SFB

Die Intendanten-Posse

Nach der Absage des letzten, formell noch übriggebliebenen Kandidaten für die Nachfolge von Lothar Loewe an der SFB-Spitze steht der Rundfunkrat mit leeren Händen da: Auf allen Seiten macht sich Frustration und Verärgerung breit. Gestern spielte auch der Chef der ZDF-Programmplanung, Walter Konrad (CDU), die Posse aus Naivität und Indiskretionen nicht mehr mit: Er hielt eine weitere Bewerbung für „unzumutbar". Am Montag nachmittag sagte bereits SWF-Justitiar Jörg Rüggeberg ab. Am Dienstag nachmittag nun warf auch Konrad – Favorit der CDU-Bank im Rundfunkrat – das Handtuch: Auch die Union hatte bemerkt, daß Konrad nicht die breite Rats-Mehrheit hinter sich geschart hätte.

Inzwischen lockert sich das Band der Verabredung, sich Zeit zu lassen, einen qualifizierten Bewerber aus dem „liberal-konservativen Spektrum" aufzuspüren und auf allseitige Zustimmung im Rat zu achten: CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky sprang jedenfalls am Montag abend in einer internen Beratungsrunde auf und forderte, endlich zu einer Entscheidung zu gelangen und nicht weiterhin nach „Kompromiß-Kandidaten" Ausschau zu halten. Notfalls, so ließ er wissen, müsse man eben mit einer, wenn auch knappen, Mehrheit leben. Landowskys Vorstoß rief jedoch die geschlossene Gegenwehr seiner Kollegen hervor. So forderte FDP-Chef Walter Rasch zwar eine „schnellstmögliche" Wahl, warnte aber: „Wir sollten weder übereilt noch um jeden Preis handeln."

Indessen schmilzt die Zuversicht wie Butter in der Juni-Sonne, man werde nach der bisherigen „Möchten-Sie-nicht-Intendant-werden?"-Methode, einen konsensfähigen Bewerber finden. Obwohl es an Namen nicht mangelt: Helmut Schmidts Regierungssprecher Klaus Bölling wurde ebenso wie Rias-Programmdirektor Herbert Kundler genannt. In der FDP flirtet mancher mit der Idee, Rasch selbst ins Gespräch zu bringen. Auch nach prominenten Nothelfern schaut man aus: Von „Schorsch" Leber und Hans-Jürgen Wischnewski ist dabei die Rede.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

STUDIO

Mit einem eigenen Organisationsmodell zur Sicherung redaktioneller Unabhängigkeit bewirbt sich in Berlin der Filmemacher **Ulrich Schamoni** um eine Sendelizenz für die im nächsten Jahr bereitstehenden zwei drahtlosen UKW-Frequenzen. Mit seinem Konzept für den 24-Stunden-Sender mit dem Arbeitstitel **Radio A 1** ist Schamoni einer der inzwischen auf 19 angewachsenen Anwärter für die Lizenzerteilung. Er verwies auf insgesamt 38 Geldgeber des Berliner Mittelstands, zu denen Bauträger, Gastwirte, Bankdirektoren, Aufsichtsratsmitglieder und Möbelhändler gehören. Mit Anteilen von höchstens zehn Prozent sollen sie Gesellschafter einer „Schamoni Medien GmbH" mit einem Stammkapital von fünf Millionen Mark werden. (dpa)

*

In Nordrhein-Westfalen gibt es 63 **Ortschaften**, die keines der drei Fernsehprogramme klar empfangen können. Weitere 81 Ortschaften erhalten nur ein einziges Fernsehprogramm. Wie die Hauszeitschrift des WDR berichtete, sind insgesamt 180 000 Einwohner betroffen. Ihre Dörfer liegen in **Tälern der Eifel, des Sauer- und Siegerlandes**. Im Bereich des WDR soll die Restversorgung innerhalb der nächsten zehn Jahre geschehen. (dpa)

*

Unter den elf talentiertesten Fernsehserien-Stars Amerikas sind nur drei, die man in letzter Zeit auf deutschen Bildschirmen sehen konnte: **Richard Chamberlain** (51), der die Hauptrollen in „Shogun" und „Die Dornenvögel" spielte, Shelley Long (36) aus „Prosit, Helmut!" und Michael J. Fox (24) aus „Hilfe, wir werden erwachsen". Die Jury wählte auch die Akteure, die am krassesten überbewertet werden. An ihrer Spitze stehen die Denver-Damen **Joan Collins** und **Linda Evans**. SAD

*

Zum Beginn der 9. **christlichen Fernsehwoche** hat ZDF-Intendant Dieter Stolte die besondere Verpflichtung von Programmveranstaltern hervorgehoben. Nur ein Programm, das sich seiner Verantwortung gegenüber den Menschen bewußt bleibe, sei den Herausforderungen gewachsen, die der rasante Veränderungsprozeß in der Medienlandschaft mit sich bringe. (dpa)

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
Japanische Küche
10.00 Tagesschau
10.23 Literarische Filmerzählung
Fridolin
11.45 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.20 Kinderfernsehen aus aller Welt
Vom Prix Jeunesse aus München
15.50 Tagesschau
16.00 Frankfurt–Paris via Monteverdi
Stationen eines Konzerts
J. Martini und seine Kantorei
16.45 Wildwege
Aufgespürt von Erik Zimen
Letzter Teil: Der Säbelschnäbler
In keinem anderen Lebensraum Mitteleuropas fliegen so riesige Vogelschwärme wie im Wattenmeer der Nordseeküste.
17.30 Unterm Dach
Songs und Lieder zum Hinhören
17.45 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
19.50 Belgien – Paraguay
Live aus Toluca, Gruppe B
In der Halbzeit: Tagesschau
anschließend, ca. 21.50:
Mexiko – Irak
Aufzeichnung aus Mexiko Stadt, Gruppe B
22.30 Tagesthemen
23.00 Brennpunkt
Hundert Tage Corazon Aquino
23.45 Polen – England
Live aus Monterrey, Gruppe F
anschließend, ca. 1.50:
Marokko – Portugal
Aufzeichnung aus Guadalajara, Gruppe F
2.30 Tagesschau
2.35 Nachtgedanken

ZDF

6.00 Guten Morgen Mexiko
13.15 Mexiko extra
16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Anschließend heute-Schlagzeilen
16.35 Grisu, der kleine Drache
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Robby Lutter und Secret Star
17.45 Ein Heim für Tiere
Anschließend heute-Schlagzeilen und Lotto am Mittwoch (A)
18.55 Lotto am Mittwoch (B)
19.00 heute
19.30 Manfred Krug:
Geschichten von Michael Baier
20.15 ZDF-Magazin
Themen: Gewalt bei Demonstrationen. Programm der Grünen. Neue Heimat und öffentliche Mittel. Europäer und Afghanistan
21.00 Der Denver-Clan
Späte Versöhnung
21.45 heute-journal
22.05 Apropos Film
Von H. Dimko und Peter Hajek
Themen: Nachlese zu den Filmfestspielen in Cannes. Bericht über die Verfilmungen von zwölf der bekanntesten Märchen. Der französische Komiker Pierre Etaix.
22.50 Die Bettlerin und der Rikschafahrer
Indonesischer Spielfilm (1978)
0.40 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Stolberg
21.45 Hobbythek
22.30 Freiheit, die Nacht
Französischer Spielfilm (1983)
23.50 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Das erste Lebensjahr (5)
19.15 Wovon wir leben (1)
Frisches und gesundes Gemüse
19.40 Japanische Gärten
19.45 Das Solarkraftwerk Pellworm
20.00 Tagesschau
20.15 nur SFB: Stadtgespräch
20.15 NDR, RB: Das Duell
Spitzenkandidaten im Wahlkampf
21.15 Offerte
21.30 Laufsteg Paris (4)
22.20 Film-Club: Die Hose
23.50 Die Schule der Briefträger
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 News of the Week
18.50 Dingsda
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Stadtgespräch
Aus Zwingenburg (Bergstraße)
21.30 Drei aktuell und Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 The Dinner Party

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Pan Tau
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Mehr Rente für Trümmerfrauen
20.10 Agatha Christie
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Forum Südwest
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 Neues um neun
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Fragezeichen
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 Die Mündung vor Augen
Amerikanischer Spielfilm (1950)
23.35 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Mit Vergnügen!
19.30 Sag die Wahrheit
20.00 Der Sonne entgegen
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Hallo Beatrice
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Z. E. N.
23.15 Rita und Trip
Amerikaner in Deutschland
0.00 Rundschau
0.05 News of the Week

SAT 1

15.00 APF blick
15.05 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 APF blick-telegramm
17.02 Der Magier
Anschließend Jazz d'Antibes
18.00 Es darf gelacht werden
Anschließend Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Fußball-WM
19.05 Das Dunkel am Ende der Treppe
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Robert Preston, Shirley Knight
21.15 APF blick
22.00 FBI
22.50 APF blick
23.00 Der Verrückte von Labor IV
Französische Filmkomödie (1967)
Mit Jean Lefebvre
Dem Erfinder Eugene Ballanchon fällt Zigarettenasche ins Reagenzglas – mit erstaunlichen Erfolgen.
0.25 APF blick

1 PLUS

19.00 Reisewege zur Kunst: Spanien
Valencia und die Levante
19.45 Follow me (10)
20.00 Tagesschau
20.15 Bretter, die die Welt bedeuten
Das Gerücht
21.05 MS Franziska (1)
Familientag
22.05 Der Schwan
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Grace Kelly und Alec Guinness
0.05 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Idylle mit Schrammen. Über das Hannoversche Wendland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Land der Berge
20.30 Volksmusik aus Österreich
21.15 Bocuse à la carte
21.40 Spötterdämmerung
21.50 Zeit im Bild 2
22.10 Kulturjournal
22.20 Leben in der Betonstadt
Reportage aus der Kölner Trabantenstadt Chorweiler
23.05 Begegnungen
Regina L. oder Das Ja zum Leben
23.50 Nachrichten



RTL

18.15 Da-Da-Damals
18.35 Spritze gegen Falten
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.05 Knight Rider
20.50 RTL-Spiel
21.05 Die Mitternachtsvenus
Deutscher Spielfilm (1951)
Mit Theo Lingen
22.40 Wer bin ich?
23.00 Popeye
23.05 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Die Bundeswehr tritt in Wettstreit zur Wirtschaft

Generalinspekteur erläutert neue Bedrohungssituation

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit der Personallage der Bundeswehr in den kommenden Jahren und den zunehmenden Offensivkräften des Warschauer Pakts befaßt sich heute das Bundeskabinett. Nach den neuesten Erkenntnissen der Personalplaner auf der Bonner Hardthöhe sind die Aussichten gut, die durch den „Pillenknick" zu erwartende Lücke zu schließen. Einiges deutet darauf hin, daß es der Bundeswehr gelingen kann, den Bestand an längerdienenden Soldaten wie geplant aufzufüllen. Bis zum Ende des Jahrzehnts möchte die Bundeswehr ihren „Kernbestand" an Berufssoldaten und längerdienenden Soldaten auf 266 000 Mann vergrößern. Diese Entwicklung ist dank der Bereitschaft der Bundesregierung, dafür die erforderliche Zahl an Haushaltsstellen verfügbar zu machen, im vollen Gange. Seit 1982 hat die Truppe bereits zusätzliche 29 000 Unteroffiziere aufnehmen können. Diese Entwicklung veranlaßte Verteidigungsminister Wörner kürzlich zu der Feststellung, die Bundeswehr habe noch nie in ihrer Geschichte über eine derartig „gute Unteroffizierlage" wie gegenwärtig verfügt.

Verstärkte Werbung

Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer Werbekampagne unter den Wehrpflichtigen, die die Truppe initiierte. Der Anteil der sogenannten Längerdienenden konnte somit weiter angehoben werden. Fachleute wiesen aber auch darauf hin, daß die gegenwärtige Arbeitsmarktlage, die Nachwuchswerbung jetzt relativ leicht mache. Aufgrund schlechter Berufsaussichten könne die Bundeswehr qualifiziertes technisches Personal, das bereit sei sich für vier und mehr Jahre zu verpflichten, einstellen. Die Frage aber sei, ob das in den nächsten Jahren so bleibe, wenn als Folge der geburtenschwachen Jahrgänge sich die Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden ohnehin vermindere und die Bundeswehr in Konkurrenz zur Wirtschaft treten müsse. Dabei werde die Wirtschaft vermutlich den Nachwuchs mit finanziell reizvollen Angeboten locken. Dieser Aspekt dürfte in der Diskussion des Kabinetts mit Finanzminister Gerhard Stoltenberg vorrangig sein. Stoltenberg werde dann wahrscheinlich vor der Notwendigkeit stehen, die Finanzmittel erhöhen zu müssen, damit die Längerdiener durch noch attraktivere Prämien und berufsfördernde Maßnahmen beim Übergang in einen Zivilberuf für den Dienst bei den Streitkräften interessiert werden könnten.

Zusätzlich zur Erörterung der Personalprobleme der Bundeswehr erwartet das Kabinett einen Vortrag von Generalinspekteur Altenburg über die weiter gewachsene Bedrohung durch die Streitkräfte des Warschauer Pakts. Altenburg wird dabei auch auf die sowjetischen Ankündigungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und die Realität eingehen.

Östliche Anstrengungen

Altenburg wird insbesondere den Mangel an entsprechenden Abrüstungsangeboten Moskaus in den verschiedenen Verhandlungsrunden in Wien, Genf und Stockholm erläutern (siehe WELT vom 9. 6.). Eine völlig neue Entwicklung der Bedrohung beobachtet die NATO seit einiger Zeit im Warschauer Pakt. Altenburg will darauf verweisen, daß der Warschauer Pakt alle erdenklichen Anstrengungen unternimmt, um mit Hilfe der Vermehrung und Verbesserung seiner konventionellen Angriffskräfte einem möglichen Krieg in Europa den „nichtnuklearen Stempel" aufzudrücken. Dazu dienen nach westlichen Erkenntnissen die eklatante Vermehrung der Zahl der Geschütze auf Panzern und bei der Artillerie sowie eine „Konventionalisierung" der Gefechtsköpfe auf sowjetischen Kurz- und Mittelstreckenraketen. Mit solchen in kurzer Zeit zur Wirkung fähigen ballistischen Raketen könnte, so das Urteil der Fachleute, der Warschauer Pakt überraschend wichtige politische und militärische Führungszentren sowie die entscheidenden Nuklearwaffen der NATO ausschalten und ihre Reaktions- sowie Eskalationsfähigkeit reduzieren, wenn nicht lähmen. Die Dimension dieser „neuen" Bedrohung ist im Bündnis erkannt worden, eine Studiengruppe wurde mit Untersuchungen beauftragt.

Reagan: Wir haben die Stärke, unsere Fehler in der Raumfahrt zu korrigieren

Bericht der Untersuchungskommission / Nächste Raumfähre soll im Sommer 1987 starten

FRITZ WIRTH, Washington

Die ersten Signale, daß die amerikanische Raumfähre „Challenger" mit sieben Astronauten an Bord defekt war, wurden am 28. Januar dieses Jahres 0,6 Sekunden nach dem Start sichtbar. Die Gründe und die Art dieses Defektes waren einigen Technikern und Managern der amerikanischen Weltraumbehörde jedoch bereits seit sieben Jahren bekannt. Dennoch starben die sieben Astronauten an Bord der Raumfähre „Challenger" 73 Sekunden später, ohne eine Warnung und Ahnung über die Fehlfunktionen zu haben, die zu ihrem Absturz führten.

Das enthüllte die offizielle Untersuchungskommission unter Leitung des ehemaligen Außenministers William Rogers in ihrem 256-Seiten Report, der gestern offiziell Präsident Reagan vorgelegt wurde.

2,5 Milliarden Dollar

„Wir haben in diesen letzten Monaten gelernt, daß wir schwach und fehlbar sind", sagte Reagan, „doch wir haben ebenfalls gelernt, daß wir die Stärke haben, unsere Irrtümer zu korrigieren."

Es wird erwartet, daß Reagan in naher Zukunft die Entscheidung fällen wird, die verunglückte Fähre durch einen Neubau im Wert von 2,5 Milliarden Dollar zu ersetzen, obwohl es innerhalb der Administration starke Kräfte gibt, die davon abraten und empfehlen, das Geld für mehr zukunftsorientierte Projekte der Weltraumforschung auszugeben.

Als direkte Unfallursache nannte die Rogers-Kommission, wie erwartet, Defekte an den Dichtungsringen der Festtreibstoffrakete der Fähre, die besonders bei niedrigen Temperaturen nicht voll ihre Funktion erfüllten. Kontrollen haben ergeben, daß diese Fehlfunktionen bei allen Starts unter 61 Grad Fahrenheit festgestellt worden waren, ohne jedoch bis zum 28. Januar 1986 fatale Wirkung zu haben. Obwohl diese Fehlfunktionen bekannt waren, gab die für Festtreibstoffraketen zuständige Nasa-Behörde im Marshall-Zentrum Huntsville diese Rakete oft gegen den Widerstand der zuständigen Ingenieure zum Start frei. Außerdem leitete das Marshall-Zentrum diese Bedenken nicht an die oberste Nasa-Führung und die Startdirektoren in Cape Carnaveral weiter.

Die Rogers-Kommission kommt deshalb zum Schluß, daß diese Katastrophe vermeidbar war. Sie nennt dennoch direkt keine Schuldigen und Verantwortlichen, weil dies „nicht unsere Aufgabe war". Doch sie legt unter ihren zahlreichen Empfehlungen die Neukonstruktion der defektanfälligen Festtreibstoffrakete und die Neustruktur der Kommunikationswege bei der Nasa nahe. Die Mehrzahl der betroffenen Nasa-Manager hat inzwischen freiwillig ihre Posten verlassen.

Nasa überfordert

Der neue Nasa-Chef Fletcher glaubt, daß die notwendigen Korrekturen innerhalb der nächsten zwölf Monate ausgeführt sind und daß die nächste Raumfähre im Sommer 1987 wieder ins All geschicht werden kann. Einige Mitglieder der Rogers-Kommission bezweifeln das und warnen die Nasa davor, sich unter Zeit- und Erfolgsdruck zu setzen.

Übereinstimmung herrscht darüber, daß die Nasa mit ihrem Weltraumprogramm überfordert war und daß es ein Fehler war, in den siebziger Jahren die Weltraumfähren praktisch zum alleinigen Weltraumvehikel der Nasa zu machen. Robert Holz, ein Mitglied der Rogers-Kommission, wies darauf hin, daß das Shuttle-Programm auch ohne die Challenger-Katastrophe zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig zum Stillstand gekommen wäre, weil Ersatzteile fehlen.

Rechnungshof dringt auf Steuer für Jahreswagen

Bisheriger Ausfall wird auf jährlich 175 Millionen geschätzt

HEINZ HECK/AP, Bonn

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat vor einiger Zeit Bundesfinanzminister Stoltenberg aufgefordert, sogenannte Jahreswagen für Belegschaftsmitglieder von Automobilfabriken und andere „geldwerte Vorteile" einzelner Gruppen von Arbeitnehmern der Lohnsteuer zu unterwerfen.

In einer Prüfungsmitteilung, zu deren Inhalt der Bundesrechnungshof selbst jede Stellungnahme ablehnt, wird auf den Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes hingewiesen. Die Steuerausfälle werden auf etwa 200 Millionen Mark jährlich geschätzt, davon etwa 175 Millionen Mark für Jahreswagen. Außerdem werden preisgünstige Tabakwaren, billiges Bier („Haustrunk") und zinslose Arbeitgeberdarlehen für Haus- und Wohnungskauf genannt.

Das Bonner Finanzministerium hatte seine Skepsis gegen die derzeitige Praxis bereits im Oktober 1985 in einem Schreiben von Staatssekretär Obert an den Vorstand einer süddeutschen Automobilfabrik zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es unter anderem: „Die von den Finanzbehörden der Länder praktizierte Steuerfreiheit des sogenannten Jahreswagenrabatts ist rechtlich zweifelhaft. Sie werden auch wissen, daß gegen den Besteuerungsverzicht aus Kreisen außerhalb der Automobilindustrie gewichtige Bedenken erhoben werden. Bei dieser Sachlage muß alles vermieden werden, was zu einer Neubelebung und damit unvermeidbar zu einer Verschärfung des Problems Anlaß geben könnte. Deshalb muß nach meiner Auffassung jegliche Ausweitung des Besteuerungsverzichts, auch wenn sie nur geringfügig ist, unterbleiben." Das Finanzministerium hat im April zu der Prüfungsmitteilung des BRH Stellung genommen, ohne sich aber gestern öffentlich zum Inhalt zu äußern.

Jahreswagen dürfen erst ein Jahr nach dem Kauf von den Belegschaftsmitgliedern weiterveräußert werden. Da sich in einigen Bundesländern in letzter Zeit die Praxis eingebürgert hatte, den Kfz-Brief bereits vor Ablauf der Jahresfrist an die Belegschaftsmitglieder auszuhändigen und damit einen Weiterverkauf zu ermöglichen, haben die Länderfinanzminister erst im Mai beschlossen, auf der Jahresfrist zu bestehen. Eine Abkürzung der Zwölf-Monats-Frist könne nicht zugelassen werden. Würde das Fahrzeug vorher verkauft, rücke die Weiterveräußerung in einem Maße in den Vordergrund, das eine Überprüfung der Zulässigkeit der Steuerfreiheit für den Preisnachlaß erforderlich mache.

Späth-Vorschlag für Wallmann

gü, Stuttgart

Den Aufbau eines bundesweiten Umweltinformationssystems hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth angeregt. Als Pilotprojekt hierfür bot er dem neuen Bundesumweltminister Wallmann das geplante Meß- und Meldenetz des Landes an. Am Montag hatte das Kabinett für 1986 und 1987 zusammen 30 Millionen Mark für das landesweite Umweltinformationssystem bewilligt. Mit ihm soll ein flächendeckendes Netz von meteorologischen und radiologischen Meßstationen geknüpft werden, deren Daten über ein modernes Kommunikationsnetz gesammelt, zentral ausgewertet und verteilt werden. Den Bund forderte Späth zur finanziellen Beteiligung an diesem Pilotprojekt auf.

Lang darf als Anwalt arbeiten

rtr, Karlsruhe

Jörg Lang, der frühere Sozius des Stuttgarter Anwalts Klaus Croissant, kann nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) in Karlsruhe wieder als Rechtsanwalt arbeiten. Lang ging 1974 nach Libanon, nachdem er wegen Unterstützung der Rote Armee Fraktion (RAF) angeklagt worden war. Das Stuttgarter Justizministerium entzog Lang daraufhin die Zulassung. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik verweigerte die Rechtsanwaltskammer Lang die neuerliche Zulassung. Doch die Bundesrichter entschieden jetzt, die „strafrechtlich relevanten Vorwürfe" seien verjährt. Außerdem müsse man berücksichtigen, daß Lang für das Diakonische Werk arbeite.

Tschernobyl: Muß der Kreml zahlen?

dpa, Budapest

Kein von der Tschernobyl-Katastrophe betroffenes Ostblockland hat bisher Schadensersatzforderungen an die Sowjetunion gestellt. Das erklärten Moskauer Experten gestern in Budapest. Haftungs- und Entschädigungsfragen müßten erst international geregelt werden, sagten sie auf Fragen westlicher Korrespondenten, ob Moskau daran denke, auf Schadensersatzforderung des Westens und Ostens einzugehen. Mit den Verbündeten sei man in entsprechende Beratungen eingetreten, hieß es am Rande des Gipfeltreffen des Warschauer Paktes. Die Experten verwiesen darauf, daß es an internationalen Haftungsvorschriften fehle und darüber hinaus noch der Schadensumfang ermittelt werden müsse.

„Blockfreiheit sichern"

Warnke formuliert Aufgaben der deutschen Entwicklungshilfe

gü. Stuttgart

Deutsche Entwicklungshilfe muß nach Überzeugung der Bundesregierung den Ländern der Dritten Welt politisch die Blockfreiheit sichern. Wie Jürgen Warnke, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gestern in Stuttgart betonte, schließt deshalb die Einbindung eines Landes der Dritten Welt in die Globalstrategien des Ostblocks staatliche Entwicklungshilfe von Seiten der Bundesrepublik Deutschland aus. Es gehe nicht an, sagte der CSU-Politiker, daß sich ein solches Land „auf unsere Kosten gemütlich im Lager des politischen Gegners tummelt".

Warnke stimmte in diesem Zusammenhang einem der WELT vorliegenden Aufsatz seines Partei- und Fraktionskollegen Hans Klein zu. Dieser hatte, eingebettet in ein umfangreiches Positionspapier für die Fortschreibung des Grundsatzprogramms der CSU, eine Unterstützung solcher Staaten abgelehnt, „die keine Gelegenheit auslassen, den Westen und die Bundesrepublik Deutschland zu beschimpfen oder die Menschenrechte zynisch zu mißachten".

Klein schrieb weiter, es sei auch nicht zu verantworten, wenn deutsche Entwicklungshilfe ein Land „motiviert", mit dem so gesparten Geld „sowjetische Waffen zu kaufen". Warnke, der in diesem Zusammenhang von einer „etwas blutvolleren" Wiedergabe der vorherrschenden Unionsmeinung sprach, räumte allen Ländern ein „legitimes Recht auf Selbstverteidigung" ein.

Trübsal über alles

gil. – Stolz, glücklich und mit erstaunlich wachsender Zufriedenheit leben Italiener in ihrem Land. Mafia und Bürokratie, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Terrorismus, Strukturschwächen und ähnliche Unbilden fechten die Italiener nicht an, sich im Glück zu fühlen. Demoskopisch stabil (siehe Seite 22) leben sie mit steigender Lust im eigenen Land.

Unsere südlichen Nachbarn sind zu bewundern. Mit der Deutschen Befindlichkeit scheint es genau umgekehrt: Sie könnten so stolz wie zufrieden sein, wälzen sich jedoch in beständiger Trübsal. Weltrekorde in Preisstabilität, Export, Wohlstand und sozialer Sicherheit hindern sie nicht, sich gemeinsamer Düsternis hinzugeben. Fast die ganze Welt beneidet die Deutschen und ihre Erfolge, sie selbst jedoch haben wollüstig die „neue Armut" und andere Widrigkeiten erfunden, damit ein Gefühl keineswegs aufkomme: Zufriedenheit.

Glück, oder besser: das Gefühl innerer Identität, gilt als mindestens so wichtiger „Produktionsfaktor" wie der soziale Frieden. Da die Wirtschaftsergebnisse der Deutschen von ausgezeichneter Güte sind, läßt dies den Rückschluß zu, daß auch sie mit sich nicht unzufrieden sind, vielleicht sogar – Pardon – glücklich. Bei ihnen scheint es jedoch als schick zu gelten, allgemeines Unwohlsein zu verbreiten. Dies scheint den Genuß des Wohlstandes zu würzen.

Aber hierorts wie in Italien dürfte öffentliche Verdrossenheit ein medialer Vorgang sein. Man gibt sich ihr hin, bleibt jedoch in Wahrheit unberührt zufrieden. Offenbar ein Reisemitbringsel seit Goethes Zeiten.

Ungereimtheiten am Bau

Von ARNULF GOSCH

Die Bauwirtschaft bleibt trotz nicht zu übersehender Auftriebstendenzen das Sorgenkind dieser Republik. Sie hat den Anschluß an den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung noch lange nicht gefunden. Sicher wäre es verfehlt, die großen und die kleinen Unternehmen, die Industrie und das Bauhandwerk in einen Topf zu werfen. Aber auch bei differenzierter Betrachtung führt keine Analyse an der Feststellung vorbei: Die Baubranche bleibt insgesamt das Schlußlicht der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Ursachen hierfür sind vielschichtig. Aber fest steht, daß am Entstehen dieser Misere der Staat ein gerüttelt Maß Anteil hatte. Und am Fortbestand der Krise bis zu einem gewissen Grade leider auch. So hat der Staat Milliardenprogramme aufgelegt, Strohfeuer entfacht und gewaltige Überkapazitäten aufbauen helfen. Bei nachlassender Nachfrage nach Bauleistungen begann dann das große Firmensterben. Und es setzt sich fort, auch wenn der Höhepunkt bzw. Tiefpunkt überschritten scheint. Es gab einmal ein Jahr, in dem 714 000 Wohnungen fertiggestellt wurden. Heute sind es nur noch 200 000 bis 300 000 Einheiten. Auch im Auslandsbau ging es in den letzten Jahren rapide abwärts.

Bedrückend, daß der Staat, von dessen Entscheidungen mindestens die Hälfte des Bauvolumens abhängt, mit falschen Weichenstellungen weiter zu einer Verunstetigung des Baugeschehens beiträgt. Die Bauwirtschaft verzichtet bereits seit geraumer Zeit auf Forderungen nach klassischen Konjunkturprogrammen, erwartet aber zu Recht eine gewisse Kontinuität bei der öffentlichen Auftragsvergabe. In der Tat ist nicht einzusehen, warum bei den Investitionsetats der Gebietskörperschaften oft Soll/Ist-Differenzen von jährlich mehr als fünf bis sechs Milliarden Mark auftreten. Ein Mittelvolumen dieser Größenordnung umfaßt bekanntlich mehr als so manchens Konjunkturprogramm. Wie Krupp ganz richtig bemerkt, dürfte der sich mittelfristig abzeichnende Bedarf nur marktwirksam werden, wenn sich die Wirtschaftspolitik grundlegend ändert. Man wird an einer Globalsteuerung nicht vorbei kommen, die eine stetige Ausgabengestaltung des Staates auch bei den bauwirksamen Ausgabeströmen sicherstellt. Die Rahmenbedingungen müssen berechenbar werden.

Ob die Bauindustrie gut beraten ist, naturschutzparkartige Sonderregelungen zu fordern, muß bezweifelt werden. Eine Regierung, die Investitionslenkung ablehnt, kann und wird nicht der Forderung nachgeben, daß die Bauwirtschaft beispielsweise von den Existenzgründungsförderungsprogrammen ausgenommen bleibt. So ärgerlich und mißverständlich es sein mag, wenn die öffentliche Hand die Gründung neuer Unternehmen in einer Branche unterstützt, die gerade dabei ist, ihre Kapazitäten zu verringern und zigtausende von Bauarbeitern durch Konkurse und Vergleiche verliert, so liefe der Ausschluß einzelner Branchen von solchen Förderungsmaßnahmen letztlich auf staatliche Lenkung von Branchenstrukturen hinaus. Abgesehen davon würde die Bauwirtschaft auf diesem Wege amtlich zu einer Schrumpfungsbranche erklärt, was den Bemühungen um Facharbeiternachwuchs zuwiderliefe. Schließlich würden die Bauarbeiter, die in neuen Unternehmen untergebracht werden, ohne diese Neugründungen das Heer der mehr als 300 000 arbeitslosen Bauarbeiter nur vergrößern.

Mit der schmerzhaften, aber unvermeidlichen Anpassung an den Strukturwandel wird die Bauwirtschaft letztlich allein fertig werden müssen. Sie verlangt nach freier Marktwirtschaft und muß sich daher auch in Schlechtwetterzeiten ihren Regeln unterwerfen. Aber der Staat wird diesen Prozeß noch einige Jahre abfedern müssen, denn auch er braucht die Bauwirtschaft, allerdings mit gesunder Struktur und ausreichenden Kapazitäten.

BRUTTOSOZIALPRODUKT / Leichter Rückgang in Zahlen des Bundesamtes

Die Statistik gibt ein verzerrtes Bild der Wachstums-Wirklichkeit wider

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit der deutschen Konjunktur geht es weiter aufwärts. Die gestern vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten vorläufigen Zahlen über die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal erwecken zwar den Eindruck einer Wachstumsabschwächung; doch ist die Statistik durch die lange Winterkälte und die geringere Zahl von Arbeitstagen im Ostermonat März verzerrt. Vor allem aber: Im April haben sich die Wachstumskräfte deutlich verstärkt.

Nach Angaben der Statistiker war das reale Bruttosozialprodukt im ersten Quartal nur um 1,6 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit, nachdem es im dritten und vierten Quartal 1985 noch um 3,3 Prozent und 2,4 Prozent zugenommen hatte. Gegenüber dem vierten Quartal letzten Jahres ergab sich sogar ein Rückgang um ein Prozent.

Das Bundeswirtschaftsministerium, das die Abschwächung als vorübergehend bezeichnet, erwartet für das zweite Quartal aufgrund der verfügbaren Indikatoren wieder einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Der Rückgang im ersten Quartal sei vor allem auf den witterungsbedingten Einbruch der Bauinvestitionen zurückzuführen, die nach Angaben des Ministeriums saisonbereinigt um real 9,5 Prozent sanken. Bedenkt man, daß die Bauinvestitionen mit etwa einem Zehntel in das Bruttosozialprodukt eingehen, erklärt sich allein daraus schon eine einprozentige Abschwächung.

Der private Verbrauch, der gegenüber dem Vorquartal um ein Prozent und gegenüber dem ersten Quartal 1985 um 3,5 Prozent wuchs, war die stärkste Konjunkturtriebkraft. Die Ausrüstungsinvestitionen waren um 2,5 Prozent niedriger als im vierten Quartal, aber noch um 4,9 Prozent höher als im ersten Vierteljahr 1985.

Die Entwicklung ist statistisch durch den osterbedingten Ausfall von Arbeitstagen verzerrt, der sich 1985 erst in den Zahlen vom zweiten Quartal niederschlug. Eine deutliche Korrektur zeichnet sich bereits im April ab: Produktion und Auftragseingang sind nach dem Rückgang im März wieder gestiegen, und aus dem Einzelhandel wird über sehr gute Umsätze nach dem miserablen März-Ergebnis berichtet. Auch die in diesem Jahr späte Lohnrunde im öffentlichen Dienst macht sich bemerkbar; die Gehaltsaufbesserungen stärkten erst im April die Kaufkraft der Staatsdiener.

Abgebremst wurde der Konjunkturaufschwung auch durch die Abschwächung der Vorratsbildung, vermutlich ein Reflex stabiler und zum Teil sinkender Preise, die zur Zurückhaltung beim Lageraufbau veranlassen. Der Einfluß des Außenbeitrags (Überschuß im Außenhandel und Dienstleistungsverkehr) auf die Entwicklung des Sozialprodukts blieb praktisch neutral.

Erwirtschaftet wurde das vom ersten Quartal 1985 auf das erste Quartal 1986 um 1,6 Prozent gestiegene Bruttosozialprodukt von einer um ein Prozent höheren Zahl von Erwerbstätigen, so daß die Arbeitsproduktivität um rund ein halbes Prozent zunahm. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 0,6 Prozent.

Für das Volkseinkommen berechnen die Statistiker eine unverändert 5,2prozentige Zunahme; die Arbeitnehmereinkommen, die daran mit knapp 70 Prozent beteiligt sind, wuchsen stärker als im Vorquartal um 4,4 Prozent, die Unternehmereinkommen, zu denen auch die Vermögenseinkünfte aller Bevölkerungsgruppen gehören, stiegen langsamer als im vierten Quartal 1985 um 7,1 Prozent.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Neues Rindfleisch-Geschäft, diesmal mit den Brasilianern

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die EG hat sich lange geziert: Jetzt hat sie aber doch den subventionierten Export von Rindfleisch nach Brasilien beschlossen. „Eine Umkehrung der Handelsströme", kommentiert ein Experte aus dem Bonner Landwirtschaftsministerium. „Kein Grund zum Jubel", heißt es in Kreisen des deutschen Handels, obwohl mehr als zwei Jahre über dieses Geschäft gesprochen wurde, bis die Gemeinschaft ihre eigenen Bedenken beiseite geschoben hat.

Immerhin wird die Lieferung von 100 000 Tonnen gefrorener Vorder- und Hinterviertel angepeilt, die in den Kühlhäusern der Gemeinschaft lagern. Wie bei dem Beschluß aus der vergangenen Woche, Butter an Kälber zu verfüttern, geht es vor allem darum, die Bestände abzubauen, um – wie Kritiker meinen – Platz für neue Einlagerungen zu schaffen. „Betroffen" ist jede siebte Tonne, die zu den hohen EG-Preisen unverkäuflich in den Lägern liegt.

Das, was die Brasilianer zahlen müssen, entspricht in etwa den Konditionen des letzten Geschäfts mit den Sowjets. Rund 1,30 Mark für das Kilo – mehr erhält die EG-Kasse nicht. Und das, obwohl sie beim Ankauf mehr als 8,50 Mark bezahlt hat. Der europäische Steuerzahler ist mit mehr als 700 Millionen Mark mit von der Partie, ohne die Kosten für Lagerung, Finanzierung und Transport.

Brasilien kann selbst das Fleisch nicht so günstig erzeugen. Daher haben die brasilianischen Handelspolitiker wohl auch ihre Bedenken zurückgestellt. Denn das Geschäft widerspricht dem Auftreten bei der Vorbereitung der Liberalisierungsrunde für den Welthandel (Gatt-Runde). Dort haben sie bisher am hartnäckigsten für ihr Zugeständnis, daß auch über Dienstleistungen gesprochen werden soll, ein Entgegenkommen im Agrarbereich verlangt.

Brasilien hat in diesem Jahr bereits 90 000 Tonnen Rindfleisch in den USA gekauft, obwohl es 1985 mit 450 000 Tonnen nach der EG und Australien der drittgrößte Exporteur war. Es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß die Brasilianer mit verarbeiteten Erzeugnissen der EG Konkurrenz machen oder eigenes Fleisch zu besseren Konditionen auf dem Weltmarkt absetzen werden. Mit Rücksicht auf Argentinien und Uruguay hat sich die EG bisher in Lateinamerika zurückgehalten, nachdem die traditionellen Bezüge von dort praktisch zum Erliegen gekommen sind und sie mit ihren Billig-Exporten den Aufbau größerer Herden unattraktiv gemacht hat.

AUF EIN WORT

„Es überrascht nicht, daß tiefgreifende Veränderungen in einer Generation des Wandels der Lebensbedingungen zu manchen Orientierungsschwierigkeiten führen. Doch unser Lebensstandard war und ist davon abhängig, daß unsere Unternehmen erfolgreich sind."

Lothar Späth, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.
FOTO: SVEN SIMON

DEUTSCHE BÖRSE

Keine Reaktion auf US-Kurssturz

cd. Frankfurt

Recht gemäßigt fiel gestern die Reaktion der deutschen Börse auf den scharfen Kurseinbruch aus, den die Wall Street am Vorabend erlitten hatte. Dort war der Dow-Jones-Index, das populäre Aktienkursbarometer, um 45,91 Punkte auf 1840,15 gestürzt; das war der absolut größte Indexverlust in der US-Börsengeschichte, der freilich nur einem Minus von 2,4 Prozent entspricht und damit einer Abschwächung, wie sie die deutsche Börse in den letzten Wochen öfter erlebt hat. Gleichzeitig sanken die Kurse amerikanischer Rentenwerte um 1,5 Punkte.

Der Kurssturz amerikanischer Aktien war nicht nur eine technische Reaktion auf den am letzten Freitag erreichten absoluten Höchststand, er spiegelt auch die plötzlich wieder einmal größer gewordenen Konjunktur-, Inflations- und Zinssteigerungsängste wider. Der Rückgang von Aktienindex-Terminkontrakten löste eine Welle von Verkäufen an der Wall Street aus.

An der deutschen Börse bröckelten die Kurse nach der mehrtägigen Erholung gestern auf breiter Front ab. Die Verluste gingen aber meistens kaum über drei Mark hinaus. Lediglich Auto- und Bankaktien schwächten sich stärker bis um 15 Mark ab. Für die zu 165 Mark emittierten Viag, die von heute an amtlich notiert werden, nannte man einen Kurs von 165 Mark, also erstmals kein Aufschlag für einen Börsenneuling.

EG

Kaum Fortschritt bei Normen erzielt

VWD, Luxemburg

Die Harmonisierung der technologischen Spezifikationen und Normen im Elektronik-Bereich, die eine Kernvoraussetzung für die bis 1992 angestrebte Schafffung eines gemeinsamen EG-Binnenmarktes darstellt, bereitet offenbar erhebliche Schwierigkeiten. Die Wirtschafts- und Industrieminister der Gemeinschaft haben jetzt eine Entscheidung auf die lange Bank geschoben, mit der bei öffentlichen Elektronik-Aufträgen der Hinweis auf eine EG-Norm zur Pflicht gemacht worden wäre. Vor allem die Bundesrepublik war bei einer Ratssitzung gestern in Luxemburg nicht bereit, der ihrer Ansicht nach „zu starren und zu obligatorischen" Regelung zuzustimmen.

In einen vergleichsweise beschränkten Teilbereich konnten sich die „Zwölf" in Luxemburg indes einigen: Sie verständigten sich grundsätzlich auf eine Richtlinie, wonach die Fernmeldebehörden die in anderen Mitgliedsländern vorgenommenen Zulassungsprüfungen von Telekommunikations-Endgeräten anerkennen. Damit wird die Auflage eingeführt, bei entsprechenden Aufträgen gemeinsame Spezifikationen zu verwenden.

Die Richtlinie, deren endgültige Fassung noch ausgearbeitet werden muß, gilt zunächst für die Dauer von zwei Jahren. Die Kommission will später noch weitergehende Schritte zu einer einheitlichen Norm vorschlagen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Minister Bangemann kritisiert Siemens

Bonn (A.G.) – Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat der Firma Siemens Mangel an marktwirtschaftlichem Fingerspitzengefühl vorgeworfen. Anläßlich des Tages der deutschen Bauindustrie erklärte der Minister gestern in Bonn, daß er kein Verständnis dafür habe, daß auch Vertreter aus Unternehmen, die wichtiger Lieferant für die Bundespost seien, weiterhin für die Aufrechterhaltung des Postmonopols bei wichtigen Endgeräten (zum Beispiel dem Telefonhauptanschluß im ISDN) plädierten. Auf den künftigen Endgerätemärkten werde es solche Monopolstellungen nicht mehr geben. Hier wisse er sich mit dem Bundespostminister einig.

Geld für Zusammenarbeit

Brüssel (Ha) – Für die Zusammenarbeit von Industrie und europäischen Forschungseinrichtungen bei der Innovation und der Anwendung neuer Technologien hat der EG-Ministerrat 45 Mill. ECU (rund 97 Mill. DM) bereitgestellt. Das Fünfjahresprogramm Comett bleibt wegen der angespannten Gemeinschaftsfinanzen allerdings erheblich hinter den Vorstellungen der Brüsseler Kommission zurück.

Vorläufig stabil

Hamburg (dpa/VWD) – Die Ölpreise werden nach Ansicht des Außenhandelsverbandes für Mineralöl erst langfristig wieder steigen. Vermutlich wird die Ölförderung der Länder, die nicht der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) angehören, erst im nächsten Jahrzehnt sinken. Dann könne die Nachfrage nach Opec-Öl – und damit die Preise – wieder steigen, begründete der Verband seine Annahme.

Milliardenschulden

Frankfurt (cd.) – Polen ist bei internationalen Geschäftsbanken mit 7,8 Mrd. Mark verschuldet, wovon 1,5 Mrd. Mark auf Kredite deutscher Banken (einschließlich Auslandstöchter) entfallen, und nicht mit entsprechenden Millionenbeträgen, wie es irrtümlich in der gestrigen Ausgabe hieß.

Postgewerkschaft warnt

Hannover (dos) – Vor einer Abkoppelung der Bundespost von den Zukunftsmärkten der Telekommunikation warnt die deutsche Postgewerksachaft(DPG). Wie der Vorsitzende der DPG, Kurt von Haaren, in Hannover erklärte, müßten in der Bundesrepublik ähnliche Fehlentwicklungen wie etwa in den USA und Großbritannien unter allen Umständen verhindert werden. Die Gewerkschaft werde deshalb im Herbst dieses Jahres eine breit angelegte Aufklärungskampagne starten, um die Öffentlichkeit zu informieren und gleichzeitig auf die Politik einzuwirken, Privatisierungspläne neu zu überdenken.

Transport '86 eröffnet

München (dpa/VWD) – Ein gemeinsamer Verkehrsmarkt ist nach Ansicht von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) notwendiger Bestandteil des EG-Binnenmarktes. Zur Eröffnung der Transport '86 forderte Dollinger gestern den Verkehrssektor auf, sich dieser „eindeutigen Interessenlage" nicht zu entziehen. Der Güterfernverkehr auf der Straße wird laut Dollinger bis zum Jahr 2000 vorausichtlich um bis zu 36 Prozent im Inland zunehmen. Auch der Gütertransport auf der Schiene werde expandieren, während die Binnenschiffahrt ihr Niveau halten könne.

Gebote von 24 Milliarden

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank hat den Kreditinstituten bei der neuen Ausschreibung von Wertpapierpensionen 13,1 Mrd. DM zuum Zinssatz von 4,35 Prozent für eine Laufzeit von 25 Tagen zugeteilt. Wie die Bundesbank dazu gestern erklärte, sind bei dieser Ausschreibung (Mengentender) 23,9 Mrd. DM Gebote von den Banken zum Festzins von 4,35 Prozent eingegangen. Mit der Gutschrift der zugeteilten neuen Wertpapierpensionen werden gleichzeitig 10,3 Mrd. DM Wertpapierpensionen fällig, die auch zum Zinssatz von 4,35 Prozent abgeschlossen worden waren.

Rekord im Außenhandel

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im Mai den bisher größten Überschuß im Außenhandel erzielt. Mit 7,53 Mrd. Dollar (17,3 Mrd. DM) wurde das bisherige Rekordergebnis vom April (6,83 Mrd. Dollar) noch einmal übertroffen. Nach Angaben des japanischen Finanzministeriums beruht der Rekordüberschuß vor allem auf dem starken Anstieg der Autoexporte und einer niedrigeren Einfuhr von Rohöl.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 164,50 (165,05); Elektrowerte: 300,52 (301,83); Autowerte: 769,29 (768,54); Maschinenbau: 158,38 (157,11), Versorgungsaktien: 168,18 (166,78); Banken: 403,71 (405,99); Warenhäuser: 142,36 (141,93); Bauwirtschaft: 483,33 (480,50); Konsumgüterindustrie: 167,72 (166,36); Versicherung: 1477,64 (1476,32); Stahlpapiere: 164,78 (163,08); Gesamt 276,33 (276,43).

INNERDEUTSCHER HANDEL

Neues Abkommen regelt Dienstleistungsverkehr

hrk. Berlin

Unternehmer in der Bundesrepublik können sich künftig noch intensiver um das deutsch-deutsche Geschäft kümmern und auch in Zuwachsbranchen wie dem Leasing-Geschäft mit der „DDR" Verträge schließen. Auch Garantien und Bürgschaften, die Einrichtung von Baustellen, Reinigungs- und Wäschereiarbeiten, Austausch von Lizenzen, Abnahme von Abfällen und andere Dienstleistungen stehen künftig auf einer gesicherten Grundlage. Doch gelang es der „DDR" nicht, ihre politische Forderung durchzusetzen, die Bundesrepublik solle in Ost-Berlin oder der „DDR" eigene Handelsbüros nach „DDR"-Muster (in Düsseldorf und Hamburg) einrichten.

Das Bundeswirtschaftsministerium wies gestern darauf hin, daß die Dienstleistungen 1985 einen Wert von zwei Milliarden D-Mark erreicht hätten – ein beträchtliches Stück vom gesamten 15-Milliarden-Kuchen des innerdeutschen Handels. Bei der neuen Vereinbarung geht es in erster Linie um die finanzielle Abwicklung der Dienstleistungsgeschäfte.

In die Vereinbarung wurden auch die Bonner Zahlungen an die „DDR" einbezogen, von denen vor allem Berlin profitiert: So erhält Ost-Berlin bestimmte Beträge für die Abnahme von Westberliner Abwässern, von Bauschutt und Bodenaushub, für Postleistungen und Telefonleitungen sowie die Nutzung von U- und S-Bahntunneln auf Ostberliner Gebiet durch die westliche Betriebsgesellschaft. Wirtschaftssenator Elmar Pieroth betonte, die neue Vereinbarung stärke die „Rolle Berlins als überregionales Dienstleistungszentrum im innerdeutschen Handel".

BAUINDUSTRIETAG / Bald VOB-Bundesstelle – Bangemann gegen Sonderregelungen

„Wir wollen keine Investitionslenkung"

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Forderungen der Bauindustrie nach Sonderregelungen und spezifischen Finanzhilfen des Bundes sind von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gestern in Bonn weitgehend zurückgewiesen worden. In bezug auf eine Aufstockung öffentlicher Investitionsmittel seien primär die Gemeinden gefordert, und für eine Fortsetzung der Städtebauförderung über 1987 hinaus seien die Länder zuständig.

Anläßlich des „Tages der deutschen Bauindustrie" räumte Bangemann vor 700 Teilnehmern eine Fehleinschätzung der diesjährigen Bauentwicklung ein. Gleichwohl habe die Bundesregierung schon viel für eine Abfederung des Strukturwandels getan. Weitere Mittel stünden jetzt nicht zur Verfügung, denn das Ziel der Haushaltskonsolidierung sei noch nicht erreicht. Die durch Ausgabendisziplin gewonnene Manövriermasse müsse zunächst für eine deutliche Steuerentlastung genutzt werden.

Bangemann wies Forderungen nach mehr steuerlichen Anreizen für Umweltschutzinvestitionen ebenso zurück wie den Wunsch nach einer Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns oder nach Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Bauleistungen. Die geplante Senkung der Steuertarife schafft nach Bangemanns Meinung auch den Spielraum für eine Verbesserung der Ertragslage und Aufstockung des Eigenkapitals. Eine Aussetzung der Existenzgründungsförderung für den Baubereich lehnt Bonn ab. Das käme letztlich einer Investitionslenkung gleich, „und das wollen wir nicht".

Schon für unmittelbar nach der Sommerpause kündigte Bangemann dagegen die Einrichtung einer VOB-Stelle auf Bundesebene an. Dieses beim Bundesbauministerium einzurichtende Sachverständigengremium werde sich vor allem mit Grundsatz- und Auslegungsfragen zur Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) befassen, aber auch Einzelfälle aufgreifen. Mit der paritätischen Besetzung dieser Stelle werde der Bauwirtschaft eine weitreichende Mitwirkungsmöglichkeit gegeben.

Professor Hans-Jürgen Krupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) forderte in seinem Referat den Staat auf, berechenbare Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur dann werde die Bauwirtschaft mittelfristig ihre Strukturprobleme bewältigen können. Da mindestens die Hälfte des Bauvolumens von staatlichen Entscheidungen abhänge, müsse sich die Wirtschaftspolitik grundlegend ändern. Erforderlich sei eine Globalsteuerung, die eine stetige Ausgabengestaltung des Staates auch bei den bauwirksamen Ausgabeströmen sicherstelle.

PROFILWERKE BERG / Preisdruck aus Möbelbaisse

In neuen Märkten gewachsen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der deutsche Verbraucher, der in diesem Jahr deutlich mehr Kaufkraft denn je zur Verfügung hat, sei derzeit „nicht auf Möbel eingestimmt". Der Möbelhandel konzentriere sich auf Preiskämpfe mit gewohnter Standardware und tue viel zu wenig, um mit Förderung modisch attraktiver Produktinnovation auf angeblich sattem Markt („die Autoindustrie macht uns das doch seit langem erfolgreich vor") die Nachfrage-Lethargie zu beheben. So spreche denn auch für 1986 noch nichts für ein Ende der Talfahrt in der deutschen Möbelindustrie, die seit 1980 rund 38 000 oder fast ein Viertel ihrer Arbeitsplätze verlor und in der Wohnmöbelproduktion (1985: 12,7 Mrd. DM) seit 1980 real 28 Prozent einbüßte.

Der 1971 mit sechs Mitarbeitern als Zulieferant für die Möbelindustrie gestartete Unternehmer Gunther Berg (46) kann zwar im Gegensatz zu so düsterem Lagebericht für die um sein Rietberger Stammhaus Mantelprofilwerk Berg GmbH aufgebaute Gruppe auch für 1985 noch ein (verlangsamtes) Wachstum auf 104 (99) Mill. DM mit 650 (580) Beschäftigten melden. Aber das Wachstum kam nur noch aus vor allem mit Auslandstöchtern erschlossenen neuen Märkten. Das Stammhaus hingegen fiel mit seinem Programm furnier- und folienummantelter Profile (hier ist Berg mit 30 Prozent Anteil der weitaus größte unter 35 deutschen Produzenten) auf 61 (64) Mill. DM Umsatz zurück.

Auswege aus der auch für ihn unerwartet groß gewordenen Heimatmarkt-Klemme geht Berg auf vielen Spuren. Beim Stammhaus mit dem 1985 begonnenen Schritt, auch Bau- und Heimwerkermärkte mit ummantelten Leisten und Paneelen für den Innenausbau zu beliefern („darin steckt für uns noch viel Musik"). Wachstumsträchtig zeigt sich die Ende 1983 aus schwacher Vorbesitzerhand erworbene „Multiform"-Tochter in Gütersloh, deren mit Gießharz- und gefrästen Massivholzteilen erzielter Umsatz von 13,3 (12) Mill. DM trotz Anlaufverlusten bereits Ertrag bringe und durch neue „Echtholz-Ersatz"-Ideen bis hin zur Autoindustrie neue Kunden gewinne.

Prächtiger noch geht es mit den Auswegen im Ausland voran. Bergs mittlerweile vier Auslandsbeteiligungen brachten 1985 rund 30 (23) Mill. DM Umsatz mit 205 (120) Beschäftigten, und erstmals durchweg Gewinn. Das gilt nicht nur für die relativ kleinen „Partnerbetriebe" in Frankreich, Spanien und (seit 1985) Israel. Es gilt vor allem für das im dritten Anlauf seit 1983 endlich erfolgreiche USA-Engangement. Die Berg Industrics Inc., Morristown/Tennessee, 1985 mit gut 100 (50) Beschäftigten und 4,4 (2,8) Mill. Dollar Umsatz auf stetigem Wachstumskurs. Nun plant Berg einen zweiten US-Partnerbetrieb in Kalifornien.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Hillmann & Heinemann OHG; **Bonn:** Weber GmbH; Klaus Blatzheim GmbH; K. Blatzheim GmbH & Co. KG; **Braunschweig:** Stima-Apparatebau GmbH; **Brilon:** TBV Verklinkerungsges. mbH, Medebach; **Coesfeld:** Klaus Drüner, Kaufm.; Franz Hullermann, Kaufm.; **Düsseldorf:** Wert-Bau Eigenheim- u. Wohnungsbauges. mbH; **Gelsenkirchen:** Mineraloelhandelsges. H. Hinsken mbH, Bottrop; **Hamburg:** Handelsges. Kurt Siemers & Co. KG; Knorn & Günther GmbH & Co.; **Koblenz:** Manfred Schmitz; **Krefeld:** DRV Radewald KG, Schermbeck; **Lüdenscheid:** Nachl. d. Karl Herbert Wehr, Bauuntern.; **Menden:** Topman Metall- u. Textilverarbeitungs-GmbH; **Neu-Ulm:** Filou GmbH, Günzburg; **Ottweiler:** Bernd Scheidhauer, Steinbach; **Regensburg:** FG Glasbau Elemente GmbH, Obertraubling; **Schwelm:** Nachl. d. Nikola Stojanovic; **Siegburg:** Bonn Consult Baubetreuung GmbH & Co. Immobilienservice KG, St. Augustin 2;

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Friedrich Karl Schaperdot, Kaufm.; **Osterholz-Scharmbeck:** Günter Büsenga, Kaufm., Hambergen; **Stuttgart:** 1. Reich GmbH & Co. KG 2. Reich Verwaltungs- u. Beteiligungsges. mbH, Remshalden.

Vergleich beantragt: Hannover: Joachim Krause, Rundfunk- und Fernsehtechniker.

EUROPÄISCHER SCHIFFBAU / Deutsche Werften zu 70 Prozent ausgelastet

EG will Subventionen beschneiden

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Subventionen für den europäischen Schiffbau sollen noch vor Jahresende überprüft und stärker kontrolliert werden. Dies haben die Wirtschaftsminister der EG vereinbart. Künftig soll für Produktionsbeihilfen auf Gemeinschaftsebene eine Obergrenze gelten (zum Beispiel in Form eines Höchstanteils an den Baukosten). Beihilfen sollen ferner von einer dauerhaften Verringerung der Werftkapazität abhängig gemacht werden.

Der Ministerrat folgte mit dieser Orientierung grundsätzlich der Ausrichtung der europäischen Beihilfenpolitik im Stahlbereich. An eine totale Abschaffung der nationalen Subvention ist allerdings nicht gedacht. Auch dürfte um die Details der neuen Schiffbaurichtlinien noch hart gerungen werden. Schon jetzt haben Frankreich und Italien Vorbehalte gegen einen zu starken Abbau der staatlichen Hilfen angemeldet.

Immerhin kann die Aussprache als ein ernsthafter Versuch angesehen werden, wenigstens innerhalb der EG den Beihilfenwettbewerb stärker zu kontrollieren. Die Kommission erhielte stärker als bisher die Möglichkeit, von ihrem Recht auf ein Verbot zweifelhafter nationaler Subventionen Gebrauch zu machen.

Der für Wettbewerbsfragen zuständige irische Kommissar Peter Sutherland betonte vor dem Rat den strukturellen Charakter der internationalen Schiffbaukrise. Nach seinen Angaben ist zwar im Zeitraum von 1984 bis 1990 weltweit im Jahresdurchschnitt mit einer fertiggestellten Neubautonnage von 12,7 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) zu rechnen (zwölf Prozent weniger als in den vorausgegangenen fünf Jahren), doch dürfte die Produktion 1987 zunächst einmal auf elf Mill. BRT sinken und erst danach wieder langsam das Niveau der Jahre vor 1976 (17 bis 20 Mill. BRT) erreichen.

Die Schiffbaukapazitäten wurden im Weltmaßstab zwischen 1976 und 1985 um 20 Prozent, in der Gemeinschaft um 45 und in Japan um 37 Prozent eingeschränkt. In Korea, Taiwan und China kam es dagegen zu erheblichen Aufstockungen. Auch innerhalb der EG verlief die Entwicklung nicht gleichmäßig.

Um mehr als die Hälfte schrumpften die Kapazitäten in Großbritannien und Holland, zwischen 40 und 50 Prozent in der Bundesrepublik. Dänemark kam auf Stillegungen von 30 bis 40 Prozent, während Frankreich, Italien und Belgien darunter blieben. Der Ausnutzungsgrad der übriggebliebenen Werften variiert nach Schätzungen der EG-Behörde zwischen durchschnittlich 70 Prozent in der Bundesrepublik, Dänemark und den Niederlanden und nur etwa 30 Prozent in Italien, Großbritannien und Frankreich.

Die Kommission plant, die neue Richtlinie (die fünfte läuft Ende des Jahres aus) auf fünf Jahre zu befristen. Ausnahmeregelungen sind für die beiden neuen Mitgliedsländer vorgesehen. Spanien konstruiert durchweg nur Schiffe mit wenig fortgeschrittener Technologie. Diese erfordern, um wenigstens kurzfristig überleben zu können, auch höhere Subventionen.

Verstärkte Kontrolle für Giftmüllexporte

J. Sch. Paris

Der Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat jetzt beschlossen, das von ihm am 20. Juni 1985 getroffene Abkommen über die Kontrolle des grenzüberschreitenden Transports „gefährlicher Abfälle" zwischen den Mitgliedstaaten auf den Export in Drittländer auszudehnen. Derartige Ausfuhren sollen nur dann zugelassen werden, wenn sichergestellt ist, daß die Eliminierung der Abfälle zu „adäquaten" Bedingungen wie in der OECD-Zone erfolgt. Zumindest muß die Regierung des betreffenden Nicht-OECD-Landes eine ausdrückliche Importgenehmigung erteilt haben.

Nach den Feststellungen der OECD überschreitet etwa alle fünf Minuten eine Lieferung mit gefährlichen Abfällen die Grenzen der Mitgliedstaaten. Dies erklärt sich daraus, daß die Bestimmungen über die Lagerung und Vernichtung solcher Abfälle in den einzelnen Staaten unterschiedlich streng sind. Nachdem die Kontrollen zwischen den Mitgliedstaaten wesentlich verschärft wurden, seien die Transporteure immer mehr dazu übergegangen, die Abfälle in Drittländer zu schaffen.

Zur Anwendung der Vereinbarung bedarf es aber noch weiterer Absprachen. Darüber soll Ende 1987 eine internationale Konvention abgeschlossen werden.

Seat-Übernahme durch VW besiegelt

dpa, Genf

Die im Februar vereinbarte stufenweise Übernahme des spanischen Automobilherstellers Seat durch die Volkswagen AG, Wolfsburg, ist jetzt offiziell besiegelt worden. Der entsprechende Vertrag wurde an neutraler Stelle im schweizerischen Genf von den Führungsspitzen beider Seiten unterzeichnet.

Nach Angaben der Sprecher der beiden Firmen geht es jetzt noch um die Ausfüllung und Klärung zahlreicher Einzelheiten des komplizierten Vertragswerks. Die Unterzeichnung des 82 Seiten umfassenden Hauptvertrags in einem Genfer Hotel wurde auf VW-Seite vom Vorstandsvorsitzenden Carl Hahn und Vertriebschef Werner Schmidt vorgenommen. Für die Spanier unterzeichneten der Präsident des Staatsholding INI (Instituto Nacional de Industria) und bisherigen Mehrheitseigners, Luis Carlos Croissier, und der Seat-Chef Juan Antonio Diaz Alvarez.

Die besiegelten Abmachungen sehen vor, daß die Volkswagen AG zunächst von INI 51 Prozent übernimmt und bis Jahresende weitere 24 Prozent des neuen, auf 1,3 Mrd. DM erhöhten Seat-Grundkapitals übernehmen kann. Die restlichen 25 Prozent wird Volkswagen dann bis spätestens Ende 1990 erwerben. Seat soll als dritte Marke neben VW und Audi erhalten bleiben.

Renault steigert Absatz und Ertrag

J. Sch. Paris

Die Erholung des französischen *Automobilmarktes hat sich im Mai* fortgesetzt. Die Neuzulassungen übertrafen den Vorjahresstand um acht Prozent gegenüber außergewöhnlichen 18 Prozent im April. Davon profitierte vor allem der staatliche Renault-Konzern, dessen Marktanteil von 28,9 Prozent in den ersten vier Monaten des Jahres auf 32,5 Prozent im Mai zunahm. Für praktisch alle Modelle konnte Renault seinen Absatz stärker ausweiten als sein nationaler Konkurrent Peugeot.

Gleichzeitig hat sich die Ertragslage von Renault verbessert. Nachdem für 1985 im Pkw-Sektor des Konzerns Verluste von 10,99 Mrd. Franc entstanden waren, werden für dieses Jahr minus 4 bis 6 Mrd. Franc erwartet. Mindestens in dieser Höhe erhofft sich die Verwaltung neue staatliche Kapitaldotationen aus dem Erlös der ersten Privatisierungen.

Dagegen hat Peugeot-Präsident Jacques Calvet bereits heftig protestiert. Er will morgen bei Wirtschafts- und Finanzminister Baladur vorstellig werden, um für Peugeot „entsprechende Vorteile" auszuhandeln. Denn neue Subventionen an Renault würden nach Calvet die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den beiden Konzernen von Grund auf verfälschen. Seine jüngsten Verkaufserfolge habe Renault überdies nur Rabatten und Billigkrediten zu verdanken.

KAMERUN / Deutsche Wirtschaftsausstellung

Exporteure stark interessiert

Ho. Berlin

Zunächst war es mehr eine Verlegenheitslösung für einen geplanten, aber dann doch abgesagten Besuch des Bundeskanzlers in Kamerun. In der Hauptstadt Jaunde des westafrikanischen Landes sollte „als Ersatz" unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums eine „deutsche Wirtschaftsausstellung" organisiert werden. Gut eine Millionen Mark hatten Bangemanns Beamte und die AMK, die Messegesellschaft Berlins, zur Verfügung, um im Palais de Congrès vom 14. bis 23. November Technik aus deutschen Landen vorzuführen.

Aber aus der Verlegenheitslösung wurde ein Magnet. Die exportorientierte Industrie der Bundesrepublik nahm die auch mit Hilfe des Afrika-Vereins lancierte Idee nahezu begeistert auf. Und rasch war das von den Chinesen gebaute Palais zu klein. Hastig werden daher zur Zeit auf dem angrenzenden Freigelände Pavillons aufgezogen, um Exponate von AEG bis Karl Zeiss den Besuchern des schwarzafrikanischen Landes vorzuführen.

Nachträglich erwies sich auch die Standortwahl Kamerun als durchaus glücklich. Das Land verzeichnet seit Jahren konstante Wachstumsraten. Trotz starker Rohölförderung wurde die Landwirtschaft nicht vernachlässigt. Kamerun ist zudem bemüht, die einseitige Orientierung nach Frankreich zu modifizieren.

Die Bundesrepublik ist an der Gesamteinfuhr des Landes mit 7,3 Prozent, Frankreich dagegen mit 45 Prozent beteiligt. Ganz im Zeichen der Diversifizierungsbemühungen wird auch der geplante Besuch des Staatspräsidenten Paul Biya in der Bundesrepublik stehen, der Anfang September in Berlin und Bonn erwartet wird.

Die Leistungsschau der deutschen Wirtschaft in Jaunde könnte durchaus Modellcharakter bekommen. Schon sind in Bangemanns Ministerium Vertreter der Nachbarländer vorstellig geworden, um sich zu erkundigen, ob man Vergleichbares nicht auch in ihren Ländern organisieren könnte.

ELEKTRONISCHE MEDIEN / Dynamische Entwicklung

Private Nachfrage steigt

M. F. Stuttgart

Der Markt der elektronischen Medien hat sich in den letzten zwei Jahren mit großer Dynamik weiterentwickelt. So jedenfalls sehen es die Veranstalter der Fachmesse „telematica '86", die gestern in Stuttgart begann. Die Akzeptanz bei den potentiellen Nutzern der vielfältigen elektronischen Neuheiten für den Austausch und die Verarbeitung von Informationen im beruflichen und privaten Leben, wofür die Begriffe Telekommunikation und Informatik stehen, habe sich in den letzten Monaten beschleunigt.

Nicht zuletzt die stark gefallenen Preise für den Computer, der letzlich das zentrale Element des elektronischen Verbundes ist, hätten die Entwicklung begünstigt. Das Interesse gewerblicher Nutzer steht freilich gegenüber der privaten Nachfrage im Vordergrund. In der Bürokommunikation ist der Markt für Software im vergangenen Jahr um 22 Prozent auf 13 Mrd. DM gewachsen. Für 1986 erwarten die Hersteller der Programme (Software) einen Inlandsabsatz von 16 Mrd. DM, die Produzenten der Geräte (Hardware) einen solchen von 25 Mrd. DM.

Die Inlandsnachfrage – deutsche Fertigung und Importe – erhöhte sich 1985 um 23 Prozent auf 21,6 Mrd. DM. Wesentlicher Stützpfeiler der deutschen Hersteller war der Export. Fast 72 Prozent der Produktion im Wert von 13,6 Mrd. DM wurden vorwiegend nach Frankreich, Großbritannien, Italien und in die USA geliefert.

Im Bereich Bildkommunikation, die im Zeichen von Kabel-, Satellit- und Breitbandtechnik mit Satelliten-Fernsehen, Bildfernsprechern und Video-Konferenzen steht, erwarten die Marktführer jährliche Zuwachsraten von 20 Prozent und mehr. Die Zahl der Anwender wird hier auf bisher gut 50 000 geschätzt, bei etwa 1,5 Millionen potentiellen Kunden.

Im Bereich Bildschirmtext hat sich seit März 1986 die Zahl der Anschlüsse in der Bundesrepublik um 3818 auf 47 345 zum 1. Juni erhöht. Die Zahl der Anrufe hat sich seither nach Branchenangaben mehr als verdoppelt und im April 1986 erstmals die Millionengrenze erreicht. Die Zahl der Btx-Anbieter hat sich 1985 um 460 auf 4060 vergrößert.

Sprunghafte Zuwächse werden für den Teletex-Dienst der Bundespost erwartet. Waren es Ende 1985 noch 12 525 Endgeräte, so sollen es bis Ende nächsten Jahres schon 14 000 und 1992 gar 130 000 Geräte sein. Die von einem Fachkongreß begleitete Messe zeigt bis zum 14. Juni das Angebot von knapp 300 Anbietern aus neun Ländern.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien, Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid, Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

DÜRKOPPWERKE / Mitarbeiterzahl aufgestockt

Guter Start im China-Geschäft

hdt. Bielefeld

Um 18,3 Prozent auf 171,5 (144,9) Mill. DM konnte die Dürkoppwerke GmbH, Bielefeld, ihren Umsatz 1985 steigern, eine Entwicklung, die laut Geschäftsführer Hans-Dieter Jähler von der Konjunktur und von der eigenen Leistung getragen wurde. An diesem Wachstum waren beide Erzeugnisbereiche gleichmäßig beteiligt, denn der Umsatz der Nähtechnik stieg auf 148,0 (125,1) Mill. DM, die Fördertechnik legte auf 23,4 (19,8) Mill. DM zu. Der erstmalig genannte Gruppenumsatz, der die konsolidierten Umsätze der Vertriebstöchter in Österreich, Frankreich und Großbritannien sowie der Neugründung in den USA einschließt, erreichte 193,9 Mill. DM.

In der Nähtechnik mit der Oberbekleidungsindustrie als Kunden-Schwerpunkt konnte auf dem europäischen Markt eine Zuwachsrate von 21,5 Prozent erzielt werden. Hier stiegen vor allem die Lieferungen nach Großbritannien, Italien, in die „DDR" und in die Sowjetunion. Sehr gut lief auch das Geschäft mit der Volksrepublik China an; ausweiten ließ sich der Umsatz mit Japan, ansonsten Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt. Insgesamt lag die Exportquote bei 74,0 (70,5) Prozent. Auf dem engen Inlandsmarkt konnte mit einem nur um knapp 4 Prozent auf 38,3 (36,8) Mill. DM gestiegenen Umsatz der Marktanteil gehalten werden.

Die Aussage „1985 war für Dürkopp ein gutes Jahr" wird durch weitere Zahlen unterstrichen. So erhöhten sich die Investitionen auf 9,3 (6,9) Mill. DM, die Mitarbeiterzahl wuchs um 11,8 (!) Prozent auf 1606 (1437) und gestiegen ist auch das Jahresergebnis, das in der Gesamthöhe von 6,7 (5,2) Mill. DM vertragsgemäß an den Organträger, die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt abgeführt wurde.

Das Jahr 1986 ist bisher erfreulich verlaufen. Bis Ende Mai lag der Auftragseingang um fast 20 Prozent über den Vorjahreswerten, die Umsätze stiegen sogar um 25 Prozent, stark beeinflußt allerdings von der Abwicklung von zwei Projektgeschäften mit China und der Sowjetunion. Insgesamt wird für 1986 ein Umsatzplus von 12 bis 15 Prozent erwartet.

FAG KUGELFISCHER / Auftragsbestand erreichte Rekordhöhe – Ausgabe von Vorzugsaktien angekündigt

Industrietechnik wird zum Motor der Expansion

DANKWARD SEITZ, München

In wesentlich größeren Schritten will der führende deutsche Wälzlagerhersteller, die Schweinfurter FAG Kugelfischer KGaA, in der Industrietechnik expandieren als im traditionellen Gebiet der Lagerungstechnik. Damit soll das Unternehmen, so der persönlich haftende Gesellschafter und Sprecher der Geschäftsleitung Fritz Schäfer, auf eine breitere Basis gestellt werden.

Bestätigt fühle man sich da bereits durch das Geschäftsjahr 1985, in dem die Industrietechnik mit einem Umsatzplus von 13,6 Prozent auf 694 Mill. DM im Konzern deutlich stärker wuchs als die Lagerungstechnik mit plus 9,0 Prozent auf 2,37 Mrd. DM. Diese Tendenz dürfte sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, denn zum einen wird Anfang 1987 das für BMW neuentwickelte ABS-Bremssystem für Motorräder in Serie gehen. Einsteigen will man damit auch in den Pkw-Bereich; erste Tests in Prototypen bei mehreren Marken laufen bereits.

Weitere Wachstumschancen sieht FAG zum anderen in der Strahlungsmeßtechnik (Umsatz 1985 rund 20 Mill. DM), wo man nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl den deutschen Behörden ganze Systemlösungen für eine flächendeckende Überwachung anbieten will. Forciert werden soll auch der Bereich Radiometrie. Aus diesem Grund wurden kürzlich die Betriebsabteilungen Nucléomètre (Frankreich) und Daystrom (Großbritannien) von der amerikanischen Schlumberger-Gruppe erworben. Und um auf dem Gebiet der Nähtechnik voranzukommen, soll zur Stärkung der Tochter Dürkoppwerke GmbH, Bielefeld, wie bereits berichtet, eine Mehrheitsbeteiligung an der Bielefelder Kochs Adler AG erworben werden. Die positive Entscheidung des Kartellamts wird im Juli erwartet.

Insgesamt wird dies dazu führen, daß der Investitionsrahmenplan (1983 bis 1988) der KGaA nach Angaben von Schäfer von 700 Mill. DM um voraussichtlich 100 Mill. DM überschritten werden dürfte. Unter diesen Aspekten ist auch zu verstehen, daß man der Hauptversammlung (24. Juli) die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 60 Mill. DM vorschlagen will. Ein Teil davon (20 Mill. DM) soll noch 1986 durch Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien genutzt werden.

Nachdem das Geschäftsjahr 1985 zum zweiten Mal hintereinander dem Unternehmen einen recht kräftigen Wachstumsschub brachte, rechnet Schäfer für 1986 mit einer weiteren Steigerung des Umsatzes und Ertrags. Immerhin nahm der Auftragseingang in den ersten fünf Monaten um fast zehn Prozent zu und führte zum bislang höchsten Auftragsbestand (8,2 Monate) in der Firmengeschichte der KGaA. Ihr Umsatz erhöhte sich auch um 3,5 Prozent. Daß der Weltumsatz gleichzeitig um drei Prozent zurückfiel, sei ausschließlich währungsbedingt. Absatzeinbußen befürchte man deswegen nicht.

Nicht widergespiegelt wird die Ertragslage 1985 durch den rückläufigen Jahresüberschuß, denn dieser war 1984 durch hohe außerordentliche Erträge beeinflußt. Bereinigt um diese Beträge, so Schäfer, hätte sich ein Plus von fast 40 Prozent ergeben.

Viel deutlicher kommt das in dem höheren Steueraufwand die Ergebnisverbesserung zum Ausdruck. Die wesentlichsten Quellen dafür waren die auf fast 95 (90) Prozent gestiegene Kapazitätsauslastung, geringere notwendige Pensionsrückstellungen von 47 (58) Mill. DM sowie der verminderte Zinsaufwand von 39 (48) Mill. DM.

FAG Kugelfischer	1985	±%
FAG-Konzern		
Umsatz (Mill. DM)	3 062	+ 10,0
dav. Ausland	1 868	+ 10,5
Beschäftigte [1]	29 100	+ 4,3
Kugelfischer KGaA		
Umsatz (Mill. DM)	2 108	+ 10,3
dav. Export	1 025	+ 10,3
Beschäftigte [1]	20 865	+ 3,5
Wertschöpfung	1 200	+ 7,0
Sachinvestitionen	122	+ 50,6
Abschreibungen	110	+ 13,4
Cash-flow [2]	238	+ 8,7
Bilanzsumme	1 867	+ 6,9
Grundkapital	165	unver.
Eigenkapital	562	+142,2
EEV-Steuern	45	+ 21,7
Jahresüberschuß	58	- 30,0
Dividende [3]	2,50	—

[1] im Jahresdurchschnitt; [2] nach eigenen Angaben; [3] für das nach der Börseneinführung vom 1.10. bis 31.12.85 gesamte Grundkapital, das entspricht 10 DM p.a.

DROGISTEN

Markt zwingt zur Neuorientierung

adh. Frankfurt

Das sprunghafte Wachstum der Drogeriemärkte scheint gestoppt. Fredi Guth, Präsident des Verbandes Deutscher Drogisten, schließt dies aus der nur noch verhalten gestiegenen Zahl der echten Drogeriemärkte im vergangenen Jahr. Die Statistik zeigt zwar noch einen Anstieg auf 2909 (2216) Märkte, was aber im wesentlichen aus der Hinzurechnung der bisher als Seifengeschäfte gezählten Läden resultiert. Vor diesem Hintergrund sieht Guth wachsende Chancen für die Fachdrogerie; bereits jetzt habe sich ein „gesunder Kern von Betrieben" am Markt behauptet.

In der Tat schrumpfte die Zahl der Drogerien im vergangenen Jahr mit einem Rückgang um 200 auf 6750 Verkaufsstellen deutlich langsamer als in den Jahren vorher. „Die uns vom Markt aufgezwungene Neuorientierung beginnt zu greifen", betont Guth, der vor allem in der Spezialisierung, mit Ausbau von Dienstleistung und Beratung und im selektiven Vertriebssystem Möglichkeiten sieht, den Schrumpfungsprozeß weiter zu verlangsamen.

Als Vehikel zur Förderung des Distributionskanals Drogerie sehen die Drogisten vor allem die Drogerien-Förderungs- und Handels-AG (DFH), über die bereits im vergangenen Jahr 5,6 Mill. DM Werbeaufwendungen zugunsten der Drogerie flossen und die mit inzwischen 14 Partnerfirmen aus der Industrie für Markenartikel „exklusiv aus der Drogerie" sorgt. Der Branchenumsatz der Fachdrogerien hielt sich im vergangenen Jahr nach Angaben des Verbandes bei unverändert 3,2 Mrd. DM, in diesem Jahr wird bisher ein leichtes Wachstum registriert.

METALLE / Warnung vor einer Umwelt-Kostenlawine

Positive Politik-Signale

J. G. Bonn

Sie sei in hohem Maße auch das Spiegelbild der erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Arbeit der Bundesregierung, die viele Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns nach vorausgegangener sozialistischer Mißwirtschaft endlich verbessert habe. Mit diesem Tenor schilderte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V., Düsseldorf, der Hanauer Privatunternehmer Jürgen Heraeus, die aktuelle Lage der deutschen NE-Metallerzeuger (Nicht-Eisen) nach drei Aufschwungjahren vor der Mitgliederversammlung in Bonn.

Ein Lagebild, das für 1985 bei insgesamt hoch gebliebenem Verbrauchsniveau dieser Metalle allerdings einige Dunkelstreifen aus weltmarkt- und dollarbestimmten Preiseinbrüchen aufweist, die aber neuerdingsvon zumeist umgekehrter Preistendenz Aufhellung erfahren. In 1985 haben die deutschen NE-Metallerzeuger ihre Gesamtproduktion an Primär-, Umschmelz-, Legierungsmetall noch um ein Prozent auf 2,52 Mill. t erhöht (knapp die Hälfte davon Aluminium) und deutlich unter dem bei gut 3,2 Mill. t stabilisierten hohen Inlandsverbrauchniveau gehalten.

Ihr Verbandsvorsitzender wertet auch solche Relation als gesundes Zeichen dafür, daß mit heimischen Schlüsselprodukten ein enger technischer Verbund zwischen Metallerzeugern und Metallverarbeitern gesichert ist. Da jedoch stehe die Branche nun vor einer großen Sorge. Umweltschutz habe sie bisher schon mit bis zu 40 Prozent Anteil an den Investitionen und enormer Schadstoffreduzierung weit mehr als die Konkurrenz im benachbarten Ausland betrieben.

Wer mit noch mehr Umweltschutz-Auflagen „die Ökonomie grundsätzlich der Ökologie nachstellen" wolle, müsse sich auch mit den Konsequenzen auseinandersetzen, „wenn zum Beispiel stromintensive Metallhütten schließen müssen", mahnt Heraeus mit Hinweis auf dann „Zehntausende" verlorene Arbeitsplätze. Die politische Antwort sei da fällig, „bevor Umweltschutzkosten und Strompreise weiter steigen und bevor ein Sterben der Betriebe einsetzt".

SACHS-DOLMAR

Größerer Anteil am Weltmarkt

JB. Hamburg

In dem weltweiten Markt für Motorsägen, der etwa ein Volumen von 3,5 Mill. Einheiten repräsentiert, hat die Sachs-Dolmar GmbH, Hamburg, 1985 ein größeres Stück herausgesägt. Wie die Geschäftsführung in Hamburg mitteilt, habe die Firma, die seit 60 Jahren im Geschäft und ältester Benzinmotor-Sägenhersteller der Welt ist, ein Wachstum von 19 Prozent auf 130 Mill. DM erzielt. Dabei stieg der Umsatz im Inland um elf Prozent, der im Ausland um 23 Prozent. Der Exportanteil des Unternehmens, das über Tochtergesellschaften in den USA, Kanada und auf den Philippinen verfügt, liegt jetzt bei 72 Prozent.

Die größten Zuwachsraten verbuchte Sachs-Dolmar in den USA. Der Anteil des US-Geschäfts erreicht inzwischen zehn Prozent und macht die USA zum größten Exportmarkt von Sachs-Dolmar. Den Absatzerfolg erklärt die Geschäftsführung nicht allein mit dem günstigen Dollarkurs im Jahr 1985, sondern auch als Auswirkung der stetig sinkenden Zahl von Anbietern, die die Anforderungen der amerikanischen Holzfäller erfüllen könnten. Sachs-Dolmar komme zugute, daß das Unternehmen über ein komplettes Sägenprogramm und über weltweite Typenzulassung verfüge. Die Produktionspalette reicht von der kleinen Hobby-Säge bis zur großen Profi-Säge sowohl mit Benzin- als auch Elektroantrieb. Daneben werden Motorsensen und Trennschleifer produziert.

Nordamerika werde wegen seines Waldreichtums und seiner hohen Kaufkraft der größte Abnehmer von Motorsägen bleiben, heißt es in Hamburg. In den wichtigsten mitteleuropäischen Märkten seien 1985 die Positionen ebenfalls ausgebaut worden.

Der Ertrag sei zufriedenstellend. Sachs-Dolmar mit einem Stammkapital von 20 Mill. DM gehört zu 82 Prozent der Fichel & Sachs AG, Schweinfurt. Der Rest ist in Familienbesitz. In den ersten Monaten dieses Jahres sei der Umsatz weiter gestiegen und habe es erforderlich gemacht, die Zahl der Mitarbeiter auf 550 zu erhöhen, erklärt die Geschäftsführung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Börsengang geplant

Bocholt (VWD) – Die Friedr. Flender GmbH & Co. KG, Bocholt, ist zum Wochenbeginn in eine AG umgewandelt worden. Eigenen Angaben zufolge wird sie schon in absehbarer Zeit an der Börse eingeführt. Über den Zeitpunkt wollte ein Sprecher des auf dem Gebiet der Antriebstechnik weltweit führenden Familienunternehmens (Grundkapital 35,5 Mill. DM, Umsatz 536 Mill. DM, 4599 Mitarbeiter) allerdings keine Auskunft geben. Wie es heißt, wird mit dem Wechsel der Rechtsform bei gleichzeitiger Zuführung weiterer Eigenmittel der Gesellschafterkreis erweitert. An die Seite des seit 1985 über zwei Tochtergesellschaften zu 20 Prozent an Flender beteiligten Haftpflichtverbandes der Deutschen Industrie (HDI), Hannover, soll eine aus der Commerzbank, der DG-Bank und der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank bestehende Gruppe treten, die 29 Prozent des Grundkapitals übernimmt. Die übrigen 51 Prozent verbleiben im Besitz der Familiengesellschafter. Die Übernahme der Anteile durch die Bankinstitute erfolge mit der ausdrücklichen Absicht des „going public".

Neuordnung

Frankfurt (adh) – Die Esüdro Gruppe wird Ende Juni ihre bisher 59,1prozentige Beteiligung an der Drogerien-Förderungs- und Handels-Aktiengesellschaft DFH AG, Hockenheim, aufgeben. Am 2-Mill.-DM-Grundkapital der Dienstleistungsgesellschaft für den Drogeriebereich sind künftig der Verband Deutscher Drogisten mit 42 Prozent, die Verlagsgruppe Dr. Holm mit 17 Prozent und Industrie, Handel und Banken über eine Commerzbank- Tochter mit 41 Prozent beteiligt. Esüdro wird sich künftig auf ihre rund 3000 Genossen konzentrieren, während DFH mit allen Drogerien zusammenarbeitet. Eine enge Zusammenarbeit bleibe gleichwohl bestehen. Vor diesem Hintergrund sei auch zu sehen, daß Esüdro nicht vom Rewe-Leibbrand-Verbund übernommen werde.

Sparkasse Lübeck wächst

Hamburg (JB.) – Die Sparkasse zu Lübeck hat im Geschäftsjahr 1985 an die Wachstumsraten der Vorjahre angeknüpft. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 7,4 Prozent auf 1,5 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 6,3 Prozent auf 1,7 Mrd. DM. Die Ausweitung wurde wesentlich vom Einlagengeschäft getragen. Von dem ausgewiesenen Bilanzgewinn von 6,7 Mill. DM werden 6,5 Mill. DM den Rücklagen zugewiesen, der Rest an die „Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit" zur Verfügung gestellt.

SHW kauft in USA Fabrik

Stuttgart (nl.) – Die SHW (Schwäbische Hüttenwerke) GmbH, Aalen-Wasseralfingen, hat einen Betrieb der zum Emhart-Konzern (2 Mrd. Dollar Umsatz) gehörenden Farrel Company, Ansonia/Connecticut/USA, übernommen. Die neue Tochter wird vorzugsweise den nordamerikanischen Markt bearbeiten.

WTB / Zuwachs beim Kredit- und Leasingvolumen

Das Neugeschäft belebt sich

Py. Düsseldorf

Die zur Bank für Gemeinwirtschaft gehörende WTB-Gruppe, WTB-Westdeutsche Kreditbank GmbH und WTB-Leasing GmbH, beide Köln, sind 1985 mit Geschäftsentwicklung und Ertragslage zufrieden gewesen. Die Gruppe finanzierte für 442 Mill. DM neue Maschinen, Fahrzeuge und Anlagen überwiegend für die mittelständische Wirtschaft in Form mittelfristig objektbezogener Investitions- und Absatzkredite oder im Wege des Leasing mobiler Anlagegüter.

Das Kredit- und Leasingvolumen erreichte 750 Mill. DM (plus 4 Prozent). Dazu kommen noch 23 Mill. DM aus dem auf Sicht auch auslaufenden Konsumentenkreditgeschäft. Beim Gesamtvolumen überwiegen die Bankaktivitäten mit 57 gegenüber dem Leasingbereich mit 40 Prozent. Bei der Bank blieb der Neuumsatz 1985 im Bereich der Investitions- und Absatzfinanzierungen hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Während im verarbeitenden und Dienstleistungsgewerbe das Neugeschäft erhöht wurde, sanken die Umsätze mit dem Baugewerbe. Zins- und Provisionsüberschuß blieben mit 19 Mill. DM auf dem Vorjahresniveau. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages gingen 3,1 (4,7) Mill. an die BfG, weitere 0,3 (2,6) Mill. DM in die Rücklagen. Die Eigenmittel betragen danach 35,6 Mill. DM.

Nach einem beachtlichen Plus des Neugeschäfts im Vorjahr mußte die WTB-Leasing GmbH 1985 mit einem Zuwachs von vier Prozent auf 169 Mill. DM vorliebnehmen. Das Mietvolumen von 313 Mill. DM (plus 7,3 Prozent) ist auch hier breit gestreut. An die Bank-Mutter WTB ging ein Organgewinn von 1,9 Mill. DM.

IVECO MAGIRUS / Absatz von Nutzfahrzeugen im Ausland kräftig gestiegen

Auf Gewinnkurs eingeschwenkt

WERNER NEITZEL, Ulm

Wenngleich der Wettbewerb an den internationalen Nutzfahrzeugmärkten unverändert scharf ist und auch der deutsche Markt nach wie vor Schwächetendenzen aufweist, macht man bei der Iveco Magirus AG, Ulm, die über den Iveco-Konzern zur Fiat-Gruppe gehört, in Optimismus. Nachdem das Unternehmen nach sieben verlustreichen Jahren in 1985 erstmals wieder einen Jahresüberschuß erwirtschaftete, erwartet man nach Worten des Vorstandsvorsitzenden Wolfang Keller, auch für das laufende Geschäftsjahr 1986 schwarze Zahlen. In den ersten vier Monaten lagen die Produktion um 35 Prozent, der Absatz um fast 24 Prozent und der Umsatz um 17 Prozent über den entsprechenden Vorjahreswerten.

Für das ganze Jahr prognostiziert Keller Steigerungen der Produktion auf rund 13 000 komplette Nutzfahrzeuge, einen Absatz (einschließlich importierter Fahrzeuge) von etwa 18 000 Einheiten und einen Umsatz nahe der 2-Mrd.-DM-Marke. Der im vergangenen Jahr bewußt hingenommene Marktanteilsverlust sei inzwischen wieder wettgemacht worden, man liege wieder bei knapp 13 Prozent bei den Neuzulassungen in der Bundesrepublik.

In 1985 war der Anteil von Iveco Magirus am gesamten deutschen Nutzfahrzeugmarkt (ab 3,5 Tonnen) um einen halben Punkt auf 12,2 (12,7) Prozent geschrumpft. Hierzu merkte Keller an, man habe versucht, „etwas mehr Vernunft in die Preisgestaltung zu bekommen". Im Hinblick auf eine etwas konservative Haltung im Vertrieb sei nicht jedes Geschäft mitgenommen worden. Überdies hätten die attraktiven neuen Modelle „Turbo Daily" im Transporter-Sektor wie auch der „Turbo Star" in der schweren Klasse lediglich zeitanteilig zur Verfügung gestanden.

Der vom Ulmer Unternehmen, das innerhalb des Iveco-Verbundes in erster Linie mit der Herstellung der schweren Straßen- und Baustellen-Fahrzeuge, einer mittelschweren Baureihe für den Straßenverkehr, der Brandschutzfahrzeuge und Drehleitern sowie Sonderfahrzeugen befaßt ist, eingeschlagene Erfolgskurs basiert auf Steigerung von Produktion und Umsatz bei gleichzeitig verringertem Mitteleinsatz, ohne dabei an Fertigungstiefe zu verlieren.

Innerhalb von zehn Jahren wurde die Beschäftigtenzahl von rund 12 000 auf nunmehr gut 6000 abgebaut, wobei das Umsatzvolumen etwa gleich blieb. Die Gesamtverschuldung verringerte sich in diesem Zeitraum von etwa 1,4 Mrd. DM auf nunmehr rund 380 Mill. DM. Der kräftige Umsatzanstieg um über 20 Prozent auf 1,81 Mrd. DM im Berichtsjahr 1985 (bei gut zehnprozentiger Absatzsteigerung) ist praktisch ausschließlich auf die Steigerung im Exportgeschäft zurückzuführen, denn im Inland wurden mit 7050 Lkw 1,4 Prozent weniger Fahrzeuge als im Vorjahr verkauft.

Gleichwohl vergrößerte sich der Umsatz von Iveco Magirus im Inland um fünf Prozent auf 767 Mill. DM, doch wesentlich stärker, nämlich um fast 35 Prozent auf 1,04 Mrd. DM schnellte der Auslandsumsatz in die Höhe. Um rund 110 Mill. DM verbesserte sich das operative Ergebnis – von minus 59,5 Mill. auf plus 48,8 Mill. DM. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 31,2 Mill. DM nach einem Defizit von 23,5 Mill. DM. Keller ist zuversichtlich, den nunmehr noch vorhandenen Bilanzverlust von 57,2 Mill. DM abbauen zu können, wenn auch noch nicht in diesem Jahr.

Weiter deutlich besser geworden ist die Bilanzstruktur, wurde doch die Finanzverschuldung im Berichtsjahr um weitere 30 Prozent abgebaut. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 21,7 (17) Prozent. Eingeplant sind für das laufende Jahr 54 Mill. DM Investitionen, das wäre mehr als doppelt so viel wie im Berichtsjahr. Die Zahl der Beschäftigten soll stabil bleiben.

Iveco Magirus	1985	±%
Produktion (Einheiten)	10 587	+ 16,2
Absatz	15 232	+ 10,4
Umsatz (Mill.DM)	1 806	+ 20,3
Exportanteil (%)	58	(51)
Mitarbiter	6 359	- 5,6
Investitionen (Mill. DM)	24	- 17,2
Sachabschreibungen	38	- 20,8
Cash flow	77	+ 83,5
Jahresüberschuß	+ 31,2	(- 23,5)

Inlandszertifikate

	Ausg. 10.6.	Rückn. 10.6.	Rückn. 9.6.
AAR-UNIV.F.1	162,64	153,45	153,43
Adifonds	68,66	65,39	65,49
Adirenta	25,08	24,35	24,30
Adiropa	102,66	99,67	99,51
Adiverba	110,75	105,48	106,27
Adiverba	176,83	168,41	169,18
Aegis Enk.-Fds.	39,39	37,50	37,51
Aegis Wachst.-Fds.	64,48	61,40	61,18
AGF Fonds	171,13	162,98	162,98
Akkumula	204,20	194,44	193,65
Albingia Rendite Fds.	51,40	49,32	49,11
Alfa Kapital Fds.	37,40	34,77	34,87
Allianz-Rentenfonds	124,40	121,37	121,30
Analytik Fonds	34,63	32,19	32,55
Ara-Rendit.	58,83	56,79	56,67
AriDeka	55,85	53,61	53,62
Assecura I	88,55	88,11	88,11
Austr. Pazifik	51,54	50,04	50,07
Berenberg-U-Fonds	421,53	409,25	410,91
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,45	50,92	50,98
Berenberg-U-Renten	125,88	120,86	120,75
BW-Renta-Univ.	54,19	52,87	52,87
BW-Wertberg-Univ.	129,10	124,45	124,45
Colonia Rentenfonds	51,36	49,61	49,53
Concentra	37,27	36,36	36,35
dbi-Fonds V I	–	58,54	58,54
DekaFonds	53,18	50,45	50,52
DekaRent	53,06	52,10	52,17
DekaSpezial	246,63	234,31	235,01
DekaTresor	61,47	59,97	59,94
DespaFonds	84,22	80,81	80,01
DEVIF-Invest	102,40	97,45	98,24
DEVIF-Rent	56,38	54,64	54,48
DIFA-Fonds	187,60	178,10	178,10
DIFA GRUND	104,85	99,61	99,61
DIT Fonds f. Verm.	67,34	65,70	65,88
DIT Rohstoffonds	72,65	70,53	70,68
DIT Pazifikfonds	115,05	111,70	111,36
DIT Spezial	70,17	66,13	67,74
DIT Technologiefonds	85,05	82,57	13,54
DIT Fds.f. Wal.u.Opt.A	133,35	138,10	127,57
Dt. Rentenfonds	84,81	82,95	82,85
Dt. Vermögensb. Fds. A	39,58	37,69	37,74
dgl. I	52,44	49,94	49,95
dgl. R	27,93	27,11	27,09
DWS Bayern Spezial	98,90	94,17	94,40
DWS Energiefonds	86,55	44,40	84,49
DWS Provesta	81,40	77,52	77,57
DWS Rohstoff Fds.	78,65	76,69	76,48
DWS Technologie Fds	91,55	89,79	90,07
Fondak	72,06	68,63	68,54
Fondiram	88,45	85,87	85,65
Fondis	63,22	60,21	61,46
Fondra	115,11	109,63	109,71
FT Accuzins	148,79	136,69	136,14
FT Am Dynamik	24,87	22,76	23,24
FT Frankf. Eff. F	141,02	133,97	132,26
FT Interspezial I	29,33	26,84	26,61
FT Interspezial II	34,00	31,11	30,86
FT Interzins	45,46	44,14	44,08
FT Nippon Dynamik	93,91	85,83	86,12
FT Re-Spezial	192,14	182,53	182,14
Gerling Dynamik	70,23	67,21	66,91
Gerling Rendite	56,54	54,89	54,80
GKD-Fonds	74,70	71,80	71,95
Gotharent	100,74	97,24	97,06
Grundbesitz-Invest.	73,80	70,71	70,71
Grundwert-Fonds	132,95	126,02	126,02
Hbg.-M. Rentenfonds	58,90	56,63	56,58
Hansainternational	55,59	53,71	53,71
Hansaprofit	–	29,19	29,19
Hansarenta	48,91	47,27	47,26
Hansasecur	66,81	63,63	63,63
Hansazins	49,91	48,12	48,22
Haus-Invest	72,10	68,61	68,61
H-Fonds Nr. 1	115,70	110,10	110,10
dgl Nr. 2	75,00	71,30	71,30
Industria	62,59	60,77	60,87
INKA-Global	86,30	82,10	81,00
INKA-Rent	55,70	54,00	53,90
INKA-Re-Invest	137,50	133,40	132,90
Interrenta	73,55	71,75	71,64
Interglobal	152,71	148,26	149,44
Inter-Renta	40,50	39,30	39,24
Intervest	104,10	99,14	99,15
Interkapital	29,00	27,30	27,00
Int. Rentenfonds	85,40	83,52	82,96
Investa	69,70	66,38	66,38
Investors Fds.	15,97	14,84	15,00
Ivera fonds	65,07	57,71	57,48
Japan-Pazifik-Fds.	79,79	77,47	77,94
Kapital. Spezial	141,68	131,06	130,64
Magdeb. W.-Fd.DIT	83,08	79,12	78,98
Medico-Invest	122,25	114,30	113,10
Mertar I	29,71	29,71	29,71
NB Rent	57,45	55,96	55,82
Nordcumula	77,37	73,12	74,21
Nordrenta Int.	61,39	59,60	59,40
Nordstern-F. RK	51,69	49,93	49,86
Nürnberger Rentenfds.	50,50	48,72	48,09
Oppenh. Int. Rent.	101,87	98,89	98,76
Oppenh. Priva-Rent	113,60	110,28	110,01
Oppenheim-Privat	57,14	54,41	53,92
Oppenheim-Spez. I	130,62	126,81	126,39
Oppenheim-Spez. II	92,24	87,84	87,04
Plusfonds	76,58	72,95	73,04
Privatfonds	68,00	64,74	64,16
Re-Inrenta	170,40	166,22	166,02
Renditdeka	35,26	34,23	34,20
Rentak	165,04	154,89	154,63
Rentex	109,93	106,63	106,50
Rentensparfonds	57,45	55,76	55,69
Ring Aktien-Fds. DWS	48,80	46,56	46,62
Ring Renten-Fds. DWS	47,85	45,67	45,59
Säkular-U-Fonds	174,81	169,72	170,21
SMH-Rentenfonds	53,02	51,48	51,36
Südinvest I	68,95	65,65	64,97
dgl. II	79,50	75,71	75,81
dgl. III	27,07	26,28	24,24
dgl. IV	87,20	83,85	83,55
Thesaurent	68,82	67,14	66,45
Thesaurus	231,33	225,69	225,82
Transatlanta	32,68	31,73	32,22
Unifonds	32,50	30,94	30,96
Uniglobal	103,50	98,49	99,88
Unikapital	84,60	82,54	82,36
Unirak	87,15	82,97	82,90
Unirenta	42,40	41,11	41,07
Unispezial I	–	56,45	55,69
Universal-Eff.-F.	97,55	95,64	95,64
Unizins	113,36	110,04	109,88
Verm.-Aufbau-F.	125,55	117,67	118,28
Verm.-Ertrag-F.	101,61	97,70	97,46
VICTORIA Rent-Adig	73,66	71,17	71,00

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,60	31,70	31,65
Bond Valor DM	111,81	109,75	109,63
Convert Fund A DM	unerh.	unerh.	33,70
Convert Fund B DM	unerh.	unerh.	100,80
CS Money Market DM	1085,43	1085,42	1085,30
Eurinvest DM	94,10	90,20	90,40
Eurunion DM	198,65	183,11	185,74
Formular Sel. DM	84,89	79,57	79,37
GT Inv. Fund DM	68,90	65,20	64,60
Interspar DM	28,59	27,11	27,03
Japan Sel. DM	457,55	409,10	409,10
Unico DM	78,70	76,34	76,24
Amerika-Valor sfr.	499,25	482,75	489,50
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	309,45
Automation sfr.	129,00	119,50	119,50
Bond-Invest sfr.	65,00	63,75	63,50
Bond Valor Yen	10663,00	10448,00	10444,00
Bond Valor $	123,11	120,81	120,53
Bond Valor sfr.	207,95	105,90	105,85
Bond Valor Ster.	108,56	106,54	106,40
CSF-Bonds sfr.	79,25	76,50	76,25
CS Gold Valor	96,67	94,86	94,95
CS Money Market $	1145,49	1145,48	1145,29
CS Money Market Ster.	1108,47	1108,41	1108,14
CS Money Market Yen	103110,0	103109,0	103098,0
Convert Valor sfr	140,45	137,85	137,70
Convert Valor $	149,47	146,66	147,49
Dreyfus $*	14,15	13,30	13,46
Dreyfus Internat. $*	49,91	46,92	47,49
Dreyfus Intercont. $*	52,62	49,46	49,46
Dreyfus Leverage $*	22,59	20,67	21,02
Energie-Valor DM	178,53	169,41	169,02
Europa Valor sfr.	196,00	186,50	184,75
Fonsa sfr.	196,50	192,00	191,00
Founders Growth $*	9,97	9,97	10,19
Founders Mutual $*	11,36	11,36	11,63
Goldmines Intl.	–	207,60	209,00
Intercont. Tr. sfr.	–	365,00	365,25
Interswiss sfr.	165,00	164,50	164,50G
Intervalor sfr.	89,50	86,25	86,25
Japan Portfolio sfr.	1349,25	1304,75	1299,00
Kemper Growth $*	14,63	13,39	13,66
Pacific-Valor sfr.	196,75	184,50	183,25
Pharmafonds sfr.	344,00	319,00	317,00
Pioneer Fund $*	25,63	23,45	23,85
dgl. II $*	21,05	19,24	19,52
Schweizeraktien sfr.	499,00	473,00	470,50
Siat-Imm. sfr.	1740,00B	1730,00G	1730,00G
Siat 63 sfr.	1548,00B	1550,00G	1530,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2580,00	2460,00	2460,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1325,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	420,75	408,50	407,00
Technology $*	14,93	13,66	13,94
Technogrowth Fd.	114,43	107,97	107,97
Templeton Growth $*	13,50	12,35	12,46
Universal B.S sfr.	80,25	77,50	77,50
Universal Fund sfr.	128,62	124,95	124,95
Ussec	839,00	789,00	796,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 10. 6. 1986

2506 Optionen = [illegible] (141 400) Aktien, davon 721 Verkaufsoptionen = 36 850 Aktien.

[illegible]

Renten-Optionshandel

Frankfurt: 10. 6. 1986

[illegible]

Junge Aktien

[illegible]

Devisenmärkte

Unsicherheit löste am 10. Juni am Devisenmarkt eine abwartende Haltung aus. Die Krise um Mexiko mahnte zur Vorsicht, andererseits zogen die Zinssätze für Dollar geringfügig an. Die Unsicherheit zeigte sich deutlich in der Kursentwicklung. Der Dollar wurde am Morgen bis 2,245 bezahlt, mußte dann aber den Rückzug antreten und fiel am Nachmittag auf 2,226 zurück. Amtlich wurde er mit 2,2305 festgestellt. Die kleineren Währungen gaben meist nach. Für die Spanische Peseta und den Portugiesischen Escudo wurden mit 1,542 und 1,484 neue historische Tiefstkurse ermittelt. Der Schweizer Franken, das Britische Pfund und der Yen waren dagegen gut behauptet. US-Dollar in: Amsterdam 2,5125; Brüssel 45,55; Paris 7,125; Mailand 1531,80; Wien 15,672; Zürich 1,8384; Ir. Pfund/DM 3,032; Pfund/Dollar 1,5057; Pfund/DM 3,354.

Devisen und Sorten

10.6.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wochs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten[4] Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,2265	2,2345	2,2214	2,18	2,28
London[2]	12,0	3,347	3,361	3,307	3,29	3,44
Dublin[2]	16,5	3,025	3,039	2,998	2,97	3,12
Montreal[1]	8,92	1,6008	1,6088	1,5903	1,55	1,65
Amsterd.	4,50	88,715	88,935	88,54	88,05	89,80
Zürich	4,00	121,25	121,45	121,18	120,80	122,75
Brüssel	8,00	4,888	4,908	4,865	4,77	4,97
Paris	9,50	31,32	31,48	31,985	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,96	27,06	26,82	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,275	29,345	28,63	28,75	30,50
Stockh.	8,00	30,91	31,07	30,62	30,55	32,25
Mailand[3]**	12,0	1,452	1,462	1,4325	1,40	1,50
Wien	4,00	14,213	14,253	14,209	14,11	14,33
Madrid	8,00	1,557	1,567	1,534	1,53	1,65
Lissabon**	17,5	1,474	1,494	1,433	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,3295	1,3325	–	1,29	1,38
Helsinki	8,00	42,93	43,13	42,42	42,00	44,00
La Valetta*	–	–	–	–	3,35	4,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,05	4,75
Athen* **	20,5	1,573	1,627	–	1,30	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,546	1,565	–	1,49	1,42
Johannbg.*	12,0	0,838	0,872	–	0,71	0,95
Hongkong*	–	28,41	28,69	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire. [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert. ** Einfuhr begrenzt gestattet.

FINANZANZEIGEN

HYPO-BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Angebot zum Bezug der 3% Optionsanleihe von 1986/1996

(Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 001, 802 003)

München, im Juni 1986

Aufgrund der in der ordentlichen Hauptversammlung vom 15. Mai 1985 erteilten Ermächtigung haben wir die Ausgabe einer Optionsanleihe im Gesamtnennbetrag von 200 000 000,— DM beschlossen. Die Optionsschuldverschreibungen werden den Aktionären im Verhältnis 35 : 10 zum Ausgabekurs von 110% börsenumsatzsteuerfrei zum Bezug angeboten. Für den bei dem Bezugsverhältnis 35 : 10 verbleibenden Spitzenbetrag ist das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Die Optionsanleihe hat folgende Ausstattung:

Stückelung: Die Anleihe ist eingeteilt in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von 1000,— DM und 10 000,— DM.

Verzinsung: Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Juli 1986 an mit 3% jährlich verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am 1. Juli eines jeden Jahres, erstmalig am 1. Juli 1987, zur Zahlung fällig.

Laufzeit: Die Laufzeit der Anleihe beträgt 10 Jahre.

Tilgung: Die Teilschuldverschreibungen werden am 1. Juli 1996 zur Rückzahlung zum Nennbetrag fällig.

Kündigung: Die Teilschuldverschreibungen können von *den Anleihegläubigern und der Anleiheschuldnerin* nicht gekündigt werden.

Optionsscheine: Jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 1000,— DM sind zwei Inhaber-Optionsscheine mit Berechtigung zum Bezug von einer und zwei Inhaberaktien, also insgesamt drei Inhaberaktien, der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG im Nennbetrag von je 50,— DM, jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 10 000,— DM ist ein Optionsschein mit Berechtigung zum Bezug von dreißig Inhaberaktien im Nennbetrag von je 50,— DM beigefügt. Die Optionsscheine können ab dem 8. Juli 1986 von den Teilschuldverschreibungen abgesondert und übertragen werden.

Optionsrecht: Die Inhaber der Optionsscheine sind berechtigt, die auf den Optionsscheinen angegebene Anzahl von Inhaberaktien zum Optionspreis von 510,— DM je Aktie im Nennbetrag von 50,— DM zu beziehen. Aktien, die aufgrund des Optionsrechts erworben werden, sind für das Geschäftsjahr gewinnanteilberechtigt, in dem die Optionserklärung wirksam wird.

Optionsfrist: Das Optionsrecht kann vom 18. August 1986 bis zum 1. Juli 1996 ausgeübt werden. Ausgenommen ist jedoch jeweils der Zeitraum
- von dem Tag an, an dem die Einberufung einer Hauptversammlung im Bundesanzeiger bekanntgemacht wird, bis zum Tag der Hauptversammlung,
- *von einem Monat vor dem Ende des Geschäftsjahres,*
- zwischen dem Tag, an dem die HYPO-BANK ein Angebot zum Bezug von neuen Aktien, Schuldverschreibungen und/oder Genußrechten mit Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien im Bundesanzeiger veröffentlicht, und dem Tag, an dem die bezugsberechtigten Aktien an der Bayerischen Börse in München erstmals amtlich „ex Bezugsrecht" notiert werden.

Ausübung Option: Zur Ausübung des Optionsrechts muß der Inhaber des Optionsscheins eine schriftliche Erklärung unter Benutzung der bei den Annahmestellen erhältlichen Vordrucke gegenüber der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, als Optionsstelle abgeben. Die Optionserklärung ist bindend. Annahmestellen sind die nachstehend als Bezugsstellen aufgeführten Banken. Bei Abgabe der Erklärung ist der Optionspreis zu zahlen und der Optionsschein mit allen noch nicht aufgerufenen Legitimationsscheinen einzureichen. Der Eingang des Optionspreises und des Optionsscheins mit den noch nicht aufgerufenen Legitimationsscheinen bei der HYPO-BANK, München, als Optionsstelle sind Voraussetzung für das Wirksamwerden der Optionserklärung. Erklärungen, die der Optionsstelle in dem Zeitraum, in dem die Option ausgeschlossen ist, zugehen, werden zum nächstfolgenden Tag, an dem die Ausübung des Optionsrechts wieder zulässig ist, *berücksichtigt. Die aufgrund* der Ausübung des Optionsrechts auszugebenden Aktien werden bei der vermittelnden Annahmestelle alsbald nach Wirksamwerden der Optionserklärung zur Verfügung gestellt.

Verwässerungsschutz: Sofern die HYPO-BANK bis zum 1. Juli 1996 unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien erhöht oder neue Schuldverschreibungen und/oder Genußrechte mit Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien begibt, wird der jeweils geltende Optionspreis um den Betrag ermäßigt, der sich aus dem Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechts an allen Handelstagen an der Bayerischen Börse in München — aufgerundet auf volle Deutsche Mark — errechnet.
Stichtag für die Ermäßigung des Optionspreises ist der Tag, an dem erstmals die bezugsberechtigten Aktien an der Bayerischen Börse in München amtlich „ex Bezugsrecht" notiert werden. Der Optionspreis wird nicht ermäßigt, wenn dem Inhaber dieses Optionsscheins ein unmittelbares oder mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder auf die neuen Schuldverschreibungen und/oder Genußrechte mit Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien eingeräumt und der Inhaber dieses Optionsscheins dabei so gestellt wird, als hätte er die Option bereits ausgeübt.

Bedingtes Kapital: Zur Sicherung des Optionsrechts besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von 30 000 000,— DM.

Wertpapier-Kenn-Nummern:

Teilschuldverschreibungen mit Optionsscheinen:	200 874
Teilschuldverschreibungen ohne Optionsscheine:	200 875
Optionsscheine:	802 006

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die Optionsschuldverschreibungen zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 23. Juni bis zum 7. Juli 1986 einschließlich

bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen auszuüben.

Bezugsstellen sind sämtliche Außenstellen unserer Bank und folgende Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin:

Algemene Bank Nederland (Deutschland) Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
August Lenz & Co.
Bankhaus Maffei & Co. GmbH
Merck, Finck & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

in Österreich:
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft, Wien

Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 48 der Aktien. Auf je siebzig Aktien im Nennbetrag von 50,— DM können 1000,— DM Nennbetrag der Anleihe mit Optionsscheinen zum Kurs von 110% börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist am 7. Juli 1986 unter Verrechnung der Stückzinsen zu zahlen.

Die Bezugsrechte (Wertpapier-Kenn-Nummer 802 008) auf die Optionsschuldverschreibungen werden in der Zeit vom 23. Juni bis zum 3. Juli 1986 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er während der Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 48 erfolgt und weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Bis zur Auslieferung von Einzelurkunden sind die Optionsschuldverschreibungen und die Optionsscheine in Globalurkunden verbrieft, die bei der Bayerische Wertpapiersammelbank AG, München, hinterlegt wurden. Ansprüche auf Auslieferung können erst nach Ausdruck der Einzelurkunden geltend gemacht werden; der Stückedruck ist eingeleitet. Die Bezieher erhalten zunächst Gutschrift auf Girosammeldepotkonto.

Die Zulassung der Teilschuldverschreibungen und der Optionsscheine zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen München und Frankfurt/Main sowie die Zulassung der Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung an allen deutschen Wertpapierbörsen und in Wien werden alsbald beantragt.

Die Inhaber der Optionsscheine aus der 3% Optionsanleihe von 1985/1994 sind nicht bezugsberechtigt. Der Optionspreis zur Ausübung der Option auf HYPO-BANK-Aktien ermäßigt sich aufgrund dieser Kapitalmaßnahme nach den in § 6 der Optionsbedingungen enthaltenen Bestimmungen. Der neue Optionspreis und der Stichtag, von dem ab der ermäßigte Preis gilt, wird gesondert bekanntgemacht.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

PWA

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit zur ordentlichen Hauptversammlung ein. Sie findet am Mittwoch, dem 23. Juli 1986, um 10.30 Uhr im Sheraton Hotel in München, Arabellastraße 6 (Kongreßzentrum), statt.

Tagesordnung

1.

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1985 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts.

2.

Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn von DM 28.000.000 zur Ausschüttung einer Dividende von DM 7,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 200.000.000 zu verwenden.

3.

Ermächtigung zur Schaffung genehmigten Kapitals und Beschluß über die Satzungsänderung.

Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals mit mittelbarem Bezugsrecht. Das mittelbare Bezugsrecht der Aktionäre kann für den Betrag ausgeschlossen werden, der einer Zuteilung neuer Aktien an die Inhaber von Optionsscheinen aus nach §4 Absatz (3) der Satzung begebenen Optionsschuldverschreibungen, die von ihrem Optionsrecht nach dem Beschluß des Vorstands über die Ausnutzung des genehmigten Kapitals Gebrauch gemacht haben, dienen soll. Das bislang gemäß §4 Absatz (2) der Satzung bestehende genehmigte Kapital läuft mit dem 07.10.1986 aus.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den §4 Absatz (2) der Satzung zu ändern und wie folgt neu zu fassen:

"(2) Der Vorstand ist auf die Dauer von 5 Jahren ab Eintragung der Satzungsänderung im Handelsregister ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft gemäß Absatz (1) um bis zu DM 100.000.000 auf einmal oder in Teilbeträgen durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Einlagen gemäß den Bestimmungen der §§202 ff. AktG zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Der Vorstand ist verpflichtet, bei Ausübung der Ermächtigung die neuen Aktien durch ein Bankenkonsortium den Aktionären im Verhältnis ihres bisherigen Aktienbesitzes zum Bezug anzubieten. Letzteres gilt nicht für den Betrag, der einer Zuteilung neuer Aktien an die Inhaber von Optionsscheinen aus nach Absatz (3) begebenen Optionsschuldverschreibungen, die von ihrem Optionsrecht nach dem Beschluß des Vorstands über die Ausnutzung des genehmigten Kapitals Gebrauch gemacht haben, dienen soll.

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung jeweils entsprechend der Durchführung der Kapitalerhöhung zu ändern."

4.

Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5.

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1986 zu wählen.

Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, ihr Stimmrecht ausüben oder Anträge stellen wollen, bitten wir, gemäß §21 der Gesellschaftssatzung, ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bis spätestens Mittwoch, dem 16. Juli 1986, bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen im Bundesgebiet zu hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort zu belassen.

- ☐ Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
- ☐ Deutsche Bank Aktiengesellschaft
- ☐ Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
- ☐ Bayerische Landesbank Girozentrale
- ☐ Berliner Handels- und Frankfurter Bank
- ☐ Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Für den Fall einer Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist der hierfür auszustellende Hinterlegungsschein spätestens am Freitag, dem 18. Juli 1986, bei der Gesellschaftskasse einzureichen.

München, im Juni 1986

PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Aktien zeigen sich widerstandsfähig

Trotz Kurseinbruchs an der Wall Street behauptete Tendenz

DW. – Die deutschen Aktienmärkte präsentierten sich am Dienstag in einer recht widerstandsfähigen Verfassung. Versuche des Berufshandels, die Kurse infolge des 2½prozentigen Kursverlustes an der New Yorker Aktienbörse außerbörslich hinunterzusprechen, wurden durch die bestehende Orderlage nicht ausreichend gestützt. Glattstellungen der Börsenkulisse führten nach den Kursavancen des Vortages immer wieder zu Rückschlägen, so daß die Kurse in der Schlußphase keine einheitliche Tendenz mehr aufzeigten.

Größte Nutznießer der Käufe waren die in letzter Zeit etwas vernachlässigten Montane. So konnten Hoesch, vor allem aufgrund von Kaufempfehlungen aus Bankenkreisen, rund 3 DM gewinnen. Unter den Maschinenbauern ragten GHH mit einem Tagesgewinn von 7 DM bei den Stämmen heraus. Freundlich die Autozulieferer, bei denen Phönix-Gummi am Tag vor ihrer Hauptversammlung stärker zulegen konnten als Vortagesfavorit Conti-Gummi. Automobilwerte lagen knapp behauptet. Der Bankenmarkt tendierte leichter, wobei Deutsche Bank sogar wieder unter die 800-DM-Marke rutschten. Die Entwicklung der Springer-Aktie paßte sich am Tage der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens der Gesamttendenz an. Feldmühle schlossen nach sehr festem Beginn nur knapp unter Vortagesniveau. Degussa erhöhten sich im Zuge eines erheblich höheren Goldpreises um etwa 8 DM.

Frankfurt: Aesculap lagen um 15 DM, Holzmann um 30 DM und Kali + Salz um 8,50 DM weiter fest. Enzinger Union legten 8 DM zu. Altana verminderten um 15 DM und Ymos um 15,10 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verbesserten sich um 19 DM, Bilfinger um 3 DM und Gildemeister um 3,50 DM. Hageda stockten um 9,50 DM und Kromschröder um 4 DM auf. Schiess gaben um 2 DM und Dyckerhoff St. um 6 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf stockten um 5 DM und Phoenix Gummi um 4,50 DM auf. HEW lagen um 1 DM fester. Reichelt und Hapag Lloyd büßten jeweils 2 DM ein. Bremer Vulkan lagen um 1,50 DM leichter.

Berlin: Berliner Elektro zogen um 14 DM an. DUB-Schultheiss lagen um 8 DM. DeTeWe und Kempinski um je 4 DM und Orenstein um 3 DM fester. Schering büßten 13 DM und Bekula 3 DM ein.

München: Aigner lagen um 4,50 DM, Electro 2000 um 15 DM und Knürr um 3 DM fester. Um je 5 DM verbesserten sich Escada und Hutschenreuther. Nachgegeben haben Gehe AG um 2 DM und Energie Ostbayern um 7 DM.

Stuttgart: Aesculap erhöhten um 10 DM. Ebenfalls um 10 DM verbesserten sich Kolbenschmidt und die Württembergische Hypothekenbank. Fuchs waren um 6 DM ermäßigt. Gehe verloren 7 DM.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 276,33 (276,45)
WELT-Umsatzindex: 4039 (3953)
Advance-Decline-Zahl: 95 (139)
38-Tage-Linie: 289,14 (289,97)
200-Tage-Linie: 262,73 (262,34)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		10.6.	9.6.
H	Aach.M.Bet. 10	2340	2340
H	Aach. M. Vers. 7	1720	1760
D	Aach. Rück. 9	2800	2730T
D	Aesag *4	380bG	380G
M	Ack.-Gögg. 6	174,8	177bB
H	Adca 3	180	185
D	Adler 9	319G	319G
F	AEG 0	322	318,5
D	AEG KABEL 9	400	381
S	Aesculap 9	410TG	400TG
F	AGAB 5	134	133
D	Agrippina *0	3800T	3900bG

		10.6.	9.6.
F	Cobk.Genußsch.	116,2	117,4
D	Conc. Chem. 4,5	2458	2458
B	Conc. Spinne * 0	555bG	555bG
D	Contigas 8	365	365
D	Conti Gummi 3	264,2	263
D	Dahlb. St. 7,65	261	265
D	dgl. Vz. 14,55	410G	410G
S	Daimler 10,5	1348	1348
M	Deckel AG 0	220	220bG
D	Dt. Atl. Tel.10	791G	791G
H	Doag 5	438	422
D	Dt. Babcock St. 3	191,5	194
D	dgl. Vz. 3,5	187	187
F	Dt. Bank 12	801	806,5
D	Dt. Centrboden 12	740	750bB

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam | Brüssel | Hongkong | Kopenhagen | London | Luxemburg | Madrid | Mailand | New York | Paris | Johannesburg | Stockholm | Singapur | Tokio | Sydney | Oslo | Toronto | Wien | Zürich

Festverzinsliche eher leichter

Der Rentenmarkt war am Dienstag von einer etwas leichteren Tendenz gekennzeichnet. Öffentliche Anleihen mußten Abschläge von bis zu 0,50 Prozentpunkten hinnehmen. So wird mittelfristig eine Rückbildung der Durchschnittsrendite bei Festverzinslichen erwartet, wie dies auch von einer Reihe international renommierter Experten vorhergesagt wird, jedoch fehlt es momentan an entscheidenden Anstößen für höhere Rentenkurse. Die schwache Verfassung der US-Rentenmärkte tat, obwohl weitgehend technisch bedingt, in diesem Zusammenhang ein übriges.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

F	6¾ dgl. 85 m. O.	255T	257T
F	6¾ dgl. 85 o. O.	94	95,5G
F	5¾ dgl. 85 m O.	228	228G
F	5¾ dgl. 85 a. O.	97,25	97,25
F	6¼ dgl. 86 m. O.	134	136
F	6¼ dgl. 86 o. O.	98,5T	99,25
F	3¾ Didier 85 m. O.	140,5	140,5
F	3¾ Didier 85 o. O.	80,75T	80,5T
F	4 Dresdn Bk. 83 m. O	195T	195T
F	4 dgl. o. O.	95	96
F	8 dgl. 84 m. O.	220G	217G
F	8 dgl. 84 o. O	107,5	108
F	3½ Fuji 84 m. O.	131G	131G
F	3½ dgl. 84 o. O.	97,75	97,75
F	3½ Hanwa 84 m. O.	144G	145G
F	3½ dgl. 84 o. O	94,5G	94,5bG
F	7¾ Jap. Synth. 82 m.O.	217G	217G
F	7¾ dgl. 82 o. O.	102,5	102,5G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	10.6.	9.6.
8 Afr. Entwbk. 79/87	101,2G	101,2G
10 dgl. 82/89	109,8	109,75G
8 dgl. 84/91	105,25	105,25
9 Air Canada 82/92	110,5	110G
7¾ dgl. 85/95	105T	105T
9½ Akzo 82/89	105	104,7
7½ Allied Chem. 84/94	105	105G
8¼ AMCA Ltd. 83/91	105,25	105,25
8¾ A.N.A.S. 83/88	104,5bG	104,25
8½ dgl. 84/91	105,75	106
5½ Am. Express 79/87	99,85G	99,85
8 Arab.Banking 83/88	103,7	103,5

6 Dt. Bk. Fin. 85/91	102,5	102,5
4½ Dr.Bk.Fin 85/90	98,6bG	100,5T
8½ E.D.F. 82/92	107bG	106,5G
8¼ dgl. 83/93	106,5	106,1
7 Eletrobras 77/87	101,5G	101,5G
7 dgl. 79/87	100,1	100
5¾ E.F. Aquit. 78/88	100,25	100,25
6½ Emhart Corp. 85/95	102,25	102
9¾ Emhart Overs. 82/89	101,7T	101,7T
6¼ Ericsson LM 72/87	100,7G	100,7
6¼ Escom 72/87	99G	99bG
7 dgl. 73/88	100bG	100,5G
9¼ dgl. 80/87	101	101
9½ dgl. 82/90	102,5	102,75
8¾ dgl. 83/90	102,5T	101bB
8 dgl. 84/92	100,25	101G
8¾ dgl. 84/92	100,75T	102
7¾ Estel 73/88	102,5	102,25T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir sind Deutschlands führender Hersteller für drahtlose Alarmanlagen und suchen

Funk-Alarm-Direktverkäufer

für den Verkauf an Endverbraucher (Hausbesitzer und Firmen).

Scharpf-Alarmsysteme

Am Siebenstein 2 · 6072 Dreieich-Buchschlag

Tel. 0 61 03 / 6 60 52

Wir sind ein international tätiges Unternehmen und suchen

VERKAUFSPARTNER

für die Gebiete:

Bundesrepublik Deutschland
– Saarland
– Hessen
– Nordrhein-Westfalen
– Niedersachsen
– Hamburg
– Bremen
– Schleswig-Holstein

Österreich

Schweiz

Niederlande

Dänemark

Unsere neuen Produktgruppen aus der

Sicherheits-, Regel- und Meßtechnik

sind ausgestattet mit hohen technischen Leistungsstandards und werden in den wichtigsten Industriebereichen der Zukunft eingesetzt, zum Beispiel in

Maschinen- und Anlagenbau, Chemie, Abwassertechnik, Umweltschutz, Kältetechnik, Wasseraufbereitung usw.

Für die Anwendung ... zur automatischen Beeinflussung flüssiger und gasförmiger Medien.

Von den zukünftigen aktiven Vertragspartnern – Niederlassung oder Vertragshändler oder Handelsvertreter – erwarten wir Ingenieurwissen, Abnehmerkenntnisse und -kontakte sowie einschlägige Verkaufserfahrungen.

Wenn Sie interessiert sind, dann richten Sie bitte Ihre Anfrage an uns unter W 3043 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

An alle Gastronomen!

Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen? Dann bieten Sie Ihre Tagesmenü-Karte über eine schöne Kassette an, die von einer angenehmen Stimme besprochen sowie mit schöner Musik umrahmt wird.

Melodie Musik-Studio
Postf. 21 01 16, 7500 Karlsruhe

Rudi Lam, Tel. 07 21 / 85 37 67 oder 0 72 71 / 87 75

Suche Lizenznehmer für Lkw-Pannenwerkzeug

(Patent angemeldet, Prototyp vorhanden). Bin Kaufmann, 45 Jahre und suche gleichzeitig neuen Wirkungskreis. Mein Werkzeug und die Produkte des Lizenznehmers würde ich in diesem Rahmen mitverkaufen. Zuschriften erb. u. R 3047 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Revisionsfachmann (In- und Ausland) sucht int. Aufträge, z. B. Kassen, Personenkonten, sonst. Buchhaltung, Materialwirtschaft. Zuschriften erb. u. Z 3046 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spedition

sucht Dauerbeschäftigung f. blaue Konzession, Standort Hamburg. Zuschr. erb. u. R 2818 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Berliner Kunststoffspritzerei

sucht Verbindung zu Abnehmern von Kunststoffteilen, z. B. kleinere techn. Serienteile, Spielzeug- oder Verbrauchsteile. Anfragen unt. V 3042 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in Essen

Kompl. Büro einschl. Sekretärin, Pkw und kl. Lager. Tel. 02 01 / 71 65 18

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**

je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 48, 43 Essen 15.

An- und Verkauf

von Waren und Dienstleistungen aller Art. Tel. 02 34 / 50 15 00

Übernehme Lagerung – Verteilung – An- und Auslieferung, Büro- und Telefondienst.

Zuschriften erb. u. U 3041 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zeit- u. Projektmanagement

Dipl.-Kaufmann/Ingenieur, 12 J. Geschäftsführungs-Erfahrung mit Sanierungserfahrung.

Tel. 0 44 71 / 62 69

Repräsentanz/Vertretungen/Verkauf

für Industrie u. Handel gesucht. Kontakt: Tel. 0 53 00 / 4 18

SELBSTÄNDIG, UNABHÄNGIG

mit WISU-I, auch für Existenzgr. und Kleinfirmen. Kostl. Info. M. B. Postf. 1266, 7266 Spaichingen

---

Für den Vertrieb unserer Beratung und Dienstleistungen in

Marketing und Training

suchen wir für Rhein-Ruhr sowie Niedersachsen selbständige Partner

Rufen Sie uns doch bitte an am 11., 14., 16. oder 18. 6. zwischen 17 und 19 Uhr unter 0 61 96 / 2 70 68 (Dr. Rainer Gebauer)

CTI Consulting Training Information für Marketing, Communication, Personal

---

NEU!

Deutscher Hersteller vergibt in- und ausländische Herstellungs- und Vertriebslizenz für ein Markenprodukt der Einrichtungsbranche (Wachstumsmarkt, *keine Möbel*) für *gewerbliche* und *private* Kunden, *Städte* und Gemeinden.

- Zur Herstellung ist ein Betriebsraum von ca. 100 m² notwendig
- 2–3 Mitarbeiter mit handwerklichem Geschick
- Kapitaleinsatz ca. 150 000,– DM

Die Umsatzerwartung im ersten Jahr beträgt 1 Mio. Nettogewinnspanne ca. 50 Prozent. Finanzstarke Interessenten erhalten 1. Information durch den Beauftragen

Capital-Commerz GmbH

Schloß Weyhern, D - 8081 Egenhofen
Telefon 0 89 / 3 17 18 05

Unternehmen des Inkassowesens

vergibt bundesweit Vollexistenzen in Gestalt von

selbständigen Gebietsvertretungen/Agenturen

auf Kreis- bzw. Großstadtebene (Gebietsschutz).

Kein Kapitaleinsatz erforderlich,
erstklassiger Leumund ist ausschlaggebend. Garantie-Einkommen ist sichergestellt.

Schriftl. Bewerbungen an: **Greif GmbH**, Winterhuder Weg 8, 2000 Hamburg 76

Für alle Verantwortlichen in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung:

Angebote und Informationen für Ihr firmeninternes Training von Trainern, Seminar-Instituten, Seminar-Hotels, über *Lehrmaterial, Hardware.*



Aktuell und kostenlos über Btx *20184#

A + L Infocenter GmbH · Isestraße 115
2000 Hamburg 13 · Telefon: (0 40) 48 11 19



Mahl-, Aufbereitungs- und Mischkapazitäten

anzubieten.

Fa. Otto Baersch, Kohlenweg 10, 4600 Dortmund 1 (Hafen)
Telefon 02 31 / 82 69 16

Mit der Unterstützung eines bedeutenden Unternehmens schaffen Sie jetzt den Sprung in die Selbständigkeit mit unserem neuartigen

Alarmsystem

Völlig neue Technik bietet Ihnen jetzt die Möglichkeit, Spitzeneinkommen in einem geschützten Verkaufsgebiet zu erzielen. Startkapital: ca. DM 30 000,–. Fordern Sie ausführliche Informationen an bei: Protector GmbH, Steintorwall 4, 2000 Hamburg 1, Tel. 0 40 / 33 12 22

Dipl.-Ing. Sachverständiger

für textile Materialprüfung mit Untersuchungs-Labor u. langj. Berufserfahrung sucht für freiberufliche Tätigkeit Verbindung zu Garn- und Textil-Importeuren, Versicherungen, Banken oder Einkaufsverbänden. Angebot unter X 3044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinen-Konstruktion

Maschinenbau-Meister mit über 15jähriger Erfahrung im Sondermaschinenbau sucht freie Mitarbeit.

Zuschr. erb. u. G 3053 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Seit mehr als 10 Jahren in Industrie und Forschung eingeführte

Handelsvertretung Ingenieurbüro
Hannover / Plz 2 + 3

sucht zur Erweiterung und Abrundung der Angebotspalette weitere ausbaufähige

Vertretung

Prüf- und Meßtechnik, Qualitätskontrolle, Werkstoffprüfung, Investitionsgüter bevorzugt. Kleines Lager und ggf. Werkstatt vorhanden. Zuschriften erbeten unter Y 3045 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Engl. GmbH (Ltd.)

Tel. 0 69 / 59 51 47, Telex 4 170 194

Wir lösen Probleme!
Nuhn-Bode & Partner

Spezialdetektei
Sonderabteilung für weltweite Personenauffindung
Agentur für Problemlösungen
Persönl. Kurierdienste

Zentralruf Tag und Nacht
02 28 / 37 99 55

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.

Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse

Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.



Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 8 30 33 12
Telex 8 587 842 pdus
Telefax 02 11 / 8903 – 999

Modern konzipiertes

Unternehmer-Berater-Team

sucht weitere selbständige Kollegen in Nord-/West-Deutschland.

Die Felder F + E, Technologie, Fertigung, Energie sind besonders gefragt.

Langfristige Zusammenarbeit ist unser Ziel.

UBT
Unternehmer-Berater-Team für den Mittelstand
Hohe Egge Oberweg 12
4322 Sprockhövel

Sie suchen – wir finden (wir besorgen) diskrete und seriöse Dienstleistungen. Anfragen unter Tel. 0 72 21 / 3 25 09

Tennisballen

(ab 6 m Raumhöhe) als Referenzobjekte gesucht. Bereitschaft für eine regelmäßige Messung durch einen vereid. Ingenieur zur Feststellung der Energiekostensenkung muß gegeben sein.

Anfragen:
Wings & Palms, 2211 Münsterdorf
Tel. 0 48 21 / 8 60 49, Tx. 2 8 108

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Gebäudekomplex mit 50 Zimmer auf 7000 m² Areal

geeignet als Erholungs-, Seminarwohn-, Jugend- u. Rehabilitationsheim oder als Hotel garni, in ruhigster, schönster Waldrandlage von Neustadt an der Weinstraße (2 km von City)

ab 1987 zu vermieten.

Anfragen bitte an: Verwaltungsdirektor Harry Kindermann, Hauberallee 13, 6730 Neustadt/W.

Repräsentative Villa bei Düsseldorf

mit ca. 300 qm Wohnfläche, für verwöhnte Ansprüche, exquisit renoviert. Beste Lage.

Zuschriften unter L 8178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Den Helder NH Wohnhaus auf Eigengrund

gut isol., gr. Wohnzi. m. Parkettboden, Eichen-Kü. m. Einb.-Ger., 3 Schlafzi., Badezi., 5 Gehmin. v. Wald, Strand, Dünen, Sportpl., Einkaufszentrum. Freie Siedlung, VB hfl 109 000,- zzgl. K. T.: 00 31-22 30 2 26 86 (nach 18 Uhr)

Renommierte Praxis f. Hypnosetherapie

inkl. Mietwohnung in München an Arzt, Dipl.-Psych., Heilpraktiker baldigst abzugeben. Einweisung möglich. Zuschr. erb. unter K 2967 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(titulиert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Ohne Bargeld Grundbesitz übernehmen? Unglaublich? Fordern Sie uns! Zuschriften erb. u. H 2966 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Teneriffa/Puerto de la Cruz

Luxus-Whg., 120 m², 11. Etage in App.-Hotel, Strandpromenade, Panoramablick, echte antike Möbel, 2 Bäder. DM 480 000,– inkl. aller Vertragskosten, von Privat. Zuschr. u. P 2927 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ich beteilige mich

an solventem, expand. Unternehmen bis
DM 1 000 000,-!
Kurzfristiger Kapitalfluß bei Bonitätsnachweis im Bereich der Gegengeschäfte bis zu DM 300 000,- möglich!

Vertrauliche Abwicklung wird gewährleistet!

Tel. 02 08 / 89 16 98

oder Zuschriften unter B 2938 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tankstelle / Wohnhaus

mit Werkstatt/Waschhalle/Laden zu vermieten oder verkaufen.

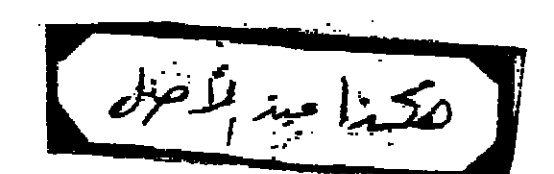
DIRKS, 2952 Weener/Ostfriesland, Tel. 0 49 51 / 7 55

W 3931

Zwei Zeitungen – ein Immobilienteil

Jeden Samstag **DIE WELT**

Jeden Sonntag **WELT am SONNTAG**



Warenpreise – Termine

Mit zum Teil kräftigen Aufschlägen schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der Yorker Comex. Um das Limit niedriger ging Kaffee aus dem Markt. Kakao notierte schwächer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	9.6.	6.6.
Juli	250,00	254,75
Sept.	252,00	256,50
Dez.	260,50	263,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	254,43	253,83
Am. Durum	252,21	251,61

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Juli	106,40	106,90
Okt.	108,00	108,30
Dez.	109,30	109,30

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Juli	82,10	81,50
Okt.	78,10	77,80
Dez.	77,90	77,80

HAFER Chicago (c/bush)		
Juli	109,50	106,50
Sept.	108,50	109,75
Dez.	113,75	115,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Juli	237,00	237,50
Sept.	201,50	202,25
Dez.	194,75	196,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Juli	103,80	101,30
Okt.	86,70	87,20
Dez.	86,70	87,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	9.6.	6.6.
Juli	183,30	193,25
Sept.	188,00	197,25
Dez.	197,00	201,00

KAKAO New York ($/t)	9.6.	6.6.
Juli	1785	1820
Sept.	1844	1880
Dez.	1895	1930
Umsatz	4592	7219

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Juli	6,98	7,30
Sept.	7,12	7,44
Okt.	7,22	7,59
Jan.	7,45	7,68
März	7,75	8,05
Umsatz	12697	9229

[illegible]-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,97	6,89

KAFFEE London (£/t) Robusta	9.6.	6.6.
Juli	1845-1855	1893-1898
Sept.	1885-1890	1940-1942
Nov.	1930-1935	1978-1980
Umsatz	3443	5592

KAKAO London (£/t)		
Juli	1337-1339	1346-1347
Sept.	1364-1365	1364-1366
Dez.	1400-1401	1400-1402
Umsatz	1426	6300

ZUCKER London ($/t) Nr.6	9.6.	6.6.
Aug.	159,00-159,40	167,00–
Okt.	164,00-164,20	171,80-172,00
Dez.	167,00-169,00	174,20-176,00
Umsatz	1764	1535

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	10.6.	9.6.
schw.	825,00	
Saraw.spez.		
weiß Saraw.	1140,00	geschl.
weiß Mont.	1155,00	

ORANGENSAFT New York (c/lb)	9.6.	6.6.
Juli	98,80	100,50
Sept.	98,65	101,05
Nov.	99,75	102,75
Jan.	101,25	104,05
März	102,10	104,70
Umsatz 1100	600	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	9.6.	6.6.
	27,25	27,75

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	18,50	18,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Juli	16,88	17,26
Aug.	17,03	17,44
Sept.	17,18	17,55
Okt.	17,20	17,55
Dez.	17,56	17,90
Jan.	17,70	17,95
März	17,95	18,26

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,50	17,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	10,00	9,75
Choise white hog 4 % fr. F.	8,00	8,50

TALG New York (c/lb)		
top white	10,25	10,75
fancy	9,75	10,25
bleichf.	9,50	10,00
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Juni	52,10	51,32
Juli	49,35	48,60
Aug.	46,20	46,05

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Juli	70,55	71,35
Aug.	68,85	69,55
Febr.	59,85	57,85

HÄUTE Chicago (c/lb)	9.6.	6.6.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,50	70,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Juli	530,00	533,50
Aug.	521,50	525,50
Sept.	508,00	512,75
Nov.	504,25	510,50
Jan.	513,75	519,50
März	524,00	530,00
Mai	529,50	535,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Juli	148,90	149,00
Aug.	147,80	147,80
Sept.	145,38	146,00
Okt.	143,50	144,50
Dez.	145,50	146,30
Jan.	146,50	147,00
März	149,00	149,80

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	9.6.	6.6.
Juli	268,00	268,50
Okt.	277,00	278,00
Dez.	281,20	281,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	9.6.	6.6.
	12,00	12,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	10.6.	9.6.
cif	555,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	405,00	420,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	250,00	250,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	85,50	87,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	250,00	255,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	208,50	208,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	9.6.	6.6.
Juli	67,30	68,15
Okt.	33,37	34,10
Dez.	33,75	34,45
März	34,55	35,40
Mai	35,46	36,21
Juli	36,46	37,06

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	40,50	40,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	10.6.	9.6.
Aug.	515-522	
Jan.	526-530	geschl.
März	532-535	
Umsatz	1681	

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	10.6.	9.6.
Juli	41,50	41,50
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	10.6.	9.6.
Juli	620,00-628,00	
Okt.	615,00-618,00	geschl.
Dez.	618,00-622,00	
Umsatz	25	

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10.6.	9.6.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	10.6.	9.6.
Mai	12460	12453
Juni	12427	12459

KAUTSCHUK London (p/kg)	9.6.	6.6.
RSS 1 Juli	56,00-57,00	56,00-57,00
RSS 1 Aug.	56,25-57,25	56,25-57,25
RSS 2 Juli	55,00-56,00	55,00-56,00
RRS 3 Juli	53,75-54,75	53,75-54,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	10.6.	9.6.
Juli		
Aug.		
Nr. 2 Juli	geschl.	geschl.
Nr. 3 Juli		
Nr. 4 Juli		
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	10.6.	9.6.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10.6.	9.6.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	272,24-273,92	296,83-298,51
dritt. M.	264,01-264,34	267,31-267,65
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	90,92-01,08	94,25-94,42
dritt. M.	92,43-92,60	94,58-94,75
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	934,36-935,00	913,97-915,64
dritt. M.	934,36-936,04	919,00-920,67
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	161,33-164,69	164,35-166,02
Prod.-Pr.	178,76	179,40
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	10.6.	9.6.
	geschl.	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10.6.	9.6.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	330,22-332,57	327,69-330,04
BLEI in Kabeln	98,50-99,50	102,00-103,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	10.6.	9.6.
MS 58, 1.VS	299-303	298-301
MS 58, 2.VS	348-353	348-350
MS 63	329-333	327-331

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	10.6.	9.6.
Leg. 225	300-305	300-305
Leg. 226	302-307	302-307
Leg. 231	337-342	337-342
Leg. 233	347-352	347-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	10.6.	9.6.
PLATIN (DM/g)	33,50	32,20
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25420	25070
Rückn.-Pr.	24670	24320
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25470	25080
Rückn.-Pr.	24800	24420
verarbeitet	26720	26310
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24870	24620
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	389,40	380,30
Rückn.-Pr.	377,60	368,80
verarbeitet	406,40	397,00

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	10.6.	9.6.
10.30	347,55	341,85
15.00	347,70	341,80
Zürich mit.	348,00-348,50	341,50-341,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79950	78450
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	351,45	343,85
3 Mon.	359,45	351,65
6 Mon.	367,50	359,50
12 Mon.	382,25	374,20
PLATIN (£/Feinunze) London	9.6.	6.6.
fr. Markt	282,60	292,85
PALLADIUM (£/Feinunze) London	9.6.	6.6.
f. Händl.-Pr.	72,75	72,10

New Yorker Metallbörse

	9.6.	6.6.
GOLD H & H Ankauf	341,80	341,65
SILBER H & H Ankauf	525,00	517,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	412,50-414,00	412,50-414,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	108,00-109,00	108,00-109,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juni	351,50	341,50
Juli	352,60	343,20
Aug.	354,00	344,70
Okt.	358,00	348,30
Dez.	360,50	351,60
Umsatz	35000	14000
SILBER (c/Feinunze)		
Juni	537,70	516,70
Juli	537,00	518,50
Sept.	544,50	524,50
Dez.	553,00	535,00
Jan.	559,80	538,20
März	565,00	544,80
Mai	570,00	551,50
Umsatz	12000	7500

KUPFER (c/lb)	9.6.	6.6.
Juni	64,00	63,80
Juli	64,20	63,95
Sept.	64,15	63,95
Dez.	64,45	64,20
Jan.	64,65	64,50
März	64,85	64,70
Mai	65,10	64,95
Umsatz	7500	8500

Londoner Metallbörse

	10.6.	9.6.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	810,00-815,00	849,00-851,00
3 Mon.	785,50-786,50	796,50-797,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	270,50-271,00	274,50-275,50
3 Mon.	275,00-275,50	277,00-278,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	963,50-964,50	958,50-959,00
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	961,00-962,00
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	950,00-952,00	947,00-949,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	539,00-540,00	541,00-542,00
3 Monate	542,00-542,50	543,00-544,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	220-230
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	49-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	9.6.	6.6.
Juli	36,50-37,00	37,10-37,25
Aug.	37,20-37,35	37,70-37,90
Sept.	37,90-38,10	38,70-38,85
Okt.	38,90-39,30	39,50-39,85

GASÖL – London ($/t)	9.6.	6.6.
Juni	113,75-114,00	115,75-116,00
Juli	114,00-114,50	114,50-115,00
Aug.	115,25-116,00	115,25-115,75
Sept.	117,75-118,50	118,50-119,25
Okt.	120,50-121,50	120,00-122,25
Nov.	–123,25	124,00-125,25
Dez.	125,75–	122,00-127,50
Jan.	125,00-130,00	129,00-134,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	9.6.	6.6.
Juli	39,90-40,30	40,80-41,00
Aug.	39,90-40,20	40,60-40,65
Sept.	39,25	40,00-40,05
Okt.	38,25	38,90-39,05
Nov.	37,25	37,80

ROHÖL – New York ($/Barrel)	9.6.	6.6.
Juli	12,60-12,65	12,73-12,80
Aug.	12,58-12,65	12,60-12,80
Sept.	12,68-12,76	12,75-12,83
Okt.	12,78-12,85	12,90-13,00
Nov.	12,90	12,94

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	9.6.	6.6.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	11,70N	10,70N
Forties	11,80	12,00
N. Sea Brent	11,95N	12,10N
Bonny Lgt.	12,20	12,35

Kartoffeln

London (£/t)	9.6.	6.6.
Nov.	87,30	88,80
Febr.	97,00	96,50
April	119,60	121,30
Mai	129,50	131,50

New York (c/lb)	9.6.	6.6.
Nov.	3,19-3,25	3,22
März	3,40-3,45	3,47-3,48
Mai	3,90-3,94	3,99-4,03
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	9.6.	6.6.
Juli	158,50-157,80	161,50-162,00
Sept.	156,70-156,40	159,00–
Nov.	156,20-157,00	157,50-157,80
Jan.	160,70–	161,10-162,80

Devisenterminmarkt

Am 10. 6. erweiterten sich am Terminmarkt die Abschläge für Dollar gegen D-Mark wieder leicht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,53-0,45	1,44-1,34	2,85-2,65
Pfund/Dollar	0,38-0,36	0,96-0,93	1,70-1,65
Pfund/DM	2,20-0,80	4,80-3,40	8,40-7,00
FF/DM	16-p	30-14	51-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.6.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 10.6.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 10.6.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10.6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7-7⅛	4⅜-4½	4⅞-5⅛
3 Monate	7-7⅛	4⅜-4½	4¾-5
6 Monate	7-7⅛	4⅜-4½	4½-4⅝
12 Monate	7⅛-7½	4½-4⅝	4½-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 10.6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10.6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1055,00	1373,70
5 US-Dollar (Indian)**	645,00	797,15
5 US-Dollar (Liberty)	380,00	513,60
1 £ Sovereign alt	189,25	238,55
1 £ Sovereign Elizabeth II.	176,50	224,01
20 belgische Franken	143,75	190,10
10 Rubel Tscherwonez	186,25	239,69
2 südafrikanische Rand	171,50	217,17
Krüger Rand, neu	763,25	910,01
Maple Leaf	784,25	933,95
Platin Noble Man	1005,50	1183,89
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,50	278,75
20 schweiz. Franken „Vreneli"	154,25	204,35
20 franz. Franken „Napoléon"	156,50	206,91
100 österr. Kronen (Neuprägung)	731,75	890,06
20 österr. Kronen (Neuprägung)	146,00	189,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,00	102,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	338,50	420,09
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	78,00	111,72

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,87) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 10.6.	Rendite in %
BW-Bank E.69	400,00	1.7.95	56,063	6,60
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	107,734	6,60
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,02	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,73	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,50	6,59
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,00	6,88
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	132,50	9,40
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,19	5,75
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,69	5,75
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.96	55,03	6,75
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	108,10	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,35	6,75
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,56	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,88	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,07	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,89	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,76	6,85
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,40	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,27	6,60
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,15	6,50
WestLB 603	100,00	1.4.01	38,35	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,95	6,73
WestLB 500	176,86	16.2.89	111,50	4,94
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,50	5,26
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,25	4,65
WestLB 504	141,85	1.10.91	106,80	5,50
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,52
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	61,75	8,89
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,25	10,68
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,625	9,22
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,375	9,52
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	56,75	8,83
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49	9,74
Penney (A+)	100,00	17.2.94	49,625	9,54
Sears (AA)	100,00	27.5.94	49,5	9,22
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	48,75	9,39
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	47,625	8,86

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,10 (5,10)	99,80	101,5	103,4	105,2	107,1	108,9
3	5,48 (5,46)	98,45	101,2	103,8	106,5	109,2	111,9
4	5,75 (5,70)	97,05	100,9	104,0	107,5	111,0	114,5
5	5,86 (5,84)	95,95	100,6	104,4	108,6	112,8	117,1
6	6,10 (6,07)	94,15	99,50	103,9	108,8	113,7	118,6
7	6,48 (6,45)	91,35	96,85	102,3	107,8	113,3	118,7
8	6,70 (6,70)	89,15	95,20	101,8	107,2	113,3	119,3
9	6,82 (6,78)	87,45	94,00	101,2	107,1	113,6	120,2
10	6,87 (6,82)	86,15	93,20	100,9	107,3	114,3	121,5
15	7,10 (7,05)	80,20	89,20	99,10	107,2	116,2	125,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,294 (112,407)
Performance-Rentenindex: 242,161 (242,275)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	9. Juni	6,875-7,189
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,825
	60-270 Tage	6,55
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,85
	60 Tage	6,80
	90 Tage	6,75
Certificates of Deposit	1 Monat	6,60
	2 Monate	6,60
	3 Monate	6,60
	6 Monate	6,75
	12 Monate	6,90
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,31
	26 Wochen	6,39
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,06
	30 Jahre	7,76
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	26. Mai	660,5 Mrd. $ (+ 1,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	137,10	140,45
Sept.	138,20	140,65

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	9.6.	6.6.
9¾ EEC 90	104,125	103,75
11¼ dgl. 90	108	107,5
10¾ EIB 93	109,5	106,125
11 dgl. 91	110,125	108,625
11½ dgl. 90	111,125	109,75
11¾ dgl. 93	116,375	114,625
12 dgl. 95	118,25	116
12½ dgl. 90	113,125	112
12⅞ dgl. 93	122,25	119,625
13 dgl. 96	118,5	116,625
10⅝ Wld Bk. 95	107,625	107
10⅝ dgl. 88	104	103,875
10¾ dgl. 90	107,25	107,125
10⅞ dgl. 93	110,375	109,75
11 dgl. 92	109,625	109
11¼ dgl. 88	106,25	105,875
11⅜ dgl. 90	109,375	108,75
11¼ dgl. 89	107,25	106,625
11½ dgl. 90	110,125	109,625
12 dgl. 93	115,875	115,25
12¼ dgl. 94	119	118,375
12⅝ dgl. 94	121,5	120,625
6⅜ Sears 91	102,875	102,625
6⅜ Swed.Ex.91	101	100,75
7 TRW 94	100,375	100
6⅞ Un.Tech.97	100,375	99,875
6⅞ World Bk90	103,125	102,875
6⅞ dgl. 94	104,75	104,125
7 dgl. 94	106,875	106,5
7⅜ dgl. 93	–	–
8 dgl. 93	–	–

Euro-Yen

	9.6.	6.6.
6¾ ALCorp 91	100,25	99,625
6¾ AllSign93	100,25	99,75
7⅜ ADB 94	106,875	106,25
7 Austria 95	105,75	105,25
7 BP 92	102	101,625
6¾ Denmark 92	103,125	102,125
7 Denm.Bk. 92	103,75	102,875
7 Dow Chem.94	101	100,125
6⅞ EDF 95	104,75	104,25
6½ Eurofima95	100,75	100,25
6⅝ dgl. 92	101,5	100,875
6⅝ dgl. 93	101,375	100,625
7⅜ dgl. 94	103,25	102,75
6⅞ Fannie 92	103,75	102,75
6¾ FinLRep90	103	102,5
6½ GMAC 90	101	100,625
7⅜ Goodyear95	101,125	100,75
6⅞ dgl. 94	99,75	99,375
6¾ ITT 92	100,375	99,75
6½ McDonal.92	101	100,25
6⅞ Montreal95	100,75	100
7⅜ N.Bruns.95	103	102,625
7⅜ N.Zeald.90	104,875	104,625
7⅜ dgl. 89	105,375	104,875
7 Pac.Gas 94	102,125	101,25
6¾ Penney 92	100,625	100,25
6¾ Procter 92	102,625	102,125
6¾ Sallie 92	102,25	101,375

Lux. Franc Bonds

	9.6.	6.6.
9¾ Alza 87	99,75	99,75
9¾ Assa 89	100	100
6¾ Asian Dv87	98	98
10½ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	104	104
10½ Ceca 94	104	104
11 dgl. 92	102,5	102,5
13 dgl. 91	101,25	101,25
12½ Consei92	102	102
8 Copost 88	99,5	99,5
8¾ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	107	107
7½ Den.Mtg 88	99	99
9¾ Euratom 85	100,5	100,5
10¼ dgl. 96	108,5	108,5
11 dgl. 93	101,5	101,5
12¾ dgl. 88	100,25	100,25
9 Eurofima 95	106,75	106,75
10 dgl. 91	106,75	106,75
10 dgl. 94	104	104
11¼ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
9½ dgl. 95	106	106
9¾ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	108,5	–
10⅞ dgl. 94	105,5	105,5
11½ dgl. 88	101,5	101,5
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
9¾ Ind.B.F.95	104	104
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
11 Kredlet.95	106,5	106,5
7¾ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	104	104
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	100,25	100,25
10½ Lux Bk.91	–	–
8¾ Mat.Chim92	103,25	103,25
9 dgl. 95	106,5	106,5
10½ N.Lx.A92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10¼ Paribas89	103	103
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,5	99,5
9¾ Sogenal 92	106	106
10⅜ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9¼ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,75	103,75
9¾ dgl. 90	103,5	103,5
10¼ dgl. 89	104,75	104,75

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	9.6.	6.6.
8¼ Cop City91	98,5	98,5
12¾ dgl. 92	102	102
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¼ Ned. G.88	101	101
9¾ Queb. P.94	99	99
8½ SDR 94	99	99

ECU

	9.6.	6.6.
9½ ABN 92	106,25	106,125
All Nippon 95	108,25	106,875
9¾ ANZ 92	107,75	106,875
10⅝ Austria95	113	112,625
10 BNDA 92	106,875	106,625
8¼ B.d.Roma93	102,5	101,625
9 M.+Hope 92	106,375	105,5
9 Bk.Hels.96	103,25	102,75
9¼ Bk.Tok.90	–	–
7¾ BNP 93	99,75	99
8¼ dgl. 95	105,125	104,75
8¾ Bay.Vbk.88	104,125	103,75
8¾ BFCE 95	103,5	102,75
9¼ dgl. 92	109,875	109,5
9⅞ dgl. 95	109,875	109,5
9¼ Bell 92	106,25	105,75
9¾ CNT 92	109,875	109,5
9⅞ dgl. 95	109,875	109,5
8⅞ Cargill 95	105	104,5
10¾ Ceca 89	108,25	107,625
9 Chrysl. 92	102,25	101,625
9¼ dgl. 94	103,5	103,25
10 dgl. 91	–	–
10⅜ dgl. 95	–	–
9 ClubMed 88	103,25	102,25
9 Colgate 91	102,875	101,75
9 Cop City 95	106,125	105,75
9¼ CCF 95	107,125	106,5
9¾ CrdNord 91	107	106,625
11⅝ CrdFonc90	107,75	107,75
11½ dgl. 90	110,375	110,125
8⅞ CrdNor 96	108,75	108,25
10⅞ dgl. 94	116,375	116,125
8⅞ Crdanst.94	106,5	106,125
9⅞ Credito 92	107,75	107,25
7⅞ Denmark 96	100,625	100
10⅝ dgl. 91	–	–
9 EDF 97	106,675	106,125
8⅝ EEC 93	106,125	105,75
8⅝ ElfAqu. 88	102,5	101,5
9 Enso Gut 91	105,25	104,625
9⅞ dgl. 93	105	104,625
10 Euratom 97	112,875	112,625
9¾ Eurofima93	106	105,375
11 dgl. 92	–	–
8¾ EIB 90	106,625	106,25
8⅞ dgl. 93	106,125	104,875
8¾ dgl. 92	106	105,625
9¾ dgl. 95	112,375	112,25
10⅛ dgl. 94	112,5	112
10¼ dgl. 94	112,5	112,25
10¾ dgl. 90	113,25	113,375
11⅜ dgl. 92	111,25	110,75
9 Eutelsat 93	106	105,25
8¾ Fiat 90	103,5	102,375
9 IKCFinl 95	104,75	104,25
8⅞ Ford C.93	107	106,375
7 Giroz. 93	96,875	96,375
10⅝ dgl. 93	112,875	112,75
10 IADB 93	112,875	111,875
8¾ IBM 90	103,75	103
8¾ IKB 93	102	101,5
9 Imatran 96	105,5	105,125
9¾ Italia 89	103,875	103,25
10⅞ dgl. 93	113,125	113
11⅞ dgl. 98	–	–
9¾ Kansall 92	108,25	108,125
9¾ Kbifimo 92	109	108,75
10⅞ Megal 95	109,125	108,75
8⅞ Mits.Tr 93	105,5	105
9 MoetHen.91	106,875	106
9¾ Mol 90	102,875	102,25
8⅞ Morgan 90	103,875	102,75
8⅞ Motorola92	105,375	104,625
9 Nerna 95	105,5	104,875
8⅞ N.S.Wal.93	107,625	106,125
9¾ N.Zeal. 90	105,625	104,125
9⅞ N.Zeal.92	107,625	106,75
9 DsLbk. 89	104,5	103,875
8⅞ Olivetti93	107,625	106,875
8⅞ Parbel 89	101,875	101
10 Pechin.90	107,875	106,75
9 Petroc.93	103	102,375
10⅞ Peugt. 90	–	–
9¾ dgl. 90	106	105,5
8½ Pirelli 96	102,375	101,875
9 Philips 93	108,175	107,75
9¼ Pibo 92	107,375	107
10 Prvbk. 92	105,875	105,5
10½ RATP 92	106,5	105,625
11 dgl. 94	–	–
7½ Robobk. 96	100,75	99,625
9⅞ dgl. 95	112,25	111,375
8¾ Reynolds91	104,375	103,625
9 SAS 95	107,125	106,25
9 Samsa 95	104,75	104,125
8¼ Secpac 90	102,875	102,125
11¼ SNCF 94	–	–
9 SNCI 95	106,125	105,375
8¾ Sumitomo92	105,375	104,5
9¼ dgl. 93	107,125	106,25
9 dgl. 93	107,625	106,75
9 Unbk Nor.95	106	105,5
8¼ Vict 90	105	104,375
8¾ WorlD 94	107	106,625
9¼ dgl. 95	109	108,375
8⅞ Washgt 96	107,25	106,375
9⅞ Westpac92	107,875	107
8½ Worldbk.95	106	105,25
8⅝ dgl. 93	105,125	104,75
9¼ dgl. 92	110,5	109,375
10¼ dgl. 89	107,5	107,125
10⅝ dgl. 94	112,25	111,625
11 dgl. 93	110	109,625
8½ Xerox 90	105,25	105

ECU-Tageswerte

	9.6.	6.6.
Dollar	0,959075	0,962358
Bfr	43,8705	44,1741
DM	2,14814	2,14943
Hfl	2,41785	2,4184
£	0,641572	0,639865
Dkr	7,9469	7,95485
FF	6,84204	6,84429
Lira	1475,06	1474,57
I-£	0,708327	0,708397
Slr	1,77602	1,77334
öS	15,0958	15,1186
Peseta	137,34	137,232
Skr	6,92692	6,92897
Nkr	7,30863	7,32354
Kan-$	1,33762	1,34316
Esc	144,868	144,787
Fmk	4,9959	4,99175
Yen	161,412	161,965
Drachme	134,326	134,682

SZR-Wert

	9.6.	6.6.
Dollar	1,16257	1,16424
DM	2,60241	2,60138

Qualität unserer Ausbildung hat sich verschlechtert

J. R. Berlin

Das Urteil hebt sich ab von einer seit Jahrhunderten mit Regelmäßigkeit wiederkehrenden Beschwerde der Älteren, denn es ist mit wissenschaftlicher Akribie untermauert worden: Das Niveau der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich verschlechtert, haben die Berliner Soziologen Elke und Heinrich von der Haar diagnostiziert.

Mehr als ein Viertel der insgesamt 2,012 Millionen in einer Berufsausbildung stehenden Jugendlichen unter 25 Jahren nahmen 1984 berufliche Maßnahmen in Anspruch, die unter dem Niveau eines Facharbeiters oder Gesellen lagen. Den Verlust des durchschnittlichen Niveaus der Berufsausbildung lasten die Autoren von der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik einem steigenden Angebot von Zusatzmaßnahmen an, die nicht dem Stand einer dreijährigen Ausbildung entsprechen. Dazu zählen berufsvorbereitender Unterricht, Angebote der Arbeitsämter, vollschulische Berufsbildung, Übungswerkstätten und -firmen, Kurzlehren von zwei Jahren sowie die Stufenausbildung. Die Berliner mahnen: Angebote unterhalb der regulären Berufsausbildung haben nachteilige Folgen für Jugendliche und verschleiern das wahre Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit.

Zu Lasten der üblichen dreijährigen Berufsqualifikation habe sich ein „teilqualifizierender zweiter Ausbildungsmarkt" etabliert und ausgedehnt, der das bisherige Ausbildungsniveau senke oder durchlöchere, heißt es in der Untersuchung. Die Entwicklung der beruflichen Bildung in den vergangenen zehn Jahren sei darauf hinausgelaufen, daß 1984 etwa 578 000 Jugendliche keine Berufsausbildung oder nur eine Teilqualifizierung erhielten.

Das Wissenschaftler-Ehepaar moniert, daß gleichzeitig der Anteil der hochwertig und zukunftsorientiert Ausgebildeten – beispielsweise Industrie- und Bankkaufleute – sinke. Die Daten für die Untersuchung von Elke und Heinrich von der Haar sind allgemein zugänglich, denn sie beruhen auf Statistiken des Statistischen Bundesamtes sowie des Bundesinstituts für Berufliche Bildung.

Akademiker als Zyklus-Problem

Göttinger Professor: Politik hat geringen Einfluß auf „Pulsieren der Studentenströme"

Arbeitslose Akademiker – dies wird in den kommenden Jahren für die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland ein immer drängenderes Problem werden. Der Run auf die Hochschulen, der hohe Anteil von Studenten an jedem Geburtsjahrgang von derzeit etwa 27 Prozent wird sich kaum vermindern, obwohl der altersbedingte Ersatzbedarf an Akademikern relativ gering ist. Von einer „Herausforderung an die Gesamtgesellschaft" spricht deshalb auch der Deutsche Philologenverband und fordert eine „konzertierte Aktion sowie gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Anstrengungen", um den sich abzeichnenden „sozialen Sprengstoff zu beseitigen".

Es geht nicht um eine Verniedlichung des Problems, wenn man in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung von Professor Hartmut Titze verweist, dessen sozialwissenschaftliche Untersuchung der „Überproduktion von Akademikern" von der Fritz-Thyssen-Stiftung mit dem Preis der besten Veröffentlichung auf diesem Feld ausgezeichnet worden ist. Aber es kann hilfreich sein, wenn mit Hilfe von Titzes Arbeit einige Relationen zurechtgerückt werden.

Anhand umfänglicher Studien belegt Titze: „Phasen der Überproduktion und des Mangels in den akademischen Karrieren haben sich während der letzten 200 Jahre in einer bemerkenswert zyklischen Regelmäßigkeit wiederholt." Für die Juristen z. B. belegt er sechs Zyklen zwischen dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und dem Zweiten Weltkrieg. Die Politik habe auf die Zyklen „nur einen vergleichsweise geringen, von den Zeitgenossen meistens überschätzten Einfluß gehabt".

Staat dessen, so der Göttinger Wissenschaftler, ist „von grundlegender Bedeutung für das langfristige Pulsieren der Studentenströme und die zyklische Statusrekrutierung der Akademiker das komplexe Zusammenspiel zwischen den unterschiedlichen Wachstumsbedingungen und den unterschiedlichen sozialen Rekrutierungsbedingungen der einzelnen Karrieren. Bei günstigen Berufsaussichten öffnen sich die Karrieren in ihrer sozialen Rekrutierungsbasis ein Stück weit nach unten in bildungsferne Schichten hinein."

Für Bildungspolitiker müssen Titzes Erkenntnisse ernüchternd sein. Denn: „Durch das Zusammenspiel aller Einzelmechanismen in einem komplexen Wirkungszusammenhang halten sich die Karrieren in einem langfristigen Fließgleichgewicht. Jede einzelne Karriere öffnet sich vorübergehend einmal nach unten in bildungsferne Schichten (in Mangelphasen) und schließt sich dann (in Überfüllungsphasen) nach unten wieder stärker ab. Da alle Karrieren diesem Mechanismus unterworfen sind, die relativ offenen (wie die Lehrämter) jedoch stärker als die relativ exklusiven (wie Jura und Medizin) bleiben die sozialen Abstände zwischen den Karrieren über Generationen gewahrt."

Die Hoffnung der Bildungseuphoriker in allen Parteien, die nach Pichts Aufschrei über eine drohende „Bildungskatastrophe" in den sechziger Jahren über die Massenproduktion von Abiturienten sowie die „Öffnung" der Hochschulen die Gesellschaft verändern wollten, erhält einen kräftigen Stüber – genauso wie die Vorstellung ihrer Nachfahren von heute, durch politische Maßnahmen steuernd eingreifen zu können: „Die Spielräume für Lernprozesse sind gering, weil die periodisch auftretenden Probleme des Mangels und der Berufsüberfüllung strukturbedingt sind. Hier grundlegende Verbesserungen zu erwarten, hieße Illusionen zu verbreiten. Die politischen Handlungsspielräume für eine langfristige, problementschärfende Steuerung der zyklischen Wechsellagen erscheinen ziemlich begrenzt."

PETER PHILIPPS

Auch Genies nutzen Fernunterricht

Große Firmen entwickeln eigene Programme / Aber: Deutschland noch Schlußlicht

Cyrille de Vignemont, 15jähriges Informatik-Genie und Sonderbeauftragter der französischen Regierung, wäre ohne Fernlehrgänge verloren: Auf diesem Weg kommt er nämlich zur Zeit seiner Schulpflicht nach und bereitet sich aufs Abitur vor. Hier liegt seine Verbindung zu Petra Canis aus Wanne-Eickel und Walter Zisklaven aus Köln: Beide sind in diesem Jahr vom Deutschen Fernschulverband zu „Fernschülern des Jahres" gekürt worden, weil auch sie sich mit „außergewöhnlicher Energie" erfolgreich an Fernkursen beteiligt haben.

Laut amtlicher Statistik nutzen in der Bundesrepublik jährlich mehr als 100 000 das Fernkursangebot, das 1046 Lehrgänge umfaßt, die alle entsprechend der gesetzlichen Vorschriften von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht in Köln für den deutschen Markt zugelassen sind. Trotz fehlenden oder geringen persönlichen Bezugs zu einem Lehrer und ohne einen schützenden Klassenverband wird erstaunlicherweise über Jahre hinweg eine stabile Lernmotivation geschaffen, sind auch außergewöhnliche Lernziele erreichbar. Die „Fernschülerin des Jahres" beispielsweise hat sich innerhalb von vier Jahren in ihrer Freizeit zur staatlich geprüften Technikerin, Fachrichtung Bautechnik, weitergebildet.

Die Firma Reemtsma fand heraus, daß gerade die Anonymität des heimischen Lernens vielen überhaupt erst Mut gab. Der Zigaretten-Konzern hat daraus Konsequenzen gezogen und drei eigene Fernkurse für Mitarbeiter entwickelt. Die Kaufhof AG hat bei einer Umfrage unter ihren Beschäftigten, die am internen Fortbildungsprogramm „Lernen in Eigenregie" teilnehmen, zusätzlich festgestellt, daß die „familienfreundliche" Komponente des Fernunterrichts als positiv bewertet wird. Speziell Frauen fühlen sich von diesen Angeboten angesprochen.

Da die Abbrecher-Quote nicht höher als bei anderen Fortbildungsmaßnahmen ist, bleibt es erstaunlich, daß Deutschland gemeinsam mit Italien das Schlußlicht in der Fernunterrichtsnutzung bildet. Im 150. Jahr des Bestehens ist bei uns immer noch nicht der Durchbruch geschafft.

B. KAMMERER-JÖBGES

Ein Beruf, zu dem in ganz Europa ausgebildet wird

G. P. O. Bonn

Zu den reizvollen und zukunftsträchtigen Alternativen einer Berufsausbildung nach dem Abitur gehört vor allem für Mädchen der Weg zur Sekretärin. Die „Europa-Sekretärinnen-Akademie" und der „Deutsche Sekretärinnen-Verband" haben auf nationaler und internationaler Ebene die Bildungsgänge erarbeitet zur Fremdsprachensekretärin, Europa-Sekretärin, Sekretärin für internationale Touristik, Internationale Direktionsassistentin. Die Ausbildung zur Europa-Sekretärin beispielsweise wird seit 1963 in zwölf europäischen Ländern nach einheitlichen Stoff- und Prüfungsplänen durchgeführt. In der Bundesrepublik Deutschland haben nur zehn Schulen die Zulassung zur Durchführung dieser Ausbildung. (Europa-Sekretärinnen-Akademie, Geschäftsstelle Mannheim)

Mini-Klassen mit nur drei Schülern

E. S. Heidelberg

Vor allem Jungen und Mädchen mit Schul- und Versetzungsproblemen kommen in das Kurpfalz-Internat in Bammental bei Heidelberg. Seit 25 Jahren besteht dieses Institut inzwischen, das als Realschule und als Gymnasium alle Züge und alle Sprachenfolgen anbietet. Das Credo lautet: „Es ist sinnlos, eine Klasse zweimal zu besuchen. Die Kenntnislücken aus vergangenen Jahren bleiben bestehen." Und so gibt es in dem privaten Internat nur Klassen mit drei bis sieben Schülern, damit wirklich die intelligenten, aber leistungsschwachen Schüler gefördert werden können. „Der private Status unserer Schule erlaubt es uns", sagt man in Bammental, „Schüler, deren Nichtversetzung zu erwarten oder bereits ausgesprochen ist, dennoch in die nächste Klasse vorrücken zu lassen. Sozusagen auf Bewährung." Beim Intensiv-Unterricht würden dann die alten Kenntnislücken aufgedeckt, könnten die fehlenden Grundlagen nachvermittelt werden. Denn: „Wir sind altmodisch genug, die Hausaufgaben zu besprechen und zu kontrollieren, Wörter abzuhören, Stammzeiten lernen zu lassen." Die „Rückschulung" nach Hause ist eingeplant.

Stuttgart engagiert sich in der Weiterbildung

Mayer-Vorfelder kündigt Gründung von Landesinstitut an

Die baden-württembergische Landesregierung will die dritte Säule im Bildungsbereich durch zusätzliche Aktivitäten erheblich verstärken. Bereits im kommenden Jahr soll nicht nur ein Landesinstitut für allgemeine Weiterbildung eingerichtet, sondern es sollen auch schrittweise 300 Lehrer zur planerisch-organisatorischen Unterstützung der Weiterbildungsträger abgestellt werden. Gleichzeitig werden die Träger mit einer Erhöhung der Zuschüsse pro geleisteter Unterrichtseinheit auf 10 Mark stärker unterstützt.

Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder sieht angesichts der ständig wachsenden Bedeutung des Weiterbildungssektors auch den Staat zum Handeln aufgefordert: „Ziel unserer Weiterbildungskonzeption ist es, ein breitgefächertes und flächendeckendes Angebot für alle Bürger zur Verfügung zu stellen, die sich nach ihrer Ausbildung in Schule, Hochschule und der Berufsausbildung weiterbilden wollen." Aber um allen Befürchtungen, vor allem der Wirtschaft, vorzubeugen, zieht Mayer-Vorfelder Grenzen: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Weiterbildung zu verstaatlichen." Die Struktur dieses Bereichs müsse auch in Zukunft von der „Pluralität der Trägereinrichtungen" geprägt bleiben.

Deshalb soll das geplante Landesinstitut als „Service-Einrichtung" flexibel und effizient auf künftige Bedürfnisse reagieren und „seinen Beitrag zur Technikakzeptanz in der Bevölkerung leisten". Dies bedeutet nach den Vorstellungen des Ministers, daß „seine vorrangige Aufgabe im Aufbau einer Weiterbildungs-Informationsbank besteht, in der Anregung und Begleitung von Modellvorhaben, in der Bildungsberatung, Statistik und Gemeinschaftswerbung".

Unstrittig ist, daß die berufliche Weiterbildung immer mehr existentielle Bedeutung auch für den einzelnen erhält. Für Mayer-Vorfelder wird deshalb in Zukunft auch der „Durchführung und Förderung von Sonderprogrammen" ein immer größerer Stellenwert im Rahmen der staatlichen Aktivitäten zukommen. „Dieses Instrument soll dazu dienen, auf neue Anforderungen zu reagieren und Impulse in die Bereiche hineinzugeben, an denen ein besonderes Landesinteresse besteht." Gleichzeitig soll außerhalb des Schulgesetzes die Kapazität der beruflichen Schulen verstärkt für die Weiterbildung genutzt werden.

JAMES ROVER

Prognose ist zu unsicher

Auf der Suche nach besseren Eignungstests für Bewerber

Nach Einschätzung der Stiftung Volkswagenwerk gehört vor allem die industrielle Forschung und Entwicklung zu den Bereichen, die auch für den Arbeitsmarkt noch erhebliche Wachstumschancen bieten. „1985 wurden von der deutschen Wirtschaft rund 20 Milliarden Mark für mehr als 250 000 Mitarbeiter aufgewandt, und die Tendenz ist weiter steigend." Doch ungelöst sei immer noch das Problem, daß es in diesem „Grenzbereich zwischen Wirtschaft und Wissenschaft" keine verläßlichen Methoden gebe, die Eignung von künftigen Mitarbeitern zu erkennen, „bevor es auf beiden Seiten zu Enttäuschungen kommt".

Unter dem Schwerpunkt-Thema „Management von Forschung und Entwicklung" ist deshalb an der Universität Hohenheim mit finanzieller Unterstützung der Stiftung ein Forschungsprojekt in Angriff genommen worden, das spezielle Auswahlverfahren für Mitarbeiter im Bereich der industriellen Forschung und Entwicklung konstruieren und erproben soll. Wie Projektleiter Schuler sagt, seien entgegen einer weitverbreiteten Annahme auch wissenschaftliche Leistungen zumindest zum Teil prognostizierbar. Anstelle der üblichen Einstellungspraxis soll in Hohenheim ein Weg über „kontrollierte Methoden der Eignungsdiagnostik wie Tests, die Analyse biographischer Daten, Simulationen und Arbeitsproben sowie verbesserte Interviewverfahren" gesucht werden.

p. p.

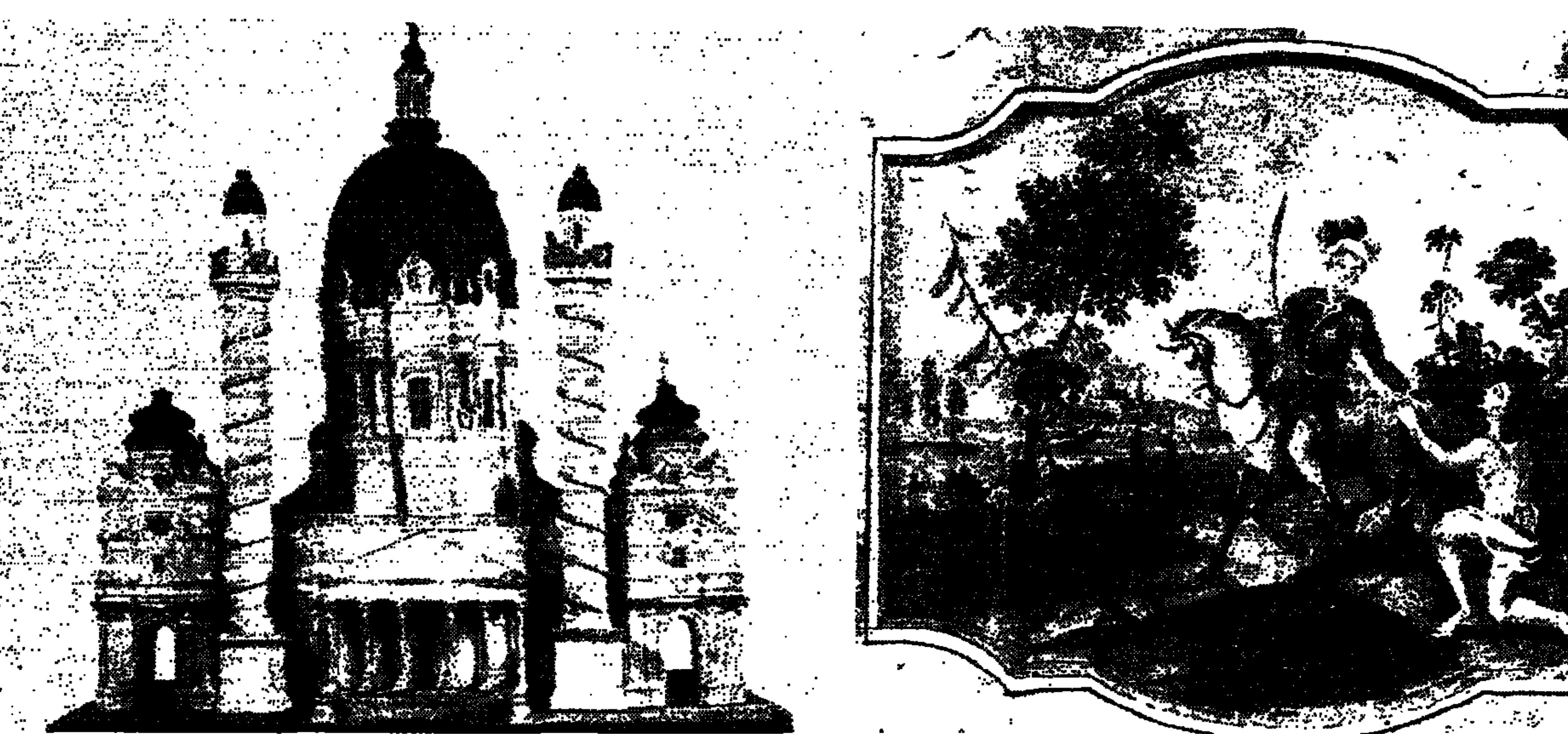
Löwenzahn, bürgerlich

sib – Nicht etwa die starken Zähne des Königs der Tiere sind mir lobenswert, sondern gelobt sei das schwache Unkraut mit Namen Löwenzahn. Ein Spaziergang im botanischen Garten lehrte mich, diese verfolgte Pflanze als Muster an Bürgertugend zu erkennen. Mit einer Schadenfreude, die jeder Gartenbesitzer verstehen kann, erblickte ich den gemeinen Löwenzahn in diesem Mustergarten. Also auch hier, dachte ich voller Genugtuung, eingedenk meines jahrelangen, ziemlich erfolglosen Kampfes gegen den Schmarotzer auf meinen Beeten. Und was für starke Pflanzen! Solche Mammutzähne bilden sich daheim nicht einmal mehr hinter den Mülleimern. Da sah ich das Emailschild: Taraxacum officinale.

Inzwischen habe ich mir zusammengereimt, wie diese Pflanze, nicht nur ein Unkraut, auch eine Unblume und ein Unsalat, zu diesem Ehrenplatz kommt. Er gebührt dem wehrlosen Schwächling mit dem lächerlich kampfeslustigen Namen dank Standhaftigkeit in der Verfolgung, Anpassungsfähigkeit in widriger Umwelt und ungebrochenem Lebenswillen. Immer wieder ging der Rasenmäher über ihn hin, tausendmal habe ich ihm den Kopf abgeschnitten, aber tausendundeinmal trieb er seine gezahnten Rosetten aus.

Kriechformen hat er gebildet, die verräterischen Blüten haften unmittelbar am Boden, die Samenkugeln verstecken sich im Gras. Radioaktivität scheint ihn anzuregen. Mit der Sonde habe ich ihn ausgestochen, aber immer trieb ein Rest der Pfahlwurzel aus dem Untergrund um so eifriger empor. Vergiftet habe ich ihn schließlich. Mit kümmerlich gekrümmten Blättern siechte er wochenlang dahin. Die Blüten sanken um, nicht wenigen gelang es, siechend noch Samen auszubilden, und eines Tages schug die Wurzel wieder aus.

Nun achte ich den Löwenzahn als Muster passiven Widerstandes und wünsche mir seine Zähigkeit, Ausdauer und Kraft. Wäre ich ein Staatsmann, ich würde den Adler als Emblem abschaffen und den Löwenzahn an meine Fahnen heften.



Modell der Wiener Karlskirche aus Holz und Papier (li.), St.-Martins-Darstellung von einem Florianer Bauernschrank, aus der Ausstellung „Welt des Barock" FOTOS: KATALOG

Zu St. Florian erstrahlt das barocke Habsburgerreich

Die Zeiten waren vorbei, als ein Habsburger sagen konnte, in seinem Reiche ginge die Sonne nicht unter. Aber glanzvolle Zeiten waren es noch immer. Und wenn Lichtenberg einst spöttisch anmerkte, es käme doch wohl weniger darauf an, daß die Sonne in einem Reiche nicht unterginge, als auf das, was sie zu sehen bekäme, so wird mit der Ausstellung „Welt des Barock" im Stift St. Florian bei Linz jetzt eben der Versuch gemacht, das zu zeigen.

Auf den Plakaten lädt Aurora zum Besuch nach St. Florian ein. Sie ist dort schließlich beheimatet. Allerdings nicht als Solistin. Im Kaisersaal gehört sie auf dem Deckengemälde zu den Figuren, die Kaiser Karl VI. in seiner allegorischen Verkleidung als Jupiter, der einem Türken den Fuß in den Nacken setzt, huldigen. Denn in der Ausstellung geht es um das Jahrhundert vom Regierungsantritt Leopolds I. (1658) bis zum Regierungsantritt Maria Theresias (1740). Es waren Jahre, die vom Sieg über die Türken überstrahlt und bald vom Pyrrhus-Sieg im Spanischen Erbfolgekrieg überschattet wurden.

Doch das Land Oberösterreich, das die „Welt des Barock" als Landesausstellung inszeniert, setzt auf die barocke Überhöhung. Und das hat man sich einiges kosten lassen. So wurde der sogenannte Leopoldinische Trakt im zweiten Obergeschoß des Stiftes restauriert und damit erstmals für das Publikum zugänglich.

Zuvor führt der Weg durch die „Kaiserzimmer", die den (allerdings sehr seltenen) kaiserlichen Gästen vorbehalten waren. In jedem Zimmer wird ein Kapitel knapp umrissen. Im Faistenbergerzimmer am Anfang der Suite geht es um den Kaiser als Tugendheld und Triumphator. Da erscheint er nicht nur in fürstlicher Reiterpose, sondern wird auch mit Atlas und Herkules gleichgesetzt, weil er – wie diese das Himmelsgewölbe – die Last des Reiches auf seinen Schultern trägt.

Die Tugend dieser Ausstellung ist, daß sie trotz der Fülle nicht überfordert. In den Räumen steht Wichtiges neben Beiläufigem, korrespondiert die originale Ausstattung mit kleineren Gemälden, Kupfern, Dokumenten, aber auch Kuriositäten. Dabei geht es gelegentlich auch um Privates, wobei das bei den Habsburgern natürlich immer mit dem Politischen verquickt ist.

So wird im Audienzzimmer der Kaiserin die Frage, ob das Haus Österreich seine Weltherrschaft erhalten kann, angeschnitten, während daneben, im Schlafzimmer der Kaiserin, Elisabeth Christine und ihre Kinder vorgestellt werden. Das Schlafzimmer des Kaisers spricht von der Sorge Karls VI. um die männliche Erbfolge, die ausblieb. Immerhin sieht man dann im darauffolgenden Audienzzimmer unter anderem das Original des Dokuments, mit dem die oberösterreichischen Stände die „Pragmatische Sanktion" – durch die die weibliche Erbfolge deklariert und damit dann das Kaisertum Maria Theresias möglich wurde – annehmen.

Es fehlen nicht die Siege. Im Soldatenzimmer werden sie sogar in einem Bett, dem „Türkenbett", verherrlicht, dessen geschnitzter und bemalter Giebel den kaiserlichen Adler zeigt, der auf das Gorgonenhaupt der Feinde herabstößt, während ein Putto die Siegestrommeln rührt. Ein anderer Putto bewacht am Fußende zwei Gefangene, die aus Voluten (den Beinen des Bettes) erwachsen. Und in der Antecamera vor diesem Raum kann, wer den Blick zur Decke hebt, sehen, wie Herkules den österreichischen Doppeladler mit der römischen Kaiserkrone krönt.

Aber auch der große Widersacher der Habsburger ist präsent, wenngleich er sich mit dem „Blauen Zimmer" begnügen muß. Es ist Ludwig XIV. auf einem Gemälde nach Hyacinthe Rigaud, das eigens aus Versailles ausgeliehen wurde.

Und damit Lichtenbergs Spruch zu seinem Recht kommt, wird im Leopoldinischen Trakt dann ein bißchen Sozialgeschichte – erfreulicherweise ohne die bei uns übliche Penetranz – abgehandelt, verbunden mit dem Blick auf die Folklore des sogenannten Florianer Bauernbarock und die Volksfrömmigkeit, auf Wissenschaft, Liturgie und natürlich auf die Florians-Verehrung.

So fügen sich der Kaisersaal und die Bibliothek ebenso wie die Studiensammlung – wenngleich hier gotische Tafelbilder und vor allem der Sebastianaltar Albrecht Altdorfers, also Vorbarockes, den Ton angeben – trefflich in das Gesamtkonzept ein. (Bis 26. Oktober; Katalog, 2 Bände, 195 öS) PETER DITTMAR

JOURNAL

Bischof Homeyer plant Institut für Philosophie

KNA, Hildesheim

Die Gründung eines Instituts für Philosophie in kirchlicher Trägerschaft plant der Bischof von Hildesheim, Josef Homeyer. Arbeitsschwerpunkte des Zentrums sollen danach die Sozial- und die Naturphilosophie und die philosophischen Grundlagen der Theologie sein. Als Standort des Institutszentrums kommt Hannover in Frage.

Horowitz gibt drei Konzerte in Tokio

AP, London

Vladimir Horowitz will nach seiner umjubelten Europareise jetzt drei Konzerte in Japan geben. Die Vertragsagentur hat für den 21. und 28. Juni und 6. Juli Termine in der 2200 Sitze zählenden Tokioter Hitomi-Gedenkhalle angesetzt. Horowitz war zuletzt 1983 in Japan aufgetreten. Dazu meinte er jetzt, es sei ihm damals nicht gut gegangen, er habe weder mit der Konzerthalle noch mit seinem eigenen Programm zufrieden sein können. Nun gehe er zurück, um sich zu rehabilitieren.

Badischer Maler auf der Selest'Art 1986

AFP, Straßburg

Bis zum 29. Juni findet in der elsässischen Stadt Selestat zum dritten Mal die Ausstellung Selest'Art statt, auf der das Schaffen von über hundert Künstlern aus der Region gezeigt wird. In einer Retrospektive wird zudem des Bildhauers Hans Arp gedacht, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. Erstmals sind auch Werke des badischen Malers Georg Scholz (1890–1945) zu sehen.

Waren die Kelten Kannibalen?

dpa, Bochum

Die Kelten, die vor über 2000 Jahren auch hierzulande lebten, waren möglicherweise Kannibalen. Zu diesem Ergebnis kommt der Bochumer Ur- und Frühgeschichtler Herbert Lorenz anhand von Ausgrabungsfunden aus der keltischen Siedlung bei Ingolstadt. 5000 meist „fleischreiche" Einzelknochen menschlicher Skelettreste wurden in Manching ohne Zusammenhang verstreut gefunden und wiesen zum Teil auch Schneidspuren auf.

Deutsche Architekten gewannen in Tokio

dpa, Düsseldorf

In einem Wettbewerb für den Bau des neuen Nationaltheaters in Tokio ist den Architekten Harald und Thomas Deilmann (Münster/Düsseldorf) und dem Theatertechniker Adolf Zotzmann (Recklinghausen) der erste Preis in Höhe von 400 000 Mark zuerkannt worden. Die Architekten arbeiten eng mit einer japanischen Baufirma zusammen, die aller Voraussicht den Bau des rund 700 Millionen Mark teuren Projekts übernehmen wird.

Orgelwoche für den Frieden

KNA, Nürnberg

„Dona nobis pacem" („Gib uns Frieden") lautet das Leitthema der 25. Internationalen Orgelwoche, die vom 26. Juni bis zum 6. Juli in Nürnberg stattfindet. Von den zwanzig Konzertveranstaltungen nehmen mehrere Bezug auf das Motto. „Friede auf Erden" von Arnold Schönberg, „In terra pax" von Frank Martin und Felix Mendelssohn-Bartholdys „Verleih uns Frieden" stehen am 29. Juni in einem Konzert in der Kirche St. Sebald auf dem Programm.

„Ich bin der Gobert. Orientieren Sie sich!"

dpa, Berlin

In einem postum ausgestrahlten Fernsehinterview mit dem SFB äußert der am 30. Mai gestorbene frühere Generalintendant der Staatlichen Schauspielbühnen Berlins, Boy Gobert, die Ansicht, Richard von Weizsäcker habe sich als Regierender Bürgermeister ihm gegenüber im Zusammenhang mit der Verlängerung des Intendanten-Vertrags möglicherweise „nicht offen verhalten". Daß Weizsäcker an der Entscheidung „nicht unbeteiligt gewesen" sei, sei für ihn rätselhaft gewesen, „weil ich durch lange Gespräche mit ihm der Meinug sein mußte, daß er die Art, wie ich Theater und was ich für Berlin machte, als hochlobenswert für diese Stadt fand". Vor allem Kultursenator Hassemer wird von Gobert attackiert: der Politiker, nach eigener Aussage ein Neuling in Sachen Kultur, habe von ihm, Gobert „Schularbeiten verlangt", nämlich ein Konzept darüber, was er mit den staatlichen Schauspielbühnen machen wolle. Gobert: „Aus Freundlichkeit habe ich das sehr mühselig mit meinen Mitarbeitern gemacht, statt zu sagen: Sind Sie eigentlich noch zu retten? Ich bin der Gobert, seit 40 Jahren im Beruf und habe mich von da und da hochgearbeitet. Orientieren Sie sich gefälligst."

Theaterbrief vom New Yorker Broadway: Die Hollywood-Stars Robert de Niro und Jack Lemmon versuchen sich auf der Bühne

Ungehobene Schätze bei Tennessee Williams

Robert de Niro hatte seinen Auftritt: der Filmstar gab sein Debüt am Broadway. Allein die Ankündigung seiner Mitwirkung in Reinaldo Povods Stück „Cuba and his Teddy Bear" bewirkte, daß sämtliche Aufführungen in New York schon vor der Premiere ausverkauft waren.

Povod ist ein neuer Autor am Broadway. Die Hauptfigur seines Stücks heißt Joseph Cuba: ein auf seinen guten Ruf bedachter Rauschgifthändler unter der Maske des Biedermanns. Der Teddybär des Titels meint seinen 16jährigen Sohn Teddy, der schon seine Erfahrungen in der Alternativszene und gelegentlich auch mit Heroin gemacht hat. Dritter im Bunde ist ein dem Rauschgift verfallener Bühnenautor, in dem Teddy eine Art Mentor sieht. Die Sache spielt im puertoricanischen Milieu New Yorks, das Povod offensichtlich gründlich studiert hat. Stück und Darstellung (Regie: Joseph Papp) atmen Authentizität.

Aber de Niro hat auf der Bühne nicht die bezwingende Kraft, die man immer wieder in seinen Filmen bewundern kann. Er spielt den Joseph, und er spielt ihn glaubhaft in seinem Schwanken zwischen sinnloser Gewaltandroherei und liebevoller Fürsorge für das Fortkommen des Sohnes. Doch das Stück liefert einfach zu wenige Anlässe für dramatische Charakterentfaltung, am ehesten noch gegen Ende des zweiten Aktes in einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Sohn, dessen Neigung zu Rauschgift und Dichtkunst dem Alten bis dahin verborgen geblieben war. Was einem Dustin Hoffman oder Al Pacino in vergleichbaren Fällen sehr wohl gelungen ist: ein schwaches Stück „durchzuziehen" – Robert de Niro schafft es hier nicht.

Dabei kann man einige Häuser weiter gut studieren, was mit einem schwachen Stück geschehen kann, wenn es in die Hände erfahrener Bühnenschaupieler gerät. In der Inszenierung von „The Petition", einem Zweipersonendrama des Engländers Brian Clark, legt das Ehepaar Hume Cronyn und Jessica Tandy ein Bühnen-Ehepaar hin, das sich dramaturgisch wahrhaft gewaschen hat.

Die „Petition" des Titels wird von Sir Edmund Milne, einem Ex-General, bei der Lektüre der „London Times" entdeckt: Seine Frau hat ein gegen den Atomkrieg gerichtetes öffentliches Manifest mitunterzeichnet. Daraus entwickelt sich ein zweistündiger Dialog über Krieg und Frieden, Krankheit und Tod, über Lüge und eheliche Untreue, Vergangenheit und Gegenwart (eine Zukunft gibt es für beide ohnehin nicht mehr). Ein Schock nach dem anderen trifft Sir Edmund (der sich offenbar vorher nicht sehr viel mit seiner, ihm seit fast einem Halbjahrhundert angetrauten Frau unterhalten hat): Sie gehört der Arbeiterpartei an, sie hat Freundschaften, ja, Liebschaften mit anderen Männern unterhalten, und sie befindet sich in den letzten Stadien einer Krebskrankheit.

Den Reiz dieses wirklich nicht sehr tiefgehenden und kaum immer logischen Stücks liegt einzig in dem glorriosen Zusammenspiel der beiden Veteranen des Broadway-Theaters, die alle Register ihrer großen Darstellungskunst ziehen. Das Ende des ersten Aktes, von Peter Hall aus London eher choreographiert als inszeniert, wird zu einem unvergeßlichen Moment auf dem Theater: Man sieht nicht mehr nur Schauspieler, sondern zwei *Menschen*, die, von der herannahenden Trennung überwältigt, stumm, nur durch Mienen und Gebärden ausdrücken, daß sie die Kraft aufbringen werden, sich abzufinden.

Ein anderer bedeutender englischer Regisseur, Jonathan Miller, hat am Broadway mit der Inszenierung eines Dramas von erheblich größerer Aussagekraft soeben einen umgekehrten Effekt erzielt. Er hat Eugene O'Neills „Eines langen Tages Reise in die Nacht" fast um seine ganze Wirkung gebracht, indem er einen großen Teil der Dialoge „synchronisierte", d. h. die Schauspieler sprechen ihre Sätze gleichzeitig, überschreien sich in hitzigen Auseinandersetzungen. Der Zuschauer versteht da natürlich nichts mehr, er sieht die Schauspieler gestikulieren und weiß, wenn er das Stück nicht kennt, überhaupt nicht, was eigentlich vorgeht. Der einzige Vorteil: Man ist schneller fertig. (Vor allem manche amerikanischen Bühnengewerkschaften sehen das gern.)

Wie bei Joseph Papps „Cuba" wird hier die Hauptrolle des Vaters Tyrone – ein Porträt von O'Neills eigenem Vater – von einem Filmstar der allerersten Garnitur gespielt, nämlich von Jack Lemmon. Es ist geradezu amüsant zu sehen, wie Lemmon gegen das verquere Regiekonzept immer wieder aufbegehrt. Sein Tyrone gerät dabei zu einer Art verkanntem Genie voller Selbstmitleid und Selbstgerechtigkeit. Gleichwohl reicht auch die Zugkraft Lemmons nicht aus, um das Stück über die Runden zu bringen.

Von den zehn Einaktern des jungen Tennessee Williams', die unter dem Titel „Ten by Tennessee" an zwei Abenden in einem Off-Broadway-Theater herauskamen, waren bisher nur wenige bekannt. Es sind gleichsam Skizzen eines Malers zu einem bedeutenden Gemälde; die Klaue des Löwen ist durchaus schon erkennbar. Einige sind in anderer Form in die späteren Hauptwerke eingegangen, „The Long Goodbye" etwa, aus dem Jahre 1940, ein Drama um einen Schriftsteller und seine Familie in St. Louis (die autobiographischen Züge sind unverkennbar), das die „Glasmenagerie" vorwegnimmt. „Portrait of a Madonna", 1944 geschrieben, schildert eine alternde, von Selbsttäuschungen heimgesuchte frühere Schönheit, die man unschwer als ein Modell der Blanche Dubois aus „Endstation Sehnsucht" erkennt.

Williams' handelnde Personen teilen viele Eigenschaften: Sie sind ohne Wurzeln, sehnen sich nach Liebe, sind häufig seelisch heruntergekommen, rappeln sich aber immer wieder hoch. Sie sind aus Williams' bevorzugtem Habitat, aus St. Louis, New Orleans oder aus der Nähe des Mississippi, Menschen aus dem Lande des „ausgehaltenen, aber nicht aushaltbaren Schmerzes". Die *Acting Company*, ein Ensemble vorwiegend junger Schauspieler, nimmt sich unter der Spielleitung Michael Kahns der Stücke mit Können und Begeisterung an. Hier liegen, auch für den Spielplan deutscher Theater, noch ungehobene Schätze.

Ein Lichtblick der Saison auch John Guares „House of the Blue Leaves". 1971 war es bereits uraufgeführt worden, fand aber damals nicht die Beachtung, die ihm jetzt zuteil wird. Mit der Aufführung wurde das seit Jahren brachliegende Vivian Beaumont Theatre im Lincoln Center (neuer Hausherr: Gregory Mosher) wieder in Betrieb genommen. Es ist eine virtuose schwarze Komödie, in der alle *Menschen* in Illusionen fern der Wirklichkeit leben und irrealen Träumen nachjagen. Die Aufführung, von Jerry Zaks betreut, ist schlechthin perfekt, und Swoosie Kurtz in der Rolle einer geisteskranken, aber alles wissenden Frau eine große Entdeckung. Das sehr amerikanische Stück wird mit ziemlicher Sicherheit den ersehnten „Tony" gewinnen, das Gegenstück zum „Oscar" für Broadway-Inszenierungen.

HENRY MARX

Musikfest mit Mahler

Höhenflug vor blauem Wandbild

Der rheinisch-westfälische Proporz hat auch seine guten Seiten. Als vor zwei Jahren in Düsseldorf die große Tradition des „Rheinischen Musikfestes" wieder aufgenommen wurde, da stand der Westdeutsche Rundfunk als treibende Kraft hinter dem Unternehmen. Der aber ist nicht nur dem Rheinland verpflichtet, sondern auch den Westfalen. Im freien Wechsel soll es zwischen den Regionen pendeln, hier als rheinisches, dort als westfälisches Musikfest. In den Genuß von dessen erster Ausgabe kam nun die Stadt Gelsenkirchen.

Gerade noch rechtzeitig, um sein leistungsfähiges „Musiktheater im Revier" unter Claus Leiningers Intendanz beizusteuern, mit einem glänzenden „Rosenkavalier" (vergl. WELT v. 3. Juni) und einer Aufführung von Franz Schmidts üppigem Oratorium „Das Buch mit den sieben Siegeln". Das Österreich der Jahrhundertwende schien überhaupt als heimliches Thema über dem Musikfest zu schweben, denn auch das Gastkonzert des Kölner Rundfunk-Sinfonie-Orchesters widmete sich dieser Zeit – mit Aufführungen von Gustav Mahlers „Kindertotenlieder" und der 5. Sinfonie cis-Moll.

Das ist ein anspruchsvolles, aber nicht unbedingt aus dem Rahmen fallendes Programm. Wenn das Konzert dermaßen unter die Haut ging, daß selbst abgebrühte Rundfunk-Routiniers über ihre eigene Rührung staunten, dann muß das an den Interpreten gelegen haben. Brigitte Fassbaender also trug die Lieder nach Rückert mit tiefem Ernst vor, wobei die in sich gekehrte Ruhe der Interpretation wie Balsam für die Stimme wirkte.

Den eigentlichen Triumph aber erspielte sich das Orchester (mit einem neuen Solo-Trompeter von Weltklasse: Klaus Schild) unter seinem Chef Gary Bertini. Was der in gerade zwei Jahren aus dem einstmals hervorragenden, dann doch jahrelang unerlöst wirkenden Ensemble gemacht hat, ist den Höhenflügen der Münchner Philharmoniker unter Celibidache und des Berliner RSO unter Chailly durchaus an die Seite zu stellen. Instrumentale Brillanz, Konzentration, ja zuweilen auch das Gefühl, eine Gruppe von Verschworenen in Sachen Musik zu sein, wirken da zusammen mit überrumpelnder Kraft.

Das Dessert zu diesem Konzert im Foyer: Unter den großen monochromen Wandbildern von Yves Klein „Kammermusik" des Malers: „Monotones et silences". Da bekam das Westfälische Musikfest plötzlich sogar jene kunstsinnige Weltläufigkeit, mit der man sich im Revier sonst so schwer tut. REINHARD BEUTH

Neu im Kino: Peter Timms deutsche Satire „Meier"

Berliner Tapetenwechsel

Müller, Meier, Schulze, Lehmann – deutsche Allerweltsnamen. Ist aber jeder, der einen solchen trägt, deshalb auch gleich ein Allerweltsdeutscher? Das kommt in Deutschland immer noch darauf an, wo dieser Meier wohnt. Der „Meier", um den es hier geht, wohnt in Ost-Berlin. Eines schönen Tages bringt ihn Lore, seine Freundin und Junggenossin, zum Flughafen Schönefeld, denn Meier will für vier Wochen nach Bulgarien. Aber dort wird er nie ankommen. Statt dessen wechselt auf der Flughafentoilette eine Tasche ihren Besitzer. Sie enthält alles, was ein Ost-Deutscher benötigt, um eine Weltreise machen zu können: Westausweis, gültige „DDR"-Ein- und Ausreisepapiere, D-Mark. So wird aus Meier Ost Meier West. Die Weltreise kann beginnen.

Vier Wochen später, das 30 000-Mark-Erbe seines verstorbenen Vaters ist noch lange nicht aufgebraucht, schockt der sonnengebräunte Absolvent eines „Around-the-World-Tickets" seine liebevoll-verspießerte Verwandtschaft, die im Neffen einen ganz normalen Republikflüchtling gesehen hat, mit dem irrsinnig anmutenden Wunsch, wieder nach drüben zu wollen: Er will einfach nicht aufgeben, was er liebt – zwar nicht die „DDR", aber Lore, seine Kumpel, sein Milieu schon. Sie leben dort, und das ist der Grund für Meiers nun beginnende Pendelei zwischenden beiden Welten, die von Schwingung zu Schwingung komischer, hektischer, grotesker wird.

Meier, Brigadier einer Malerbrigade, besorgt aus dem Westen vor allem eins: Rauhfasertapete. Die läßt sich schneller als jede andere verarbeiten. Seine Brigade, ein Haufen polit-renitenter Burschen, zeigt nun Leistungen wie keine andere. Als Meier seinem Parteisekretär und Stasi-Spitzel auch noch erzählt, er hätte eine alte Druckerpresse umgerüstet, mit der er Rauhfasertapete produzieren könne, gibts kein Halten mehr: Meiers Aufstieg zum „Helden der Arbeit" ist gesichert, Honecker persönlich wird ihm den Orden überreichen.

Doch langsam kommt der Wanderer zwischen den Welten ins Schleudern, und am Abend nach der Ordensverleihung platzt die Sache: Der Held der Arbeit wird festgenommen. Aber kann der Stasi das durchhalten? Natürlich nicht. Es gibt ein Agreement, und Meier lebt fortan noch „sicherer" in der „DDR".



Badefreuden: Nadja Engelbrecht im Film „Meier" FOTO: FILMVERLAG

Wieviel Satire verträgt dieses Thema? Offenbar viel, wenn ein so kompetenter und phantasiebegabter Regisseur wie Peter Timm sich daranmacht. So gelang ihm, was selten ist in Deutschland: einen *witzigen* Gegenwartsfilm zu drehen. Seine Methode ist nicht das ideologische Verzeichnen, sondern das überscharfe Ausleuchten. Da erkennt man sie wieder, die unerträglichen Verhältnisse drüben und Verhaltensweisen hüben, aber auch das subversive Gegenmittel: den Witz des unkorrumpierbaren Menschen. ULRICH SCHACHT

Schallplatte: Stephan Sulkes '86er Liebeslieder

Ihm ist Kopfweh wichtig

Mal spricht er sie an als „coole Lady". Dann adressiert er ein Lied an eine „Kleene". Ohne die Erwählte seines Herzens sei es „wie Weihnacht ohne Freuden", mit ihr wie „mein Urlaub auf Hawaii". Warum es für „sowas Schönes wie Sex" denn „kein schöneres Wort" gäbe, sinniert er, dann fragt er nach, wo die Zärtlichkeit blieb. Stark wie ein Baum will er ihr sein, und er hat sie „so unendlich, so unendlich, so unendlich, so unendlich lieb".

Stephan Sulke kommt, wie man sieht, auf seinem neuen Album bis auf ein paar Ausnahmen vollends als Troubadour daher, als einer, der (natürlich: mit ihr) auf der Autobahn „Hamburg – Hannover" liegenblieb. Und wenn er Ausnahmen macht, dann prangert er die „Tausend Millionen Kinder" an, die zu wettbewerbssüchtigen Maschinen würden, die ihm, dem sanften Barden, Kopfweh machten: „Ich find mein Kopfweh so wichtig", bekennt er, und im letzten von insgesamt zehn Liedern seiner LP „Stephan Sulke '86" (Ariola 207 639-630) fangen 19 von zwanzig Verszeilen mit dem Wort „Ich" an.

Doch nein: als singender Egomane kommt Sulke denn doch nicht daher. Das Wörtchen „Du" ist sattsam in den Weisen vertreten, und ansonsten regiert der gute Geist des positiven Denkens: Er glaubt, an „uns" und die Zärtlichkeit, und was dem chinesischen Konfuzianer recht, das ist dem S. S. billig: Klappt's mit uns, dann klappt's mit der Welt.

Anecken will er nicht, wozu auch; das tun andere ja schon genug. Und wenn man dann zu seinen Texten die sehr ohrenfreundliche Begleitung hört, die Melodien, die – wie in „Ohne dich" – zum Teil wirklich schön sind und dem Poeten Sulke geschmeidig über so manch kritischen Silben-Fall hinweghelfen, dann fügt sich das alles zum sehr gefälligen Ohrenschmaus, dessen Hauptmerkmal die Courage zur ganz einfachen Tonfolge ist. Robert Burns, der schottische Barde, als Sulkes Pate? Oder Stephen Collins Foster, der nie in Kentucky war und doch dessen Hymne verfaßte?

Wie auch immer: Sulkes 86er Lieder sind wohlmundende Früchte, die leicht im Magen liegen, schnell verdaut sind und wohl nur dem Appetit auf mehr davon machen, der sie zuvor nicht kannte.

ALEXANDER SCHMITZ

Italiener fühlen sich immer wohler in Italia

Trotz Arbeitslosigkeit und wachsender Staatsverschuldung

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Das Glück liegt in Italien. Davon sind heute nicht weniger als 57 Prozent aller Italiener überzeugt, wie aus einer Meinungsumfrage des italienischen Instituts für politische, wirtschaftliche und soziale Studien hervorgeht. Terrorismus, Arbeitslosigkeit, wachsende Staatsverschuldung, rückständige Verwaltungsbürokratie – nichts von all dem vermag die Mehrheit der Italiener von der Meinung abbringen, in dieser offensichtlich gar nicht besten aller möglichen Welten wenigstens im besten aller möglichen Länder zu leben. Mit stolzer Zufriedenheit haben sie von ihren antiken Vorvätern das „Civis Romanus sum" übernommen und bekennen analog: Ich bin italienischer Bürger.

Positive Grundstimmung

Das war keineswegs immer so. Noch vor zwei Jahren hatte eine entsprechende Umfrage ergeben, daß sich nur 44 Prozent der Bevölkerung in Italien wohlfühlten. Unzufrieden hatten sich damals noch 41 Prozent geäußert. Der Rest hatte Gleichgültigkeit bekundet. Jetzt ist der Anteil der Unzufriedenen auf 33 Prozent zurückgegangen.

Für sich alleingenommen mögen Umfragen dieser Art immer eine gewisse Skepsis als geboten erscheinen lassen. In diesem Fall jedoch entspricht das Befragungsergebnis weitgehend auch der mehr gefühlsmäßig auszumachenden Stimmung im Land. Immer mehr Italiener, die den Massentourismus ins Ausland entdeckt haben, kehren von ihren Reisen mit der Erkenntnis zurück, daß doch eigentlich nichts über Italien gehe.

Was sie an ihrem Land besonders schätzen, sind laut Umfrageergebnis zunehmender Wohlstand, freiheitlicher Lebensstil und Schönheit. 10 Prozent der Begeisterten bekannten auch ihre patriotische Motivation.

Vor einigen Tagen behandelte die römische „Repubblica" das Thema des „zweiten italienischen Wirtschaftswunders" unter der Schlagzeile: „Italien ist reich und entdeckt den Luxus." Sie rechnete aus, daß Ende 1985 das Vermögen der italienischen Familien an Wertpapieren und Immobilien – Bargeld, Schmuck und langfristige Gebrauchsgüter ausgeschlossen – fast dreimal höher war als das ausgewiesene jährliche Bruttoinlandsprodukt.

Das Blatt schrieb: „Der sicherlich augenfälligste Aspekt dieses zweiten Wirtschaftswunders, der jeden Ausländer und uns selbst überrascht, wenn wir von einem langen Auslandsaufenthalt zurückkehren, ist der Konsumüberfluß, die Überfüllung der Restaurants und ganz allgemein der Lebensstandard, der in Europa kaum seinesgleichen hat." Kein Wunder, daß es nur fünf von hundert Italienern – die meisten davon im Süden – als ein ausgesprochenes Unglück empfinden, in Italien leben zu müssen.

Aber nicht nur das Materielle nimmt die Italiener für ihr Land ein. 34 Prozent der Befragten nannten als Grund für ihre Zufriedenheit die Freiheit, die sie in ihrem Land genießen. Sie steht ihnen höher als absolute Ordnung und Stabilität, höher auch als größere persönliche und soziale Sicherheit. Nur 33 Prozent der Arbeitslosen sind bereit auszuwandern – aber auch nur dann, wenn ihnen im Ausland ein Arbeitsplatz sicher wäre. In ihrer Wunschliste stehen dabei die USA an erster Stelle, gefolgt von Frankreich und England. Erst an vierter Stelle rangiert das vielen offenbar allzu disziplinierte und reglementierte Deutschland.

Erfolg für Craxi

Als Positiva werden außerdem von vielen Italienern die landschaftlichen Schönheiten ihres Landes, die Kunstschätze, die geographische Lage und das Klima empfunden – letzteres vor allem von den Nordwest- und Mittelitalienern. Für die Regierung Craxi, die jetzt seit drei Jahren, also weit länger als jede ihre Vorgängerinnen, im Amt ist, bildet dieses Umfrageergebnis einen sicherlich nicht unbedeutenden Posten ihrer Erfolgsbilanz. Bettino Craxi trug denn auch der darin zum Ausdruck kommenden Stimmung Rechnung: er kündigte an, daß er in diesem Jahr auf seinen üblichen Sommerurlaub in Tunesien verzichten und Ferien auf der Khadhafi-bedrohten Insel Lampedusa machen werde.

Kidnapper in Lebensgefahr / Geisel erlitt Schock / Parallelen zu Ausbruchsversuch in Celle vor einem Jahr





Die Gangster verlassen mit der Geisel das Gefängnis. Wenig später kollidieren sie mit einem Polizei-Wagen. FOTOS: AP/DPA

Die Bomben wurden im Gefängnis gebastelt

E. REVERMANN, Hannover

Die Geiselnahme in der Justizvollzugsanstalt Hannover, die am späten Montagabend nach 12 Stunden mit Freilassung der Geisel und Festnahme der Täter ein Ende fand, wird die Öffentlichkeit wie auch Landespolitiker noch einige Zeit beschäftigen. Wie können Haftinsassen unbemerkt Sprengsätze in ihren Zellen herstellen, mit denen sie andere gefährden und sich selbst freipressen können? Diese Frage, die auch gestern, einen Tag nach den dramatischen Vorgängen, durch offizielle Stellen nicht schlüssig beantwortet wurde, stellt sich in Niedersachsen nun zum zweiten Mal: Vor genau 25 Monaten hatten Geiselgangster in Celle ebenfalls mit selbstgebastelten Sprengsätzen die Öffentlichkeit 30 Stunden lang in Atem gehalten. Die Parallelen zum jüngsten Fall sind frappierend.

Niemand hatte Montag morgen im „Haus 1" der mit 850 Insassen zu zehn Prozent überbelegten Justizvollzugsanstalt Hannover bemerkt, daß die beiden Inhaftierten Hans-Dieter Nitsch (42) und Gerhard Eggers (34) auf dem Weg in die Anstalts-Krankenstation plötzlich drei Blechbehälter in Form von großen Würstchendosen mit Pulver und ein schwarzbeklebtes Holzgebilde mit 30 Zentimeter langem Rohr in der Hand hielten, das sich später als raffinierter Schußapparat herausstellte. Damit hatten sie um 8.10 Uhr die 31jährige, ihnen nicht bekannte Sozialpädagogin Ingrid Bergmann zu deren Dienstbeginn in ihr Büro gedrängt.

Simpler Zündmechanismus

Nach Stunden Verhandlungen über Telefon mit Anstaltsleiter Götz Bauer und Kriminalbeamten – zum Teil in Anwesenheit von Justizminister Walter Remmers – sowie nach Ablauf von zwei Ultimaten wollen die beiden Gangster die Wirksamkeit ihrer Waffen beweisen und „das Ding mal runterlassen": Um 14.15 Uhr werfen sie eine ihrer Bomben in den geräumten Innenhof. Weil ein Bindfaden und die Verbindung zur Zündung reißen, explodiert nichts. Sprengstoffspezialisten des Landeskriminalamtes, ausgerüstet mit einem Miniroboter, entdecken aber bald die Echtheit der Bombe, die mit heimtückischer Raffinesse konstruiert ist: der Zündmechanismus funktioniert nur dann, wenn die Gangster eine simple Wäscheklammer loslassen.

Genau diese Machart, angefangen von den Selbstbauwaffen bis zum Zündmechanismus, hatten die Geiselgangster Peter Strüdinger (27) und Norman Kowollik (31) vor zwei Jahren in der Haftanstalt Celle bei der Geiselnahme des 37jährigen Justizbeamten Martin Trettin und ihrer für 30 Stunden erpreßten Freiheit vorexerziert. Eine weitere merkwürdige Parallele: zu diesem Zeitpunkt waren der zu 12 Jahren wegen Totschlags und versuchter Vergewaltigung bestrafte Haupttäter von Hannover, der Werkzeugmacher Nitsch ebenso in Celle inhaftiert wie sein Komplize Eggers, der wegen schweren Überfalls verurteilt wurde und wegen eines weiteren Delikts in Hannover in U-Haft sitzt.

Der Presse sind diese Sprengkörper gestern vorgeführt worden, aber weder Anstaltsleiter Götz Bauer, noch der stellvertretende Polizeipräsident Karsten Moritz, noch Kripochef Peter Eggerling können sagen, wie deren Herstellung in einem Gefängnis möglich ist. Es ist alles Material, über das man im Gefängnis verfügen kann, heißt es lapidar. Im vorausgegangenen Fall von Celle hatte sich herausgestellt, daß die Materialien zum Teil aus Bettgestellen gebastelt waren. Damals hatte es auch Interventionen im Landtag gegeben, aber offensichtlich ohne Erfolg.

Hocherfreut ist man darüber, daß der Geisel, die offensichtlich nur einen Schock erlitten hat, nichts passiert ist. Aber auch hier eine Parallele zur Zeller Geiselnahme: Der 31jährigen Frau war ein Sprengsatz auf den Rücken gebunden, ebenso wie es die Gangster von Zelle damals getan hatten. Die Frau war kurz vor der Festnahme, vor 20 Uhr, in der Nähe von Verden an der Aller ausgesetzt worden, fast so wie es die Gangster versprochen hatten.

Gangster angeschossen

Offensichtlich hatten sie sich dann in Sicherheit gewähnt und wollten zurückfahren. Dabei jedoch, so die Kripo, sind sie mit hohen Tempo mit ihrem Opel in die Fahndungsfahrzeuge der Polizei gefahren. Als die Polizei auf die Flüchtenden schoß, wurde der 34jährige Nitsch durch Schüsse schwerverletzt. Er liegt mit Leber- und Lungendurchschuß sowie einem weiteren Bauchschuß in einem Bremer Krankenhaus. Der zweite Täter erlitt leichte Verletzungen.

Entzug von Führerscheinen ging zurück

dpa, Flensburg

Autofahrer halten sich beim Alkohol immer mehr zurück. Dies geht aus einer gestern veröffentlichten Statistik des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) in Flensburg hervor, nach der im vergangenen Jahr „nur" 138 500 Führerscheine entzogen worden sind. Diese Zahl ist die niedrigste seit neun Jahren. Wie in den Jahren zuvor war auch 1985 zu mehr als 90 Prozent Trunkenheit am Steuer der Grund für den Führerscheinentzug. Die Hälfte der Scheine wurden Fahrern zwischen 18 und 30 Jahren abgenommen. Um 15 Prozent zugenommen haben im vergangenen Jahr die Fälle einer Versagung der Fahrerlaubnis. Gründe für eine solche behördliche Verweigerung der Ausstellung des Führerscheins waren in 42 Prozent der Fälle charakterliche Mängel wie Trunk- oder Rauschgiftsucht sowie schwere oder wiederholte Verstöße gegen das Verkehrsrecht. In 29 Prozent der Fälle handelt es sich auch um mehrfaches Nichtbestehen der Führerscheinprüfung. Von einer Versagung des Führerscheins waren im vergangenen Jahr fast 23 000 Menschen betroffen.

Singen ist gesund

SAD, Chicago

Wer gern und viel singt, und sei's nur unter der Dusche, stärkt sein Herz und verlängert so seine Lebenserwartung. Darauf hat jetzt die amerikanische Altersforscherin Kathleen McCormick hingewiesen, als sie die Gesundheit von Sängern mit der von Nicht-Sängern verglich. Die vergleichenden Messungen ergaben, daß Sänger einen stärkeren Herzmuskel als Nicht-Sänger haben. „Deshalb", so McCormick, „ist der Wirkungsgrad eines solchen Herzens größer."

Im Sturm gesunken

dpa, Kopenhagen

Drei Besatzungsmitglieder des dänischen Fischkutters „Anne Sörine" sind am Montag beim Untergang ihres Schiffes in der Nordsee ums Leben gekommen. Wie gestern bekannt wurde, sank der Kutter bei einem Sturm 60 Seemeilen nordöstlich der englischen Küste. Zwei weitere Besatzungsmitglieder konnten rechtzeitig auf eine Rettungsinsel gehen und wurden später von einem anderen dänischen Kutter an Bord genommen.

Zertifikat genügt

Fr. Bonn

Die Doppelkontrollen italienischer Weine sind vom Bundesfinanzministerium aufgehoben worden. Wie das Italienische Institut für Außenhandel in Düsseldorf mitteilte, ist ein entsprechender Erlaß am 30. Mai an die Zollämter ergangen. Künftig genügt das italienische Prüfzertifikat.

Keine Rücksitzgurte

AP, München

Besitzer von Autos, die vor dem 1. Mai 1979 erstmals zugelassen wurden und in denen keine Gurte für Fondpassagiere installiert sind, brauchen ihre Wagen nicht nachzurüsten. Darauf hat der Deutsche Touring Automobil Club (DTC) hingewiesen.

Urteil zu Doppelnamen

AP, Kassel

Kinder müssen nach einer Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel nicht beide Familiennamen ihrer unverheirateten Eltern als Doppelnamen tragen. Die Kasseler Richter wiesen damit die Klage eines ledigen Vaters gegen die Stadt Frankfurt ab. Das außereheliche Kind trug bislang nur den Namen der Mutter und sollte auch den Familiennamen des Vaters erhalten. Nach Überzeugung des Gerichts liegt ein Doppelnamen nicht unbedingt im Interesse eines unehelichen Kindes. (Az.: 8 OE 90/83)

ZU GUTER LETZT

„Ich heiße Theodor, zu deutsch: ein Geschenk Gottes, und ich hoffe, daß die CSU-Landesgruppe sich dessen bewußt ist." Theodor Waigel, Mitglied des Bundestages und CSU-Landesgruppenchef vor Parteifreunden.

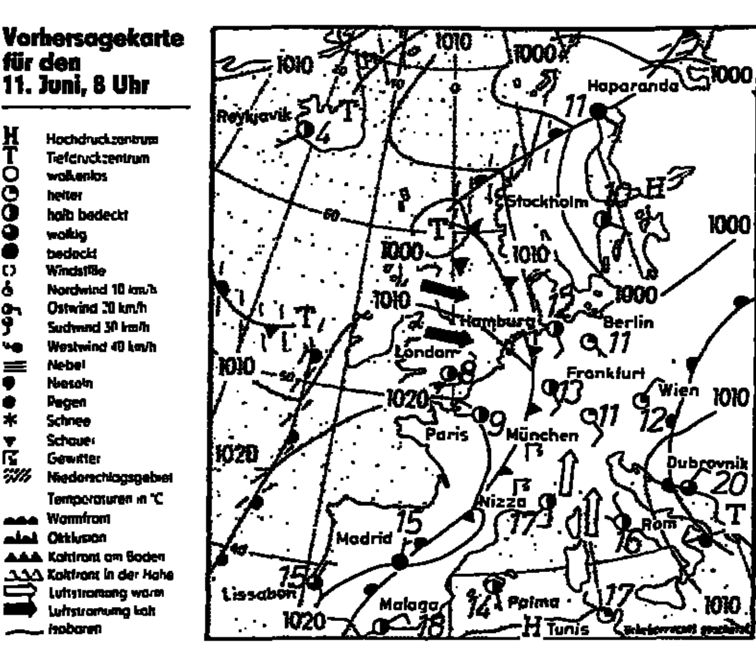
WETTER: Von Westen her gewittrig

Lage: Die Kaltfront eines Tiefs über der nördlichen Nordsee schwenkt langsam ostwärts und überquert Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Im Westen bewölkt mit gewittrigen Niederschlägen. Temperaturen um 20 Grad. Im Osten zunächst sonnig, im Tagesverlauf vor allem im Norden und in der Mitte aufkommende Bewölkung mit Gewitter. Temperaturen 24 bis 28 Grad, nachts zwischen 13 im Westen und 17 Grad im Osten. Schwacher, in Gewitternähe böig auffrischender Wind.

Weitere Aussichten: Von Westen her wieder Wetterberuhigung, mäßig warm.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.06 Uhr*, Untergang: 21.38 Uhr; **Mondaufgang:** 9.12 Uhr, Untergang: 0.59 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:											
			Lübeck	24	wl	Faro	22	be	Ostende	16	bw
			Mannheim	24	wl	Florenz	26	he	Palermo	23	he
Berlin	23	he	München	22	wl	Genf	23	he	Paris	25	he
Bielefeld	23	he	Münster	24	he	Helsinki	18	be	Peking	32	he
Braunlage	18	he	Norderney	23	wl	Hongkong	29	he	Prag	20	he
Bremen	23	he	Nürnberg	23	he	Innsbruck	22	he	Rhodos	25	he
Dortmund	22	he	Oberstdorf	22	he	Istanbul	24	he	Rom	24	he
Dresden	23	he	Passau	21	wl	Kairo	34	wl	Salzburg	24	he
Düsseldorf	24	wl	Saarbrücken	22	he	Klagenfurt	21	he	Singapur	31	bw
Erfurt	22	wl	Stuttgart	22	he	Konstanza	25	bw	Split	25	he
Essen	23	wl	Trier	25	he	Kopenhagen	18	wl	Stockholm	20	he
Feldberg/S.	14	he	Zugspitze	3	he	Korfu	20	R	Straßburg	24	bw
Flensburg	24	he	Ausland:			Las Palmas	21	bw	Tel Aviv	33	wl
Frankfurt/M.	23	wl				Leningrad	16	bw	Tokio	24	bw
Freiburg	24	he	Algier	25	he	Lissabon	20	bw	Tunis	24	he
Garmisch	22	he	Amsterdam	24	he	Locarno	23	he	Valencia	24	wl
Greifswald	23	he	Athen	24	he	London	–	–	Varna	23	bw
Hamburg	23	he	Barcelona	24	he	Los Angeles	25	bw	Venedig	24	wl
Hannover	24	wl	Belgrad	22	he	Luxemburg	22	he	Warschau	20	he
Kahler Asten	18	he	Bordeaux	17	R	Madrid	26	he	Wien	21	he
Kassel	22	he	Bozen	25	he	Mailand	24	wl	Zürich	23	he
Kempten	21	he	Brüssel	24	he	Malaga	24	he			
Kiel	22	wl	Budapest	23	bw	Mallorca	23	wl			
Koblenz	23	he	Bukarest	26	he	Moskau	25	he			
Köln-Bonn	24	wl	Casablanca	22	bd	Neapel	26	he			
Konstanz	20	he	Dublin	9	R	New York	24	wl			
Leipzig	23	wl	Dubrovnik	24	wl	Nizza	22	he			
List/Sylt	21	wl	Edinburgh	8	R	Oslo	15	bw			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; G = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Wenn Kinder über sich und die Welt philosophieren

dpa, Berlin

Was sind Gedanken? Vielleicht so was wie Puppen im Regal, meint Nele. „Mit einigen spielt man gern, mit anderen nicht." Beatrice widerspricht. Gedanken sind eher „wie Luftblasen in einem Glas Brause". Sie sind einfach da, „ich kann sie mir nicht aussuchen". Woher kommen Gedanken? Eine schwierige Frage. Julia weiß es auch nicht. Manchmal überlegt sie: „Was ist das Nichts?"

Solche kniffligen Fragen sind Sokrates jüngsten Adepten offenbar lieber als Radfahren oder Fußballspielen, zumindest in den zwei Stunden am Wochenende, beim „Philosophiekurs für Kinder" an der Freien Universität Berlin. Ihre „Denk-Lust" hat auch den Projektleiter Professor Hans-Ludwig Freese überrascht, der vor gut einem Jahr zum ersten Male für zehn- bis elfjährige Mädchen und Jungen Kurse in Philosophie anbot. „Der Andrang war ungeheuer", erinnert er sich. Mehr als 200 Anmeldungen gingen für die rund 50 Plätze ein. Die Kinder seien „bunt gemischt" und keineswegs nur Sprößlinge von Akademikern.

Ein in den USA erprobtes und ins Deutsche übersetzte Philosophieprogramm für Kinder ist der rote Faden, um den sich die Gespräche drehen. Der Text erzählt die Geschichte des Jungen Harry, dem Fragen über Fragen durch den Kopf gehen und der gemeinsam mit seinen Schulfreunden in einer „philosophischen Abenteuerreise" mögliche Antworten entdeckt. So wie Harry gehe es vielen geistig aufgeweckten Kindern, berichtet der Projektleiter. Sie zerbrächen sich oft den Kopf über Erklärungen und Sinndeutungen, manche dächten sogar fast selbstquälerisch über sich und die Welt nach.

„Für die Kinder ist es befreiend, wenn sie hier ihre Gedanken und Gefühle ausdrücken können und sich selbst und andere besser verstehen lernen", sagt Freese. Es gibt auch Grenzen zu entdecken. Im Pädagogen-Deutsch eines Zwischenberichts heißt das, die Teilnehmer sollen lernen, „Überkomplexität zu ertragen". Sokrates hätte das gewiß schöner formuliert: Am Ende sollen auch die Kinder wissen, daß sie nichts wissen – und sich nicht darüber grämen.

Mehr tödliche Unfälle in den Schweizer Alpen

dpa, Bern

In den Schweizer Alpen haben 1985 insgesamt 226 Menschen bei Bergunfällen den Tod gefunden, 60 mehr als im Jahr zuvor. Das geht aus einer Statistik des Schweizer Alpenclubs hervor. Von den 197 Männern und 29 Frauen, die 1985 ums Leben kamen, waren 96 Ausländer. Von den 128 tödlichen Abstürzen ereigneten sich 42 auf Wiesen oder Geröllfeldern, 39 auf Schnee oder Eis, 34 in Felsen, acht in Gletscherspalten. Fünf Menschen stürzten beim Blumenpflücken oder Pilzesammeln tödlich ab. 46 Bergtouristen starben in Lawinen, 25 starben an Herzschwäche, Erschöpfung oder Kälte, 14 bei Zusammenstößen beim Skifahren, acht durch Blitz- oder Steinschlag.

Mädchen starb an Tollwut

Durch Hundebiß infiziert / Symptome spät aufgetreten

dpa, Hamburg

Eine an Tollwut erkrankte junge Engländerin ist gestern im Hamburger Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) gestorben. Die Patientin war am 21. Mai von der psychiatrischen Klinik des UKE wegen psychischer Auffälligkeiten und Störungen der Körperempfindung aufgenommen worden. Schon damals habe sie berichtet, daß sie drei Monate zuvor in Indien von einem Hund gebissen worden sei. Da sich aber – so die Pressestelle der Universität – „keine diesbezüglichen Symptome fanden und die psychischen Auffälligkeiten im Vordergrund standen", wurde sie in der Psychiatrie behandelt.

Erst als sich Atemlähmungen einstellten, wurde die Patientin am 26. Mai zur Beatmung und weiteren Behandlung auf die Intensivstation der Neurologischen Klinik des UKE verlegt. Dort stellten die Ärzte nach einer Untersuchung des Liquors eine Hirnhaut- und Hirnentzündung fest. Nachdem der klinische Verlauf den Verdacht einer Tollwutinfektion bestärkt hatte, wurde diese im Tierversuch an Mäusen nachgewiesen.

Die Tollwut ist eine meist durch den Biß von Tieren auch auf den Menschen übertragbare Infektionskrankheit des zentralen Nervensystems. Die Zeit zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit liegt in der Regel zwischen 20 bis 60 Tagen. Nach dem Ausbruch der Krankheit gilt eine Heilbehandlung als unmöglich. Nach mehreren Tagen mit Anfällen von Übererregbarkeit bis zu Tobsucht tritt der Tod ein. Dieser Fall kommt in Mitteleuropa aber äußerst selten vor.

Drei Jahre am „Rembrandt" gefeilt

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Er thront majestätisch auf der Spitze einer kleinen, weißen Stoffpyramide. Panzerglas umgibt ihn. Durch ein elektronisches Sicherheitssystem wird er rund um die Uhr perfekt bewacht: ein einzigartiger schwarzer Brillant. Matt schimmernd unter dem einfallenden Sonnenlicht übt er auf den Betrachter eine seltene Faszination aus. Er wirkt wie ein Magnet. „Rembrandt", der schwarze Brillant.

Es ist der größte schwarze Diamant, den es gibt. Der Amsterdamer Diamonder Bab Hendriksen kam auf die Idee, einmal das Unmögliche zu versuchen. Er gab den Stein in die Hände des Antwerpener Diamantenschleifers Freek van Nuss (58). Getauft hat man dieses Wunder „Rembrandt". Nur einen Katzensprung von den Werken des genialen Malers, keine 300 Meter von der legendären „Nachtwache" im Amsterdamer Rijksmuseum entfernt an der Weteringsschans Nr. 89 ist der „Diamant der Diamanten", der schwarze „Rembrandt", jetzt zu sehen.

„Der Stein ist das Produkt eines Wahnsinnigen", sagen Kenner. Denn bevor es Freek van Nuss gelang, den im Rohzustand 125 Karat schweren schwarzen Riesen auf die heutige Form eines Brillanten mit 42,27 Karat zu schleifen, hieß es in Fachkreisen übereinstimmend: „Das ist unmöglich. Der Stein kann niemals geschliffen werden. Er ist viel zu hart."

Es war möglich. Volle drei Jahre lang arbeitete der aus der anderen Diamantenmetropole, Antwerpen,



Mit 42,27 Karat der größte schwarze Brillant FOTO: AP

stammende Fachmann van Nuss an diesem Stein. „Es war ein Kampf mit der Natur", sagt er heute. „Eine Herausforderung an die Menschheit. Ich mußte sie einfach annehmen." Denn noch nie vorher in der langen und legendären Geschichte der funkelnden Steine war es einem Menschen gelungen, Millimeter für Millimeter eines solchen harten Diamanten geduldig so lange zu bearbeiten und zu schleifen, bis er in einen oberen Teil (Krone) und einen unteren Teil (Pavillon) eingeteilt war und die für einen Brillanten notwendigen 58 Facetten aufwies.

Schwarze Diamanten haben ihre eigene Geschichte. Die berühmten Königshäuser Europas, das britische und natürlich auch das holländische, sie alle besitzen mindestens einen schwarzen Diamanten in ihren Kronjuwelen. Ein schwarzer Diamant wird von einer Dame der königlichen Dynastien nur bei zwei Anlässen getragen: bei Todesfällen und Beerdigungen. Steine dieser Art sind äußerst selten. Einer der bekanntesten darunter ist der 28karätige „River Styx". Er wurde seinem Besitzer 1958 in New York gestohlen und ist seither nie wieder aufgetaucht.

Aber keiner dieser schwarzen Edelsteine kann mit dem „Rembrandt" auch nur annähernd konkurrieren. Sein Wert ist unschätzbar. „Eben so viel, wie ein echter Liebhaber bereit ist dafür zu bezahlen", sagt Anil van den Berg aus dem Juwelierhaus Hendriksen. „Aber wir werden ihn nicht verkaufen. Vorsichtshalber haben wir ihn in Millionenhöhe versichern lassen."